

Heimatkunde des Kreises
Leobschütz.

II. Teil
Geschichtliches.

Heft II.

Geschichtliche Einzelbilder der Stadt Leobschütz.

- Heft I. Geschichtliches des Kreises im allgemeinen.
Heft II. Geschichtliche Einzelbilder der Stadt Leobschütz.
Heft III. Geschichtliches der einzelnen Ortschaften des Kreises.
Die geographische Beschreibung des Kreises s. I. Teil.
-

Bearbeitet von
Rob. Hofrichter, Rektor.



Leobschütz.
C. Roth's Nachf., Max Engel.
1911.

139344

II

T. 2, H. 2



5-

X-87489
139344 II

T. 2, H. 2

Inhalts-Verzeichnis des II. Heftes.

	Seite
Gründung der Stadt	69
Befestigung	72
Beseitigung der Festungswerke	76
Straßen und Plätze	79
Wohnhäuser und Einwohnerzahl der Stadt	82
Das Handwerk	86
Handel und Verkehr	92
Unsere Verkehrsmittel	96
Das Rathaus	97
Der Rasturm	102
Die Stadtverwaltung	104
Von der Kreisverwaltung	109
Die Rechtspflege	112
Von der Heilkunst	116
Die große Epidemie des Jahres 1572	119
Die Promenade	121
Der Leobschützer Stadtforst	125
Forsthäuser und Restaurationen	135
Von der Landwirtschaft	141
Die Kammereigüter der Stadt Leobschütz	144
Die katholische Kirchengemeinde	152
Die evangelische Kirchengemeinde	167
Der christliche Friedhof	174
Die Synagogengemeinde	178
Das ehemalige Franziskanerkloster	186
Die Klosterkirche	189
Das Annakirchel	191
Das Heidentkirchel	195
Die Marienstatue auf dem Ringe	197
Die Ochsenkapelle	198
Das St. Johannessospital	199
Das Josefshospital	204
Das Hoffmannsche Waisenhaus	206
Das Hampelsche Waisenhaus	208
Das Röslersche Sancta-Maria-Armenhaus	210
Die Schmidtsche Waisenhaus-Stiftung	211

	Seite
Die katholische Volksschule	211
Die evangelische Volksschule	218
Die paritätische gehobene Mädchenschule	220
Die katholische höhere Mädchenschule	221
Die gewerbliche Fortbildungsschule	222
Die kaufmännische Fortbildungsschule	224
Die landwirtschaftliche Winterschule	226
Das königliche Lehrerseminar	227
Die Seminar-Präparandie	228
Das königliche Gymnasium	229
Das Museum	231
Leobschütz als Garnisonstadt	233
Die Gasanstalt	241
Die Wasserleitung	242
Die Kanalisation	243
Das Schlachthaus	246
Schlußwort	247
Nachtrag	248



Geschichtliche Einzelbilder der Stadt Leobschütz.

Gründung der Stadt.

Schon vor mehr als 1000 Jahren war Leobschütz mit Mähren durch zwei Handelsstraßen verbunden. Die eine führte über Troppau, die andere über Jägerndorf und Freudental. Am Übergange über die Zinna, die zu jener Zeit wohl noch ziemlich wasserreich gewesen sein muß, liefen die beiden Straßen zusammen. Hier, in der heutigen Niedervorstadt lag die alte Burg Glubcicich (Leobschütz), die in den Urkunden von 1441 und 1445 (siehe Minsberg) und in der Weltzelschen Chronik von Ratibor S. 34 erwähnt wird. In ihr wohnte der Vertreter des Landesherrn, der Kastellan, der über das Volk ringsherum herrschte und für seinen Herrn die Abgaben einzog. Zu diesen gehörte auch der Maut- und Brückenzoll, der hier von den vorüberkommenden, über Krappitz nach Polen ziehenden Kaufleuten zu entrichten war. Der Erlaß solcher Zölle galt als besonderer Gnadenakt des Landesherrn. 1224 wurden die Troppauer von dem Zoll bei Leobschütz befreit.

In der Nähe und gewissermaßen unter dem Schutze der Burg entstand eine Siedlung, die auch den Namen der Burg „Glubcicich“ annahm. Unser altes Leobschütz war also ursprünglich eine um die Burg Glubcicich angesiedelte slavische Ortschaft am rechten Ufer der Zinna, unsere heutige Niedervorstadt. Von einer Obervorstadt ist in alter Zeit niemals die Rede, so daß wir die Lange und die Kurze Gasse als eine später entstandene Vorstadt betrachten müssen.

Im Jahre 1131 wird Glubcicich ausdrücklich noch als Dorfname aufgeführt und zwar bei einer Feststellung des gesamten Besitzstandes des Olmüzer Bistums. (Cod. Dipl. Mor. I, S. 304.) Hier, in der Nähe der Burg, neben der

auch in der ersten christlichen Zeit ein Kirchlein errichtet wurde, gründete die Königin Kunigunde um das Jahr 1270 das Johanneshospital. An dieser Stelle steht heute das Haus des Rfm. Mega. Ihm gegenüber auf der anderen Seite der Straße lag die Burg und das Kirchlein. Die Verstorbenen wurden in der Nähe des Spitals beerdigt. Heute noch stoßen wir bei Schachtarbeiten — wie bei Anlage der Wasserleitung 1900 und der Kanalisation 1910 — auf Überreste menschlicher Gebeine.

Die Raubzüge der Polen, die Einfälle der Mongolen, der beständige Kleinkrieg an den Grenzen, endlich auch das Raubritterwesen gaben den Fürsten hinreichende Veranlassung, die Gründung befestigter Plätze zu begünstigen. Nur dadurch konnte dem Feinde Widerstand und den geängstigten Bewohnern Schutz geboten werden.

Wenn Leobschütz im Jahre 1107 zum erstenmal geschichtlich erwähnt wird, (siehe Heft I, S. 6) so ist damit die alte Burg Leobschütz mit der damaligen Siedlung gemeint. Später wird diese Burg als Schloß bezeichnet (Urk. 1445, Minsberg, S. 143). Dieses bewohnten anfänglich die Fürsten des Landes bei ihrem Aufenthalt in Leobschütz.

Keinesfalls bestand damals schon die Stadt Leobschütz. Nach seiner Anlage ist Leobschütz eine deutsche Stadt. Die stärkere Zuwanderung der Deutschen begann erst, wie geschichtlich feststeht, mit dem Jahre 1230. Nach dieser Zeit kann daher die Stadt erst gegründet worden sein. Andererseits muß die Entstehung der Stadt vor das Jahr 1270 fallen, denn König Ottokar II. bestätigt in diesem Jahre der Stadt Leobschütz die ihr schon früher verliehenen Privilegien. (Urk. v. J. 1270). Wir werden daher nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, daß Leobschütz um das Jahr 1240 gegründet worden ist. (Von mehreren schlesischen Städten — Brieg, Glogau, Trachenberg, Ols — steht fest, daß sie in den Jahren 1250 bis 54 entstanden sind).

Über die Bedeutung der ursprünglich slawischen Namensformen Glubcicih 1107, Glupschicz 1265, Lubshiz 1385 herrschen verschiedene Meinungen. Einige führen den Namen auf holub (Tauben), andere auf hlub (Tiefe) und noch andere auf das Adjektivum lub, hlub (tannenreich) zurück. Prof. Drzazdzynski (Jahresbericht des hies. Gymn. 1896) leitet das Wort von dem Personennamen Glupek oder Glupek ab, der wiederum von glup oder hlup (töricht) abstamme. Nach Adamy (Geographie von Schlesien, Ausgabe 1910, S. 50)

bedeutet Lubisch so viel wie freundlicher Ort. Eine etymologische Erklärung ist nicht angegeben.

Das interessante Märchen von der Gründung der Stadt Leobschütz, das Hofemann frei erfunden und auch Meylandsky treuen Glaubens in seine Chronik aufgenommen hat, will ich dem Leser nicht vorenthalten.

Der Chronist Hofemann, 1561 in Lauban geboren, schrieb in den Jahren von etwa 1600 bis 1620 nach eigener Erfindung Chroniken für verschiedene Städte, auch für Leobschütz, und schmiedete damit die Magistrate in betrügerischer Absicht an. Seinen Angaben ist daher kein Glaube zu schenken. — Meylandsky, ein geborener Leobschützer, lebte längere Zeit in Rom und schrieb dann in Prag im Jahre 1720 eine Chronik von Leobschütz unter teilweiser Benutzung der Hofemannschen Chronik.

Leobschütz, sagt Hofemann, ist im 3. Jahrhundert entstanden und führte damals den Namen Luca nach dem römischen Heerführer Luca, der bis hierher vordrang, den Ort als großen Marktplatz anlegte und diesen mit einem Bollwerk und einem tiefen Wassergraben umgab. 764 ist das hiesige Land eine Grafschaft, in der Graf Theodoricus herrscht, vermutlich ein Nachkomme des erwähnten Luca. Bei Leobschütz wurden die wiederkehrenden Ungarn (Hunnen) in 43stündigem Kampfe geschlagen. Von den Leichen der Feinde waren alle Stadtgräben gefüllt, so daß man „ebenen Fußes darüber gängen.“ Zur Abfuhr der Leichen hatten 26 Wagen 7 Wochen lang zu tun. Bei den vernichteten Feinden wurden Wagenladungen von Schätzen gefunden. Von den Fingern der Toten waren goldene Ringe abgeschnitten worden „drei Sock vol.“ Dem hunnischen Heerführer Gezoar wurden wegen verübter Grausamkeit eiserne Haken in den Leib getrieben und er daran aufgehängt, bis er sich „zu Tode gewunden und verzappelt.“

Als sich der Graf von Askaniens seinen mit Blut überlachten Körper im Kesselteich ¹⁾ reinigen wollte, nahm er wahr, daß dieser voll Kleinodien und goldener Schmucksachen lag, die der Feind darin verborgen hatte. Der Teich wurde abgelassen und die Schätze gehoben. Seit dieser Zeit sagt man von einem, der schnell zu Reichtum gekommen ist: „Er ist gewiß im Leobschützer Kesselteich gewesen.“ Der Markt Luca wurde nun in eine Stadt verwandelt, eine

¹⁾ Kesselteich heißen heute noch die städtischen Wiesen hinter Launitz zwischen der Gröbninger Chaussee und der Zinna. Die hiesigen Brauer haben diese Wiesen zurzeit in Pacht und bewässern sie im Spätherbst zwecks Eisgewinnung. Zimmermann sagt in seinen Beiträgen zur Geschichte Schlesiens 1784: „In dem sogenannten Kesselteiche, so aber mehr eine tiefe, morastige Wiese gegen Gröbzig zu, versteckten die Schweden im 30jährigen Kriege einen Teil ihrer Beute. Sie wurde zwar wieder herausgenommen, aber manches muß doch noch sitzen geblieben sein, da man gegenwärtig zuweilen Silber und Gold da findet.“

Pfarrkirche und ein Manns- und ein Frauenkloster erbaut. Der Ort erhielt den Namen „Leobschütz“; das soll heißen: Der starke Löwe aus dem Stamme Juda (Christus) möge in dieser Festung seine Christenheit ferner beschützen. Der Bau der Stadt dauerte 8 Jahre. Durch Reskript des Kaisers Heinrich I. vom 27. Mai 936 wurden der Stadt Leobschütz alle Freiheiten der Reichsstädte zugebilligt. 1189 kam Kaiser Barbarossa auf seinem Zuge nach Asien durch Leobschütz, verblieb hier drei Tage und verlieh der Stadt für die ihm erzeigte hohe Ehre und tiefste Ehrerbietung einen ungemeinen Freiheitsbrief.

So erzählt Hofemann, und es ließt sich recht hübsch.

Befestigung der Stadt.

Die erste Befestigung der Stadt bestand in Planken (dicken Pfosten) und Palisaden (oben zugespitzten Schanzpfählen). So noch im Jahre 1251. (Siehe Biermann, S. 132.) Erst später errichtete man einen massiven Mauerring nach dem Muster der sächsischen Städte. Die Stadtmauer wird zum ersten Male 1282 erwähnt. (1292 Brieg, 1306 Ratibor. Zeitschr. d. Vereins f. Gesch. Schles. Bd. 41, S. 25.) Die Errichtung der Mauer erforderte Jahrzehnte. Das Material lieferte für Leobschütz hauptsächlich der Steinbruch bei der Königsdorfer Steinmühle, der samt Mühle zum Besitztum des Herzogs gehörte. Auch der Tonschiefer, wie ihn die alte Mauer vielfach aufweist, ist aus jenem Bruch. Beständig gab es bei dem mangelhaften Bindemittel an der Mauer auszubessern. Die Erhaltung der Mauer war für die Bürger ein Gegenstand unablässiger Sorge und ständiger Ausgaben. Daher konnten sich auch nur Städte, die es zu wirtschaftlicher Blüte brachten, zu hochgetürmten Festen entwickeln. Aus eigenem Interesse begünstigten und unterstützten auch die Fürsten die befestigten Städte. Ottokar II. überließ 1256 der Stadt Leobschütz zur Erhaltung der Stadtmauer den zehnten Teil der Zoll- und Mautgefälle.

Die Hussiteneinfälle und später die Türkenkriege erhielten die Stadt in beständiger Angst und nötigten sie, die Festungswerke immer wieder auszubessern.

Mit der Zeit brachte man die Mauer auf eine Höhe von 5 bis 6 m und zu einer Breite von 2 bis 3 m.

Drei mit mächtigen Türmen versehene Tore führten aus der Stadt: das Reißer oder Obertor, das Gröbniger oder Klostertor und das Troppauer oder Niedertor. Sie wurden des Nachts, und wenn der Feind den Ort be-

drohte, auch bei Tage durch starke, mit Eisen beschlagene Holztüren geschlossen. Über jedem der Tore prangte das herzogliche und das städtische Wappen.

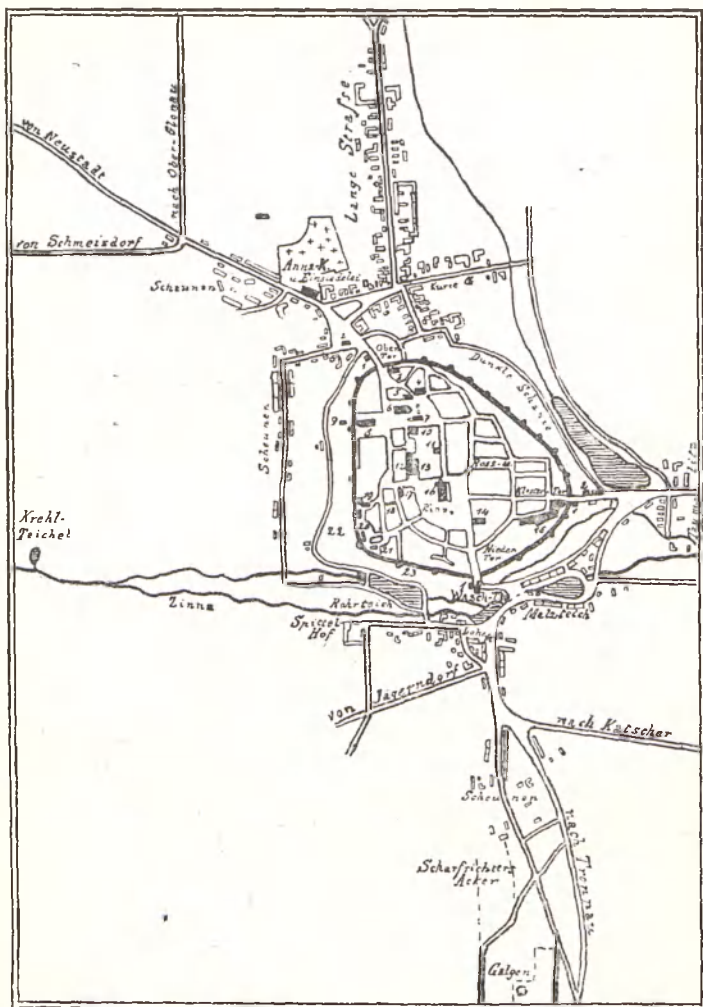
Über der Durchfahrt der Tortürme befanden sich größere Kammern, worin Vorräte von Waffen aufbewahrt wurden.

Später versah man auch die Mauer in gewissen Abständen mit halbvorstehenden Türmen, um von diesen aus das Vorgelände, den Wall und die Außenseite der Mauer zu übersehen und verteidigen zu können. Leobschütz zählte außer den 3 Tortürmen 19 solcher Mauertürme, welche die Mauer um 3 bis 4 m überragten. Die Räume im unteren Teile der Mauertürme dienten als „Werker“ (Arbeitsräume).

Von außen war die Mauer nach Osten und Süden hin von Sümpfen und Teichen umgeben, dem besten natürlichen Schutz gegen feindliche Angriffe. Die heutigen Gärten und Wiesen an der Schwarzen Schanze, der Viehmarkt, der sogenannte Dreieckplatz bis an Taumlitz an waren ein großer Teich, Klosterteich genannt, von dem noch 1850 der Pferdeteich, der Waschteich und der Taumlitzer Teich als Reste bestanden. Der große Teich an der Südseite der Stadt, durch den die Zinna zu- und abfloß, reichte von der heutigen Lindenstraße bis ans Klostertor. Durch Umschwemmung bildeten sich mehrere Riegel aus Schlamm, so daß mit der Zeit aus dem großen Teiche mehrere kleinere entstanden. Der Promenadenteil, in welchem das Siegesdenkmal steht, wurde durch Zuschüttung des Rohr- oder Spitalteiches gewonnen. Aus dem Waschteich entstand das Krautwurstgärtchen — zu Ehren des 1899 verst. Stadtrats Krautwurst so benannt —, und an der Stelle des heutigen Hohenzollernplatzes lag der Malzteich. Sie alle wurden erst im vorigen Jahrhundert, als die Landesverteidigung die Befestigungswerke als nicht mehr hinreichend zum Schutz gegen feindliche Angriffe erachtete und daher zu beseitigen empfahl, zugeschüttet. Nach Westen und Norden begleitete die Stadtmauer ein tiefer Wallgraben, der (nach Biermann, S. 435) im 14. Jahrhundert mit Wasser gefüllt und mit Fischen besetzt war.

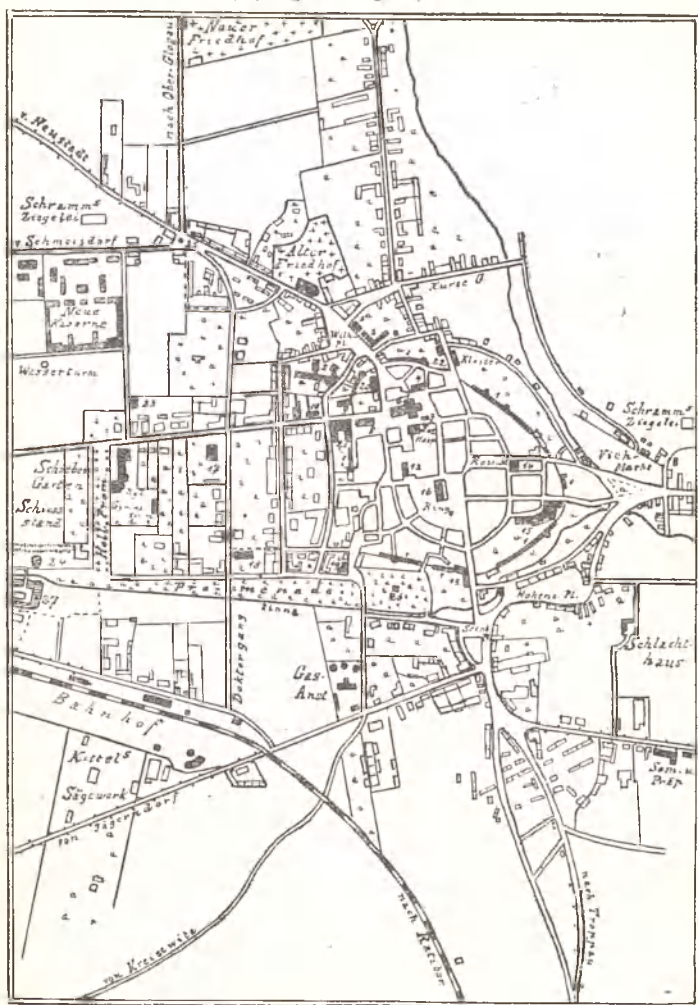
Für das Äußere der Stadt — Wallgraben, Mauern, Türme, Tore und Brücken, Plätze und Gassen — sorgte das Bauamt. In die Kasse dieses Amtes flossen die Marktgelder, die Erträgnisse der Stadtmauten und verschiedene andere Gefälle.

Leobsdütz im Jahre 1800.



- 1 Torwache, 2 Akziseamt, 3 Johannessospital, 4 Hoffmannsches Waisenhaus, 5 Schule, 6 Pfarrkirche, 7 Heidentempel, 8 ev. Kirche, 9 Schießhaus, 10 Marstall, 11 Steueramt, 12 Hotel Weißes Roß, 13 Hotel Goldener Stern, 14 Hotel Goldener Engel, 15 Franziskanerkloster und Gymnasium, 16 Rathaus, 17 städt. Brauhaus, 18 städt. Fleischbank, 19 städt. Malzhäuser, 20 Scharfrichterei, 21 Stodhaus, 22 Kommandantengarten, 23 Reffsourcegarten.

Leobschütz im Jahre 1910.



- 1 Teile der alten Festungsmauer, 2 alte Kaserne, 3 Johanneshospital,
- 4 Hoffmannsches Waisenhaus, 5 Hampelsches Waisenhaus, 6 Pfarrkirche,
- 7 Heidentkirchel, 8 ev. Kirche, 9 Synagoge, 10 Amtsgericht, 11 Gefängnis,
- 12 Hotel Weißes Roß, 13 Hotel Deutsches Haus, 14 Hotel zur Post,
- 15 Franziskanerkloster, 16 Rathaus, 17 Landratsamt, 18 St. Mariastift,
- 19 Post, 20 alte Schule, 21 neue Schule, 22 kath. höh. Mädchenschule,
- 23 parit. gehobene Mädchenschule, 24 Krehleiche, 25 Graf-Gögendenkmal,
- 26 Kriegerdenkmal, 27 Ziebsche Badeanstalt.

In dem Bestreben, nicht nur die Stadt selbst, sondern auch das an die Mauer grenzende Vorgelände gegen feindliche Verwüstungen zu schützen, entstanden die sogenannten Pärchen vor dem Ober- und Niedertore. Letzterer besteht heute noch unter dem Namen Tuchmacherpärchen, der den Tuchmachern zum Trocknen der Tuche seinerzeit von der Stadt überlassen wurde. Die Pärchen umgab man mit einer zweiten Mauer oder mit Schanzpfählen. In diese Pfahlbefestigung nahm man Flüchtlinge und Zuzügler auf, die man Pfahlbürger oder Halbbürger nannte. 1895 erwirkte der Bürgermeister Löninger von der Regierung die Erlaubnis, die Stadtmauer am Tuchmacherpärchen abzutragen und den Pärchen selbst in eine Promenade umzuwandeln. Die Ausführung scheiterte am Kostenpunkt, obgleich die Ausgaben nur auf 6700 M. veranschlagt waren. Gegenwärtig befinden sich im Tuchmacherpärchen der Geräteschuppen und der Steigerturm der städtischen Feuerwehr.

Beseitigung der Festungswerke.

Mit dem 30jährigen Kriege schloß die Entwicklungsgeschichte der alten Städtebefestigung ab. Den verbesserten Feuerwaffen konnten Mauern und Türme keinen Widerstand mehr bieten. 1764 erschien eine „Königliche Kammerordre“, nach welcher die Stadtwälle der Landstädte in Gärten und Plantagen umgewandelt und die alten Stadtmauertürme und die Mauern selbst abgebrochen werden sollten. Auch die damals ausgeprägt ländliche Stadt Leobschütz begann mit der Abtragung der Mauern und der Ausfüllung der Wälle, und mit der Zeit umgab die Stadt ein Kranz von Gärten. Im Süden entstand der Garten des Stadtkämmerers Auer (heute Garten und Hausgrundstück des Marmetschke), im Südosten der Ressourcergarten, im Südwesten der Kommandantengarten, auf welchem heut die Post und die Hampelsche Druckerei stehen. Der Garten reichte bis an die Wallstraße. Die Stadt überließ diesen Garten dem jeweiligen Stadtkommandanten. Seit Verkauf des Grundstücks bezieht der Kommandant — jezt Oberst des Regiments — die Zinsen der damaligen Raussumme in Höhe von 45 M. Im Westen, wo heute das neue Schulhaus steht, errichteten die Schützen im Wallgraben ihren Schießstand (1766—1866). Der Zähler wohnte im Mauerturme, der

heute noch am neuen Schulhofe steht. Die Mauer nebenan bildete die Rückwand einer Kolonnade. Reste der hier seinerzeit angebrachten Wandmalerei sind jetzt noch an der Mauer erkenntlich. Im Nordwesten, von der König-Ottokarstraße bis zur Friedrich-Wilhelmstraße dehnte sich auf dem zugeschütteten Wallgraben der Garten des Bürgermeisters Richter aus, heute Synagogengrundstück und Riedelscher Gasthof. Im Norden und Nordosten entstanden längs der Stadtmauer Gemüse- und Obstgärten. Die Wallgärtenbesitzer zahlten an die Stadt eine laufende Rente, die im Jahre 1857 abgelöst wurde. Die Stadtmauer wurde an verschiedenen Stellen abgetragen oder durchbrochen; die Steine verwendete man als Baumaterial, und der Schutt diente zum Ausfüllen der Stadtgräben.

Wie bereits erwähnt, führten nur drei Tore aus der Stadt. Um auch nach Südwesten hin eine Ausfahrt zu schaffen, durchbrach man 1822 zwischen der Scharfrichterei und dem alten Stockhause, jetzt Rfm. Pyka und Tischlermstr. Salzmänn, die Mauer und legte hier das sogenannte Wassertor an.

1828 erschien eine neue Ministerial-Verfügung, welche davor warnte, die Festungswerke willkürlich zu zerstören. Soweit das öffentliche Interesse es nicht erforderte, sollten sie erhalten bleiben. Von dieser Zeit ab durfte ein Abbruch der Mauer nur mit Zustimmung der Königl. Regierung erfolgen. Ja, einige der bereits halbverfallenen Türme und Teile der Mauer mußten unter Aufwendung beträchtlicher Mittel seitens der Stadt neu aufgebaut werden: so die Türme am Tuchmacherparcken, in der Nähe des Franziskanerklosters, in den beiden Schulhöfen und an der Dunklen oder Schwarzen Schanze.

Da die engen Stadttore den Verkehr arg hemmten, gab die Königliche Regierung die Genehmigung zu ihrem Abbruch. Zunächst fiel 1830 das Obertor, dessen Gewölbe schon längst bedenkliche Risse zeigte. 1836 wurde das Niedertor abgetragen. 1853 verschwand auch das Klostertor, und zwecks Erweiterung der Wassertorstraße mußte 1877 auch das Wassertor niedergerissen werden. 1854, nach dem großen Brande im nordöstlichen Teile der Stadt stellte man vom Roßmarkt aus an der Schefflerschen Brauerei vorüber eine Verbindung nach der Gröbniger Straße her, die heutige Roseler Straße. Der lebhafte Einspruch der Geschäftsleute der Klosterstraße, die in der neuen Straßenanlage eine Ab-

lenkung des Verkehrs von ihrer Straße befürchteten, verhallte unbeachtet. Tatsächlich ist das Geschäftsleben seit jener Zeit in der engen und winkeligen Klosterstraße sehr zurückgegangen. Auch die Botenstraße, vordem eine Sackgasse, wurde durch Abbruch eines Teiles der Mauer mit der von der Langen Straße bis an die Stadtmauer führenden Gartenstraße verbunden und dadurch auch eine Ausfahrt im Nordosten der Stadt geschaffen. Die Troppauer Straße, die in einem großen Bogen vom Deutschen Hause um das Kaufmann Jägersche Haus bis an den Malzteich und dann zurück zum Loheplatz (jetzt Stephansplatz) führte, wurde in demselben Jahre gerade gelegt, der Waschteich zugeschüttet und eine steinerne Zinnabridge errichtet. Der Stephansplatz war bis dahin ungepflastert und wurde von den Gerbern als Lagerplatz für Lohe benützt, daher der frühere Name „Loheplatz“. Man pflasterte ihn ab und gab ihm dann dem damaligen Bürgermeister Stephan zu Ehren den Namen Stephansplatz. Die schmale Gasse von der Baderstraße zur Promenade, Neue Welt genannt, legte man im Jahre 1880 an.

Die König-Ottokarstraße, eine der schönsten unserer Stadt, besteht erst seit 1866. Schon seit dem 13. Jahrhundert befanden sich zwischen dem Pfarrgrundstück und dem Johanniterhofe (an Stelle des letzteren steht heute die evangelische Kirche) in der Stadtmauer zwei kleine Pfortchen, durch welche das von den Johannitern auf ihrem Hofe gehaltene Vieh zur Weide auf den Trisch¹⁾ getrieben wurde. 1840 erweiterte man das eine Pfortchen zu einer Durchfahrt, die für gewöhnlich durch ein Lattentor geschlossen wurde. Bei Anlage der Straße hatte die Stadt für zu erwerbendes Gelände an die evangelische Kirche 150 Tlr. und an den Besitzer des Schützenhauses — dieses lag an Stelle der neuen Schule — 500 Tlr. zu zahlen. Die Schützengilde gab 1866 den Schießstand im Wallgraben auf und erwarb das heutige Schützengrundstück am westlichen Ende der Promenade, in der Nähe des Krehlteichels. Auf dem zugeschütteten Wall entstand zunächst der größere neuere Teil des Weberbauerschen Gartens, das Hausgrundstück des Januschke und im Jahre 1889 die neue katholische Volksschule.

¹⁾ Siehe Heft I, S. 55.

Strassen und Plätze.

Die Strassen, früher durchweg Gassen genannt, führten in den ersten Jahrhunderten selten besondere Namen. Nur die durch die Tore führenden Strassen finden wir nach den Toren benannt. So ist in einem Kaufbriefe vom Jahre 1388 die Gröbniger Gasse erwähnt. Damit war die durch das Gröbniger Tor führende Straße, die heutige Klosterstraße gemeint. Den Namen Klosterstraße erhielt sie erst später nach dem 1448 an dieser Straße erbauten Franziskanerkloster. Zumeist sind die Angaben über die Lage von Haus- und Ackergrundstücken nach unseren heutigen Begriffen recht ungenau, so daß wir uns nach ehemaliger Lagebestimmung schwer zurecht finden. In einer Urkunde vom Jahre 1383 wird die Lage von 2 Huben Acker, die zur Stiftung von Seelenmessen verkauft wurden, folgendermaßen angegeben: „Die da gelegen sind vor dem Tore unserer Stadt Leobschütz, also man zugeht gen Troppau auf die linke Hand.“ Noch weniger läßt sich die Lage des Heinkofkonvents nach einer Urkunde vom Jahre 1352 bestimmen. (Siehe Minsberg, S. 231.) Da heißt es: „In der Stadt Leobschütz ein Haus unmittelbar an der Wohnung des Rüdiger von Schönburn.“ In einer Urkunde von 1450 lesen wir: „Das Haus an der Mauer (Stadtmauer), das ehemals Salomons des Juden und hernach des alten Tünkels gewesen ist.“ Noch um das Jahr 1600 fehlen zumeist die Straßennamen.

In der heutigen Zeit bestimmen wir die Lage eines Grundstücks nicht nur nach Strassen oder Plätzen, sondern auch nach Hausnummern. Freilich wechselten auch im Laufe der Zeit die Namen und die Nummern.

So sind vor etwa 30 Jahren die Namen Sperlingsring in Josefsplatz, Roheplatz in Stephansplatz, Schnellergasse in Kurze Gasse, Scheuerstraße in Lindenstraße umgewandelt worden, und die ehemalige Gartenstraße, die Verbindung zwischen der Botenstraße und der Langen Straße, ist vollständig verschwunden. Sie bildet jetzt einen Teil der Botenstraße.

Frühere, heute unbekannte Straßenbenennungen begegnen uns in den alten Akten und Chroniken. Welche heutigen Straßen damit gemeint sind, läßt sich gar nicht mehr feststellen. Wo lag wohl die Hundestraße, die 1533 vollständig niederbrannte? Welches war die Gröbnigische Gasse vor dem Niedertore? Und wo lag die Schmiedegasse? Noch

vor einigen Jahrzehnten übliche Bezeichnungen für einige Straßen und Plätze trafen meines Erachtens das Richtige und hätten ihrer historischen Bedeutung wegen beibehalten werden müssen. Sperlingsring bedeutet soviel als kleiner Ring. Der Loheplatz diente den Gerbern als Lagerplatz für ihre Lohe, in der Schnellergasse wohnten die Schneller (Weber), die Scheuerstraße führte zwischen den im Westen der Stadt liegenden Scheunen hin, und die Gartenstraße lag vor der Mauer zwischen Gärten.

Einige Straßennamen haben kleine Abänderungen erfahren. So hieß die Laubenstraße früher Unter den Lauben.¹⁾ Die Schwarze Schanze wurde früher nur Schanze, dann Dunkle Schanze genannt. Die meisten Straßen haben ihre treffende Bezeichnung beibehalten. Die Kreuzstraße führte an der Burg der Kreuzritter vorüber. An der Baderstraße wohnten die Bader (Barbiere, die zugleich Chirurgen waren und Bader genannt wurden). In ihren Badehäusern und Badestuben setzten sie Schröpfköpfe und Blutegel, ließen zur Ader, zogen Zähne und bereiteten verschiedene Bäder. An der Lazarettstraße lag früher das Lazarett, und an der Magazinstraße befanden sich die städtischen Magazine für Getreidevorräte. In der Töpferstraße wohnten die Töpfer und in der Gerberstraße an der Zinna die Gerber und Färber. (Die Handwerker desselben Faches wohnten in früherer Zeit stets an ein und derselben Straße.) Durch die Wassertorstraße gelangte man zu dem 1822 angelegten Wassertore. Die Malzgasse führte zu den städtischen Malzhäusern. Die Wallstraße begleitete den letzten Rest des ehemaligen Wallgrabens. Die Neue Welt (besser wäre Neue Gasse) wurde erst 1880 angelegt. An der Botenstraße wohnten die Boten, womit man die städtischen Bediensteten bezeichnete.

Die aus der Stadt führenden Straßen haben durchweg ihren Namen nach den in jener Richtung liegenden Orten, wie die Ratiborer, Troppauer, Badewitzer, Jägern-dorfer, Kreuzendorfer, Schmeisdorfer, Neustädter, Glogauer, Sabschüler und Roseler Straße.

Von selbst erklären sich die Namen Annagasse, Bahnhofstraße, Fabrikstraße, Feldstraße, Am Graben, Hoffmannsgasse, Waisengasse, Franziskanergasse, Gar-

¹⁾ Laubengänge (Arkaden), kurz Lauben genannt, sind ein morgenländische Brauch. Sie wurden nach der Zeit der Kreuzzüge in unseren Städten vielfach angelegt.

nisonstraße, Krumme Straße, Breite Straße, Lange Straße, Schlachthausgasse und Laubenstraße.

Der Hohenzollernplatz ist durch Zuschüttung des Malzteiches entstanden; an ihm führte die heutige Leichstraße hin. Auf dem Roßmarkt fanden in alter Zeit die Roßmärkte statt, und der Neumarkt entstand 1836 als neuer Platz durch Abtragung der an der Ostseite der Pfarrkirche befindlichen alten, kleinen Häuschen.

Durch die Namen einiger Straßen und Plätze ehrt man verdienstvolle Persönlichkeiten. Solche Straßen sind: die König-Ottokarstraße, die Kunigundenstraße, der Doktorgang (Dr. Lauffer), die Friedrich-Wilhelmstraße, der Wilhelmsplatz, der Hohenzollernplatz, der Stephansplatz (Bürgermeister Stephan 1843–1886).

Die Rosengasse führt eine vollständig unzutreffende Bezeichnung. Man hätte sie Kleine Gasse oder Mittelgasse nennen sollen.

An Sauberkeit mangelte es in früherer Zeit gar sehr. Bis ins 16. Jahrhundert blieben die schmalen und winkeligen Straßen ungepflastert. Allen Unrat warf man einfach zum Fenster hinaus auf die Gasse oder auf den vor den Fenstern liegenden Misthaufen. Die Schmutzwässer und die Düngerjauche ließ man einfach auf die Straße rinnen. Des Nachts brannte keine Laterne, alle Straßen und Plätze lagen im Finstern. Noch im Jahre 1720 herrschten ähnliche Zustände; denn es erschien in Leobschütz eine Bestimmung, wonach der Dünger nicht über 3 Tage auf offener, damals schon teilweise mit Bruchsteinen gepflasterten Gasse liegen bleiben durfte. Bei Regenwetter entstanden in den Straßen Tümpel und kleine Bäche, die von der Jugend mit großem Vergnügen als kostenlose Badeanstalten benutzt wurden. Die Bürgersteige fehlten gänzlich. Auf den Plätzen und in den Straßen standen mit Wasser gefüllte Holztröge als Tränke für das von der Weide heimkehrende Vieh. Bei den häufigen Bränden in der Stadt lieferten diese Wasser zum Löschen. Bei den engen Gassen zwischen hölzernen und mit Stroh gedeckten Häusern, bei dem Mangel an Löschgeräten stand bei Ausbruch eines Feuers bald die ganze Stadt in Flammen. Das schlichteste Dörfchen heutiger Zeit könnte sich bezüglich der Sauberkeit mit einer Stadt jener Zeit wohl messen.

Erst mit der Beseitigung der Festungswerke zu Ende des 18. Jahrhunderts wurde es in dieser Beziehung in

der Stadt besser. Die Ackerbürger siedelten sich nach und nach in den Vorstädten an, wodurch diese an Ausdehnung gewannen. Die Straßen wurden breiter angelegt und mit Bürgersteigen und einem besseren Pflaster versehen. Um das Jahr 1880 machte Leobschütz den ersten Anfang mit der Würfelpflasterung und zwar am Roßmarkt.¹⁾ Heutigen-tags fehlt diese Art der Pflasterung nur noch in den Nebengassen. Manche polizeiliche Vorschrift mußte erlassen werden, ehe wir es zu der heutigen Sauberkeit und Ordnung brachten. Durch die Anlage des Wasserwerks, das uns nicht nur ein vorzügliches Trinkwasser liefert, sondern auch zur Beseppung der staubigen Straßen und Spülung der Gassen dient, sind wir ein gutes Stück vorwärts gekommen. Die der Vollendung entgegengehende Kanalisation wird das Werk bekrönen.

Wohnhäuser und Einwohnerzahl der Stadt.

Über die Zahl der Häuser und ihre Bewohner im alten Leobschütz haben wir keine Nachrichten. Wir wissen nur, daß die Bürger neben Handwerk und Handel hauptsächlich Landwirtschaft betrieben, wie dies auch noch vor 100 Jahren zum größten Teil der Fall war. Um das Jahr 1600, als die wirtschaftlichen Verhältnisse wohl noch so ziemlich dieselben wie in den ersten Jahrhunderten waren, wird die Zahl der Häuser auf 300 im Innern der Mauer und auf 50 vor der Stadt geschätzt.²⁾ Nehmen wir an, daß die Stadt gleich nach ihrer Gründung 300 Wohnhäuser zählte, und rechnen wir auf jedes der damaligen kleinen, hölzernen, immer nur für eine Familie berechneten Häuschen³⁾ durchschnittlich eine Familie von 5 Köpfen, so ergibt dies eine Einwohnerzahl von 1500 Seelen. So lange die Stadt befestigt war, dürfte sich des beschränkten Raumes wegen diese Zahl wohl unwesentlich gehoben haben. Nach der Einführung der Feuerwaffen ging man an die Erbauung massiver Häuser mit starken Gewölben, um gegen die feindlichen Geschosse wenigstens das eigene Leben und die wichtigsten Habseligkeiten in Sicherheit

¹⁾ 1847 standen noch auf dem Roßmarkt um den Brunnen vier prächtige Linden.

²⁾ Heute sind 770 Wohnhäuser vorhanden.

³⁾ Noch im Jahre 1720 war ein großer Teil der Häuser unserer Stadt aus Holz. 1780 trugen von 486 Häusern erst 42 ein Ziegeldach.

zu bringen. Eine beträchtliche Anzahl der Häuser am Ringe und in den alten Straßen der Stadt hat aus jener Zeit noch heute das alte Erdgeschoß aus mächtigem Mauerwerk mit ziemlich niedrigen, starken Gewölben.

Die Form der Gewölbe ist fast durchweg dieselbe: Kappen in Quadratform mit nach den Ecken führenden Rippen.

Die Erbauung dieser Häuser fällt fast ausschließlich in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts. Im Flur des Ringhauses Nr. 11 — Kaufmann Wilhelm Just — trägt das Gewölbe eine aus Ton gebrannte Rosette mit der Jahreszahl 1582, und das Haus Laubenstraße 5 — Bäckermeister Paul Schmidt — führt rechts über der Haustür die Jahreszahl 1587. Letzteres ist an der Straßenfront mit alten Reliefs aus Stein geziert. Darüber befindet sich das Fürstlich Liechtensteinsche Wappen als Zeichen, daß einst der Fürst von Liechtenstein Besitzer dieses Hauses war. Das Haus an der Nordseite der Kirche, das von Chorbeamten bewohnt wird, wurde 1558 als Knabenschule erbaut und 1858 um ein Stockwerk erhöht.

Von historischer Bedeutung ist das Ringhaus Nr. 14, jetzt dem Kaufmann Proskauer gehörig. Hier nahm auf seinem Durchmarsch nach Mähren am 17. Nov. 1805 der russische Kaiser Alexander I. beim späteren Stadtphysikus Dr. Irmler Absteigequartier.

Zwei Häuser in Leobschütz (Hesral und Hellmann) tragen ein Mansardendach altertümlicher Form ¹⁾. Sie dürften zu Ende des 17. Jahrhunderts erbaut worden sein.

Das stattliche Gebäude, das die Kreuzstraße am südlichen Ende quer abschließt, (Besitzer H. Müller in Rybník ²⁾), zeigt das Liechtensteinsche Wappen und führt den stolzen Namen „Fürst von Liechtenstein.“ Hier stand bis 1864 das alte Fürstlich Liechtensteinsche Verwaltungsgebäude. Buchhändler Bauer erwarb dieses Haus, ließ es abbrechen und führte 1865 den heutigen Bau auf. Die Front des neuen Hauses liegt gegen früher einige Meter zurück. Für die Abtretung des Grundes zur Verlängerung der Kreuzstraße erhielt Bauer von der Stadt 500 Taler und von Weberbauer,

¹⁾ Benannt nach dem französischen Baumeister Mansart, gest. 1666, der die ersten Bauten im Barockstil ausführte. Siehe das alte Liechtensteinsche Haus S. 84.

²⁾ Siehe Bild S. 85.

dessen Hausgrundstück dadurch an Wert wesentlich gewann, ebenfalls 500 Taler. Die alten Kellereien des Liechtensteinschen Hauses reichen heute noch, dem alten Gebäude entsprechend, einige Meter unter die Kreuzstraße hin. Bauer erwirkte sich von der Liechtensteinschen Verwaltung die Genehmigung, am neuen Hause das Fürstlich Liechtensteinsche Wappen und die Aufschrift „Fürst von Liechtenstein“ anzubringen. 1877 erwarb



Das alte Haus „Fürst von Liechtenstein.“

dieses Haus J. Thomkef und 1908 der heutige Besitzer H. Müller in Rybník.

Noch ein Haus aus alter Zeit, früher gefürchtet von Schuldigen und Unschuldigen, ist der Erwähnung wert: das alte Stockhaus, Wassertorstraße 10, jetzt dem Tischlermeister Franz Salzmänn gehörig. In den halbdunklen, öden Räumen verbüßte nicht nur so mancher eine Freiheitsstrafe, sondern hier teilte auch der Stockmeister verdiente und unverdiente Schläge aus. Tischlermeister Salzmänn erwarb 1888 das Haus, das seit vielen Jahren nicht mehr seinem ehemaligen Zwecke diente, für 1900 Taler, verfaß das aus Stein errichtete Gebäude mit besseren Fenstern und Türen und richtete es als Wohnhaus ein.

Nachdem die Festungswerke der Stadt auf Grund der Königl. Kammerordre vom Jahre 1764 gefallen waren, wurden dem Erdgeschoß der Wohnhäuser ein und auch zwei Stockwerke aufgesetzt. Auch außerhalb der früheren Stadtmauer entstand eine Anzahl Wohnhäuser, und so nahm die Bevölkerung der Stadt erheblich zu. Sie betrug in runden Zahlen:



Das neue Haus „Fürst von Liechtenstein.“

im Jahre 1750	2300	im Jahre 1870	10 700
= „ 1780	2600	= „ 1880	12 000
= „ 1800	3300	= „ 1890	12 580
= „ 1830	4500	= „ 1900	12 630
= „ 1850	7700	= „ 1910	13 080
= „ 1860	8600		

Unter den deutschen Städten nimmt Leobischütz die 357. Stelle ein (Königs Städtelexikon).

Seit 1880 ist die Einwohnerzahl nur um 1000 Seelen gestiegen. Diese geringe Zunahme ist hauptsächlich auf den Mangel an Industrie zurückzuführen. Die Wollwarenfabrikation, die zumeist Heimarbeiter in Stadt und Dorf beschäftigt, bedingt

keinen Zuzug von Arbeitskräften. (Siehe Teil I, S. 52.) Daher zeigt sich in Leobschütz auch nur eine beschränkte Bautätigkeit.

Der Mangel an besseren Wohnungen machte sich in letzter Zeit recht unangenehm bemerkbar. Verheiratete Beamte konnten nicht nach Leobschütz versetzt werden, weil ihren Verhältnissen entsprechende Wohnungen hier nicht vorhanden waren. Um dem Übelstande abzuhelpen, ist gegen Ende des Jahres 1910 ein Wohnungsbauverein ins Leben gerufen worden, der über 150 Mitglieder zählt. Durch die Erbauung dreier Wohnhäuser (mit kleinen, mittleren und größeren Wohnungen) soll dem Wohnungsmangel einigermaßen gesteuert werden.

Das Handwerk.

Schon die alten Deutschen übten das Handwerk aus, ohne daß man damals von einem Handwerkerstande reden konnte. Es gab Weber, Schneider, Zimmerer und Schmiede. Das angesehenste der Handwerke war die Schmiedekunst. Selbst der freie Mann verschmähte es nicht, dieses Handwerk zu üben. Es wurden Messer, Schwerter, Harnische, Helme, Halsketten, Armspangen, Ohrringe usw. geschmiedet. Nach der Städtegründung vermehrten und verfeinerten sich die Ansprüche unserer Vorfahren, und die Arbeitsteilung wurde immer mehr zum Bedürfnis. Den verschiedenen Arbeitskräften wies man zweckmäßig diejenigen Arbeiten zu, für die sie besonders geeignet waren. Dadurch bildeten sich die Kräfte zu höherer Leistungsfähigkeit heraus, und es entstand so nach und nach in den Städten ein besonderer Handwerkerstand.

Das Handwerk erfreute sich auch bald der Gunst des Landesherrn.

1270 verlieh der König Ottokar II. von Böhmen, der zugleich Herzog des Troppauer Landes war, der Stadt Leobschütz das Meilenrecht, wonach die Betreibung aller Handwerke und Gewerbe, vor allem das Brauen im Umkreise von einer Meile nur den Bürgern der Stadt zustand. Bei einem Verstoß gegen diese Bestimmung waren von dem Schuld betroffenen 3 M. zu entrichten, und zwar an die Stadt und den Vogt je eine Mark und an den Gewandschneider die dritte Mark. Durch diesen Schutz erhöhten sich die Ein-

nahmen der Leobschützer Handwerker, und sie gelangten zu ansehnlichem Wohlstand. Nur an den Jahrmärkten war es auch den auswärtigen Geschäftsleuten gestattet, ihre Waren in unserer Stadt feilzubieten. Die Bürger kauften am Jahrmärkte von fremden Handwerkern wesentlich billiger als von eingewohnten. Dadurch wurden unsere auf Preissteigerung bedachten Handwerker veranlaßt, in ihren Forderungen mäßig zu sein.

Im 16. Jahrhundert schlossen sich alle Handwerke zu Zünften oder Zechen¹⁾ zusammen. Die Zünfte verfolgten den Zweck, ihre Mitglieder in jeder Weise zu unterstützen, die Ehre des Standes zu wahren und für gute Leistungen zu sorgen. Die Leitung der Zunft führte der Zunftmeister, auch Zechmeister oder Altmeister genannt. Er wurde in feierlicher Versammlung unter festlichen Gebräuchen von den Mitgliedern gewählt.

Die für die Zünfte geltenden Bestimmungen und Vorschriften enthielt der sogenannte Zechbrief, der mit anderen wichtigen Schriftstücken in der Zunftlade aufbewahrt wurde. Die Lade galt gleichsam als Heiligtum. Während der Sitzung blieb sie geöffnet, und niemand durfte sich entfernen, bevor die Lade wieder geschlossen war.

Der Zechbrief schrieb vor, daß ein jedes Mitglied der Zechen ein Haus besitze, sich innerhalb eines Vierteljahres eine ehrbare Jungfrau oder eine Witwe zum Weibe nehme und in die Zechkasse 54 Groschen zahle. Nur wer zur Zechen gehörte, durfte sein Handwerk ungehindert ausüben.

Das Handwerk der Schinder, Henker, Totengräber, Häfcher, Hirten, Müller, Wein Weber, Zöllner und fahrenden Leute galt als nicht ehrenhaft. Die Zechgenossen durften kein Weib aus einer solchen Familie nehmen, und die Nachkommen der unehrenhaften Handwerker wurden bis ins zweite Glied zur Betreibung eines ehrenhaften Handwerks nicht zugelassen.

Die nachweislich älteste der Zünfte in Leobschütz ist die der Schuhmacher. Im Jahre 1535 ließ sie sich, da ihr Alter von anderen Zünften bestritten wurde, amtlich bestätigen, daß sie im Jahre 1272 gegründet worden war. Die Aufschrift auf dem Umschlag des noch vorhandenen Zechbriefes lautet in unserer heutigen Schreibweise: „Der ehrbaren

¹⁾ Zechen d. h. Vereinigung zu gemeinsamen Zwecken, aber auch Wirtsrechnung für gemeinsame Zehrung.

Schuhmacher zu Leobschütz **Rechts** löbliche und aufrichtige Polizei und Ordnung hat ihren allerersten Ursprung und Anfang von der Urzeit nach Christi Geburt 1272 Jahr. Tandem *justitia victrix*." (Endlich bleibt die Gerechtigkeit Siegerin.) Die am unteren Rande stehende, nicht mehr leserliche Notiz ist wahrscheinlich die polizeiliche Beglaubigung. Am RehbrieF hängt mittels einer rotweißen Schnur das Siegel der Stadt Leobschütz. Es besteht aus einer großen, halbkugelförmigen, gelben Wachskapsel. Auf schwarzem Grunde sehen wir das noch heute gebräuchliche Stadtwappen.

Mit wenigen Ausnahmen entstanden unsere Zünfte alle erst um die Mitte des 16. Jahrhunderts.

Der Lehrling hatte eine Probezeit von 2 bis 6 Wochen zu bestehen; erst dann konnte ein Lehrvertrag geschlossen werden. Mit besonderer Feierlichkeit erfolgte die Aufnahme als Lehrling. Die Lehrzeit dauerte 3 Jahre. Wer dem Meister entlief, durfte von keinem Zunftgenossen mehr angenommen werden. Sobald der Lehrling Geselle wurde, mußte er auf Wanderung gehen und sich die Welt ansehen. Bei der Aufnahme in die Zunft als Meister hatte der Betreffende ein gewisses Quantum Wachs zu entrichten. Aus diesem bereitete man Kerzen, die beim Gottesdienst, bei Begräbnissen und bei der Fronleichnamsprozession von den Zunftmitgliedern getragen wurden.

Die meisten Zünfte bildeten zugleich fromme Bruderschaften, um das religiöse und kirchliche Leben der Mitglieder zu fördern. Sie überboten sich in der Anschaffung mächtiger Kirchenfahnen, wie sie heute noch bei feierlichen kirchlichen Prozessionen getragen werden.

Bei der Wohlhabenheit, die sich in den Zünften entwickelte, erlangten diese auch bedeutendes Ansehen, und sie verschafften sich auch gewisse Rechte. So beanspruchten sie tätigen Anteil an der städtischen Verwaltung, die bis dahin alteingesessene, meist steuerfreie Geschlechter nur für sich in Anspruch nahmen. Die dadurch hervorgerufenen Kämpfe hatten zur Folge, daß die Zunftmeister zu den Beratungen der Ratsherren zugezogen werden mußten. Später erzwangen sie, daß die Hälfte der Ratsmänner aus ihrer Mitte gewählt wurde.

1560 gab es in Leobschütz 16 Zehen. 1620 zählte man ihrer 19, im Jahre 1800 sogar 24.

Einige Handwerke sind heute ganz verschwunden, wie das der Sporer, Gürtler und Posamentierer. Andere

sind bei uns ebenfalls im Aussterben begriffen, wie die schon 1394 gegründete Leinweberei. (Siehe Teil I, S. 53 u. 54.) Zu Ende des 15. Jahrhunderts, als man anfang, Wäsche zu tragen, nahm die Leinweberei einen bedeutenden Aufschwung, und doch ist sie heute durch den Fabrikbetrieb fast vollständig verdrängt. Ebenso ist das einst so ansehnliche Tuchmacherhandwerk verschwunden. Die Leobschützer Tuchmacher besaßen die Walkmühle ¹⁾ vor Gröbnig, wo die Tuche gewalkt (gedichtet) wurden. In der Niedervorstadt an der Stadtmauer lag der Tuchmacherparchen ²⁾, den ihnen die Stadt zum Trocknen der Tuche überlassen hatte.

Der Tuchmacher durfte seine fertige Ware nur in ganzen Stücken verkaufen. Das Recht, das Tuch nach der Elle zuzuschneiden, besaßen nur die Tuchkaufleute, Gewandschneider genannt. Demnach war damals der Handwerker der Großhändler und der Kaufmann der Kleinhändler.

Um die inländische Fabrikation zu heben und ihr einen guten Absatz zu verschaffen, durften Rohmaterialien erst dann an Fremde — Ausländer — verkauft werden, wenn die inländischen Interessenten befriedigt waren. So durfte auch auf den Wollmärkten nach einer Verordnung vom Jahre 1759 erst am vierten Tage an Ausländer verkauft werden, nachdem die inländischen Käufer ihren Bedarf gedeckt hatten. Durch das Ausfuhrverbot fühlten sich besonders die Bleicher in Troplowitz, Geppersdorf, Schönwiese und Romeise geschädigt. ³⁾ Sie wandten sich daher 1783 an den König, der damals in Reisse weilte, und baten um die Erlaubnis, gebleichte Garne ausführen zu dürfen. Der Königliche Bescheid ist nicht bekannt.

Das Brauen des Bieres geschah seitens der brauberechtigten Bürger in Leobschütz abwechselnd im städtischen

¹⁾ Wassermühlen gab es bei uns schon von altersher; die Windmühlen treten jedoch erst um das Jahr 1400 in Deutschland auf. Leobschütz hatte 3 Windmühlen. Die eine stand zwischen der Beyerischen Mälzerei und der neuen Kaserne. Sie stellte 1889, als das neue Kasernen erbaut wurde, den Betrieb ein und ist bereits von der Bildfläche verschwunden. Die anderen beiden standen südlich der Stadt hinter der Liebeshöhe. Die eine ist ebenfalls schon abgetragen worden, und die andere dient nur noch als Geräteschuppen.

²⁾ Parchen siehe Seite 76.

³⁾ Noch 1870 gab es im Kreise Leobschütz 17 Bleichen, die sich fast alle im Oppatole befanden. Die Entstehung der maschinellen Spinnereien und der Leinenfabriken verdrängten die Handspinnerei und die Handweberei, so daß auch die Bleichen nach und nach überflüssig wurden und ihren Betrieb einstellten.

Brauhaus, das im Jahre 1800 an der Stelle des Uhrmacher Kaulschen Hauses lag (stehe alter Stadtplan, S. 74). Für Benutzung der Braupfanne wurde jedesmal eine Gebühr von 24 Groschen gezahlt. Man braute Märzenbier und Aufenbier. Unter letzterem verstand man das heutige Einfachbier. Auf nicht weniger als 226 Stellen haftete in Leobschütz im Jahre 1784 die Bierbraugerechtsame. Noch damals waren die Orte Badewitz, Neudorf, Roben, Trenkau, Kittelwitz, Königsdorf, Sabuschütz und Kaltenhausen verpflichtet, nur Leobschützer Bier zu schenken.

Den Höhepunkt hatte das Zunftwesen zu Ende des 16. Jahrhunderts erreicht. Später schlichen sich mancherlei Mißbräuche ein, und es entstanden gewisse Unzuträglichkeiten: Das Meisterrecht wurde für Geld verkauft, die Meister litten an Überhebung, die Gefellen zeigten sich unzufrieden mit der mangelhaften Kost, dem schlechten Lager und der langen Arbeitszeit (15 Std. täglich), das ganze Zunftwesen artete in nichtige Förmlichkeiten aus. Die Einrichtungen zeigten sich immer mehr als geist- und inhaltslose Tändeleien, an die sich jedoch der ehrenwerte Handwerksmeister zähe klammerte. Niemand war mehr mit den durch das Zunftwesen geschaffenen Verhältnissen zufrieden.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts brach sich endlich die Erkenntnis Bahn, daß sich diese Einrichtung überlebt habe. Die Beschränkung durch die Bannmeile vertrug sich nicht mehr mit der Entwicklung des Verkehrs und der Industrie. Ebenso war das Verbot der Einfuhr von fertigen Waren und der Ausfuhr von Rohprodukten, das das Handwerk besonders schützte, nicht mehr aufrecht zu halten. Schon waren die Anfänge der Industrie zu spüren. Um dem Auslande, besonders Holland und England gleichzukommen, wurde die Einrichtung von Fabriken seitens der Fürsten auf jegliche Weise gefördert und den Zünften ein Vorrecht nach dem andern entzogen.

Die Verordnung vom 2. November 1810 brachte vollständige Gewerbefreiheit. Fortan durfte jeder jedes ehrliche Gewerbe treiben, wann und wo er nur wollte. Ein Befähigungsnachweis war nicht mehr nötig. Man ging von der Erwägung aus: Wer gute Ware zu einem angemessenen Preise liefert, der wird auch dafür stets die nötigen Abnehmer finden. Das Talent hatte freie Bahn, und das spornte zur Nacheiferung an zur Hebung der Industrie, zum Segen des Staates.

Bei Einführung der Gewerbefreiheit 1810 bestanden in Leobschütz, das damals nur 3500 Einwohner zählte, wie schon erwähnt, 24 Zünfte. Die stärkste war die der Schneider. Sie zählte 34 selbständige Meister. Dann folgten die Stricker mit 28, die Schuhmacher mit 20, die Fleischer mit 20, die Tuchmacher mit 16, die Bäcker mit 12, die Rotgerber mit 12, die Kürschner mit 12, die Schmiede mit 11, die Stellmacher mit 11, die Tischler mit 9, die Töpfer mit 8, die Schlosser mit 7, die Weißgerber mit 6, die Binder mit 6, die Hutmacher mit 6, die Seiler mit 5, die Seifensieder mit 5, die Maurer und die Zimmerer mit 5, die Müller mit 3, die Sattler mit 3, die Kupferschmiede mit 3, die Brauer mit 2 und die Posamentierer mit 2 Meistern.

In Handwerkerkreisen war man mit der Gewerbefreiheit durchaus nicht einverstanden. Durch die Einrichtung des Großbetriebs, durch die Aufstellung von Maschinen wurde das eigentliche Handwerk immer mehr verdrängt. Der Handwerker wurde in vielen Fällen zum Lohnarbeiter herabgesetzt. Die Unzufriedenheit wuchs beständig und fand ihren Ausdruck in dem im Jahre 1848 in Frankfurt a. M. tagenden Handwerkerparlament. Dieses forderte geradezu die Rückkehr zu den mittelalterlichen Zuständen.

Um den Handwerkerkreisen entgegenzukommen, sah sich die Staatsbehörde veranlaßt, einige die Gewerbefreiheit einschränkende Bestimmungen zu treffen. So erschien 1869 die „Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund.“ Sie wurde bei Gründung des Deutschen Reiches zum Reichsgesetz erhoben und ist seitdem durch verschiedene Gesetze und Vorschriften erweitert und ergänzt worden. Die letzte Fassung datiert vom Jahre 1900.

Zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen des Handwerks wurde im Jahre 1880 in Leobschütz der Handwerkerverein gegründet, der heute 107 Mitglieder zählt. Vorsitzender ist Goldschmied David.

Die einzelnen Handwerke zeigen ihren Zusammenschluß in der Gründung von Innungen, die gewissermaßen eine Fortführung des Zunftwesens bilden sollen, jedoch ohne alles Zeremonielle und ohne die Freiheit des Einzelnen nach früherer Art einzuschränken.

„Das Handwerk hat heute einen schweren Stand,“ wird allgemein geklagt, und das nicht mit Unrecht, weil der Großbetrieb das Fortkommen des kleinen Mannes erschwert. Um so mehr müssen diejenigen, die sich dem Handwerk widmen, auf dem Platze sein und durch Bildung, Tüchtigkeit, Streb-
samkeit und Energie alle Hindernisse und Schwierigkeiten zu überwinden suchen. Wer so das Handwerk ansieht, für den

hat es auch heut noch einen goldenen Boden. Und daß die Staatsregierung bestrebt ist, dem Handwerk aufzuhelfen, ersehen wir aus der Berufung des schlichten Klempnermeisters Plate in Hannover zum Mitgliede des preussischen Herrenhauses.

Heutige Innungen in Leobschütz, Zahl ihrer Meister und Name der Obermeister:

Schuhmacher 63, Franz Ezerwenka, — Schneider 52, Eduard Tenschert, — Fleischer 37, Albert Weidel, — Tischler und Glaser 31, Johann Trautmann, — Schmiede 29, Paul Rother, — Bäcker 30, Robert Koch — Sattler, Tapezierer und Maler 25, Josef Beyer, — Barbieri, Friseur und Perückenmacher 21, Karl Bernard, — Stellmacher und Böttcher 17, Alois Hauke, — Müller 17, Strauch Wanowitz — Klempner 16, Paul Wottke, — Töpfer 12, Anton Krause, — Weber 12, Anton Göhr, — Schlosser und Maschinenbauer 11, Heinrich Gishmann, — und Maurer und Zimmerer 5, Hermann Rädtsch. — Der hiesigen Brauerrinnung gehören auch die Meister der oberschlesischen Industriegegend an. Obermeister ist Heinrich Thau in Gnadenfeld.

Den ersten Fabrikbetrieb in Leobschütz richtete Moriz Teichmann im Jahre 1854 ein. Er war vordem hier jüdischer Lehrer und lernte durch einen aus Klein Mohrau zugewanderten armen Weber, namens Basilius Rothkegel, die Herstellung von Wollwaren kennen. Der bereits 63 Jahre alte Mann war sein erster Werkmeister. Schon im Jahre 1862 errang Teichmann auf der Londoner Industrie-Ausstellung eine Prämie. Auf verschiedenen anderen Ausstellungen fanden seine Erzeugnisse wohlverdiente Anerkennung. 1879 erhielt er den Titel Kommerzienrat.

Benjamin Hollaender, ebenfalls erst hierorts jüdischer Lehrer, gründete 1856 seine Fabrik. Auch ihm wurden auf verschiedenen Ausstellungen Prämien und Preise zuerkannt. Heute zählt Leobschütz fünf größere Wollwarenfabriken: Teichmann (Merkur), Hollaender, Schneider, Winkler und Scheibe.

Die Dampfkraft wird in 23 Betrieben verwendet. Gasmotoren sind 12 aufgestellt. (Siehe Teil I, S. 62.)

Handel und Verkehr.

In alter Zeit führte eine der bedeutendsten Handelsstraßen von der Donau die March aufwärts durch das Hügelland zwischen den Sudeten und Karpathen nach der Oder, dann weiter nordwärts durch Polen nach den Ge-

staden der Ostsee. 1) Diesen Weg benutzten die Römer, um zu Lande den Bernstein von der Ostseeküste zu holen.

Wie zahlreiche Funde (römischer Geräte, Waffen und Münzen) an verschiedenen Orten unseres Kreises, besonders bei Bieskau, St. Neukirch und Ratibor beweisen, führte dieser Verkehrsweg auch durch unseren heutigen Kreis und berührte Leobschütz.

Für Benutzung der holperigen und klotigen Wege und der mangelhaften Brücken mußte ein Wege- und Brücken-zoll entrichtet werden, zu dem später noch der Durchgangszoll trat. Erwähnt werden solche Mauten schon um das Jahr 1200 bei Leobschütz, Troppau, Grätz und Freudental. Später finden wir, daß einzelne Edelleute, über deren Grund und Boden die Handelsstraße führte, ebenfalls Mauten errichteten. So gestattete der Herzog dem Herrn von Bladen im Jahre 1494, einen Zoll zu erheben, wofür er jedoch die Wege ausbessern und die Brücke bei Bladen in gutem Zustande erhalten sollte.

Die von den Handelsleuten zu benützenden Wege schrieb der Fürst einfach vor, und bei hoher Geldstrafe war es verboten, von diesen Wegen abzuweichen. König Matthias verordnete 1474, daß der Verkehr von Schlesien nach Ungarn von Breslau aus über Oppeln und Ratibor oder über Neiße, Leobschütz und Troppau führen sollte.

Städte, die an Handelsstraßen lagen, erfreuten sich des Vorzugs, daß die durchziehenden Kaufleute in Gasthäusern und Herbergen nicht nur einen schönen Groschen verzehrten, sondern auch den Bewohnern die Waren ohne Zwischenhandel zuführten. Für die Städte bestand nämlich seit dem 13. Jahrhundert das sogenannte Niederlagsrecht, wonach die ankommenden Handelsleute ihre Waren drei Tage lang zum Verkauf auslegen mußten. Nur mit dem nicht abgelegten Frachtgute durften sie ihres Weges weiter ziehen. Leobschütz besaß zu diesem Zwecke schon im Jahre 1298 ein städtisches Kaufhaus. Später waren die Niederlagsgewölbe im „großen Bürgerhause“ untergebracht, an dessen Stelle 1570 das Rathaus errichtet wurde.

Waren die Zölle und das Niederlagsrecht der Städte für den Kaufmann lästige Einrichtungen, so war die mit der

1) Die Hauptstützpunkte dieser Handelsstraße waren Celemantia (Komorn an der Donau), Carrodunum (Krapitz) und Ralisia (Ralsch an der oberen Warthe).



Zeit entstandene Unsicherheit auf der freien Straße für den Handel sogar hemmend. Die althergebrachte Unsitte, daß die Frachtgüter beim Zerbrehen oder Umstürzen des Wagens der Plünderung preisgegeben waren (Grundrührrecht), wurde zwar schon im Jahre 1283 verboten, doch der Raubgier der Landstreicher, Straßenräuber und des armen Adels (letztere Schnapphähne und Strauchritter genannt), die im Versteck auf den vorüberkommenden Frachtwagen lauerten, um ihn zu überfallen und zu plündern, war schwer Einhalt zu tun. Zum Schutz gegen solch Räuberunwesen blieb dem Kaufmann nichts anderes übrig, als sich gegen hohe Gebühren von einer Stadt zur andern eine bewaffnete Geleitschaft zu dingen.

Handelsgegenstände, die man von Süden her brachte, waren Trauben, Wein, Hopfen, Salz, Äpfel, Nüsse, Gewürze, italienische Früchte, Seidenzeuge, Tücher, Purpurstoffe und Edelsteine. Aus Polen kamen Wachs, Honig, Fett, Talg und Pelzwaren. Aus Norden holte man Teer, Tran, Bernstein, Pelzwerk und gesalzene Fische. Leobschütz selbst erzeugte für den Handel Tuche und Leinenzeuge, die in den Tuchkammern und Gewandhäusern feilgeboten wurden.

Im 13. Jahrhundert gab es in Leobschütz nur einen Jahrmarkt, der am Martinstage abgehalten wurde. Wer auf dem Markte Waren auf Tischen, in Butten, Marktgefäßen und Maßen feilbot, hatte eine Abgabe von 3 Denaren ¹⁾ zu entrichten. Später finden wir, daß die Stadt Leobschütz 2 Jahrmärkte abhielt. Der Herzog genehmigte 1554 einen dritten und 1559 einen vierten Jahrmarkt. Doch wurde zugleich verordnet, daß die Märkte, die stets zwei Tage dauerten, nicht mehr Sonnabend und Sonntag, sondern der Heiligung des Sonntags wegen Freitag und Sonnabend abgehalten werden sollten.

Die Handelsstraßen dienten bei Kriegezeiten zugleich als Heerstraßen. Daher hatte Leobschütz wie alle an solchen Straßen liegenden Städte bei unruhigen Zeiten viel zu leiden. Der Kaufmann mied den Weg durch solche Städte und wählte zur eigenen Sicherheit andere, abseits liegende Wege. Während des 30jährigen Krieges ließen die von Breslau nach Troppau reisenden Kaufleute Leobschütz links liegen und zogen von Neiße über Oibersdorf und Jägerndorf nach Troppau. Diesen Weg behielten sie auch nach Beendigung des Krieges bei zum dauernden Nach-

¹⁾ Siehe Heft I, S. 20.

teil unserer Stadt. Nach der Eroberung Schlesiens durch Friedrich d. Gr. wurde die naheliegende neue Landesgrenze für unser Verkehrsleben ein neuer Hemmschuh, und die in unserer Zeit immer steigenden Grenzzölle bringen den Verkehr mit Österreich fast vollständig zum Stillstand. Die ehemaligen, viel besuchten Woll- und Flachsmärkte gingen vollständig ein, und unsere einst so berühmten Getreidemärkte haben ihre Bedeutung verloren.

Als 1810 die Gewerbefreiheit eingeführt wurde, bestanden in Leobschütz eine Anzahl privilegierter Kramen¹⁾ und Bänke, die von der Stadt durch beträchtliche Zahlungen von ihren Inhabern abzulösen waren. An den Staat hatte sie für 6 Reichkramen 12000 Tlr. zu entrichten. An Private zahlte sie: für 12 Backbänke 12690 Tlr., für 5 Pfefferkuchebänke 1450 Tlr., für 20 Fleischbänke 16000 Tlr., für 20 Schuhbänke 11000 Tlr., im ganzen 53400 Tlr. Durch den Wiederverkauf der erworbenen Häuser der privilegierten Kramen und Bänke hielt sich die Stadt ziemlich schadlos.

Von den Reichkramen befanden sich fünf in den Häusern östlich am Rathause und eine an der Nordwestecke des Rathauses (jetzt Polizeiwache). Die Backbänke waren im südlichen und die Schuhbänke im nördlichen Teile eines durch das alte Rathaus führenden Ganges eingerichtet. Die Fleischbänke lagen anfänglich am Rohmarkt, später hinter dem Fürstlich Diehtensteinschen Hause zwischen Baderstraße und Malzstraße. Hier liegt heute das Rohowsky'sche Wohnhaus, Baderstraße 1. Die Pfefferküchler hatten keinen besonderen Stand. (Über Handel und Gewerbe in heutiger Zeit siehe Teil I, S. 62).

Zur Wahrnehmung der kaufmännischen Interessen schlossen sich die hiesigen Kaufleute im Jahre 1883 zusammen und gründeten den kaufmännischen Verein. Als erste erfreuliche Tat des vereinten Schaffens war die Gründung der kaufmännischen Fortbildungsschule (siehe dort). Die Abschaffung der lästigen Neujahrs Geschenke und die Erreichung besserer Bahnverbindung mit Breslau und Oberschlesien sind ein Verdienst des kaufmännischen Vereins aus neuerer Zeit. Vorsitzender ist heute der Stadtrat Heinrich Magen.

¹⁾ Kramen = Krambuden.

Ausere Verkehrsmittel.

Die Post.

In alter Zeit ließ man Nachrichten durch Boten, die in vielen Fällen beritten waren, an ihren Bestimmungsort gelangen. Die erste ständige Postverbindung erhielt Leobschütz im Jahre 1663 mit Jägerndorf und zwar durch einen berittenen Boten, der als Erkennungszeichen an der Brust ein silbernes Schild trug. Erst nach dem siebenjährigen Kriege wurden vier staatliche Postämter für Oberschlesien eingerichtet, nämlich in Oppeln, Tarnowitz, Neustadt und Ratibor. Unter dem Postamt Neustadt standen die Postwärterämter Kosel, Oberglogau, Zülz, Leobschütz und Bauerwitz. Wöchentlich zweimal — Montag und Donnerstag — kam die Post von Ratibor über Bauerwitz gegen Abend vierspännig in Leobschütz an und fuhr am nächsten Morgen über Neustadt, Reife, Grottkau und Ohlau nach Breslau, wo sie Mittwoch und Sonnabend anlangte. Hultschin und Katscher schickten ihre Postsachen durch einen Boten nach Bauerwitz. Troplowitz brachte sie nach Leobschütz. Die Ortschaften des Kreises ließen sich ihre Brieffschaften durch eigene Boten in Leobschütz bzw. in Bauerwitz, Katscher und Troplowitz auf eigene Kosten und Gefahr abholen und auch dahin bringen. Im Jahre 1820 gab es schon verschiedene Orte mit staatlich bestellten Landbriefträgern, die wöchentlich einmal die Post brachten. Das Porto für einen Brief betrug je nach der Entfernung 4 bis 8 Sgr.

Noch im Jahre 1850 bestanden im Kreise Leobschütz nur die 4 Postämter Leobschütz, Bauerwitz, Katscher und Troplowitz. Pilsch wurde von Klingebutel aus bestellt. Die Postsachen trug man in den Dörfern täglich einmal, in den Städten zweimal aus. Heute erfreuen sich zumeist auch schon die Landgemeinden einer täglich zweimaligen Bestellung. In der Stadt Leobschütz werden die Postsachen dreimal ins Haus gebracht.

Das Postamt Leobschütz war bis ums Jahr 1850 im ehemals Bruckshen Hause gegenüber der Rotheshen Buchhandlung untergebracht. Dann befand es sich am Ringe, zunächst im Gismannschen, dann im Goldbergerischen Hause. Im Jahre 1866 war die Post in den unteren Räumen des heutigen Hotels zur Post eingerichtet. Nach einem Brande im Postgebäude (1879) verlegte man das Amt an

die Wassertorstraße in das zurzeit dem Buchdruckereibesitzer Hampel gehörige Haus. Erst in den Jahren 1896/97 kam es zur Errichtung des heutigen staatlichen Postgebäudes.

Die Stadtfernsprecheinrichtung besteht in Leobschütz seit 1900. Sie zählt über 120 Fernsprechstellen. Im Kreise gibt es 32 Postanstalten und 55 Fernsprechanschlüsse. (Witte Adreßkalender von Leobschütz.)

Verkehrswege.

Gewöhnliche Landwege mit ausgefahrenen Gleisen, um deren Instandsetzung sich niemand kümmerte, führten von einem Ort zum andern. Der Frachtwagen bewegte sich als Biergespann langsam dahin. Bei schwacher Bepannung mußte der Fuhrmann, um auch nur über geringe Anhöhen zu gelangen, im nächsten Dorfe Vorspann holen.

Mit dem Bau von Chaussees begann man in unserm Kreise erst im Jahre 1852. 1855 wurden die Chaussees Leobschütz—Ratibor, Leobschütz—Jägerndorf und Leobschütz—Kosel dem Verkehr übergeben. Heute durchzieht den Kreis ein Chausseenez von 234 Kilometer Gesamtlänge, an das fast sämtliche Gemeinden angeschlossen sind.

Die erste Bahnverbindung erhielt Leobschütz im Jahre 1856 mit Ratibor. Schon im Jahre 1852 sollte Leobschütz direkte Bahnverbindung mit Randzin über Königsdorf, Schönau und Twardawa erhalten. Man scheute leider die Geländeschwierigkeiten. Die Bahnlinie Leobschütz—Jägerndorf wurde 1873, Leobschütz—Rasselwitz 1876, Ratibor—Gr. Peterwitz 1896 und Kosel—Bauerwitz—Troppau 1909 eröffnet. Die direkte Bahnverbindung der Stadt Leobschütz mit Randzin bezw. dem Oderhafen Kosel, wie sie schon 1852 geplant war, wird als dringende Notwendigkeit empfunden und von der Stadt und dem Kreise Leobschütz angestrebt.

Das Rathaus (Curia).

An Stelle des „großen Bürgerhauses“, in welchem sich die Niederlagsgewölbe für durchziehende Kaufleute befanden, erbaute die Stadt im Jahre 1570 ein massives Rathaus mit einem hohen Turme.

An der Ostseite schlossen sich fünf und an der Nordwestecke — jetzt Polizeiwache — eines der Krämerhäuser oder

Gewandhäuser an. Jene fünf sind heute noch als Geschäftshäuser vorhanden, während das allein an der Nordwestecke liegende Haus, das sich mit dem Rathause unter demselben Dache befand, im Jahre 1845 für 2000 Taler von der Stadt angekauft wurde.

Das Erdgeschoß des alten Rathauses trug starke Gewölbe, die in früherer Zeit als Niederlagsräume für durchziehende Kaufleute dienten und durch mächtige, mit Eisen beschlagene Türen verschlossen wurden. An der Südwestecke (gegenüber Proskauer) befand sich die Hauptwache, die seit den schlesischen Kriegen ein militärisches Wachkommando inne hatte. Im neuen Rathause kam die Wachstube an die Nordwestecke zu liegen, wo das einzelne Krämerhaus lag. Seit 1889 befindet sich das Wachkommando im neuen Kasernement. Ferner waren im Erdgeschoß die Arrestlokale, die Gerichtsstube des Stadtvogtes, das kgl. Untersteuereamt und später auch die städtische Kammereikasse untergebracht. Daneben lagen an der Westseite 3 gewölbte Stuben, die einem Polizeibeamten als Wohnung dienten. Von Norden nach Süden, von der Laubenstraße nach dem südlichen Teile des Ringes führte ein überwölbter Gang. In diesem befanden sich bis 1810 die Schuh- und Backbänke. Von 1810 ab diente dieser Gang zur Unterbringung der Feuerlöschgeräte und der Jahrmaktbuden.

Der Eingang zum Rathause lag an der Südseite. Eine Freitreppe führte ursprünglich bis in das zweite Geschoß. 1797 kassierte man diesen Eingang und legte einen neuen zu ebener Erde an der Westseite des Rathauses an.

Im zweiten Geschoß befand sich ein großer Saal, der als Theater- und Konzertsaal diente und auch den Bürgern bei größeren Familienfesten zur Verfügung stand. Schon 1842 gab es in Leobschütz einen Musikverein, der in diesem Saale seine öffentlichen Aufführungen gab. Die Miete betrug für einen Abend 20 Sgr. Ferner enthielt das zweite Geschoß den „Sessionsaal“ für Magistrat und Stadtverordnete, die Registratur und die übrigen städtischen Bureaus. Gegen den Turm lagen zwei finstere Stübchen und ein großes Gewölbe. Hier bewahrte man den Hopfen, den Flachs und die Wolle der städtischen Ökonomie auf.

Eine sehr enge Treppe führte in das dritte Geschoß. Hier befanden sich nur 3 mit Balkendecken versehene Dachstuben, in denen bis 1835 das Fürstlich Liechtensteinsche Stadt- und Landgericht untergebracht war. Im Eck-

türmchen an der Südwestseite hing das Armesünder-Glöcklein, das 1789 zum letztenmal geläutet wurde.

Das Dach hatte anfänglich die hier angegebene Form



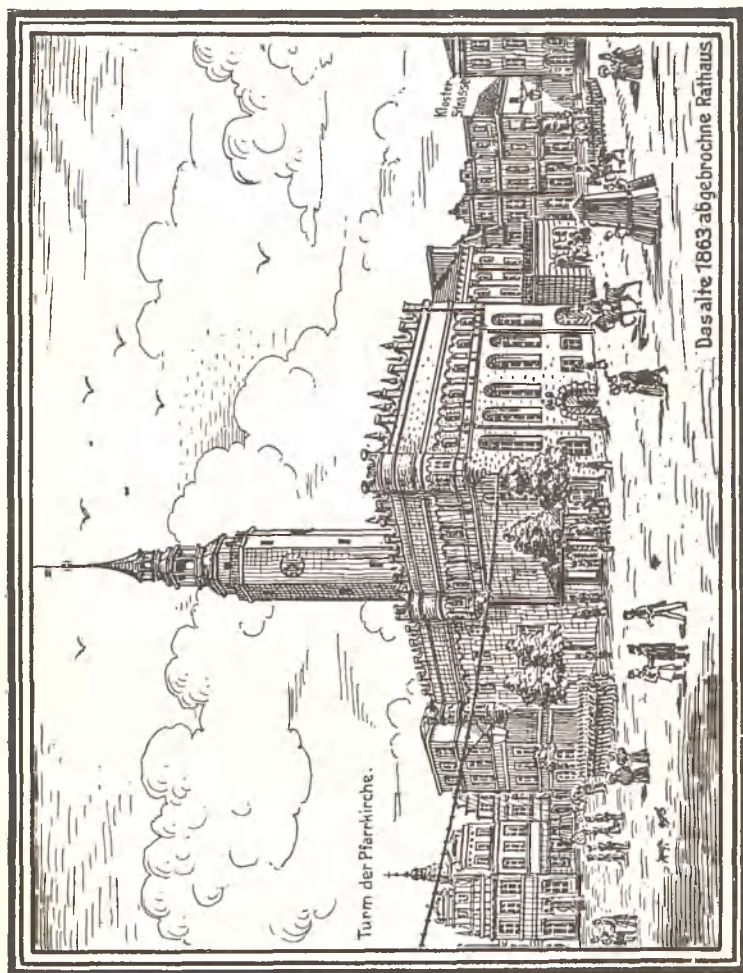
und war mit Schindeln gedeckt. Im Jahre 1672 hob ein Orkan das Dach ab; man versah nun das Rathaus mit einem flachen Dache. Eine Ansicht des alten Rathauses wurde 1832 vom Lehrer und Kantor John gezeichnet und dem Magistrat überreicht. Er erhielt dafür 10 Tlr. Der Magistrat ließ das Bild vom Tischlermeister Schindler einrahmen und im Sitzungssaal aufhängen. Heute befindet es sich im Amtszimmer des Bürgermeisters.

Schon 1844 beschloßen Magistrat und Stadtverordnete wegen Schadhaftheit des Daches und der unbrauchbar gewordenen Zimmer des dritten Geschosses, einen Umbau = bzw. Neubau des Rathauses auszuführen. Aus Mangel an Mitteln wurde der Bau trotz des Drängens der Königl. Regierung von Jahr zu Jahr hinausgeschoben. Erst 1863 kam es zu einem Neubau. Zuvor nahm man durch ein Festmahl vom alten Rathause feierlichen Abschied. Mit der Abschiedsfeier wurde zugleich eine Gedenkfeier zur 50jährigen Wiederkehr der Erhebung Preußens verbunden. Die damals noch lebenden Veteranen, 30 an der Zahl, wurden auf Kosten der Stadt bewirtet.

Der Bau des Rathauses wurde nach einer prämierten Zeichnung des Kgl. Kreisbaumeisters Lüdecke aus Breslau ausgeführt. Der hiesige Baumeister Rott erhielt für das von ihm gefertigte Projekt den zweiten Preis.

Der alte Grundstein kam beim Abbruch des Rathauses nicht zum Vorschein, da die Grundmauer zum Teil stehen blieb. Ein neuer Grundstein wurde in den ersten vorspringenden Pfeiler an der Südwand des Saales eingefügt. Während des Baues merkten die Stadtväter, daß der Sitzungssaal für die Stadtverordneten zu niedrig angelegt war. Die Decke mußte nachträglich um vier Fuß gehoben werden. Gegen den nach der Fertigstellung des Baues sich zeigenden Hauschwamm empfahl Lüdecke Quecksilber-Sublimat, das wiederholt auf das Holz gestrichen werden sollte.

Das neue Rathaus enthält im Erdgeschoß die Polizei- und Kassenräume sowie eine Wohnung für den Magistratsboten. Der Hallengang ist verschwunden; nur



Das alte Rathaus.

das niedrige Gewölbe über dem Turmeingange ist vom alten Rathause stehen geblieben. Im zweiten Geschoß liegen die Bureaus der städtischen Verwaltung, das Meldeamt, das Sitzungszimmer des Magistrats, die Bibliothek und der Festsaal. Im dritten Geschoß befinden sich der Stadtverord-

neten-Sitzungsaal, zwei Sitzungszimmer für die verschiedenen Ausschüsse und die Bureaus des Standesbeamten und Polizeisekretärs. Kellerräume sind nicht vorhanden. Die Baukosten



Das neue Rathaus.

beliefen sich auf 30 000 Taler.

Für Benützung des Saales sollten bei einem Diner 6 Tlr., bei Abhaltung eines Konzerts 10 Tlr. und bei Veranstaltung eines Balles 15 Tlr. entrichtet werden. 1865 galt unser Rathaus als das schönste von Obergeschlesien.

Der Ratsturm.

Der Ratsturm, der eine Höhe von 66½ m hat, wurde zugleich mit dem Rathause im Jahre 1570 erbaut und ist in seinem Mauerwerk bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben. Bei dem großen Brande 1603 vernichtete das Feuer alle Holzteile und auch den Helm des Turmes. Im 30jährigen Kriege erlitt der Turm viel Schaden durch das Werfen mit Bomben seitens der Schweden. In dem beschädigten Zustande blieb der Turm, da es an den erforderlichen Mitteln mangelte ¹⁾, bis 1676. Der Turmknopf, der herabzustürzen drohte, war schon 1653 abgenommen worden, konnte aber erst nach der Ausbesserung des Turmes 1676 wieder aufgesetzt werden. Der Durchmesser des Knopfes beträgt 75 cm.

Schon 1718 bestand der Brauch, daß an Fest- und Markttagen von Kunstpfeifern (Stadtmusikern) hoch oben vom Turmkranze dem Räte der Stadt, der im Saale des Rathauses an solchen Tagen sein Festmahl einnahm, mit Zinken und Posaunen zur Tafel aufgespielt wurde. Dafür erhielt der Stadtmusikus (Kapellmeister) jährlich 100 Taler. Diese Einrichtung wurde bis um das Jahr 1875 beibehalten, obwohl die Stadtväter schon längst nicht mehr im Rathaussaale, sondern in häuslicher Bequemlichkeit speisten. Von 1875 ab konzertierte die Stadtkapelle nicht mehr auf dem Turmkranze, sondern auf dem Balkon des Rathauses. Im Jahre 1895 schaffte der Bürgermeister Löninger diesen alten, schönen Brauch ab und entzog dem städtischen Musikdirigenten die ihm bis dahin von der Stadt gewährten 300 M. Die Stadtkapelle löste sich dann auf, zumal ihr durch die Militärkapelle eine starke Konkurrenz erwuchs.

1747 zeigte sich das Kupferdach des Turmes schadhaft und mußte erneut werden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Turmknopf abgenommen und geöffnet. Das damals dem Knopf neu einverleibte Schriftstück enthält unter anderem folgende interessante Stelle: „1744 wurde Prag den Preußen zur Beute. Es wurde jedoch wieder durch die

¹⁾ Die Vermögenslage der Stadt gestaltete sich seit dem 30jährigen Kriege immer ungünstiger. 1713 war die Schuldenlast auf 24000 Th. gestiegen; das ist für jene Zeit eine enorme Summe. Nach weiteren 100 Jahren sind die finanziellen Verhältnisse der Stadt Leobschütz nicht viel besser. 1825 ist Leobschütz nicht imstande, die laufenden kleinen Ausgaben zu bestreiten.

Österreicher befreit, und die eiserne Statue des hl. Johannes von Nepomuk, die auf der Brücke steht, veränderte mit einem heftigen Krachen und Geräusch ihre vorige Lage und Stellung und wendete das Gesicht gegen die Hauptkirche der Stadt.“¹⁾

1775 mußte der schadhaft gewordene, aus Stein gearbeitete Turmkranz erneut werden. Man deckte ihn mit Eisenplatten ab und umgab ihn mit einem Eisengitter. 1819 wurde die Erneuerung des Kupferdaches notwendig, und 1823 erhielt der Turm einen Blitzableiter. Die häufig reparaturbedürftigen Eisenplatten des Turmkranzes wurden 1837 durch Zinkplatten ersetzt. 1842 versah Baumeister Pietsch den Turm mit frischem Putz für 72 Tlr. Die Gialen und Wasserspeier erhielt der Turmkranz beim Neubau des Rathauses 1864.

Auf dem Ratsurme wohnte bis 1897 der Ratstürmer, der des Nachts nach jedem Stundenschlag ein Trompetensignal ertönen ließ. Bei Ausbruch eines Feuers zeigte er die Richtung bei Tage durch eine Fahne, des Nachts durch eine bunte Laterne an. 1897 wurde in der Polizeiwachstube eine elektrische Alarmanlage angebracht.

Die Ratsurmglöcke erinnert uns an den großen Brand 1603. Sie trägt die Inschrift: „Ich wurde von Zacharias Mildner in Olmütz gegossen, da ich 1603 mit 309 Häusern in der Stadt verbrannte.“

Die Turmuhr.

Die bald nach Erbauung des Rathauses im Jahre 1570 am Turme angebrachte Uhr war eine sogenannte böhmische Uhr. Das Zifferblatt zeigte nicht 12, sondern 24 Stunden. So wurde beispielsweise vom Einzuge des Markgrafen Georg Friedrich in Jägerndorf berichtet: „1574 am 24. Mai um 20 Uhr ist der Fürst gekommen usw.“ Heute würde es heißen „abends 8 Uhr.“ In eine Zwölfstundenuhr, halbe Uhr genannt, wurde die Ratsurmuhre 1579 durch einen Breslauer Uhrmacher umgewandelt.²⁾

Das Feuer im Jahre 1603 zerstörte auch die Ratsurmuhre, und sie mußte durch eine neue ersetzt werden. Bis 1842 hatte die Turmuhr nur einen Stundenzeiger.

¹⁾ Sollte der hl. Johannes wirklich so auffallend Partei für die Österreicher genommen haben?

²⁾ Zurzeit des Markgrafen Georg Friedrich wurde auch in Leobschütz der Gregorianische Kalender eingeführt (1585). Nach dem 6. März zählte man sofort den 17. März.

Den Minutenzeiger brachte in genanntem Jahre der Schlosser Bienzeß aus Branitz an, wobei er zugleich an der Uhr für 102 Thlr. eine gründliche Reparatur vornahm. Nach einer abermaligen Ausbesserung im Jahre 1871 brachte man diese Uhr auf den südlichen Pfarrkirchthurm, und für den Ratssturm wurde eine neue angeschafft.

Die Stadtverwaltung.

In früherer Zeit wählten die Bürger ihr Oberhaupt nur aus ihrer Mitte, zunächst auf einjährige, später auf dreijährige Dauer. Nicht besondere Kenntnisse waren Bedingung, sondern persönliches Ansehen und das Vertrauen der Bürgerschaft. Den Bürgermeister, auch Ratsmeister genannt, unterstützten 4 Ratsmänner. Ums Jahr 1600 bestand für den Bürgermeister die Verpflichtung, mit den Ratsmännern wöchentlich 3 Sitzungen abzuhalten, an denen später auch die Zunftältesten mit beratender Stimme teilnahmen. Wer ohne Zustimmung des Bürgermeisters fehlte, zahlte 4 Groschen Strafe. Für die Zeit der Amtsdauer waren Bürgermeister und Ratsmänner von allen Abgaben befreit und erhielten unentgeltlich Holz aus dem Buchwalde. Mit der Zeit begnügte sich der Bürgermeister nicht mehr mit der bloßen Befreiung von den Steuern, sondern forderte für sich gewisse Einnahmen von Schenkern, Bäckern, Fischern usw.

Die rechte Hand des Bürgermeisters war der Stadtschreiber. In der Regel hatte dieser die Hochschule besucht und befand sich im Besitz gelehrter Rechtskenntnisse. Wo es galt, die Stadt zu vertreten oder eine Gnade zu erbitten, erschien der Stadtschreiber. Wir treffen ihn daher auch auf Fürstentagen und am Kaiserlichen Hofe. Sein Einkommen war für die damaligen Verhältnisse sehr ansehnlich. Im Jahre 1560 bezog der Leobschützer Stadtschreiber 350 Gulden Gehalt, genoß freie Wohnung, erhielt freies Holz und erfreute sich verschiedener Lieferungen an Getreide, Hühnern, Eiern, Fischen, Obst usw. Bei mangelnder Gewissenhaftigkeit brachte es der Stadtschreiber zu einem beträchtlichen Vermögen. In Troppau wird beispielsweise im Jahre 1594 von den Bürgern darüber Klage geführt, daß der Stadtschreiber, obwohl er als „armer Geselle“ nach Troppau gekommen sei, sich durch seine städtischen Ämter so bereichert habe, daß er sich nun ein Landgut kaufen wolle.

Die Bürger der Stadt unterschied man in Großbürger und Kleinbürger. Zu ersteren zählten nur die Besitzer von brau- und schankberechtigten Häusern. Sie waren steuerfrei. Aus ihrer Reihe wurden der Bürgermeister, die Ratsmänner und die Schöffen gewählt. Die Ritter, Großgrundbesitzer und Großkaufleute durften ebenfalls in die Stadtverwaltung gewählt werden.

Über Cliquenwirtschaft in unserer Stadtverwaltung wurde von den Kleinbürgern des öfteren geklagt und auch Anzeige erstattet. So reichten sie 1582 beim Herzog Markgraf Georg Friedrich eine Beschwerde über Bürgermeister und Schöffen ein, weil diese beim Holzverkauf im Buchwalde selbstsüchtige Zwecke verfolgten. Solche und ähnliche Beschwerden mögen veranlaßt haben, daß schon im 17. Jahrhundert die Bestimmung getroffen wurde, der Bürgermeister dürfe mit den Ratsherren oder Senatoren nicht in Blutsverwandtschaft stehen.

Nachdem Schlesien preussisch geworden war, erfuhr auch das Verwaltungsweisen der Stadt eine Umgestaltung. Unter einem staatlichen Beamten, dem Polizei- und Stadtdirektor, der die städtischen Beamten einsetzte und die Verwaltung des Stadtvermögens beaufsichtigte, standen der Verwaltungs- und der Polizeibürgermeister. Vor Einführung der neuen Städteordnung war Herr von Jerin Polizei- und Stadtdirektor, Heinze Verwaltungsbürgermeister und Pietsch Polizeibürgermeister. 4 Ratsmänner unterstützten den Verwaltungs-Bürgermeister in seiner Tätigkeit. Der Polizeibürgermeister und die aus der besseren Bürgerschaft gewählten Schöppen (Schöffen) bildeten das Gericht.

Durch die Steinsche Städteordnung vom Jahre 1808 wurde auch diese Art der Verwaltung aufgehoben. An der Spitze der Stadt steht seit jener Zeit nur ein Bürgermeister, den die Stadt wählt und die Kgl. Regierung bestätigt. Er bildet mit 6 Ratsherren den Magistrat. Der ehemalige Syndikus, der stets Jurist war, hatte — gewöhnlich nebenamtlich — die juridischen Angelegenheiten der Stadt zu vertreten. Er wurde auf 12 Jahre gewählt und erhielt 300 Thlr. bar und an Naturallieferungen 62 Zinshühner und 16 Schoß Pauschenholz.

Eine weitgehende Mitwirkung in der Stadtverwaltung ist der Bürgerschaft durch die Wahl von Stadtverordneten eingeräumt worden. Diese haben die Anordnungen und Vorschläge des Magistrats zu prüfen, sie anzunehmen, abzu-

ändern oder abzulehnen. Auch steht es in ihrer Befugnis, selbst Anträge zu stellen und darüber zu beschließen. Gültigkeit erlangen solche Beschlüsse jedoch erst nach Zustimmung des Magistrats. Durch die Teilnahme an der Verwaltung wuchs nun in den Bürgern das Selbstgefühl und das Interesse für das Gemeindewesen.

Der Bürgermeister von 1808 war ohne Zweifel viel selbständiger und auch hochvermögender als der Bürgermeister unserer Tage. Dafür hat aber die neue Ordnung der Dinge das Stadtoberhaupt seinen Bürgern viel näher gebracht, was doch wohl wichtiger ist.

Die erneute Städteordnung vom Jahre 1853 ließ es zu, daß da, wo ein Jurist das Bürgermeisteramt bekleidete, die Syndikatsgeschäfte auf diesen übergingen. Als daher die Amtsperiode des Syndikus Rechtsanwalt Koch im Jahre 1863 zu Ende ging, übertrug man dieses Amt dem damaligen Bürgermeister Stephan und entschädigte ihn für die dadurch entstandene Mehrarbeit mit 250 Talern jährlich. Zugleich erhöhte die Kommune sein Gehalt von 600 auf 700 Taler. Das Einkommen der Bürgermeister Henke und Richter belief sich nur auf 300 bzw. 400 Tlr. An Naturalien erhielt jeder 24 Scheffel Roggen, 62 Zinshühner und 16 Schock Pauschenholz.

Das Bürgermeisteramt bekleideten seit Einführung der Städteordnung bis heute folgende Herren:

Goldsmith	1809—1820,	Stephan	1843—1886,
Philipp	1820—1826,	Schelenz	1886—1890,
Richter	1826—1835,	Vöninger	1891—1903,
Henke	1836—1842,	Priemer	1903—heute.

Die Wahl erfolgte bis zur Erneuerung der Städteordnung im Jahre 1853 auf 6, dann auf 12 Jahre und zwar durch Kugelung. Mit Ausnahme des Henke konnten sämtliche Bürgermeister eine abgeschlossene höhere Schulbildung nachweisen.

Richter, 1779 in Leobschütz geboren, studierte die Rechtswissenschaft und war 1809 bis 1826 Syndikus der Stadt Leobschütz. Er gründete hier in seiner Vaterstadt die erste Steindruckerei Oberschlesiens.

Henke war 1783 als Sohn des Grundbesizers Henke in Leobschütz geboren. Er übernahm 1813 die elterliche Besitzung und betrieb nebenbei Viehhandel. Er mußte sich nach seiner Wahl zum Bürgermeister vor der kgl. Regierung einer Prüfung auf seine wissenschaftliche Qualifikation unterziehen.

Stephan zählte erst 28 Jahre, als er das Bürgermeisteramt übernahm. Vordem war er Gerichtsreferendar in Breslau. Voller 43 Jahre führte er das Stadttregiment. Der schon im Jahre 1844 für dringend notwendig befundene Neubau unseres Rathauses kam noch unter ihm im Jahre 1863 zustande. Im übrigen bewegte sich seine nur auf Sparsamkeit gerichtete Tätigkeit in ruhigen Bahnen. Das nicht immer angebrachte Sparen soll allerdings in vielfacher Hinsicht hemmend auf die Entwicklung und das Aufblühen der Stadt gewirkt haben.

Schelenz, früher Gerichtsassessor, mußte sein Amt vorgekommener Unregelmäßigkeiten wegen schon nach kaum vierjähriger Tätigkeit niederlegen. Das Verdienst, daß zu seiner Zeit das Husaren-Regiment „Graf Goeken“ in Leobschütz zusammengelegt wurde, ist auf das Konto des damaligen Beigeordneten Sanitätsrat Dr. Kober zu schreiben.

Löninger, zurzeit seiner Wahl Polizeiaffessor in Cöln, wurde nach Ablauf seiner Amtsperiode im Jahre 1903 nicht wieder gewählt. Die Führer der damals herrschenden Partei im Stadtparlament mißbilligten bei aller Anerkennung seiner Verdienste als äußerst tüchtiger und rühriger Verwaltungsbeamter seine gar zu strengen polizeilichen Maßnahmen. Seine Verdienste um die Stadt lassen sich nicht leugnen. Er verschaffte uns die Wasserversorgungszentrale, die Präparandie und das Kgl. Lehrerseminar. Die beiden letzten Anstalten wurden allerdings erst nach seiner Zeit eröffnet.

Bürgermeister Priemer hatte sich bereits in mehrjähriger Tätigkeit als Bürgermeister in Grottkau und Heiligenstadt bewährt, als ihn die Vertreter unserer Bürgerschaft an die Spitze der Stadt beriefen. Das in ihn gesetzte Vertrauen hat Herr Priemer in vollstem Maße gerechtfertigt. Ohne Unterschied des Standes, ohne jedes Zeremoniell findet der sich bedrückt fühlende Bürger bei ihm Gehör und freundliches Entgegenkommen. Dabei vertritt er mit Entschiedenheit seine das Wohl der Stadt fördernden Pläne, und es gelingt ihm stets, die ihm widerstrebenden Geister zu beschwichtigen und sie schließlich für seine Ideen zu gewinnen. (Zustandekommen des Kanalisations-Projekts). Glückauf zu weiterem freudigen Schaffen!

Mit dem Bürgermeisteramt war bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts das eines Polizei-Kommissarius verbunden. Der Antrag des Bürgermeisters Richter bei

seiner Wiederwahl im Jahre 1832, einen besonderen Polizei-Kommissarius anzustellen, wurde seitens der Stadtverordneten abgelehnt. Erst im Jahre 1858 unter Bürgermeister Stephan wurde die Anstellung eines solchen genehmigt. Im Jahre 1903 verlieh die Stadt dem Polizei-Kommissarius Janas den Titel Polizei-Inspektor und dem Polizeiwachtmeister Pohl den Titel Kommissarius.

Die Einführung des Bürgermeisters wie der neugewählten Ratsherren war in früherer Zeit äußerst feierlich. Sie nahm noch in den fünfziger Jahren mit Hochamt und Predigt ihren Anfang. In Prozession wurde der Einzuführende vom Rathause aus in die Kirche zum feierlichen Gottesdienste geleitet. Der Pfarrer hatte in der Predigt auf die Bedeutung des Tages hinzuweisen. Nach dem Gottesdienste fand in der Kirche auch die Vereidigung durch den Landrat statt. Zur Teilnahme an der Einführungsfeier hatten zu erscheinen: der Magistrat und die Stadtverordneten in Amtstracht, sämtliche städtischen Beamte und Unterbeamte, die Bezirksvorsteher, alle Mitglieder der städtischen Deputationen, das Polizeipersonal, der Förster mit den Hegern, der Ortserheber, der Exekutor, der Stadtmusikus, die Turmwächter, der Stockmeister und der Polizei-Musrufer. Auch die Ortsgerichte der 7 Rämmereidörfer Laumliß, Kaltenhausen, Sabßschütz, Königsdorf, Kittelwitz, Schlegenberg und Trenkau hatten zu erscheinen. Die Scholzen waren in Amtstracht zugegen.

Die Zahl der Stadtverordneten beträgt in Leobschütz seit 1808 36. Der erste Stadtverordneten-Vorsteher war der Schornsteinfegermeister Baquetta.

Der städtische Etat schloß im Jahre 1750 mit 2000 Tln. 1), 1850 mit 10 000 Tln. und 1910 mit 433 000 M. ab. Die Einwohnerzahl ist seit 1750 um das sechsfache, der Etat aber um das zweiundsiebzigfache gestiegen. Noch 1844 konnte der Bürgermeister Stephan nach Oppeln berichten, daß die Stadt Leobschütz keine Kommunalsteuer erhebe. 1850 betrug sie jedoch schon 50 und 1875 81 Prozent. Gegenwärtig zahlen wir 195 Prozent.

Der Magistrat besteht gegenwärtig aus dem Bürgermeister Priemer, dem Beigeordneten Dr. Grötschel

1) Damals betrugen alle Beamtengehälter zusammen 2037 Tln., der Armenetat 8 Tln. 5 Sgr., die Ausgaben auf Wegeverbesserung in der Stadt 152 Tln., die Zinsen für städtische Schulden 827 Tln. Die Schulden datierten zum größten Teil noch aus der Zeit des 30jährigen Krieges.

und den Stadträten Kaufmann Odersky, Baurat Killing, Rentier Hoffmann, Kaufmann Jansch, Justizrat Lust und Dampfmühlenbesitzer H. Magen. Dr. Grötschel und Odersky sind zu Stadtältesten ernannt worden.

Dem Stadtverordneten-Kollegium gehören zurzeit an: Franz Engel, Vorsteher, Josef Beyer, stellvertr. Vorsteher, Breitkopf Jul., Brix Josef, Deutscher, Dobroschke, Donath, Gahmeter, Hampel Fr., Hampel G., Hiller, Hollaender A., Just W. jun., Kammer, Kaul, Karmolinski, Kittel K., Kleiber, Kraemer, Krautwurst, Kunz, Moch, Nega, Pürschke G., Pürschke H., Sachs, Schenke, Schoenfeld, Sommer, Sufner, Thiemann, Trautmann, Wilpert, Wrage. Zwei Stellen sind zurzeit unbesetzt.

Stadtsekretäre waren seit der Einführung der Städteordnung im Jahre 1808: Goldsmith 1809—1814 (ein Verwandter des Bürgermeisters Goldsmith), Leopold Bauch 1814—1832, Anton Peter 1832—1833. (Bis dahin führte der Stadtsekretär nur die Bezeichnung Registrator, Peter und seine Nachfolger erhielten den Titel Polizei- und Stadtsekretär.) Rudolf Staehr 1833—1844, Johann Wenzel 1844—1857, Wilhelm Gübel 1858—1862, Bernhard Mosler 1863—1873, Eduard Hietzsch 1874—1888, Wilhelm Mülch 1888—1893, Franz Slany 1893—heute.

Mit der Einführung des Standesamts im Jahre 1874 wurde ein besonderer Polizei- und Standesamtssekretär angestellt: Brdizka 1874—1875, Raßner 1875—1876 (gegenwärtig Stadtkämmerer), Mülch 1876—1888, Janas 1888—1897 (jetzt Polizei-Inspektor), Melzer 1897—heute.

Von der Kreisverwaltung.

Der Kreis Leobschütz hat im Jahre 1818 eine wesentliche Verkleinerung erfahren, indem der ziemlich umfangreiche Bezirk Hultschin dem Kreise Ratibor einverleibt und unserem Kreise nur einige Gemeinden des Kreises Oberglogau (von 1818 ab Kreis Neustadt benannt) zugeteilt wurden, nämlich Gläsen, Steubendorf, Schönau, Thomniz, Rasimir, Damasko, Berndau und Dittmerau. Die ehemalige nördliche Grenze des früheren Troppauer Gebiets fiel mit der Grenze des Bistums Olmütz zusammen. Daraus erklärt sich die Zugehörigkeit der vorhin genannten Ortschaften zur Breslauer Diözese, während alle anderen Orte zur Diözese Olmütz gehören.

Der Kreis umfaßt 3 Städte, 86 Landgemeinden (darunter die Marktflecken Dt. Neukirch, Bladen und Städtel Tropelowitz)

und 25 Gutsbezirke. 1820 zählte der Kreis rund 51 000, 1860 79 000 Einwohner (72 000 Katholiken, 6000 Evangelische, 712 Juden). Im Jahre 1890 war die Einwohnerzahl auf 87 000 gestiegen. Die nun folgenden Zählungen weisen eine stetige Abnahme auf; 1910 zählte man nur 82 000 Einwohner. Es ist also in den letzten 20 Jahren ein Rückgang von 5000 Seelen zu verzeichnen. (Ursachen der Bevölkerungsabnahme siehe Teil I, S. 53.)

Die Kreisverwaltung gliedert sich in die staatliche und die freiskommunale Verwaltung. An der Spitze beider steht der Agl. Landrat. (Näheres siehe Teil I, S. 66.)

Landräte bzw. Verweser des Landratsamts waren seit 1818:

1818—1820 Graf Sedlnitzky auf Löwitz.

1820—1832 Oberstleutnant D'Elpons auf Hennerwitz.

1832—1841 nochmals Graf Sedlnitzky.

1841—1844 Kammerherr Graf Manhaus auf Bladen.

1844—1848 Graf Larisch auf Dirschel.

1848—1850 als Verweser: Kreisjustizrat Köster, Reg.-Ref. de Cuvry, Reg.-Ref. Kampisch.

1850—1874 Major a. D. Waagen. Die Zollhebestelle vor Kreisewitz an der Jägerndorfer Chaussee trägt die Bezeichnung „Waagens Ehre“ zur Erinnerung an diesen um den Chausseebau unseres Kreises verdienten Landrat. (Siehe Teil I, S. 35.)

1874—1898 Landrat Bischoff. Am 1. Januar 1899 trat er in den Ruhestand. Die kommissarische Verwaltung übernahm der Regierungs-Assessor

Dr. Ihmer aus Oppeln, der nach Verzicht des Kreistages auf sein Wahlrecht am 10. April 1899 zum Landrat ernannt und durch den Regierungspräsidenten von Moltke in sein Amt eingeführt wurde.

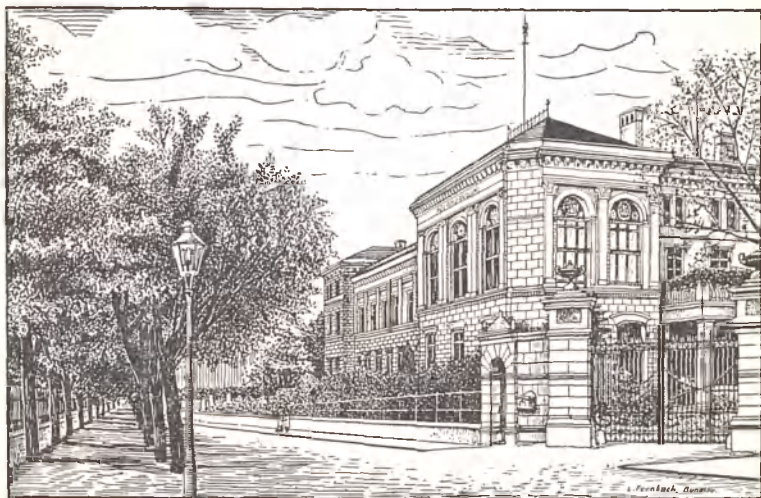
Weiter der verschiedenen Bureaus sind gegenwärtig: Kreissekretär Henke, Kreisaußschußsekretär Wegel, Steuersekretär Skrobek und Kreiskommunalkassenrendant Golz. Die Agl. Kreiskasse verwaltet Rentmeister Trogisch.

Das Kreisverwaltungsgebäude.

Ein besonderes Kreisverwaltungsgebäude besitzt unser Kreis erst seit 1874. Vordem fanden die Kreistagsitzungen im Stadtverordneten-Sitzungssaale unseres Rathauses statt. Zur Unterbringung der Akten diente ein Turmzimmer des

Rathauses zu ebener Erde, wofür die Stadt anfänglich 12 Tlr., seit 1835 jedoch nur 8 Tlr. Miete erhielt.

Als 1874 für Weiterbenützung des Stadtverordneten-Sitzungsaaes 360 M. vom Kreise gezahlt werden sollten, lehnte der Kreisausschuß die Bewilligung des Betrages ab und zog die Errichtung eines Kreisverwaltungsgebäudes in Erwägung. Schon in den Jahren 1876—1879 wurde der Bau für 62000 M. ausgeführt und sofort nach seiner Fertigstellung bezogen.



Doktorgang.

Das Kreisverwaltungsgebäude.

Die Bureaus befanden sich bis dahin im Privathause des Landrats Waagen. Er war Besitzer des heutigen Behrschen Hauses, Ecke Friedrich-Wilhelmstraße—Glogauer Straße.

Im Jahre 1895 wurde zwecks Vermehrung der Bureau-räume ein Anbau notwendig, der für 14500 M. ausgeführt wurde. Seit dieser Zeit befindet sich auch die Kreisparkasse im Kreisverwaltungsgebäude.

Im Jahre 1909 erwarb der Kreis die neben dem Landratsamt liegende Villa des Stadtältesten Emil Hollaender für 65000 M. In dem Erdgeschoß wurden das Kreisausschußbureau und das Steuerbureau untergebracht. Das zweite Geschoß ist zurzeit noch an den Verkäufer vermietet.

Die Rechtspflege.

Die ersten deutschen Einwanderer kamen in unsere Heimat aus dem Westen Deutschlands, besonders aus Flandern und Franken. Die bei ihnen üblichen Bestimmungen über die rechtlichen Verhältnisse wurden als „flämisches“, auch „fränkisches Recht“ bezeichnet. Dieses Recht hatte auch für die aus anderen deutschen Ländern (Sachsen, Thüringen und Bayern) Zugewanderten Geltung. Eine Anzahl neugegründeter Städte wie Weißkirchen, Bautsch und Keltzsch in Mähren, auch Kranowitz, Kreis Ratibor, entlehnten dieses Recht von Leobschütz und nannten es einfach „Leobschützer Recht.“ — Den deutschen Einwanderern, die sich durch Fleiß und Geschicklichkeit vor den eingewesenen slavischen Stämmen auszeichneten (siehe Heft I, S. 6), gewährte der Landesherr gewisse Vorrechte — Privilegien —, die allerdings beim jedesmaligen Thronwechsel einer neuen landesherrlichen Bestätigung bedurften.

Ottokar II. bestätigte im Jahre 1270 der Stadt Leobschütz urkundlich ihre bisherigen Rechte. In dieser Urkunde werden auch die Strafen angeführt, die man sich damals durch Verletzung des Rechts zuziehen konnte. Da heißt es:

1. Wer den Gottes-, Königs- oder Stadtfrieden verletzt, einen andern verwundet und sich nicht reinigen kann, wird enthauptet.
2. Wer durch Dolch, Stock, Keule oder Messer oder gezückten Degen jemanden bedroht, dem soll die Hand abgehauen werden, oder er soll dem Richter 10 Talente Strafe zahlen.
3. Wer einen Einbruch verübt und überführt wird, soll enthauptet werden.
4. Wer eine Jungfrau schändet oder ein Weib vergewaltigt, soll verbrannt werden.
5. Wer auf die Vorladung des Richters nicht erscheint, soll verbrannt werden.
6. Wer einen andern tötet und dabei betroffen wird, soll enthauptet werden. Wird er nicht betroffen und leugnet, so mögen ihn die Freunde des Getöteten zum Zweikampf fordern.
7. Es sollen jährlich drei öffentliche Gerichte (Dreiding) abgehalten werden. Doch soll die Zeit vorher in der Kirche und auf dem Marktplatz angekündigt werden: nach Weihnachten, Ostern und Michaelis. Während dieser Zeit darf sich niemand aus der Stadt entfernen.
8. Bei größerem Diebstahl soll der Überführte gehängt, bei kleineren aber neben der Statue öffentlich mit Ruten gepeitscht werden.

Das Richteramt übte in der Stadt der vom Landesherrn eingesetzte Vogt aus. Auswärtige Parteien, die in Leobschütz einen Rechtsauspruch nachsuchten, zahlten ein Quentin Silber. Mit dem Übergang der Vogtei in den Besitz der Stadt 1416 ging auch die Gerichtsbarkeit in die Hände der Stadt über. Man nannte ihre Gerichte zunächst Schöppengerichte, später Stadtgerichte. Die Schöppen oder Beisitzer wählte die Stadt. Die höhere Instanz war das Hofschöppengericht. Geständnisse suchte man, besonders im 16. Jahrhundert, durch Erzeugung körperlicher Schmerzen zu erzwingen.

Die Folterwerkzeuge waren überaus mannigfaltig. Da gab es zunächst die Pritsche, dann die Schraubinstrumente für Finger, Arme, Beine, Kopf und Bauch, die spanischen Stiefel (Weinschrauben zum Quetschen von Waden und Schienbein), den Esel (Reiten auf zwei gabelartig zusammengefüigten Brettern; und dabei wurden die Füße beschwert.) Strafen für kleine Vergehen waren noch im 18. Jahrhundert in unserer Gegend folgende: die Büttellei (Arrest), das Hals-eisen (ein Pranger), das Stockfizen (Aufschrauben an ein Klok) und die Müllerin (ein stockfinsternes Loch). In Löwitz wurde, wie aus einer Privatchronik zu entnehmen ist, ein Gottfried Andratschke, der Mohnhäuptchen gestohlen, an einem Halsband von Mohnköpfen durch das Dorf geführt. Um die Aufmerksamkeit der Einwohner auf ihn zu lenken, ging der Hofehirt hinter ihm her und blies auf seiner Trompete.

Die Hinrichtung und die Folterung vollzog der Scharfrichter, der in einem abseits liegenden Hause wohnte. (Siehe alten Stadtplan, S. 74.)

Die letzte Instruktion des Leobschützer Scharfrichters ist aus dem Jahre 1724 und war vom Bürgermeister und den Ratsmannen entworfen. Neben seiner Verpflichtung als Nachrichten hatte der Scharfrichter bei Erkrankung des Viehes auf den Vorwerken unentgeltlich ärztliche Hilfe zu leisten, das gefallene Vieh überall im Bereich seines Bezirks abzuholen und die herrenlosen Hunde einzufangen. Sein Bezirk umfasste die Stadt Leobschütz und über 40 Dörfer im Umkreise von Leobschütz. Von dem aus den Ortschaften abgeholtene gefallene Vieh durfte er sich die Häute behalten als Entschädigung für sich und seinen Knecht. Von dem auf den städtischen Vorwerken eingegangenen Vieh mußte er die Häute an die Stadt abliefern, da ihm ein festes Einkommen gewährt wurde, nämlich in barem Gelde 22 Th. 15 Sgr., an Roggen 10 Scheffel und an Pauschenholz 10 Schock.

Als Vollstrecker von Hinrichtungen und Folterungen standen ihm zu:

Für eine Folterung 2 Floren 24 Kreuzer, für Benützung seiner Instrumente 1 Fl. 12 Kr., für Anlegen der Schnur oder der Daumstöcke 36 Kr. (dem Gepeinigten mußte er ohne Entgelt die Glieder wieder einrichten), für Beköstigung einer Malifizperson täglich 12 Kr., für das Hinausführen des Deliquenten 36 Kr., für Staupen (öffentliches Auspeitschen mit Ruten) 2 Fl. 24 Kr., für Abschneiden eines Ohres oder sonstigen Körperteiles 2 Fl. 24 Kr., für Aufbewahren des Teiles 1 Fl. 11 Kr., für eine Hinrichtung mit dem Schwert oder Strang 6 Fl., für Enthauptung einer Weibsperson wegen schwerer Übelthat, der im Grabe ein Pfahl durch das Herz geschlagen worden, 6 Fl., für Verbrennen der verurteilten Person auf dem Scheiterhaufen oder auf das Rad legen oder den Kopf darauf stehen 7 Fl., für Lebendigverbrennen von oben oder von unten hinauf, Rädern oder Vierteilen 7 Fl., für Ausschneiden der Zunge aus dem Rachen 6 Fl., für eine Hinrichtung mit Verschärfung der Strafe durch Hinausschleifen zum Richtplatz, Riemenschneiden, mit glühenden Zangen zwicken usw. 9 Fl., für Hinausfahren der Person, da sie nicht gehen kann, auf einem Karren oder Wagen pro Pferd 36 Kr. Wo sich jemand selbst entleibt, soll er sich nicht aneignen, was er vorfindet, er wird bezahlt bis 9 Fl. (Mag. Alt.)

Wenn auch das Gewerbe des Scharfrichters als unehrenhaft galt (siehe Handwerk), so mußte doch ein freigewordener Posten mit einer verhältnismäßig hohen Summe von dem Vorgänger oder seinen Hinterbliebenen erkaufte werden. Die Stadt selbst verlangte von dem Nachfolger nur den Befähigungsnachweis. Johann Berger kaufte 1799 die im Jahre 1713 durch den Landesherrn privilegierte Leobschütz Scharfrichterei, obgleich hier keine Hinrichtungen mehr stattfanden, von Kaspar Nierlich für 2466 Tlr. 16 Sgr. 1757 hatte sie Nierlich für den Kaufpreis von nur 800 Tlrn. erworben. Bergers Nachfolger August Dittrich, Schwiegersohn des Berger, zahlte für die Scharfrichterei 1831 1836 Tlr. Die Stadt hatte kein Interesse mehr an dem Fortbestand der Scharfrichterei. Sie zahlte im Einvernehmen mit der königlichen Regierung an Dittrich eine Abfindungssumme und ließ den vollständig entbehrlich gewordenen Scharfrichterposten eingehen. Von Scharfrichter Berger besteht ein Legat zur Unterstützung armer Witwen.

Der Galgen und ein kleines Häuschen für die Geräte des Scharfrichters standen südlich von Leobschütz gegen Badeswiz in der Nähe der Windmühle. (Siehe Plan, S. 74.)

1789, im französischen Revolutionsjahre fand in Leobschütz die letzte Hinrichtung statt. Der damalige Scharf-

richter, Kaspar Nierlich, ließ zum Andenken an diese Hinrichtung an Stelle des Scharfrichterhäuschens, 14 Fuß von der Straße entfernt, ein Holzkreuz errichten. Bei Erneuerung des Kreuzes 1859 durch das kath. Pfaramt kam das Kreuz an die Straße zu stehen. Nun ist es dort verschwunden. Das an der anderen Straßenseite etwas näher der Stadt, an der Einmündung der Neudorfer Straße in die Badewitzer Chaussee befindliche Kreuz wurde im Jahre 1838 gestiftet. Die Verpflichtung, für die Erhaltung des Kreuzes zu sorgen, ruht auf dem dortigen Grundstück.

Mit Einführung der Städteordnung im Jahre 1808 wurde das Stadtgericht durch das „Fürstlich Liechtensteinsche Fürstentumsgericht“, gewöhnlich Patrimonialgericht genannt, ersetzt. Erster Direktor dieses Gerichts war Heinrich Roesler mit einem Gehalt von 400 Tln. Sein Sohn war der Gemahl der Stifterin des Röslerschen Sankta-Maria-Armenhauses. Zur Vereidigung des Gerichtsdirektors erschienen der Magistrat, die Stadtverordneten und die Scholzen der 7 Rämmereidörfer, alle in Amtstracht.

Außer dem Direktor amtierten an dem Gericht zwei Assessoren mit je 300 Tln. und ein Sekretär mit 297 Tln. Gehalt. Sie alle erhielten auch Naturallieferungen. Der Gerichtsdiener bekam 35 Tlr., einige Naturalbezüge und alle 2 Jahre einen neuen Anzug für 10 Tlr. Die Stadt lieferte die Naturalien und hatte zu den Besoldungen insgesamt 910 Tlr. beizutragen. Dieser Zuschuß fiel 1820 mit der Einführung der Klassensteuer fort. Die Gerichtsbeisitzer wählte die Stadtverordnetenversammlung.

Das Königliche Appellationsgericht von Oberschlesien befand sich in Brieg. Das in Ratibor entstand erst im Jahre 1818.

1849 wurde durch Gesetz das Patrimonialgericht aufgehoben und die Ausübung der Gerichtsbarkeit überall königlichen Gerichtsbehörden übertragen. 1865 gab es in Leobschütz zehn Richter. Das Gericht führte damals die Bezeichnung „Königliches Kreisgericht.“

Bei der neuen Justizorganisation 1879 traten an die Stelle der Kreisgerichte die Amtsgerichte. Der Kreis Leobschütz wurde in drei Bezirke eingeteilt: Leobschütz, Bauerwitz und Ratscher. In Bauerwitz und Ratscher gab es schon 1861 sogenannte Gerichtskommissionen. An die Stelle der Appellationsgerichte traten die Landgerichte.

Das Gerichtsgebäude.

Auch nach der Aufhebung der Stadtgerichte im Jahre 1808 verblieben die Gerichtsräume, die damals in dem dritten Geschoß des Rathhauses, also in den Dachstuben eingerichtet waren, noch weiterhin dort. Der Stadtverordneten-Sitzungssaal wurde auch fernerhin zu öffentlichen Verhandlungen benutzt. 1832 erwiesen sich die Räume als zu eng. Da im Rathause keine weiteren Zimmer geschafft werden konnten und ein Neubau nicht zustande kam, so verlegte man das Gericht 1838 in das Goldbergersche Haus. Die drei Räume im Rathause wurden als Pfandkammern und Auktionslokale beibehalten. Von 1849—1863 war das Gericht im Fürstlich Liechtensteinschen Hause an der Kreuzstraße untergebracht. (Siehe Abb. S. 84). Als sich auch hier die Räume als zu klein erwiesen, wurden einige Stuben im ehemaligen Burgmannschen Hause an der Malzstraße gemietet. Heute liegt an der Stelle dieses Hauses der Weberbauersche Bierauschank. In den Jahren 1862/63 kam es endlich zum Bau eines besonderen Gerichtsgebäudes an der Ottokarstraße. Das Kgl. Gefängnis wurde 2 Jahre später errichtet.

Von der Heilkunst.

Von allen Wissenschaften ist die Heilkunde die älteste. Der unwiderstehliche Trieb der Selbsterhaltung muß schon in der frühesten Zeit die Nachforschung nach Mitteln geweckt haben, den uns schädlichen Einflüssen entgegenzutreten. Bei den alten Kulturvölkern, den Indern, Ägyptern, Juden und Griechen trug die Heilkunde einen religiös-mystischen Charakter. Die Ärzte waren durchweg Priester, in deren Familien die Geheimnisse der Arzneikunst auch erblich waren.

Allmählich verließen die Ärzte den religiösen Boden. Einzelne Staaten und Städte nahmen Ärzte in festen Sold. Diese hielten zumeist an der Straße eine offene Bude, die zugleich ihre Apotheke war. Einige Ärzte kurierten mit Wein, andere mit den sonderbarsten, oft ekelhaftesten Mixturen. Mäusegehirn galt beispielsweise als unfehlbares Mittel gegen Kopfschmerzen, gebrannter Hundszahn gegen Zahnweh; der Zahn einer Spitzmaus wurde gegen Gicht, Haare aus einem Kamelschwanz und Uhuzehen gegen Wechselfieber verordnet.

In unseren kleinen Städten lag die Heilkunst in den Händen von Quacksalbern. Alte Weiber, der Scharfrichter und ganz besonders die Bader kurierten die leidende Menschheit. Die Bader wohnten zusammen in einer Gasse; Leobschütz hat heute noch seine Badergasse. Hier besaßen sie Badehäuser und Badestuben, in denen sie verschiedene Bäder herrichteten ¹⁾, Schröpfköpfe und Blutegel setzten, Klystiere verabreichten, zur Ader ließen, Vesikatorpflaster bereiteten und Verbände anlegten.

Ansteckende Krankheiten, wie Blattern, Ruhr und Ausatz, waren früher häufige Erscheinungen. Es mangelte in den engen, niedrigen Wohnungen an Licht und Luft, die Düngerstätte und der Brunnen der Aderbürger lagen dicht nebeneinander. Das Volk hielt die epidemischen Krankheiten für Sündenstrafen und glaubte an Vergiftung der Brunnen durch die Juden, anstatt die Ursachen der „großen Sterben“ wegzuräumen, Licht und Luft zu schaffen, Ordnung und Reinlichkeit herzustellen und für gutes Trinkwasser zu sorgen.

Nach der furchtbaren Epidemie des Jahres 1572 (siehe S. 119) stellte die Stadt Leobschütz den Apotheker und Chirurgen Haselberger als ersten Arzt an ²⁾. In seinen historischen Aufzeichnungen ³⁾ finden wir die Notiz von einer Braut, die, aus der Kirche kommend, von der Pest befallen wurde und sofort starb. Sie war die Tochter eines Simon Müller vom Roßmarkt. Dieser Fall dürfte der Sage von der Brautlinde (siehe Pfarrkirche) zugrunde liegen.

Im Jahre 1610 trat in Leobschütz wiederum eine Pest auf. Dr. Abraham Haunold in Jägerndorf gab zum Schutz gegen sie folgende Mittel an: „Räucherungen mit Wacholderbeeren, Zitronenschalen im Munde halten, Zwiebeln oder Knoblauch in frischer Butter nüchtern essen und Nasenlöcher, Ohren und Pulsadern mit einem Nasensälblein bestreichen.“

Nach dem Tode des vorhin erwähnten Haselberger stellte die Stadt Leobschütz einen Stadtphysikus an. Dieser hatte sich einer besonderen Prüfung vor dem kgl. Medizinal-

¹⁾ Die Freibäder für arme Leute nannte man Seelenbäder.

²⁾ Die Chirurgen lernten in früherer Zeit nur 2, später 4 Jahre. 1779 bestimmte ein Ministerialerlaß, daß sie 7 Jahre als Gehilfe tätig gewesen sein mußten, ehe sie als Chirurgen oder Wundarzt angestellt werden konnten.

³⁾ Anhang der im städtischen Archiv befindlichen Hofmannschen Chronik.

Kollegium zu Breslau zu unterziehen. Das Amt eines Stadtphysikus bekleidete 1784 Dr. Gentschel, 1810 Dr. Irmler. Letzterer erhielt später den Titel Hofrat und wurde 1817 als Regierungsrat nach Reichenbach berufen ¹⁾. Auf Irmler folgte 1817 Dr. Mathes. Seine Prüfung zum Physikus bestand er „mit Beifall“, ein uns heute fremdes Prüfungsprädikat. Er erhielt von der Stadt jährlich 40 Tlr. bar, 12 Scheffel Roggen und 10 Schock Pauschenholz. Damals hatte der Stadtphysikus bei auftretenden Seuchen auch das Vieh zu untersuchen. Ein Denkmal setzte sich Dr. Mathes durch ein Legat für arme Schulkinder.

Unter dem 4. November 1825 erschien ein Ministerial-Erlaß, wonach die Stadtphysici nur Kommunalärzte (Ärzte für die Hospitäler, Waisenhäuser und Stadtarmen) sein sollten, während die Verwaltung der Medizinalpolizei dem Kreisphysikus allein verblieb. Nach dem Tode des Dr. Mathes im Jahre 1836 stellte die Stadt keine besonderen Kommunalärzte mehr an, sondern übertrug die Geschäfte eines solchen zum Teil dem Kreisphysikus, zum Teil Privatärzten. Damals gab es in Leobschütz, das etwa 4000 Einwohner zählte, vier Ärzte. 1852 war Dr. Bruck Hospitalarzt; Dr. Hollaender und Kreisphysikus Knop waren Bezirksarmenärzte. Ein jeder von ihnen erhielt ein Honorar von 80 Tln.

Neben dem früheren Stadtarzt gab es auch einen Stadthirurgen oder Stadtwundarzt. Auch die Wundärzte hatten eine Prüfung vor dem Medizinal-Kollegium abzulegen. Ihre Tätigkeit war nicht wesentlich verschieden von der der ehemaligen Bader. Der Chirurg erhielt von der Stadt 8 Tlr. bares Einkommen und 5 Schock Pauschenholz. 1848 wurde der letzte dieses Zeichens, namens Wagner in Leobschütz angestellt. Er verließ jedoch, da ihn sein Beruf hier nicht nähren konnte, nach einigen Jahren unsere Stadt und ließ sich in Ratscher nieder.

Die Kreisphysici wurden 1818 mit der neuen Kreisordnung eingesetzt. Dr. Mayer, der 1837 starb, dürfte unser erster Kreisphysikus gewesen sein. Ihm folgte Dr. Wiesner 1837—1849, Dr. Knop 1849—1876, Dr. Ulscher 1876—1896, Dr. Chlumsky 1896—1901, Dr. Neumann (Medizinalrat) 1901 bis heute. Kommunalärzte sind gegenwärtig: Dr. Grötschel, Dr. Wanke, Dr. Schnurpfeil und Dr. Zdralek.

¹⁾ Reichenbach war durch 6 Jahre — 1815 bis 1821 — vierte Regierungsbezirkstadt von Schlesien.

Die große Epidemie des Jahres 1572.

Diese furchtbare Seuche, von der Pastor Stegemann berichtet, brach am 10. August in der Langen Gasse aus. Sogleich wurde die Bürgerschaft von der Kanzel und auf dem Markte belehrt, wie sie sich während der Pestzeit zu verhalten habe. Die Zusammenkünfte in den Bier- und Weinhäusern sowie in den Badestuben wurden verboten; auch die Schulen wurden geschlossen. Die Leichen sollten ohne Zeremonie bestattet werden. Pastor Stegemann (die Einwohnerschaft war damals evangelisch) bewirkte jedoch, unterstützt von mehreren „Magistratsmännern“, daß die Verstorbenen alle „wie Christen ehrlicher Weise“, also vom Geistlichen und dem Kantor begleitet, bestattet werden konnten. Der in Jägerndorf ansässige Arzt Dr. Raphanum — Leobschütz hatte damals noch keinen Arzt — gab auf Veranlassung des Rats Verhaltensmaßregeln und ließ auch einige Medikamente nach Leobschütz bringen. Die Kirchenfenster sollten stets offen gehalten werden. Im Innern des Gotteshauses sollte mit Wachholderbeeren, Wermut, Eichenlaub oder Wachholderlaub geräuchert werden. Die Einzelbeicht¹⁾ hörte wegen zu großen Zudrangs auf, der Kaplan (Bikar) erteilte die allgemeine Absolution. Um die Zahl der Kommunikanten festzustellen, mußten alle um „den hohen Altar“ gehen. Diejenigen, die nicht in die Kirche zur Beicht kommen konnten, wurden an die Fenster oder an die Tür ihrer Wohnung gebracht, und von der Straße aus erteilte ihnen der Priester die Absolution.

Die Beerdigungen fanden täglich zweimal statt: früh nach der Litanei und nachmittags nach der Vesper. Die Leichen, von denen nicht selten zwei in einem Sarge lagen, brachte man an die Ecken der beiden großen Gassen oder auf den Marktplatz. Von dort wurden sie, eine lange Reihe bildend, hinaus auf den Friedhof gebracht. Einmal war der Leichenzug (bemerkt Stegmann) so lang, daß er vom Tore der Stadt bis zum Kirchhof reichte. Es bestand damals also schon der Friedhof beim Annakirchel. Trotz der bedeutenden Anzahl der Leichen hörte man weder „Heulen noch Weinen“, weil alles bestürzt war und voll Furcht und Schrecken.“ Der Pastor mit der Schule wie alle Leidtragenden blieben auf der Straße stehen, während die Träger in Eile ihre Last

1) Diese bestand damals also auch bei den Evangelischen.

auf dem Friedhofe loszuwerden suchten. Zuletzt waren Pfleger für die Kranken und Träger für die Leichen nicht mehr zu haben, da diese oft selbst von der Krankheit erfaßt und hingerafft wurden. „Jedem war seine Haut und sein Heil lieber, als des anderen Wohlfahrt.“ Dem Pastor starb der Kaplan, der Glöckner, seine Schwägerin und zwei Schwestersöhne, die bei ihm wohnten und endlich auch seine treue Magd. Seine Gattin gebar vor Schreck ein „Siebenmonatkind“, das nach einer halben Stunde verstarb. Wenn er selbst Leidtragender war, nahm der Pfarrer Paul aus Sabuschütz die Beerdigung vor, oder der Kantor David hielt allein die „Kollekte“ ab.

Die Epidemie begann am 10. August mit einem Todesfall und stieg bis zum 25. September, an welchem Tage 34 Personen verstarben. Im ganzen forderte die Pest in Leobschütz 1203 Opfer. Da die Stadt damals nur etwa 1700 Seelen zählte, raffte die Seuche dreiviertel sämtlicher Einwohner hinweg. In den Pestjahren 1625 und 1655 war die Sterblichkeit wesentlich geringer. Man schätzte die Zahl der Verstorbenen immerhin auf 600 bzw. 300.

Die Chronisten melden uns außer den häufig auftretenden Epidemien zahlreiche Ereignisse anderer Art, die unsere gute Stadt in Schrecken setzten, von denen ich nur einige anführen will:

Große Brände waren in den Jahren 1476, 1481, 1603, 1634, 1854. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird unser Gelöbnistag (St. Florian) seit dem Brande 1603 gefeiert. Daß er erst 1854 eingesetzt worden sei, dem widersprechen die Aussagen unser alten Leobschützer Bürger, die vor 1854 den Gelöbnistag schon mitgefeiert haben.

Verheerende Orkane werden erwähnt aus den Jahren 1454 (20 Häuser der Stadt wurden zerstört), 1672 (zahlreiche Häuser stürzten ein), 1594 (der Knapf wurde vom Kirchturme abgeworfen).

Eine furchtbare Überschwemmung brachte das Jahr 1576.

Heuschrecken verheerten die Felder im Jahre 1547. Man suchte sie durch Glockengeläut und Schießen zu vertreiben.

Feuerungen traten in den Jahren 1550, 1570 und 1600 auf.

Auch über Erdbeben wird uns berichtet: 1258 wurden in ganz Schlesien starke Erderschütterungen wahrgenommen. — 1443 ging durch ganz Ungarn, Böhmen, Schlesien und Posen ein starkes Erdbeben, so daß viele größere Gebäude einstürzten. In Troppau erdröhnten die Häuser und die Glocken auf den Türmen fingen an, von selbst zu läuten. (Auch Schickfus meldet von diesem Erdbeben.) — 1590 nahm man in Schlesien und Österreich eine starke Erschütterung wahr. — 1786 wurden sehr heftige Erdstöße in Krakau, Loslau, Pleß, Leobschütz und Breslau wahrgenommen. Schwächere Erschütterungen merkte man in Ratibor, Oberglogau, Reize, Oppeln und Brieg. Das letzte Mal nahm man

1858 in unserer Gegend Erdstöße wahr. Ältere Leobschützler Bürger erinnern sich noch lebhaft an dieses Ereignis.

Spuren eines ehemaligen vulkanischen Ausbruchs zeigt in unserer Heimat nur der Rautenberg, der etwa 3 Stunden Weges südöstlich von Freudental liegt. Der Gipfel des Berges läßt deutlich den Krater erkennen, und an den Abhängen finden wir noch ansehnliche Reste von Lava. Im östlichen und südlichen Teile unseres Kreises ist dieser Berg von allen Höhen aus als alleinliegender, schöngeformter Keel in der Richtung nach Süden hin sichtbar.

Die Promenade.

Auf den mit der Bahn ankommenden Fremden macht unser Stadtbild einen vorteilhaften Eindruck. Dazu trägt nicht wenig unsere gutgepflegte und schöngelegene Promenade bei, die der Ankommende auf dem Wege zur Stadt durchschreiten muß.

Die wenigsten wissen, daß sich hier noch vor 100 Jahren nur Sümpfe und Teiche ausbreiteten, die allerdings der Stadt von Süden aus einen natürlichen Schutz gegen feindliche Angriffe boten. Sie waren aber zugleich der Herd häufig auftretender Epidemien, die unter den Einwohnern der Stadt oft zahlreiche Opfer forderten. Durch die Mitte der heutigen Promenade floß in vielen Windungen ein Arm der Zinna. Dieser trieb eine kleine Mühle, die 1837 ihr Klappern einstellte und schließlich von der Bildfläche verschwand. An ihrer Stelle steht heute das Wohnhaus Fabrikstraße 2, Besitzer Franz.

Als unsere Festungswerke fielen, suchte man auch die Moräste durch Entwässerung und Zuschüttung zu beseitigen. Darüber vergingen jedoch Jahrzehnte. 1837 waren erst die Sümpfe zwischen der Post und der Lindenstraße verschwunden. Hier legte in genanntem Jahre der als städtischer Kommunal- und Spitalarzt angestellte Dr. Lauffer, ein geborener Bleischwitzer, den mittleren Teil unserer heutigen Promenade an. 1844 wurde der alte, in der Mitte der Promenade hinführende Zinnalauf zugeschüttet und die Promenade nach Westen bis zum Aehlteichel verlängert. Noch immer trieben die Bürger nach alter Gewohnheit ihr Vieh über die Promenade in die Zinna. Durch Trommelschlag wurde endlich 1844 bekannt gemacht, daß das Baden des Viehes, besonders der Schweine in der Zinna längs der Promenade verboten sei.

Um das Jahr 1750 lebte in Leobschütz der angesehene Bürger Tobias Aehl, der das Bittgesuch an den König zwecks Gründung des hiesigen Gymnasiums mitunterzeichnete. Ich

vermute, daß dieser Krehl das seinen Namen führende Teichel hinter dem Schützenhause anlegte.

Der frühere Gymnasial-Turnplatz lag zu jener Zeit im heutigen Promenadengelände zwischen Doktorgang und Lindenstraße. Er wurde, um die Promenade weiterführen zu können, an die Badewitzer Straße verlegt und dient zurzeit den Volksschulen als geeigneter Platz für Jugendspiele. Um Überschwemmungen vorzubeugen, erhöhte man 1852 den längs der Zinna hinführenden Promenadenweg und bepflanzte ihn mit den heute noch vorhandenen Linden.

Der östliche Promenadenteil, den seit 1882 das Kriegerdenkmal ziert (siehe S. 123), liegt an der Stelle des ehemaligen Spital- oder Rohrteichs. Beim Abbruch der alten Stadttore brachte man allen Schutt und Abraum dahin und schaffte dadurch einen trockenen Platz. Jahre lang diente dann der unbepflanzte Platz zur Aufstellung von Karussells, von Schieß- und Schaubuden. Erst 1868 wurde auch dieser Platz mit gärtnerischen Anlagen versehen.

Die Hollaenderpromenade, die sich im Westen an die alte Promenade anschließt und in nördlicher Richtung bis an die König-Ottokarstraße reicht, ist ein Geschenk des Stadtältesten Emil Hollaender und besteht seit dem Jahre 1886.

Der Doktorgang, zu Ehren des Dr. Lauffer so benannt, wurde im Jahre 1856, als Leobschütz Bahnverbindung bekam, als Fußweg angelegt. Die herrliche Kastanienallee wurde 1858 gepflanzt. Der Dreieckplatz erhielt seine Anlagen 1895 durch den Verschönerungsverein.

Bis 1870 war der Star in unserer Gegend ein noch seltener Vogel. Um ihn zu hegen, ließ der Magistrat nach einer noch heute bei den Mag.-Akt. befindlichen Anweisung die ersten 10 Nistkästen fertigen und an den Bäumen auf der Promenade anbringen. Auch im Stadtforst wurde eine bedeutende Anzahl dieser Kästen an Bäumen angebracht. Dem Beispiele folgten hiesige und auswärtige Gartenbesitzer. Die Stare haben sich mit der Zeit bei uns derart vermehrt, daß der ehemals so seltene Vogel uns in mancher Beziehung lästig wird.

1892 kam es zur Regulierung der Zinna nach einem vom kgl. Wasserbauinspektor Borchers in Ratibor ausgearbeiteten Entwurfe. Das Flußbett wurde vom Krehlteichel aus bis zur Schleuse unterhalb der Troppauer Straße 40 cm tiefer gelegt. Das Gefälle beträgt auf dieser Strecke 1,14 m. Der Malzteich wurde in demselben Jahre zugeschüttet, wodurch der Hohenzollernplatz entstand. Als Ablösungssumme für die Mühlstaugerechtigkeit zahlte die Stadt an den Dampfmühlenbesitzer Böhm 11 000 M.

Bei plötzlichem Tauwetter oder anhaltendem Regen trat früher die Zinna stets aus ihren Ufern, und die Fluten ergossen sich über die Promenade und richteten erheblichen Schaden an. Durch die Vertiefung und teilweise Erweiterung des Flußbetts sowie durch Erhöhung des Promenadengeländes durch Bodenauffschüttung ist die Gefahr der Überschwemmung hoffentlich für immer vorüber.



Das Siegesdenkmal.

Postgebäude.

Die Beschreibung des Siegesdenkmals siehe Heft I, S. 63.

Im letzten Jahrzehnt sind seitens der Stadt zur Verschönerung der Promenade bedeutende Opfer gebracht worden. Die vor einem halben Jahrhundert gepflanzten Erlen, Eichen, Birken und Eschen hatten sich zu mächtigen Bäumen entwickelt und bildeten mit dem vielen Strauchwerk undurchdringliche Dickichte. Diese Pflanzungen wurden stark gelichtet und eine Anzahl freier, freundlicher Rasenplätze mit gärt-

nerischen Anlagen geschaffen. Wohl mancher unserer alten Bürger zeigte für solche Neuerungen kein Verständnis und erschwerte die zielbewusste Arbeit unseres Stadtgärtners Zahradník¹⁾ durch beständige Nergeleien. Mit dem Gehölz verschwanden leider auch manche unserer geliebten Sänger.

Für die ruhebedürftigen Promenadenbesucher gab es im Jahre 1854 auf der Promenade nur eine einzige Bank, heute sind ihrer weit über 100 an den Wegen und Plätzen aufgestellt und laden den Vorübergehenden zur Rast ein. Apotheker Oswald Scholz errichtete 1870 am Doktorgänge auf seine Kosten eine Brunnenhalle, um dem Publikum, wie er in seiner Eingabe an den Magistrat sagte, die Möglichkeit zu schaffen, eine Brunnen- oder Molkentur auszuführen. Die am Hauptwege der Promenade befindliche zweite Selterhalle entstand erst in späterer Zeit.

Dr. Lauffer starb im Jahre 1851. Sein Andenken ehrte die Stadt durch Errichtung eines allerdings nur bescheidenen Denkmals im mittleren Teile der Promenade aus kommunalen Mitteln. Der abgestumpfte Obelisk trägt die Inschrift: „Dem Dr. med. J. Lauffer als Gründer der Promenade 1837.“ Das Denkmal fertigte der Bildhauer Menzel in Meiße für 30 Tlr. 1852 kam es zur Aufstellung. Die Umzäunung stammt aus dem Jahre 1895 und kostete 250 M.

Nach dem Tode des Dr. Lauffer widmete sich der Gerichtsssekretär Bielau der Promenadenpflege in hervorragender Weise.

Der im Jahre 1852 gegründete Verschönerungsverein steht noch heute in Blüte und läßt sich die Verschönerung der Stadt durch Anlage von Pflanzungen an verschiedenen freien Plätzen recht angelegen sein. Vorsitzender ist zurzeit Bürgermeister Priemer. In der Hauptversammlung des Vereins im März 1911 regte der Vorsitzende an, auf einem geeigneten Platze der Promenade einen Springbrunnen aus Vereinsmitteln zu errichten.

Die hiesige Ortsgruppe des Sudetenvereins, Vors. Schulrat Dr. Malende, schenkte eine eiserne Bank und zwei Stühle, die auf der Hollaenderpromenade Aufstellung fanden.

Zur Unterhaltung der Promenade sind zurzeit im städtischen Etat 1200 M. ausgeworfen.

¹⁾ 1910 verlieh ihm die Stadt den Titel Obergärtner.

Der Leobschüler Stadtforst.

Der Stadtforst, eine Schenkung Ottokars II.

Zur Zeit des Böhmenkönigs Ottokar II., der zugleich Herr des Troppauer Landes war (siehe Bild Heft I, S. 11), gab es bei uns noch recht ausgedehnte Waldungen. Der eine Wald, Troppowiz, auch Oppawiz und Oppaniz genannt, reichte von der schwarzen Oppa (Würbental—Erbersdorf—Jägerndorf) über die Goldoppa hinaus bis an die Hohenploh und die Straduna. Von dem nördlichsten Teile dieses mächtigen Waldes schenkte Ottokar II. im Jahre 1265 der Stadt Leobschütz 20 Hufen.

Die Stadt Troppau erhielt 6 Jahre später ebenfalls von Ottokar II. ihren Wald von 60 Hufen zum Geschenk. Der Jägerndorfer Stadtwald in der Größe von 24 Hufen ist eine Schenkung des Königs Nikolaus I., dem Nachfolger Ottokars in den Troppauer Landen aus dem Jahre 1280.

Die Städte zeigten sich dem König gegenüber für das Geschenk auch erkenntlich. Von Leobschütz und Troppau steht urkundlich fest, daß sie dem König Ottokar je 4 Mark Goldes als Gegengeschenk verehrten, etwa 130 M. nach unserm Gelde. Das ist anscheinend freilich ein recht kleines Sümmchen. Bedenken wir aber die niedrigen Preise früherer Zeit und das Verhältnis des damaligen Geldwertes zu dem heutigen, so entsprechen wohl die 4 Mark Gold auch dem damals geringen Werte des Waldes vollkommen. Zu jener Zeit bezahlte man ein Joch Land (etwa $2\frac{1}{4}$ Morgen) mit 1 fl. 5 kr., ein Dorf kostete 28 bis 50 Mark (Biermann S. 177), ein Streitroß stand höher im Werte als eine Hufe Acker. Die Mitgift einer böhmischen Prinzessin betrug um das Jahr 1300 „10 000 Mark“¹⁾.

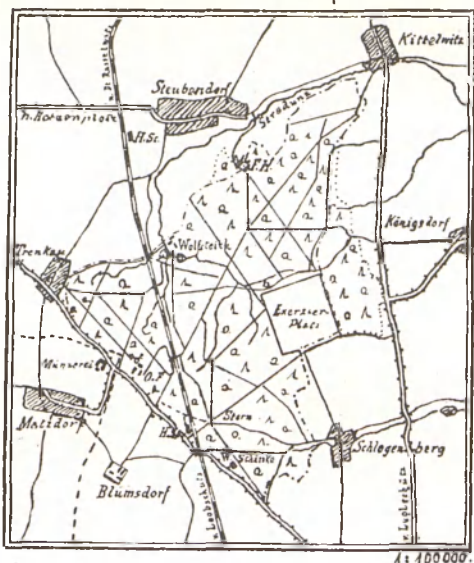
Lage, Größe, Gelände.

Der Stadtforst liegt nordwestlich von Leobschütz; die Entfernung von der Stadt beträgt 4 Kilometer. Im Norden grenzt er an die Steubendorfer und Kittelwitzer Feldmark, im Osten an die Königsdorfer und Schlegenger Grundstücke, im Süden an die Blümsdorfer und im Westen an die Trenkauer Felder.

In einer Beschreibung der Stadt, die um das Jahr 1660 verfaßt und 1907 in Braunau aufgefunden worden ist, ist über den Stadtforst

¹⁾ Auch im letzten Jahrhundert sind die Preise enorm gestiegen. Ein Beispiel: Das dem Gasthofbesitzer Ed. Riedel gehörige Grundstück kaufte 1835 der Zimmermann Benj. Lerche von der Bürgermeisterwitwe Josefine Richter für 300 Tlr. Nachdem das Synagogengrundstück und die Kaufmann Anderssche Besitzung abgezweigt worden sind, ist es unter 50 000 Mark nicht feil.

Leobschützer Stadtforst.



folgende Notiz zu finden: „Ein großer Wald, von altersher Troppowitz genannt, eine Viertel der Meile weit von der Stadt gelegen, woraus zu derselben und der Einwohner „Noturfft“ benötigtes Bau- und Brennholz durch das Holzamt gereicht wird. Und ist selbter Wald fünf Viertel der Meilen lang. In seinem Umkreis wird er genau halten anderthalbe gute, lange, deutsche Meilen.“ — Das sind nach unseren Begriffen recht ungenaue Maße.

Auch über die Größe einer Hufe haben wir keine zuverlässigen Angaben. Biermann schätzt sie auf 80, Dr. Bartsch auf 110 Morgen, noch andere auf 120 bis 200 Morgen. Bei dieser verschiedenen Auffassung der Größenverhältnisse läßt sich heute nicht mehr feststellen, ob unser Wald in seiner ursprünglichen Größe erhalten worden ist. Die Annahme, daß die Ortschaften bzw. Güter Schlegelberg, Blumsdorf und Trenkau dem Stadtforst ihre Entstehung zu verdanken haben, ist irrig, da sie nachweislich schon vor 1165 bestanden. Auf ehemaligem Waldboden sind übrigens wohl alle unsere Ortschaften angelegt worden. (Siehe Heft I, S. 7.) Ebenso irrig ist die Ansicht, daß der Forst in früherer Zeit bis an die Stadt herangereicht habe; denn Leobschütz war 1265 schon eine befestigte Stadt und mußte schon dieserhalb nach allen Seiten, auch im Nordwesten von freiem Felde umgeben sein, um den sich nähernden Feind rechtzeitig zu erspähen und vor ihm die Tore schließen zu können.

Nach einer Vermessung im Jahre 1803 umfaßte der Stadtforst 3936 Morgen = 982 ha, im Jahre 1834 jedoch nur 3674 Morgen = 918 ha. Wahrscheinlich hatte man bei der Vermessung 1803 den Trenkauer Wald von 92 Morgen und den zwischen Kittelwitz, Berndau und Königsdorf liegenden Wald, die sogenannte „Strade“ von etwa 100 Morgen zum Stadtforst gerechnet, während zur Zeit der zweiten Vermessung diese beiden Wälder schon von der Stadt, wahrscheinlich zur Tilgung der Kriegsschulden aus den Jahren 1807 und 08 veräußert worden waren. 1876 trat die Stadt gegen 8 ha Waldfläche an den Eisenbahnfiskus ab. Der Lärchenberg an der Grenze von Kittelwitz wurde in den Jahren 1869—1876 in Ackerland umgewandelt. Nach der neuesten Vermessung hat der Stadtforst einen Flächeninhalt von 936 ha 30 a 20 qm.

Das Gelände ist im allgemeinen eben, im mittleren Teile jedoch ziemlich wellenförmig. Unter einer starken fruchtbaren Lößdecke findet man teils lehmigen, teils sandigen Untergrund. In den Niederungen geht der Löß in Lette über. Kulm (Grauwacke), unser heimisches Gestein, tritt an zwei Stellen zu Tage: westlich vom Exerzierplatz und am Lärchenberg in der Nähe von Kittelwitz, wo im Jahre 1842 Steinbrüche angelegt und auch brauchbare Bausteine gefunden wurden. Seit mehreren Jahren ruht der Betrieb.

Einige tief ausgewaschene Gräben — Tannengraben, langer Graben, Badergraben und Wolfsteichgraben — führen das Wasser der spärlich vorhandenen Quellen nach dem Wolfsteich, der selbst einige starke Quellen aufweist. Das aus diesem Teich fließende Bächlein bildet den einen Arm der Straduna, während die Quellen des anderen Arms am entgegengesetzten Waldrande in der Nähe von Schlegenberg zu finden sind.

Einige noch vor 100 Jahren übliche Bezeichnungen für gewisse Waldteile sind uns heute fremd. Mordberg hieß die Höhe vor der Oberförsterei, auf welcher die neue Kolonnade erbaut worden ist. Hier sollte 1845 auf Anregung des Magistrats dem Wohltäter der Stadt, dem Böhmenkönig Ottokar II., ein Denkmal errichtet werden, die Stadtverordneten bewilligten jedoch nicht die erforderlichen Mittel. Der Lehdengrund war der heutige Strichteich. Die Höhe westlich davon an der Steubendorfer Grenze hieß Lehdenberg. Die Anhöhe nördlich vom Wolfsteich, den heutigen Schankplatz, nannte man Wolfsberg. Die Wolfsgruben

936. 30. 20
32452080 Morgen

lagen beim Steubendorfer Forstthause. Den Brandelfled und den Baderwinkel holzte man 1889 zur Vergrößerung des Exerzierplatzes ab. Zwischen Hühnerberg und Frühstückplatz lagen der kleine und der große Hegerteich. Die Bahnhaltestelle befindet sich in den ehemaligen Afzisekiefnern.

Bestände und Abtrieb.

Der Stadtforst besteht zum größten Teil aus Hochwald. Der Mittelwald (gemischter Wald) ist immer mehr im Schwinden begriffen, da sein Ertrag wesentlich geringer ist als der des Hochwaldes. 1835 betrug er $\frac{2}{5}$, 1855 noch $\frac{1}{3}$, 1875 noch $\frac{1}{4}$, und heute bildet er nur noch $\frac{1}{7}$ des Waldbestandes.

Der Abholzung des Hochwaldes war in früherer Zeit ein 100jähriger Turnus zugrunde gelegt. Auf Veranlassung der Regierung wurde dieser 1847 in einen 80jährigen umgewandelt. Auffallend ist es, daß 1892 ein Regierungsforstrat wieder die Umwandlung der 80jährigen Schlagzeit in eine 100jährige empfahl. Dies lehnte jedoch die Stadtverwaltung ab unter Hinweis auf das schnelle Wachstum des Holzes und die dadurch auch früh eintretende Fäulnis der Stämme.

Der Abtrieb des Niederholzes (Pauschenholzes oder Strauchholzes) war bis 1870 ein 15-, von da ab ein 20jähriger.

Die vorherrschende Holzart im Hochwalde ist die Kiefer. Sie wird aus kulturtechnischen Gründen stets in Gemeinschaft mit Fichte, zum Teil auch mit Lärche, Tanne, Eiche, Buche oder Birke gepflanzt. Die Mischung ist widerstandsfähiger gegen Wind- und Schneebruch sowie gegen schädliche Insekten.

Waldwege.

Auf der aus dem Jahre 1784 stammenden Waldkarte, die sich im Stadtarchiv befindet, sieht man ein wirres Netz unzähliger, krummer Fahr- und Fußwege. Erst um das Jahr 1840 begann man mit der Anlegung der heutigen geraden Wege. Die Hexenbirkstraße ¹⁾ war der erste gerade Durchbau. Sie durchschneidet den Forst in seiner größten Ausdehnung von Südwesten nach Nordosten, vom Mauthause an der Neustädter Straße über den Lärchenberg bis zur

¹⁾ Siehe Hexenwesen Heft I, S. 39.

Rittelwiher Grenze. Mehrere mit der Hexenbirkstraße gleichlaufende und eine Anzahl querführender Wege teilen den Forst in geradlinig begrenzte, allerdings sehr ungleich große Felder. Oft sind die Flächen noch diagonal geteilt, so daß an manchen Kreuzungspunkten 5, 6, auch 7 Wege zusammenlaufen, wie am Stern, am Schusterschemel, am Rehzug und am Schnepfengrunde. Zur Verbindung besonders belebter Orte des Waldes hat man gutgepflegte Fußwege angelegt: zwischen Waldschenke, Haltestelle und Oberförsterei.

Die Instandhaltung der Wege erfordert zurzeit eine Ausgabe von rund 800 Mark. Die Sternallee, den Königsdorfer Weg und den Steinbruchweg, die beständig nasse Stellen zeigten, ließ die Stadt 1905 auf Empfehlung und unter Leitung des Oberlandmessers Friedersdorf durch Drainröhren entwässern. Trotz einer Ausgabe von annähernd 2000 M. war kein besonderer Erfolg zu verzeichnen.

Der hiesige Verschönerungsvereins hat sich im Interesse des Publikums um den Stadtforst schätzbare Verdienste erworben. Es wurden auf Kosten des Vereins an verschiedenen Wegen und Plätzen Bänke und Tische aufgestellt; zur Orientierung für Fremde wurden Wegezeichen angebracht, die nach der Haltestelle, den Forsthäusern und den Restaurationen weisen.

Ertrag des Waldes.

Den heutigen Wert des Waldes schätzt man auf 1½ bis 2 Millionen Mark. Der jährliche Reingewinn abzüglich der Gehälter, der Schlagelöhne und der Kulturkosten, die etwa 15 000 M. betragen, beläuft sich auf rund 40 000 M. Man berechnet den durchschnittlichen Ertrag von 1 ha Hochwald auf jährlich 70 M. und auch darüber, den des Nieder- und Mittelwaldes jedoch nur auf 25 M.

Noch 1820 waren die Einwohner der unserer Stadt robotpflichtigen Ortschaften gezwungen, die Waldarbeiten zu verrichten. Der Lohn war recht kärglich: für ein Schoß Pauschenholz zahlte man 1 Sgr. Arbeitslohn, für ein Schoß Gebundholz 4 Sgr., der Schlagelohn für eine Kasten Scheitholz betrug 3 Sgr.; heutigen Tages zahlt man 2 M. Den Robotleuten war jedoch gestattet, an gewissen Tagen Holz zu klauben und Gras zu rupfen. Der Gebrauch der Sichel war verboten, um eine Beschädigung der jungen Pflanzung zu verhüten.

Auf dem Forst ruhende Verpflichtungen.

In alter Zeit erhielt jeder Bürger der Stadt das erforderliche Brenn- und Bauholz aus dem Stadtforst unentgeltlich. Noch 1874 standen beispielsweise dem Hausbesitzer mit Bürgerrecht 3 Schock, dem ohne Bürgerrecht 2 Schock und dem Bürger ohne Haus 1 Schock Pauschenholz (Strauchholz) zu. Bürger mit militärischer Einquartierung bekamen noch eine besondere Entschädigung an Holz. Zu wohltätigen Zwecken lieferte der Forst wiederholt seine Erzeugnisse. Zum Bau des Annakirchens 1776 schenkte die Stadt nicht nur das nötige Bauholz, sondern auch Holz zum Brennen der Ziegel. Zur Ausschmückung der Straßen bei festlichen Veranlassungen verabsolgte die Forstverwaltung, wie dies auch heute noch geschieht, Reisig und junge grüne Bäumchen. Die den Geistlichen, den Chorbeamten, den Kirchendienern, den Schulen und Wohltätigkeitsanstalten zugebilligten Holzlieferungen kamen 1875 zur Ablösung ¹⁾. Das sogenannte Deputatholz an die Schulen der Rammereidörfer lieferte der Wald 1907 zum letztenmal ²⁾.

Waldschäden.

Kleine Waldbrände wurden wiederholt gemeldet; sie richteten glücklicherweise niemals einen nennenswerten Schaden an. Ein Brückenbrand und einige Grasbrände entstanden bei großer Trockenheit durch Funkenauswurf der Lokomotive. Recht wesentlich ist jedoch der Schaden der in den letzten 25 Jahren häufig vorgekommenen Wind- und Schneebrüche. In einem Revisionsbericht von dem königlichen Feldjäger und Geometer Maron aus dem Jahre 1847 werden solche Schäden noch vollständig in Abrede gestellt. Dort heißt es:

¹⁾ Es erhielten: der Pfarrer 18 Schock, der Pastor 6 Schock, der Trinitatisaplan 5 Schock, der lathol. Bälgetreter 5 Schock, der evangel. 2 Schock, der Totengräber 10 Schock, der Nachtwächter 5 Schock, der Uhrensteller 10 Schock, die Schule 18 Schock, das Hoffmannsche Waisenhaus 10 Schock, das Josefshospital 9 Schock, das Krankenhaus 3 Schock, das Gymnasium 24 cbm Leib- und Stockholz, sowie 26 Schock Pauschenholz, die Landschulen mit städt. Patronat — Sabshütz, Königsdorf, Schlegenberg und Trenkau — je 10 cbm Leibholz.

²⁾ Wie der Preis des Holzes gestiegen ist, geht aus folgender Zusammenstellung hervor: Für 1 Schock Pauschenholz zahlte der Käufer 1756 vier Silbergroschen, 1820 sieben Sgr., 1860 einen Tlr., 1874, zur Zeit der Ablösung der Lieferungsverpflichtung, 1 Tlr. 24 Sgr.

„Bei der trockenen und nirgends zur Versumpfung hinneigenden Lage ist der Wald selbst bei orkanartigen Stürmen bisher fast gar nicht von Windbruch heimgesucht worden. Auch Frost, Duftanhang und Schneebruch sind nur seltene, zum Teil unbekannte Kalamitäten und letztere nur da mitunter erwähnenswert, wo man mit einer schwachen Durchforstung der jungen und dichtbestandenen Stangenorte zu lange gesäumt hatte.“

Wenn diese Angaben richtig sind, woran wohl nicht zu zweifeln ist, so müssen wir nach den Ursachen der jetzt so häufig vorkommenden Wind- und Schneebrüche fragen.

Da nur der Hochwald diesen Schäden unterliegt, so wäre in der Umwandlung des Mittel- und Niederwalds in Hochwald die nächste Ursache zu suchen. Außerdem ist es im Hochwald besonders die Kiefer, die unter dem Wind- und Schneebruch stark leidet. Vor 40 bis 60 Jahren pflanzte man reine Kieferkulturen, und das sind unsere heutigen alten Bestände, in denen Wind und Schnee ihre Verheerungen anrichten. Da in den letzten Jahrzehnten die Kiefer stets in Gemeinschaft mit anderen widerstandsfähigen Hölzern gepflanzt wird, dürften sich auch diese Bruchschäden mit der Zeit wesentlich verringern, wenn sie auch nicht ganz verschwinden werden. Im Jahre 1900 wurde der Bruch auf 6000 Festmeter Verbholz geschätzt. 30 Arbeiter hatten volle 8 Tage zu tun, um nur die wichtigsten Verkehrswege freizulegen.

Als neuer Feind unserer Nadelhölzer tritt seit mehreren Jahren der Fichtenspinner auf, Nonne genannt. Im Jahre 1907 zeigte sich dieser Nachtfalter in recht bedrohlicher Anzahl. Nicht nur das Forst- und Arbeiterpersonal nahm den Vernichtungskampf auf, sondern auch sämtliche Knabenklassen der Volksschulen machte man gegen die Nonne mobil. 88 000 Stück dieser Schädlinge wurden von den Schülern an einem Tage getötet. 1908 zeigte sich die Nonne in noch größerer Anzahl. Im Gefühl der Ohnmacht ihr gegenüber unterließ man jegliche Anwendung von Mitteln zu ihrer Vertilgung. Auffallenderweise war in den zwei letztverflossenen Jahren von einer Nonnenplage nichts mehr zu merken.

In neuerer Zeit macht sich auch der grüne Eichenspinner recht unangenehm bemerkbar. Er beginnt sein Zerstörungswerk in den Wipfeln der Eichen. Auch der Ringelspinner zeigt sich in letzter Zeit und richtet an den Eichen viel Schaden an. Vom Kiefernspinner, der in anderen Forsten oft recht verheerend auftritt, ist unser Forst bisher glücklicherweise verschont geblieben.

Verwaltung.

In früherer Zeit führte die hiesige Forstverwaltung die Bezeichnung „Holzamt“, die schriftlichen Arbeiten und Berechnungen besorgte der „Waldschreiber“. Bezüglich des Holzeinschlagens und des Holzverkaufs wie auch bei der Aufzucht mangelte es zu jener Zeit noch an einer behördlichen Überwachung. Daher war es möglich, daß die damaligen Stadtväter oft Willkür walten ließen und beim Verkauf wohl auch selbstsüchtige Zwecke verfolgten; denn 1582 führte die Bürgerschaft dieserhalb Beschwerde beim Herzog Markgraf Georg Friedrich.

Im Jahre 1607 gab es zur Beaufsichtigung des Forstes keine Förster und auch keinen Oberförster, sondern nur 3 Heger. Nachdem ringsum die Wälder stark gelichtet worden waren, stieg auch das Holz in seinem Werte, und der Holzdiebstahl nahm überhand. Um diesem zu steuern, vermehrte man die Zahl der Waldaufseher auf 4, dann auf 5 und schließlich auf 6 und setzte über sie einen Förster. 1801 wohnte ein Waldaufseher in Trenkau. Dezernent für den Stadtforst war 1809 der Schornsteinfegermstr. Josef Baquetta und führte als solcher den Titel Forstinspektor. 1824 wird der Förster Brettscheider, 1831 der Förster Tike erwähnt. Unter Igner 1831—1859 wurden 5 Heger beschäftigt, die nun den Titel Forstaufseher führten, darunter Polke als Stellvertreter des Försters. Der Polkebrunnen nördlich vom Exerzierplatz hat 1851 nach ihm, dem Schöpfer desselben, seinen Namen erhalten. Der Wald war in 3 Reviere eingeteilt, die von je 2 Beamten beaufsichtigt wurden. Dem Förster mit seinem Stellvertreter — letzterer wohnte damals im Konferenzzimmer der Oberförsterei — war ein verhältnismäßig kleiner Bezirk zugewiesen, nämlich nur 380 Morgen, während jeder andere Bezirk gegen 1800 Morgen umfaßte.

Igner trat 1859 im Alter von 73 Jahren in den wohlverdienten Ruhestand und verlebte den Rest seiner Tage in Steubendorf. Die Stadt beabsichtigte nun, die Stelle des Försters mit einem Oberförster zu besetzen, von dem man mehr Verständnis und mehr Selbständigkeit in der Forstkultur erwarten könne. Bis dahin stand der hiesige Förster unter der Aufsicht des Neustädter Oberförsters, der auf Kosten der Stadt den Forst jährlich einmal besuchte, Kontrolle übte und die nötigen Weisungen gab. Die kgl. Regierung genehmigte, daß man dem neugewählten Beamten die Be-

zeichnung Oberförster beilege, bemerkte jedoch, daß dies ein bloßer Titel bleibe, während die Bezeichnung „Revierverwalter“ die Amtsfunktion bezeichne.

Die 5 Aufseherstellen, die, einem Ministerialerlaß entsprechend, seit 1845 nur mit Forstversorgungsberechtigten besetzt werden durften, blieben bestehen bis 1867. Als man in diesem Jahre den Aufsehern das Tragen von Waffen zubilligte (siehe Jagd), hob die Stadt nacheinander 3 Aufseherstellen auf, und den beiden übriggebliebenen Beamten verlieh sie den Titel „Förster“. Dem Oberförster Schneider folgte 1882 Regner im Amte, der jedoch schon nach 2 Jahren an einer Blutvergiftung infolge eines Insektenstichs starb. Seit 1884 liegt die Verwaltung des Forstes in der Hand des Oberförsters Kostka, der mit Verständnis und anerkanntenswerten Erfolgen seines Amtes waltet. Die beiden Förster Freitag¹⁾ und Scherner wohnen im Forsthaus Steuben-
dorf bzw. im alten Schloß zu Schlegenberg.

Jagd.

Bis 1867 übten hiesige Bürger im Stadtforst die Jagd aus. Dem Forstpersonal war das Recht benommen, Schußwaffen zu tragen oder einen Hund mit in den Forst zu nehmen. Gegen diese eines Forstmanns unwürdige Beschränkung erhob der Oberförster Schneider berechtigten Einspruch. Er betonte, daß ein Forstbeamter ohne Waffe weder einem Holzdiebe noch einem Wilderer wirksam entgegenzutreten könne. Der Magistrat erkannte die angeführten Gründe als berechtigt an, gestattete den Forstbeamten, Waffen zu tragen und verpachtete auch 1867 dem Oberförster selbst die Waldjagd für 150 Tlr.

Die Wildpreise waren damals, wie aus einem Gesuch des Oberförsters um Ermäßigung der Pachtsumme hervorgeht, noch recht niedrig: ein Rehbock kostete 12 M., ein Hase 1 M. und 1 Rebhuhn 20—30 Pf. Seit 1893 ist die Jagd an das hiesige Offizierkorps verpachtet.

Im Jahre 1888 zeigte sich in unserm Forst zum erstenmal das früher hier nicht gekannte wilde Kaninchen, das sich bis jetzt in recht bedenklicher Anzahl vermehrt hat. Ob es im Forst ausgelegt worden oder ob es den Weg selbst hierher gefunden hat, lassen wir dahingestellt sein; jedenfalls ist es derzeit eine nicht zu beseitigende Plage trotz beständiger und

¹⁾ 1910 wurde ihm der Titel Gemeindevorsteher verliehen.

energischer Verfolgung. Jährlich werden 1000 bis 1200 Stück abgeschossen ¹⁾. Von Raubzeug ist wenig zu merken. Bisweilen wird ein Fuchs oder ein Iltis erlegt. Häufiger wird das mordgierige Wiesel auf seinen Schleichwegen ertappt. Auch verwilderte Katzen, die besonders den Singvögeln gefährlich werden, sind da und dort anzutreffen.

Haltestelle, Verkehr.

Seit 1876 durchschneidet den Stadtforst die Eisenbahnlinie Leobschütz—Dt. Rasselwitz ²⁾. Die Errichtung der



Haltestelle Stadtforst.

Haltestelle ließ trotz unablässiger Bemühung der städtischen Behörden recht lange auf sich warten. 1877 hielten nur 2 Züge an; von 1879 ab verkehrte an Sonn- und Feiertagen von Leobschütz aus ein Extrazug, falls mindestens 50 Fahrkarten gelöst wurden. Auf wiederholte Vorstellung des Magistrats hin ließ sich die Bahnverwaltung endlich herbei, mehrere Züge und von 1903 ab sogar alle Züge halten

¹⁾ Die Stadt zahlt für jedes erlegte Stück 30 Pf. Schußgeld. Der Schütze darf sich auch das Kaninchen behalten, das mit 60 Pf. bezahlt wird.

²⁾ Für die Abtretung von 7,77 ha (31 Morgen) Waldboden und 1,54 ha (6 Morgen) Feld vom Gute Blümsdorf sowie für vorzeitiges Abholzen der Schutzstreifen erhielt die Stadt eine Entschädigung von 55 000 Mark.

zu lassen. Auch errichtete sie ein Wohnhaus für 2 Beamte und eine Wartehalle. Der mit Ziersträuchern bepflanzte und wohlgepflegte Platz an der Haltestelle macht auf den Ankommenden einen recht angenehmen Eindruck.

Der Verkehr stieg von Jahr zu Jahr. Heute ist die Waldstation eine der verkehrsreichsten von ganz Schlesien. Gegen 20 000 Fahrkarten und etwa 2000 Monatskarten nach dem Walde werden jährlich in Leobschütz gelöst; die Stationen Ratibor, Oberglogau, Kosel und Neustadt geben Sonntagsfahrkarten aus, und auswärtige größere Vereine besuchen den Forst mit Extrazügen.

Bei den wiederholt vorgekommenen, wenn auch nur unbedeutenden Waldbränden hatte sich der Mangel einer Drahtverbindung zwischen Stadt und Forst längst bemerkbar gemacht. Durch den ständig wachsenden Waldverkehr wurde eine Fernsprecheitung zur Notwendigkeit. 1898 wurde endlich die Oberförsterei über die Waldschenke mit dem Rathause telephonisch verbunden. Für Benutzung des Telephons zu Privat Zwecken war eine Gebühr von 50 Pf. für das Gespräch zu entrichten. 1903 übernahm die Reichstelegraphen-Verwaltung die Fernsprechanlage. Sie führte die Leitung der Bahnstrecke entlang. Seit 1905 ist auch das städtische Werk Blümsdorf dem Telephonnetz angeschlossen.

In früheren Zeiten diente der Wald den Verfolgten als Versteck; bei Kriegszeiten suchte man hier seine Habseligkeiten, besonders das Vieh vor dem Feinde zu verbergen. Aber auch lichtscheuem Gesindel bot der Wald Unterschlupf. Wiederholt werden räuberische Überfälle gemeldet. Ein Mord wurde am 1. Februar 1753 an dem Garnhändler Peter Johann Werner aus Sabuschütz verübt. Ein Holzkreuz mit Blechtafel am Schlegenbergger Wege im Stadtforst, Peterhanskreuz genannt, erinnert an diese Mordtat.

Die Zeiten der Unsicherheit sind längst vorüber. Auf die einsamsten und entlegensten Wege darf sich heute der Spaziergänger begeben, ohne sich einer Gefahr oder auch nur einer Belästigung auszusetzen.

Forsthäuser und Restaurationen.

Die Oberförsterei.

Sie liegt an der Neustädter Chaussee, am Saume des Waldes, nur wenige Schritte von der österreichischen Grenze entfernt. Das alte, aus Bindwerk erbaute Wohnhaus lag

an der Stelle des heutigen Stallgebäudes. Das 1839 näher an der Straße errichtete Haus mußte 1873 umgebaut und erweitert werden. Der Maurermeister Mehr aus Rasselwitz hatte jedoch den Bau so mangelhaft ausgeführt, daß trotz alljährlicher, zum Teil kostspieliger Reparaturen schon nach 9 Jahren das Mauerwerk ausgebeßert, das Dach abgetragen und durch ein neues ersetzt werden mußte.

Vor Errichtung der Schankstellen erhielten die Waldbesucher in der Oberförsterei, wie dies auch noch jetzt in anderen Forsthäusern üblich ist, Kaffee, Milch, Bier und wohl auch einen Imbiß zu mäßigen Preisen. Vereine, die zu ihren Ausflügen die Oberförsterei als Ziel wählten, verpflegten sich gewöhnlich selbst und besuchten zum Schluß die Münzerei.

Um dem Publikum vor der Oberförsterei eine gewisse Bequemlichkeit zu bieten, wollte der verstorbene Weinkaufmann Josef Adler 1868 an der Nordseite des Platzes, an der Stelle der alten Kolonnade ein Restaurant errichten, das nach zehnjähriger, pachtfreier Benutzung in den Besitz der Stadt übergehen sollte. Die Stadtväter forderten jedoch eine jährliche Pacht von 240 M., was den J. Adler veranlaßte, sein Vorhaben aufzugeben. Das Bedürfnis nach einer Schankstelle unter schützendem Dach war jedoch vorhanden, und so entschloß sich die Stadt, 1871 eine Kolonnade zu bauen. Den Schank in derselben übernahm ein städtischer Gastwirt. Später kam ein zweiter Schankplatz im Freien hinzu, ebenso ein Kaffeeauschank und ein Stand für Fleisch- und Wurstwaren, wodurch sich die Stadt eine jährliche Pacht von annähernd 1000 Mark sicherte. — Die neue Kolonnade an der Straße, auf dem bereits erwähnten Mordberge entstand im Jahre 1903.

Die Errichtung eines Spielplatzes hinter der alten Kolonnade ist einer Anregung des verstorbenen Mälzereibesizers Wilhelm Schmidt zu danken. Dieser erbot sich im Jahre 1885, ein Kapital zu stiften, dessen Zinsen dem Holzertrage von 3 Morgen gleichkämen. Er stellte jedoch die Bedingung, daß der freizulegende Platz für alle Zeiten ein Spielplatz bleiben müsse. Unter Anerkennung der Opferwilligkeit des W. Schmidt lehnte jedoch die Stadt das bedingungsweise Anerbieten ab und errichtete auf eigene Kosten an der erwähnten Stelle einen Spielplatz in der Größe von 2 Morgen. Hier versammelt sich nun bei den alljährlich stattfindenden Schulpaziergängen die städtische Jugend zu munterem Spiel und lustigem Treiben.

In der Nähe der Oberförsterei befindet sich eine über 400 Jahre alte Buche, die als Naturdenkmal geschätzt wird. Der Umfang des Stammes beträgt in Brusthöhe 4,20 m. In der Höhe von 3,25 m beginnt die prachtvoll ausgebildete Krone. Der etwa 30 m hohe, durchaus gesunde Baum dürfte auf 25 Festmeter Derbholz zu schätzen sein. Anlässlich der 1884 hier stattgefundenen 42. Generalversammlung des Schlesischen Forsttages wurden westlich der alten Kolonnade 3 Erinnerungseichen gepflanzt und mit den Namen König Ottokar von Böhmen, Bürgermeister Stephan und Schlesischer Forstverein bezeichnet. Zur Erinnerung an die im Juli 1909 hier wiederum abgehaltene 67. General-Versammlung des Schles. Forstvereins wurden in der Nähe der großen Buche ebenfalls 3 Eichen gepflanzt. Sie sind Graf Goetzen-, Bürgermeister Priemer- und Oberförster Kostkaeiche benannt.

Das Steubendorfer Forsthaus.

Dieses liegt ebenfalls am Saume des Waldes und zwar im nördlichen Teile an der Grenze der Steubendorfer Feldmark. Hier wohnt einer der beiden Förster. Bis 1846 stand hier ein altes hölzernes Hegerhaus. Das in genanntem Jahre aus Ziegeln erbaute Wohnhaus wurde 1887 abgebrochen und neu errichtet. Eine Anzahl Tische und Bänke unter schattigen Bäumen ladet den Spaziergänger zur Rast ein, und die Frau Förster reicht ihm auf Wunsch gern einen labenden Trunk. Eine 1908 erbaute Kolonnade gewährt Schutz bei Unwetter.

Die Restauration Wolfsteich.

Hier stand bis 1868 ein Lehmbau, in welchem zwei Forstaufseher wohnten. Das heutige massive Gebäude diente bis 1899 einem Förster als Wohnung. Da in diesem Jahre die dritte Försterstelle frei und nicht mehr besetzt wurde, erfolgte die Umwandlung des Forsthauses in eine Restauration. 1906 vermehrte man die Wohnräume durch einen Aufbau, um dem Wirt die Aufnahme von Sommerfrischlern zu ermöglichen. 1906 legte die Stadt auch einen Eiskeller an, der im Jahre 1912 für 1900 M. neu erbaut werden soll.

Der Teich war noch vor 100 Jahren ein großes Schlammbecken. Die der Stadt gutsuntertänigen Bauern aus Sabbschüh holten hier den Schlamm zur Verbesserung ihrer minder

ertragreichen Acker. Um das Jahr 1820 errichtete man den noch heute vorhandenen, mit Linden bepflanzten Damm und legte einen Fischteich an. Bei den damals zahlreich vorhandenen Teichen brachte der Wolfsteich nur eine geringe Einnahme. 1830 zahlte Leutnant Schmidt aus Leobschütz nur 2 Tlr. Pacht. Man ließ daher das Wasser ab und bepflanzte den nassen Boden mit Erlen, wodurch mit der Zeit eine wesentlich höhere Einnahme erzielt wurde. Zu dieser Zeit entwässerte man auch die Teiche an der Straduna auf dem Stadtgut Schlegenberg und wandelte sie in Wiesenland um.

Im Jahre 1888 ging vom Magistrat die Anregung aus, den Wolfsteich wieder zu bewässern. Obwohl sich die Stadtverordneten anfänglich gegen diesen Gedanken verschlossen, gaben sie doch dem fortgesetzten Drängen des Magistrats nach und bewilligten die erforderlichen Mittel zur Errichtung einer neuen Schleuse und zur Ausbesserung des Dammes. 1893 wurde der Teich bewässert. Der Restaurateur Ermer aus Steubendorf zahlte eine Pacht von 231 M. und besetzte den gegen 3 ha großen Teich mit Karpfenbrut. Auch schaffte er eine Anzahl Gondeln an und errichtete am Teiche einen Bierauschank, den er aber bald in die aus eigenen Mitteln erbaute Kolonnade vor dem Forsthaufe verlegte. 1899 pachtete Ermer auch die Restaurationsräume.

Die Waldschenke.

Sie besteht seit dem Jahre 1893. Schon im Jahre 1877 erbot sich der verst. Brauereibesitzer Ed. Beyer, in der Nähe der Haltestelle ein Restaurant mit Kolonnade und Eiskeller zu errichten, 150 M. Pacht zu zahlen und nach 10 Jahren das Etablissement der Stadt unentgeltlich zu überlassen. So annehmbar dieser Vorschlag auch war, lehnten ihn doch die Stadtväter ab mit dem Hinweis darauf, daß die Kommune selbst ein Restaurant und zwar am Stern zu errichten gedenke. Eine Zeichnung mit Kostenanschlag wurde auch den Stadtverordneten vorgelegt, jedoch wegen der Höhe der Kosten — 17 000 M. — der Bau abgelehnt. Alle weiteren Bemühungen des Magistrats in dieser Angelegenheit blieben erfolglos.

Da bildete sich endlich 1892 ein Konsortium, das die Kosten zu einem solchen Bau aufbrachte. Es bestand aus den Herren Brauereibesitzer Ed. Beyer, Dampfmühlenbesitzer Böhm, Fabrikbesitzer A. Hollaender, Stadtrat E. Hollaender, Justizrat Kurek, Rechtsanwalt Lust, Dr. Neumann

und Fabrikbesitzer Rich. Leichmann. Von den 12 ausgegebenen Anteilscheinen zu je 1200 M. erwarb die Stadt zwei. Auch wurde ihr das Recht zugesprochen, alljährlich einen weiteren Anteilschein zu erwerben. Heute besitzt die Stadt 8 Anteilscheine im Werte von 10 400 M., die zu 4% verzinst werden. Noch im Herbst des Jahres 1892 wurde mit dem Bau begonnen, und schon am 1. Juli 1893 konnte das Restaurant unter dem Namen „Waldschenke“ eröffnet werden. Erster Pächter war Hugo Jonathas; die Pachtsumme betrug 1200 M. Zwecks Errichtung eines Stallge-



Die Waldschenke.

bäudes gab man noch 3 Anteilscheine aus und erhöhte sämtliche auf 1300 M. 1907 kam es zum Bau eines Eiskellers.

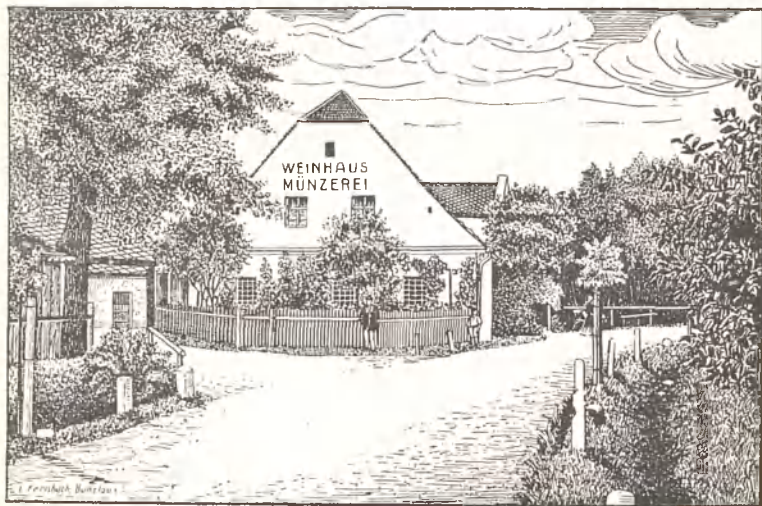
Die Waldschenke steht unweit der südöstlichen Ecke des Forstes, in der Nähe der Neustädter Chaussee und ist von der Stadt aus in $\frac{3}{4}$ Std. zu Fuß zu erreichen. Sie enthält außer den Wohnräumen des Pächters zwei Schankzimmer sowie eine kleinere und eine größere Kolonnade. Letztere dient bei Vereinsausflügen auch zu Tanzzwecken. Die Musikhalle, der großen Kolonnade gegenüberliegend, errichtete das Konfession im Jahre 1897.

Bald nach Eröffnung des Restaurants bemühte sich der damalige Bürgermeister Löninger, auch den Spielplatz von

der Oberförsterei hierhin zu verlegen. Schon war der Platz am Blümsdorfer Wege in der Größe von 1½ Morgen abgesteckt, als das Stadtverordneten-Kollegium dagegen Einspruch erhob und darauf bestehen blieb, daß der Spielplatz an der Oberförsterei belassen wurde.

Im Herbst 1910 wurde der fast überständige Hochwald an der Nordseite der Waldschenke abgeholzt und an seiner Stelle im Frühjahr 1911 gärtnerische Anlagen geschaffen.

Die Münzerei.



Dieses auf österreichischer Seite liegende Weinhaus, etwa 200 Schritt von der Oberförsterei entfernt, wurde 1745 erbaut und führte ursprünglich die Bezeichnung „Eichhörnel-kretscham.“ Der der Münzerei gegenüberliegende Teil des Stadtforstes hieß damals Eichwald. Später nannte man das Weinhaus nach dem Besitzer Stöbe „Stöberei“¹⁾. Seit 1829 ist es im Besitz der Familie Münzer. Wohl selten besucht ein Fremder unsern Wald, ohne sich auch in der Münzerei an einem „Österreicher“ zu stärken. Daß König Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1820, am 21. November von Troppau kommend, hier zu kurzer Rast anhielt, erfüllt den heutigen Wirt F. Schwer mit Stolz. Seine Absicht, zur

¹⁾ Rittergutsbesitzer Stöbe in Schweinsdorf, Kr. Neustadt O/S., ist ein Nachkomme dieses Stöbe.

Erinnerung an jenen allerhöchsten Besuch am Hause eine Gedenktafel anzubringen, dürfte in nächster Zeit zur Ausführung gelangen.

Maßdorf.

Seit mehreren Jahren ist der von der Haltestelle aus in 35 Minuten zu erreichende Ort Maßdorf ein von Leob-
schützern viel besuchter Ausflugsort. Das Gasthaus „Birke“ gilt als Dorado der Biertrinker. Ein halbes Liter vorzüglich gepflegtes Troppauer Goldbräu wird hier vom Faß — ohne Apparat — für den Preis von 15 Pf. ausgeschenkt.

Wenn auch die eingangs erwähnten 4 Mark Goldes dem damaligen Werte des Waldes entsprochen haben sollten, so ist doch dieser Forst mit der Zeit das wertvollste Besitztum der Stadt geworden. Er ist für die Kommune nicht nur eine Quelle reichlicher Einnahmen, sondern bietet auch den Bewohnern der umliegenden Ortschaften Gelegenheit zu lohnender und dauernder Arbeit. Der Freund der Natur findet reichlich Gelegenheit zu seinen Studien, und der erholungsbedürftige Städter sucht auf einsamen Wegen die ozonreiche Waldluft in vollen Zügen zu genießen, erfreut sein Auge an der Schönheit des Waldes und erfrischt seinen Geist zu neuer Schaffensfreudigkeit.

Der Wald, der Wald,
Daß Gott ihn grün erhalt,
Gibt gut Quartier
Und nimmt doch nichts dafür.
Eichendorff.

Ein Wort an die Waldbesucher.

Schonet den Blumenflor des Waldes! Ein kleines Sträuchchen, das unterwegs nicht lästig wird, genügt zum Mitnehmen!

Verunzieret nicht Wald und Weg mit Papier und Scherben!

Reißet die genießbaren Pilze nicht aus der Erde, sondern schneidet sie mit einem Messer ab!

Von der Landwirtschaft.

Zu Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts gingen vielfach verschuldete Güter an die Gemeinden über. Das Wohlleben brachte manchen der Gutsherren in Schulden, während die Rustikalen durch Sparsamkeit zu Vermögen kamen. Nicht selten ging der Kauf erst durch die Hände

sogenannter Güterschlächter. Diese erwarben von dem um Geld verlegenen Gutsherrn den Besitz zu einem mäßigen Preise, parzellierten die Grundstücke und verkauften sie mit erheblichem Vorteil weiter an die Bauern.

Während man in der heutigen Zeit auch nicht das kleinste Stückchen Ackerland unbebaut liegen läßt und sich bemüht, den Grundstücken den höchsten Ertrag abzurufen, ließ man noch vor 80 Jahren stets ein Drittel der Ackerfläche als Brache liegen. Gewöhnlich bestellte man ein Drittel des Bodens mit Wintergetreide und ein Drittel mit Sommergetreide, Kartoffeln und Hülsenfrüchten. Alljährlich wurden diese Ackerflächen gewechselt. Das war die sogenannte Dreifelderwirtschaft. Die Brachfelder dienten als Hutung, besonders für die Schafe. Zimmermann berichtet, daß im Jahre 1784 der Kreis über 62000 Schafe zählte. 1890 waren ihrer nur noch 9000, und heute dürften kaum noch 2000 Stück vorhanden sein. Fast jeder Ort hatte als gemeinsame Hutung ein wüstliegendes Feld. Dieses Grundstück der Stadt Leobschütz lag vor dem Walde, zu beiden Seiten der Neustädter Chaussee. Noch heute hat man für die dortigen Felder die Bezeichnung „Wüstung“.

Bei der sogenannten „Trischwirtschaft“ baute man zwei Jahre nacheinander Roggen und Hafer an, und dann blieb das Feld 3 bis 6 Jahre unbebaut liegen.

Wiesen setzte der Landmann nicht selten auf mehrere Jahre unter Wasser, wodurch das Düngen ersetzt werden sollte. Man gab diesem Verfahren die Bezeichnung „Teichwirtschaft.“

Leobschützer Flurbezeichnungen.

Die Leobschützer Feldmark umfaßt rund 1800 ha und dehnt sich besonders im Norden und Westen der Stadt aus.

Das Oberfeld liegt zwischen der Oberglogauer Chaussee und dem Schlegengerger Wege. Es reicht im Norden bis an Schlegenberg und im Süden bis an den Schmeisdorfer Weg.

Zwischen dem Oberfelde einerseits, dem Stadtforst und dem Gute Blümsdorf andererseits dehnt sich die Wüstung aus (siehe oben).

Östlich der Glogauer Chaussee befinden sich die Bauernfelder. Sie ziehen sich vom Friedhof bis Kaltenhausen hin. Wiederum östlich von diesen liegt das Wagenstallerbe. So hieß das Stadtgut, dessen Gebäulichkeiten an Stelle der alten Volksschule lagen. Ursprünglich gehörte es dem Stadtvogt.

Zu beiden Seiten der Zinna liegen die Spitaläcker (Hospitaläcker). So nennt man die Grundstücke des 1836 in 39 Parzellen von der Stadt bzw. von der Verwaltung des Johanneshospitals verkauften Hospitalhofes. Die ehemaligen Hospitalgrundstücke liegen also südwestlich der Stadt und werden von der Schmeisdorfer, Kreuzendorfer und Kreise-
witzer Feldmark begrenzt. Die städtischen Wiesen hinter Taumlitz zwischen der Gröbniger Chaussee und der Zinna sind ebenfalls ehemalige Hospitalgrundstücke. Ein Rest der Gebäulichkeiten dieses Gutes ist der heutige Bauhof zwischen Zinna und Gasanstalt. Königin Kunigunde gründete um 1280 das hiesige Johanneshospital und vermachte diesen Gutshof der Anstalt. Die durch den Verkauf des Gutes erzielten Einnahmen bildeten den Grundstock zum heutigen Hospitalvermögen.

An die Spitaläcker schließt sich südlich der Stadt das Niederfeld an und reicht bis an die Badewitzer und Gröbniger Grundstücke.

Alte Maße und Gewichte.

Vor Einführung der dezimalen Maße und Gewichte gab es folgende Flächen- und Raummaße: Die Hufe oder Hube. Ihre Größe war verschieden: die deutsche Hufe wurde zu 80, die fränkische zu etwa 110 Morgen gerechnet; es gab aber auch Hufen bis 200 Morgen. In Schlesien war die deutsche, in Mähren die fränkische Hufe als Maß gebräuchlich. Unter einem Joch Acker war eine Fläche von $2\frac{1}{4}$ Morgen zu verstehen. Ein Scheffel Acker maß eine Kleinigkeit mehr als 2 Morgen. Man bestellte ihn mit einem österreichischen Scheffel Getreide = $1\frac{1}{3}$ Sack. Der Breslauer Scheffel hatte dagegen nur $\frac{1}{2}$ Sack. Ein Sack Weizen sollte 180 Pfd., ein Sack Korn (Roggen) 170, ein Sack Gerste 150 und ein Sack Hafer 100 Pfd. wiegen. 30 Lot waren ein Pfd., 20 Pfd. ein Stein und 100 Pfd. 1 Zentner. Das Garn maß man nach Fäden (= 4 Ellen oder $2\frac{2}{3}$ m). 20 Fäden waren 1 Gebind, 20 Gebind 1 Zaspel, 3 Zaspeln 1 Strähn, 4 Strähne 1 Stück, 60 Stück 1 Schock. (Geldwerte siehe Heft I, S. 20.)

Die Hämmereigüter der Stadt Leobschütz.

Zur Zeit als Leobschütz in der Geschichte auftrat, befand sich nur der Adel im Besitz von Gütern. Kam ein Gut zur Erledigung, so fiel es dem Landesherrn. Dieser belieh damit wieder einen Adligen. Der Beliehene hatte dem Fürsten im Kriege zu Roß zu folgen. Alle berittenen Krieger bezeichnete

man mit dem Namen Ritter. Der bürgerliche Mann durfte nicht in den Besitz eines Gutes gelangen. Auch für die Städte war selbst bei günstiger Vermögenslage der Gütererwerb unzulässig, wenn ihnen nicht der Landesfürst dieses Privileg besonders verlieh.

Der Stadt Leobschütz wie ihren Bürgern wurde im Jahre 1298 von König Wenzel II. (1278—1305), dem Sohne und Nachfolger Ottokars II., urkundlich das Recht der Gütererwerbung zugesprochen. Bei dem sich mehrenden Reichtum der Städte kam es nicht selten vor, daß geldbedürftige Herzöge und Könige Schuldner der Städte wurden, an die sie schließlich ihre Güter verpfändeten. Bisweilen unterblieb die Einlösung, und die Stadt wurde Besitzerin des beliebigen Gutes. Andererseits boten verschuldete Ritter ihre Güter der Stadt zum Kaufe an. 1416 schuldete beispielsweise Herzog Wenzel von Troppau der Stadt Leobschütz 500 M. Daraufhin verpfändete der Herzog der Stadt den vor dem Niedertor liegenden Hof und die Renten, die ihm von der Stadt zustanden.

So kam Leobschütz nach und nach in den Besitz folgender Güter: Schlegenberg, Kaltenhausen, Sabzhütz, Königsdorf, Rittelwitz, Roben, Heinzendorf (bei Olbersdorf), Trenkau, Blümsdorf und Wagenstallerbe. Roben trat Leobschütz 1609 an den Fürsten von Liechtenstein ab und erhielt dafür Taumlitz.

Einige dieser Güter wurden wieder veräußert. 1801 besaß die Stadt nur noch folgende 6 Güter: Blümsdorf, Trenkau, Schlegenberg, Kaltenhausen, Wagenstallerbe und Rittelwitz, ferner die sieben untertänigen Dörfer: Trenkau, Schlegenberg, Rittelwitz, Königsdorf, Sabzhütz, Kaltenhausen und Taumlitz.

Für Mitbenutzung der herrschaftlichen Viehweiden bezahlten die kleinen Leute dieser Ortschaften an die Stadt 142 Tlr., an Graszens 15 Tlr. Königsdorf entrichtete einen Leichzins von 38 Tlren. Für die Ablösung der fünften Garbe zahlten die Orte Trenkau, Rittelwitz, Schlegenberg und Blümsdorf im Jahre 1810 zusammen 360 Tlr. an die Stadt.

Den höchsten Besitzstand an Gütern hatte Leobschütz um das Jahr 1600. Das läßt einen Schluß auf die damaligen günstigen Vermögensverhältnisse der Stadt zu, die leider mit dem 30jährigen Kriege dahinsanken, um nicht wiederzukehren. Heute gehören der Stadt nur noch die Güter Blümsdorf, Schlegenberg, Kaltenhausen und Wagenstallerbe. Letzteres ist mit dem Gute Kaltenhausen verschmolzen worden.

Das Dominium Blümsdorf 1).

Blümsdorf, das früher Plümlinsdorf oder auch Blindsdorf genannt wurde, liegt in einer Einsenkung südwestlich vom Stadtfors, unweit der österr. Grenze. Die Größe dieses Gutes betrug früher 193 ha 88 a 47 qm. Zum Bahnbau der Strecke Leobschütz—Dt. Rasselwitz 1876 wurden 1 ha 58 a 81 qm an den Eisenbahnfiskus abgetreten, so daß die Fläche gegenwärtig noch 192 ha 29 a 66 qm beträgt.

1438 überließ der Herzog Wenzel aus von Troppau das Gut einem Hans Czert von Moschen für treue Dienste. Hans Czert blieb aber verpflichtet, im Kriegsfall dem Herzog mit einem Schützen und einem Pferde Dienste zu leisten. (Urk. in Grätz ausgestellt.) 1486 ging das Gut in den Besitz einer Katharina Oczašek über. 1557 kaufte es die Stadt Leobschütz für 600 Floren von den Erben eines Simon Thielo.

Nach einem Revisionsbericht vom Jahre 1801 hatte die Stadt das Vorwerk in eigener Verwaltung. An Viehbestand waren 8 Pferde, 34 Kühe, 2 Ochsen, 7 Zuchtschweine, 1 Eber, 36 Hühner und 550 Schafe vorhanden. Der Schaffer hatte die Nutzung der Kühe, Schweine und Hühner. Er zahlte jährlich an die Stadt für eine Kuh 4 Tlr. 20 Sgr., für ein Zuchtschwein 2 Tlr. 12 Sgr. und für ein Huhn 6 Sgr. an Pacht. 2 Kühe wurden jährlich gebracht. Der Schaffer hatte gegen eine Vergütung von 16 Talern zwei andere anzuschaffen. „Wenn in einem Jahre bis 3 Stück freieren, so muß er sie expropriis erlegen.“ Das Fleisch der gebrachten Tiere hatte der Schaffer dem Gesinde und den Arbeitern zu überlassen. Vier Kühe waren pachtfrei. Dafür mußte er dem Gesinde Butter, Milch und Käse unentgeltlich verabreichen. Sein Weib erhielt 6 Tlr. Lohn.

Der Schäfer hatte für den Bestand der Schafe aufzukommen. Sein Lohn betrug jährlich 12 Tlr. 6 Sgr. Außerdem erhielt er freies Futter für 2 Kühe und an Deputat 4 Scheffel Korn, 2 Scheffel Gerste, 1 Scheffel Weizen und 1 Scheffel Erbsen. Die beiden Knechte bekamen je 8 Tlr., die drei Pferdejungen je 5 Tlr. 10 Sgr., die zwei Mägde je 4 Tlr. 24 Sgr., der Hirt 5 Tlr. 14 Sgr. An

1) In dem topographischen Handbuch von Triest aus dem Jahre 1865 wird Blümsdorf als Vorwerk bezeichnet. Ursprünglich war es ein Rittergut.

Deputat erhielt jeder Diensthote ebensoviel wie der Schäfer. Die tägliche Kost für die Diensthoten wurde damals mit Fleisch auf 2 Sgr. 4 1/2 Pf. und ohne Fleisch auf 1 Sgr. 8 2/3 Pf. berechnet.

Zur Robotleistung auf dem Dominium Blümsdorf waren die Bewohner von Königsdorf und Trenkau sowie die 3 Blümsdorfer Häusler verpflichtet. Zwei dieser Häuslerstellen entstanden erst im Jahre 1795. Jedem Häusler wurden etwa 6 Morgen Acker zur eigenen Bewirtschaftung gegen die fünfte Garbe überlassen. Mittwoch und Sonnabend war ihnen wie den Robotpflichtigen aller Rämmereidörfer gestattet, im Stadtforst dürres Holz zu sammeln. Die Rentenablösung der 3 Blümsdorfer Häuslerstellen erfolgte 1856 auf 56 1/12 Jahre. Die Stadt erhielt in Rentenbriefen 55 Tlr.

Seit 1859 ist das Dominium Blümsdorf verpachtet. Die Hohenploker Zuckerfabrik entrichtete (1871—1902) einen Pachtzins von jährlich 14000 M. Der gegenwärtige Pächter Hermstein zahlt 12252 M. In den Jahren 1902 — 1907 sind die Wohn- und Wirtschaftsgebäude mit einem Kostenaufwand von 137000 M. fast durchweg neu erbaut worden.

Das Rittergut Schlegenberg.

Wann dieses Gut in die Hände der Stadt gekommen ist, läßt sich nicht feststellen. Aller Wahrscheinlichkeit nach war es das von der Stadt zuerst erworbene Gut. Die Gutsgebäude befanden sich am östlichen Ende des Dörfchens, die Ackergrundstücke erstrecken sich nach Norden hin bis an den heutigen Exerzierplatz. Die Wiesen liegen zu beiden Seiten der Straduna. Die Acker und Wiesen haben eine Gesamtfläche von 167 ha 18 a 39 qm und waren schon um das Jahr 1770 an Schlegenger Einwohner gegen die fünfte Garbe verpachtet. Heute beträgt die Pacht des Gutes rund 13000 M. Die an den Militärfiskus verpachtete Fläche von 40 ha dient mit einer abgeholzten Waldfläche von 100 ha als Garnison-Exerzierplatz. Wie auf dem Blümsdorfer Dominium hatte auch hier ein Schaffer das Vieh in Pacht. Der Viehbestand war 1801 folgender: 4 Pferde, 30 Rüge, 6 Zuchtschweine, 1 Eber, 30 Hühner und 600 Schafe. Einen Bradschöps kaufte man zu jener Zeit für 2 Floren, ein Schaf für 24 Sgr. bis zu einem Tlr. und ein Lamm für 5 bis 8 Sgr. Die Schlegenger Untertanen zahlten außer dem

Grundzins 2 Tlr. 22 Sgr. 6 Pf. Dreidinggelder. Die Hutungsgelder betrugen für eine Kuh 15 Sgr., für geldes Vieh 10 Sgr., für ein Kalb 5 Sgr. und für ein Stück Schwarzvieh 4 Sgr. Mittwoch und Sonnabend war den Leuten gestattet, im Stadtforst Holz zu klauben. Zu Robotarbeiten waren die Schlegenger auf das Vorwerk Wagenstall angewiesen. Auf dem Gute Schlegenberg leisteten 20 Bauern aus Sabischütz ihre Robotpflicht. 1801 wurde das herrschaftliche Wohnhaus (Schloß) als ein sehr gut erbautes Gebäude bezeichnet. Heute dient es nach vielfacher Reparatur einem städtischen Förster als Wohnung und hat nichts weniger als ein schloßartiges Aussehen. Die Wiesengrundstücke gegen die Münzbrücke waren in früherer Zeit Teiche, wie heute noch an den teilweise vorhandenen Dämmen zu erkennen ist.

1892 wurde festgestellt, daß zehn Besitzer in Schlegenberg ihre Wohn- und Wirtschaftsgebäude auf Leobischützer Flurmark errichtet hatten. Um Unzuträglichkeiten zu vermeiden, welche die Zugehörigkeit dieser Besitzungen zu Leobischütz im Gefolge gehabt hätten, wurde ihre Eingemeindung zu Schlegenberg beim Bezirksauschuß zu Oppeln beantragt und von diesem auch genehmigt.

Das Rittergut Kaltenhausen.

Es liegt südlich der kleinen, jetzt zu Sabischütz gehörigen Ortschaft Kaltenhausen, zwischen den Sabischützer und Leobischützer Feldern.

1612 verkaufte Adam Strzela auf Dielau und Groß Grauden das Gut an den Markgrafen Johann Georg von Brandenburg für 4000 Gulden. 1684 ging es durch Kauf von einem Herrn von Larisch, der Besitzer von Sabischütz war, an die Stadt Leobischütz über. Der Kaufpreis betrug 1850 Tlr. Die Grundstücke sind seit 1853 parzellenweise verpachtet.

Die Untertanen von Kaltenhausen leisteten Robotdienste auf dem Gute Kaltenhausen und auf dem Vorwerk Wagenstall. Bei freiwilligen Arbeiten erhielten sie „die Kost einschließlich Fleisch und 3 Gerstenflößeln sowie 4 Kreuzer bar“. Beim Fischen und Dammausbessern — die Wiesen waren zumeist Fischteiche — erhielt ein jeder „ein willkürliches Geschenk von Brantwein“. Zu persönlichen Diensten mußte täglich ein Untertan aus Kaltenhausen bei dem Ökonomiedirektor und ein anderer bei dem Justizdirektor in Leobischütz erscheinen.

Die Stadt erhielt bei der Rentenablösung 1856, die auf 56¹/₁₂ Jahre bemessen wurde, 177 Tlr. in Rentenbriefen. Der Hühnerzins war schon 1849 mit 6 Tlr. 20 Sgr. abgelöst worden.

Seit 1853 ist das Gut einschließlich Wagenstallerbe — 84 ha 50 a 90 qm — in Parzellen verpachtet. 1866 wurden Wohnhaus, Stallung und Scheune wegen Bauauffälligkeit niedergelegt.

Die Ablösung der Walke und Mehlmühle in Kaltenhausen erfolgte 1860. Die Stadt empfing 1140 Tlr. in Rentenbriefen.

Das Vorwerk Wagenstall.

Dieses Gut gehörte ursprünglich dem Stadtvogte. Es lag nordöstlich der Stadt und zwar zwischen den Fleischfeldern und dem Gute Kaltenhausen. Die Stallungen und Schuppen befanden sich innerhalb der alten Stadt, dort wo 1857 die alte Schule errichtet wurde. Die Scheune zu diesem Gute lag an der Stelle des heutigen Hoffmannschen Waisenhauses.

Auf dem Wagenstallhofe wurden 3 Pferde zum Anfahren des Bauholzes, des Malzes und des Mehles sowie zu dienstlichen Reisen der städtischen Beamten gehalten. Mit dem Kämmererwagen wurden auf Ersuchen der Bürger ihre Bräute zur Kirche gefahren und auch von auswärts abgeholt. Dem Pfarrer stand ein Wagen zur Verfügung, wenn er nach den eingepfarrten Orten Schlegenberg und Blümsdorf zu Kranken gerufen wurde.

Wie auf dem Gute Blümsdorf, so hatten die Trenkauer auch auf dem Wagenstallerbe Robot zu leisten.

Der ehemalige Spitalhof.

Mit den Einkünften dieses Gutes, das auch Spittelhof genannt wurde, fundierte bekanntlich die Königin Kunigunde das von ihr errichtete Johannesspital um das Jahr 1280. Die Verwaltung lag in den Händen des Johanniter-Komturs der Kommende Gröbnig. Der Herzog Wenzeslaus, der in Leobschütz residierte, bestimmte im Jahre 1445, daß die Stadt Leobschütz alle Besizungen des Johannesspitals an sich nehme und dafür die Verpflegung der Hospitaliten besorge. (Siehe Johannesspital.) So kam der Spitalhof

an die Stadt. Ein Überrest der Wohn- und Wirtschaftsgebäude ist der heutige Bauhof. Die Äcker und Wiesen lagen zu beiden Seiten der Zinna und reichten bis an die Feldmark der Orte Schmeisdorf, Kreuzendorf, Kreisewitz und Badewitz. Ein kleinerer Teil der Grundstücke lag hinter Taumlit gegen Gröbnitz. Robotpflichtig für den Spitalhof waren die Untertanen in Taumlit und Sabitzschütz.

1801 befand sich das Gut noch im eigenen Wirtschaftsbetriebe der Stadt. Rinder und Schwarzvieh hatte jedoch der Schaffer unter denselben Bedingungen in Pacht wie der Schaffer in Blümsdorf. Die Diensthöten wurden auch wie dort gelohnt. 1828 ist das Gut für 900 Tlr. an einen Bobrich verpachtet. Die Taumlitzer Bauern lösten sich in diesem Jahre von den Hand- und Spanndiensten ab, die sie auf dem Spittelhof zu leisten hatten. Sie zahlten an die Stadt 2250 Tlr. Die Nichtabgelösten von Taumlit zeigten sich in den Robotleistungen gar zu säumig, weshalb sich Bobrich beschwerdeführend an die Stadt wandte. Diese versprach dem Bobrich, bei der nächsten Säumigkeit der Verpflichteten „einen Gendarm bei dem Stadtgericht zu beantragen“.

Im Jahre 1836 kamen 480 Morgen vom Spittelhof in 39 Parzellen für den Preis von 37144 Tlrn. zum Verkauf. Ein Morgen ($\frac{1}{4}$ ha) kostete demnach durchschnittlich nur 77 Tlr. Heute würde für die durchweg recht ertragreichen Gründe der vier- bis fünffache Betrag gezahlt werden. Die Stadt selbst behielt sich den gegen Badewitz zu liegenden alten Exerzierplatz von 43 Morgen, das heutige Promenadengrundstück, die Wiesen und Krautgärten hinter Taumlit und die Wohn- und Wirtschaftsräume für den Gesamtpreis von 5177 $\frac{1}{2}$ Tlr. Die Rentenablösung der früheren Untertanen in Taumlit und Sabitzschütz erfolgte im Jahre 1855. Die Stadt erhielt in Rentenbriefen 3525 Tlr.

Roben hatte die Stadt 1570 erworben und 1609 gegen Taumlit umgetauscht. Leobitzschütz behielt sich von Roben die Bierniederlage im Kretscham, die Maute an der Grenze gegen Rostwald und das Steinbruchrecht vor. Bei Besetzung der Pfarrei sollten Leobitzschützer Bürgeröhne bevorzugt werden ¹⁾. Rittelwitz kam 1581 an Leob-

¹⁾ Als sich im Jahre 1835 ein in Leobitzschütz geborener Bewerber um die Pfarrei Roben auf diese Bestimmung berief, erklärte der Vertreter des Fürsten Diehtenstein, daß der Fürst diese Pflicht nicht anerkenne, weil eine Bestätigung der damals getroffenen Bestimmung seitens des Königs von Böhmen nicht ersichtlich sei.

schütz und wurde von der Stadt 1809 für 20 000 Tlr. an die Gemeinde Kittelwitz verkauft. Sabzschütz hatte Leobschütz 1611, Wiendorf 1577 und Heinzendorf schon 1383 erworben. Wann diese Güter wieder veräußert wurden, ist weder aus Chroniken noch aus Magistrats-Akten ersichtlich.

Die Fischteiche der Stadt.

Im Jahre 1801 besaß die Stadt Leobschütz nicht weniger als 17 Fischteiche, die von einem besonderen Teichinspektor beaufsichtigt und in nutzbarem Zustande erhalten wurden. Der Ertrag war nur gering. Er belief sich einschließlich der Einnahme für Schlammmentnahme und Grasmiethen auf 71 Tlr. 5 Sgr. 9 Pf.

Die Teiche lagen gegen Gröbnig, bei Kaltenhausen, Schlegenberg und Kittelwitz. Der größte von ihnen war der Kittelwitzer Niederteich (12 Morgen), dann folgten der Gröbniger Teich, der Walfteich bei Kaltenhausen und der Mönchsteich (?) mit je 10 Morgen. Der Wolfsteich entstand erst nach 1801. Wenn der Fischzug stattfand, erhielten sämtliche Mitglieder und das Personal des Magistrats und der Fürstl. Verwaltung je einen Karpfen und einen Hecht.

Das Dreiding ¹⁾ der Rämmereidörfer.

Die Stadt übte als Guts herrin bis zur Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit im Jahre 1849 in allen Rämmereidörfern die niedere Gerichtsbarkeit — „das Dreiding“ — aus. Die Sitzungen fanden in der letzten Zeit jährlich nur noch einmal statt. Auch waren sie nicht mehr so gefürchtet wie in früherer Zeit.

Das letzte Dreiding bestand aus dem Bürgermeister Stephan, dem Syndikus Wolff und dem Rämmerer Alose. Ich gebe hier ein Dreiding-Protokoll aus Trenkau wieder, wie es im Jahre 1846 von dem Protokollführer und Unterschriftenzeugen Hein — ein Teil der Einwohner unterzeichnete das Schriftstück mit 3 Kreuzchen — abgefaßt wurde:

„Verhandelt in der Erbrichterei zu Trenkau, den 26. Februar 1846. Zur Abhaltung des Dreidings hatte sich heute die unterzeichnete Kommission nach Trenkau begeben, woselbst in der Erbrichterei die Ortsgerichte und ein Teil der Gemeindeglieder versammelt waren.

¹⁾ Siehe Heft I, S. 30.

Die Gemeinderechnung ist nach den Randbemerkungen des Herrn Rämmerer Klose für dechargiert zu erachten und wird deshalb eine besondere Verhandlung nicht aufgenommen.

Die Ortsgerichte hatten gegen die Gemeinde und diese gegen jene keine Beschwerde zu erheben. Die Ortsgerichte blieben in ihrer bisherigen Stellung und erklärten auf Befragen, daß sie die Revisionen hinsichtlich der Feuerversicherung, der Maße und Gewichte und die Nachpatrouillen vorschriftsmäßig abgehalten und hierbei nichts zu erinnern gefunden haben. Herr Ratsmann Engel wurde beauftragt, eine Nachrevision hinsichtlich dieser Angelegenheit vorzunehmen.

Bauten und Reparaturen sind nicht angemeldet worden.

Die unverehelichte Josefa Noß ist zwar im verfloffenen Jahre beschwängert worden, allein ihr Vater lebt noch, und das Kind ist bereits gestorben.

Unter Polizeiaufsicht befindet sich nur der Schuhmachergeselle Grohmann, welcher jedoch seit längerer Zeit von hier abwesend ist, ohne daß die Ortsgerichte dessen gegenwärtigen Aufenthaltort angeben können.

Wegen unterlassener Aufstellung von Posten bei der in der Nacht vom 19. bis 20. Januar d. Js. angeordneten Landesvisitation wurde den Ortsgerichten ein ernster Verweis erteilt und sie angewiesen, dergleichen Vernachlässigung bei Vermeidung von Ordnungsstrafen sich nicht mehr zu Schulden kommen zu lassen.

Ferner wurden dieselben unter Hinweis auf die Amtsblatt-Verordnung vom 29. Februar 1820 angewiesen, im Winterhalbjahr die Nachtwachen von 9 Uhr des Abends bis früh 5 Uhr — und nicht bloß bis 4 Uhr —, im Sommerhalbjahre von 10 Uhr bis 4 Uhr früh abzu-
leisten. Dieselben versprachen, sich hiernach zu richten.

In Betreff der Beschwerden des Häusler-Auszüglers Franz Arndt vom 12. d. Mts. wurde der Beschwerdeführer auf den Weg des Rechts verwiesen und dem Ortsgerichte bedeutet, falls durch die Streitigkeiten des Häuslers Reisch mit dem Arndt die öffentliche Ruhe wieder gestört werden sollte, von Polizei wegen einzuschreiten und den Ruhestörer zur Ordnung resp. Bestrafung zu bringen.

Schließlich wurden die Ortsgerichte zur Aufrechterhaltung der zum Teil in Erinnerung gebrachten Polizei-Vorschriften aufgefordert.

Nun folgen die Unterschriften des Dorfgerichts, der Gemeindeglieder und der Magistratskommission.

Die katholische Kirchengemeinde.

Die kirchlichen Verhältnisse im allgemeinen.

Die Einführung des Christentums in unserer Heimat erfolgte zugleich mit der Befehrung der Bewohner des Landes Mähren durch die beiden Slavenapostel Cyrillus und Methodius im 9. Jahrhundert. Mähren gehörte zum

Bistum Prag, und der Bischof von Prag unterstand dem Erzbischof von Mainz. Im Jahre 1063 gründete Papst Alexander II. das Bistum Olmütz und erhob Prag zu einem Erzbistum. Seit 1777 ist auch Olmütz ein Erzbistum. Unser heimatliches Gebiet gehörte ursprünglich zu Mähren, mithin zum Bistum Olmütz und bildet daher heute noch einen Bestandteil dieser Diözese.

Im 14. Jahrhundert gab es bei uns nur wenige, aber recht ausgedehnte Pfarreien. Genannt werden: Leobschütz, Bauerwitz, Bladen, Deutsch Neukirch, Ratscher, Branitz und Troplowitz. Heute zählt unser Kreis 35 katholische und 6 evangelische Pfarreien und 5 katholische Lokalien.

Das Berufsrecht der Seelsorger — das Patronatsrecht — stand in früherer Zeit dem Fürsten oder der Guts-herrschaft, in der Kommende Gröbnitz dem Johanniter-Komtur zu. Auch Leobschütz wurde durch den Komtur von Gröbnitz besetzt. Gemeinden erlangten mit der Zeit die Patronatsrechte durch Ankauf der herrschaftlichen Güter.

Bei der Säkularisation der Kommende Gröbnitz 1810 nahm der Staat das Besetzungsrecht für sämtliche Orte der Kommende Gröbnitz, auch für Leobschütz in Anspruch. Eine Einigung mit der kirchlichen Behörde kam erst im Jahre 1863 zustande. Das Besetzungsrecht der Pfarrei Leobschütz — zu ihr gehören die Ortschaften Laumitz, Schlegenberg und Blümsdorf — überließ der Staat dem Bischof von Olmütz, während die Pfarreien in den ehemaligen Kommendedörfern Leisnitz, Gröbnitz und Babitz weiterhin staatlicherseits besetzt werden.

Der Fürst von Liechtenstein auf Jägerndorf, der in unserem Kreise mehrere Güter besaß, veräußerte diese nach und nach an die Gemeinden, behielt sich jedoch die Patronatsrechte vor. Noch heute besetzt der Kammerburggraf in Jägerndorf als Vertreter des Fürsten von Liechtenstein die Pfarreien Roben, Sabitzsch, Bleischwitz und Piltitz.

Die Seelsorger der Pfarrei Leobschütz.

Bis zur staatlichen Einziehung der Kommende Gröbnitz im Jahre 1810 gab es in Leobschütz wie in den Kommendedörfern keine eigentlichen Pfarrer, sondern nur Administratoren, die von dem Komtur in Gröbnitz als dem Patronats-herrn aus der Zahl der Ordensgeistlichen angestellt wurden.

Der Komtur hatte den Administrator wie alle Kirchenbeamten zu besolden, da er ja auch alle Einkünfte aus den kirchlichen Pfründen bezog.

Neben dem Pfarradministrator wirkten an der Pfarrkirche eine Anzahl Altaristen. Fromme, bemittelte Bürger, wohl auch Geistliche selbst stifteten Seitenaltäre und versahen diese mit einem für die damalige Zeit ausreichenden Einkommen für je einen Geistlichen. Die Inhaber dieser Stiftungen führten die Bezeichnung Altaristen. Auch diese waren Ordenspriester und wohnten gemeinsam in einem Hause in der Nähe der Kirche, das von städtischen Abgaben befreit war. Nach einer Urkunde vom Jahre 1430 (Minsberg S. 256) kann dieses Haus nur das heutige Glöcknerhaus gewesen sein. Durch die Teilnahme der Altaristen an Prozessionen und feierlichen Begräbnissen gewannen die kirchlichen Handlungen an Würde und Glanz. Die Höchstzahl von 12 Altaristen hatte Leobschütz im 15. Jahrhundert. Mit dem Sinken des Geldwertes vermochten sie mit der ursprünglichen Dotation nicht mehr auszukommen, so daß einige Stellen eingingen. In der Reformationszeit verschwanden sie vollständig.

Als 1535 der Administrator einem evangelischen Pfarrer seinen Platz räumen mußte, versagte der Komtur die Mittel zu dessen Besoldung. Die zum Protestantismus übergetretenen Bürger mußten für den Unterhalt ihres Pfarrers selbst Sorge tragen, wodurch manche Unzufriedenheit unter der Bürgerschaft entstand.

Nach der Gegenreformation, die erst 1650 mit Erfolg einsetzte, waren auch die Einkünfte des katholischen Geistlichen recht beschränkt, obwohl die Seelsorgerischen Pflichten erhöhte Anforderungen an ihn stellten. Die Pfarrwidmut entstand in ihren Anfängen erst im Jahre 1668 unter dem Pfarrer Unceitius. Die Stadt überließ ihm etwa 14 Morgen Acker und einen Wiesenfeld im Ertrage von einem Fuder Heu. An Naturalien erhielt er an jedem der drei hohen Feste einen Hecht, 2 Karpfen und ein Quart Wein. Der Stadtforst lieferte ihm 12 Klaftern Holz. 1856 gehörten zur Pfarrwidmut 70 Morgen, wovon im genannten Jahre 4 Morgen an den Eisenbahnfiskus verkauft wurden.

Den ersten Hilfsgeistlichen stellte man im Jahre 1751 an. Verwitwete Frau Burger stiftete zu seinem Unterhalt 4500 fl. Durch die Gründung der Lokalistenstelle am Annakirchhof im Jahre 1800 erhielt der Pfarrer eine weitere Stütze in der Seelsorge. Mit der Aufhebung der Kommende

Gröbzig im Jahre 1810 wurde der damalige Pfarradministrator Ignaz Koske zum selbständigen Pfarrer ernannt. Man übertrug ihm auch das Amt eines Dechanten und Kreisschulinspektors. 1826 unterstützten den Pfarrer 3 Hilfsgeistliche: ein Katechet und zwei Kooperatoren. Wohl ist seit jener Zeit die Zahl der katholischen Einwohner wesentlich gestiegen, jedoch die Zahl der Hilfsgeistlichen ist bis heute dieselbe geblieben.

Seit der Gegenreformation bekleideten das Amt eines Administrators bzw. eines Pfarrers folgende geistliche Herren:

1633—1652 Johann Einslin.

1652—1666 nacheinander Reimann und Unceitius.

1666—1678 Bartholomäus Kreiß.

1678—1687 Jaschke von Jaschkenberg.

1687—1737 Karl Bernhard. Er stiftete zur Errichtung eines Krankenbettes bei den barmherzigen Brüdern in Breslau 1000 Tlr. zum Besten seiner Pfarrkinder. Der allgemein geehrte und beliebte Seelsorger erreichte ein Alter von 86 Jahren. Seine Pfarrkinder veranlaßten, daß sein Leichnam im Innern der Kirche und zwar vor der Tür der Sakristei beigesetzt wurde. Beim Erweiterungsbau 1903 bis 1907 blieb sein überwölbtes Grab unberührt. Im Innern der Pfarrkirche ruhen auch die beiden Pfarrer Tenschert und Heinrich. Beim Erweiterungsbau stieß man im alten Presbyterium auf das Grab des Bürgermeisters Schibofsky, der Arzt war und hier 1754 seine Ruhestätte fand.

Während Bernhards Amtstätigkeit kamen zwei Kirchendiebstähle vor. Im Jahre 1717 erbrachen ruchlose Gesellen die Sakristei und entwendeten 1000 Gulden sowie eine „900 Jahre alte, schwere, silberne Monstranz“. 1729 ließ sich ein Tambour in die Kirche einschließen und erbrach und plünderte die Opferkasten. Die über ihn verhängte Strafe war wohl, falls er nicht noch andere Sünden zu büßen hatte, gar zu hart; man verurteilte ihn seitens des Kriegsgerichts zum Feuertode.

1737—1765 Karl Tenschert. Zu seiner Zeit ließ der fromme Bürger Anton Hamm die Mariensäule auf dem Ringe errichten (1738).

1765—1794 Johann Heinrich. Als 1787 die evangelische Kirche erbaut wurde, mußte er trotz Sträubens einen Streifen seines Gartens zur Herstellung einer die Grundstücke trennenden Gasse abtreten. Der Verlust mag jedoch keinen besonderen Groll erzeugt haben, denn zur Einweihung der evangelischen Kirche im Jahre 1792 erschien unter anderen auch der katholische Pfarrer Heinrich.

1794—1823 Ignaz Koske. Seit 1810 war er, wie bereits bemerkt, Dechant und Kreisschulinspektor. Pfarramt und Magistrat stellten zu seiner Zeit beim bischöflichen Amte einen Antrag auf Verlegung der Christnachtfeier von 12 Uhr nachts in die frühen Morgenstunden, „um dem Herumschwärmen der Kinder, der Gesellen und des Gesindels sowie dem Spiel am Christabend vorzubeugen.“ Die Genehmigung wurde zwar versagt, doch scheint schon in den nächsten Jahren eine Änderung im Sinne des erwähnten Antrages erfolgt zu sein. 1810 traf Pfarrer Koske die Anordnung, daß während des Gottesdienstes die Kirchthüren zu schließen seien, um Störungen zu verhüten. Nur die Sakristeitür sollte offen bleiben, damit „Ärzte, Chirurgen und Hebammen“ erforderlichenfalls aus der Kirche geholt werden könnten. Wann man von dieser Bestimmung absah, ist aus den Magistratsakten nicht ersichtlich. Ein Jahr vor seinem Tode kam es zum Erweiterungsbau des Pfarrhauses. Während der Bauzeit bewohnte er das alte Rektorhaus.

1823—1856 Anton Stanjek. Er war vorher Religionslehrer am hiesigen Gymnasium. Auch ihm übertrug man das Amt eines Dechanten und Kreisschulinspektors. Sein Bemühen, das 40stündige Gebet von Septuagesima auf den letzten Fasching zu verlegen, scheiterte an dem Widerspruch des Magistrats und der Stadtverordneten. Das heilige Grab verlegte er vom Haupteingange der Kirche in die Barbarakapelle. Im Jahre 1852 konnte er sein 50jähriges Priesterjubiläum feiern. Sein Leichnam ruht in der Gruft der St. Annakirche, wie uns ein Denkstein in der Valentinkapelle verkündet.

1856—1891 Josef Dreßler, Kanonikus und Ortsschulinspektor. In seine Amtszeit fielen die Jahre des Kulturkampfes, welche die katholische Geistlichkeit recht unangenehm empfinden mußte und sie nicht selten in ein mißliches Verhältnis der Staatsregierung gegenüber brachte. Der kluge und weltmännisch gewandte Pfarrer Dreßler verstand es, nicht nur die Wirkung der sogenannten Maigesetze für Beobachtung abzuschwächen, sondern auch den konfessionellen Frieden zu erhalten und zu pflegen, wozu allerdings auch der hiesige Kaplan Rothe und der Pastor Prznogode einen erheblichen Teil beitrugen. Im Jahre 1882 konnte der allgemein beliebte und hochgeachtete Pfarrer ebenfalls auf eine 50jährige, segensreiche Tätigkeit als Priester zurückblicken.

1891—1909 Karl Czernohly, Dechant und Konsistorialrat. Unter ihm kam der Erweiterungsbau der Pfarr-

kirche zur Ausführung und glücklichen Vollendung. Leider sollte er den Tag der Einweihung nicht erleben. Wenige Tage vor seinem 50jährigen Priesterjubiläum wurde er in ein besseres Jenseits abgerufen.

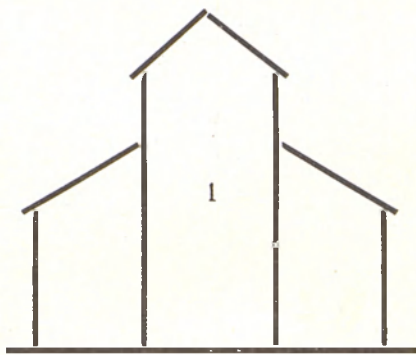
Die Administration führte zunächst Oberkaplan Ahmann. Nach seiner Versetzung als Lokalist an das Annakirchel übernahm sie Oberkaplan Seichter. Im Jahre 1910 ernannte das bischöfliche Amt den Pfarrer

Johannes Müller aus Pommerswik, der bereits in den Jahren 1893 bis 1903 als Kooperator hierorts tätig war, zum Stadtpfarrer von Leobschütz. Möge ihm eine recht lange, erfolgreiche Wirksamkeit beschieden sein!

Die Pfarrkirche vor dem Erweiterungsbau.

Die Zeit der Erbauung unserer Pfarrkirche, die zu Ehren der Geburt Mariens geweiht ist, läßt sich urkundlich nicht feststellen. Die noch von dem ursprünglichen Bau vorhandenen Teile, nämlich die altgotischen Kapitäle der drei starken Pfeiler des Mittelschiffes und das Maßwerk der beiden vorderen Fenster im alten Teile, weisen nach dem Urteil des Regierungs- und Baurats Hasak in Berlin auf die Zeit von 1240 hin.

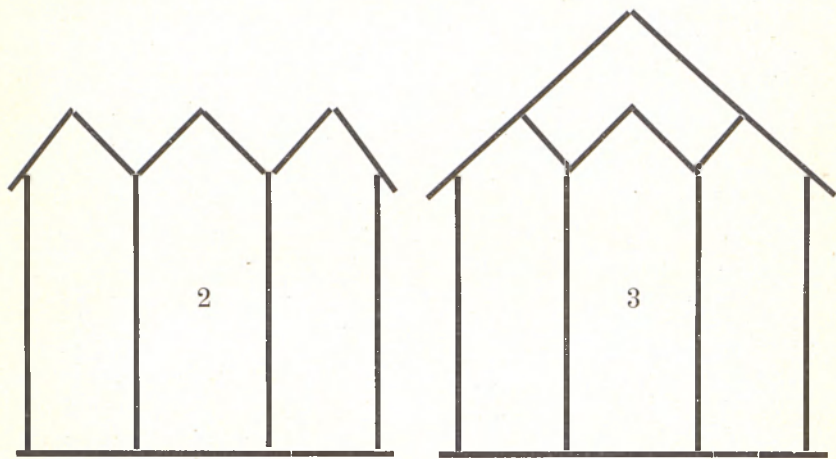
Die damalige Kirche war eine Basilika. Sie bestand aus einem hohen Mittelschiff mit Holzdecke und niedrigen Seitenschiffen (Fig. 1).



Um das Jahr 1380 erbaute man die beiden Türme, soweit sie sich im Rohbau zeigen, ohne Achteck und ohne Helm, brachte auch die beiden Seitenschiffe auf ihre heutige Höhe, überwölbte die drei Schiffe und gab jedem ein besonderes

Dach, so daß drei gleichhohe Giebel über der Kirche emporragten (Fig. 2).

Dieses dreiteilige Dach behielt die Kirche bis zum Jahre 1826. Erst dann wurde das heutige eingiebelige, ungeteilte Dach errichtet. (Fig. 3.) Die Sakristei an der Nordseite und die Barbarakapelle an der Südseite der Kirche wurden im 17. Jahrhundert erbaut.



Die Türme.

Bis 1579 war keiner der beiden Türme ausgebaut. Im genannten Jahre erhielt der Südturm die beiden Achtecke und den Helm und wurde mit einem Kupferdach versehen. Der heutige Turmknopf stammt aus dem Jahre 1664. Nachdem 1828 ein Blitzstrahl durch diesen Turm in die Kirche gedrungen und unter anderem auch die Orgel stark beschädigt hatte, brachte man einen Blitzableiter an. Die Ausbesserung des Turmes im Jahre 1869 erforderte einen Kostenaufwand von 615 Thlrn.

Das obere Achteck bewohnte bis 1871 ein Wächter, der gleich dem Ratstürmer des Nachts zur Sicherheit der Bürger zu wachen hatte. Zur Kontrolle seiner Wachsamkeit war folgende originelle Einrichtung getroffen: Die Stunden, welche die Ratsturmuhre von abends 10 bis früh 4 Uhr schlug, hatte er als Turmwächter durch Ziehen an einem Riemen, der einen Hammer über einer in der Durchsicht angebrachten

Glocke in Bewegung setzte, der Bürgerschaft weiterzuverkünden. 1871 erhielt der Rathhausturm eine neue Uhr, und die alte brachte man, nachdem sie für 220 Tlr. repariert worden war, auf den Pfarrkirchturm, wo sie zwar heute noch ihren Dienst verrichtet, aber durch ihr öfteres Versagen doch auch ihre Altersschwäche verrät. Der Wachtposten wurde eingezogen, und Wächter Ullmann verließ mit seinen „hochgeborenen“ Sprößlingen für immer den Turm.

Der Nordturm, weil von Dohlen zahlreich bewohnt, auch Dohlenturm genannt, erhielt erst beim Erweiterungsbau der Kirche im Jahre 1903 seine heutige, dem Südturm ebenbürtige Gestalt. Die beiden Türme haben eine Höhe von 56 m.

Die Glocken.

Bezüglich der Glocken ist folgendes zu bemerken: 1541 fiel die kurz vorher auf den Turm gebrachte große Glocke herab und zersprang in Stücke. Aus dem Metall goß man ein Geschütz zum Kampfe gegen die nach Westen vordringenden Türken. Vermutlich war es dieselbe Glocke, die 1436 Herzog Nikolaus von Ratibor bei einem Überfall der ahnungslosen Bürger raubte, die jedoch die Leobschützer wiedererlangten. Die neue große Glocke zersprang im Jahre 1558. Ihr Umguß im Pärchen vor dem Obertore mißlang. Ersatz wurde im nächsten Jahre geschaffen. Diese Glocke ist heute noch vorhanden und wiegt 37½ Zentner. Beim „Napoleonsläuten“ — Napoleon hatte für den 15. August 1808 Festgelaüt und Illumination angeordnet — sprang die Glocke, wohl aus Betrübniß über die unserem Vaterlande angetane Schmach. Trotz des tauben Klanges blieb sie im Gebrauch bis 1850. In diesem Jahre wurde sie in Gnadenfeld umgegossen.

Die mittlere Glocke ist die älteste unserer Glocken. Sie stammt aus dem Jahre 1521 und hat ein Gewicht von 20 Zentnern. Die kleine Glocke, die 3 Zentner wiegt, kam 1715 auf den Turm. Die Sterbeglocke schenkte im Jahre 1739 der Reißer Ratschherr Pohl, ein geborener Leobschützer. Aus demselben Jahre stammt auch die Stiftung des Angst-Christi-Läutens.

Der Erweiterungsbau 1903—1907.

Schon seit Mitte des vorigen Jahrhunderts erwies sich die Pfarrkirche als zu klein. Mit der weiteren Zunahme der Bevölkerung mußte ein Neubau bzw. Erweiterungsbau ins

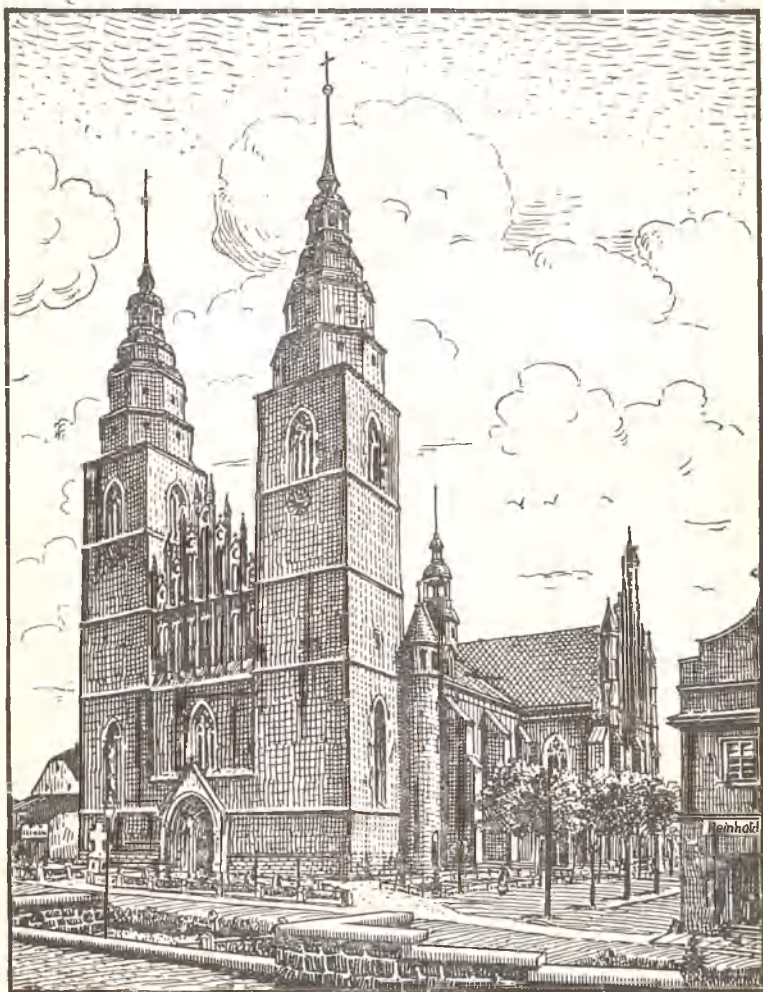
Auge gefaßt werden. Die maßgebenden Persönlichkeiten entschieden sich für einen Erweiterungsbau, der auch 1903 in Angriff genommen wurde.



Die Barbara-Kapelle. Das Heidentempel.
Die alte katholische Pfarrkirche.

Das alte Presbyterium der Kirche kam zum Abbruch, und es wurde ein neues, etwa 16½ m weiter vorgeschobenes

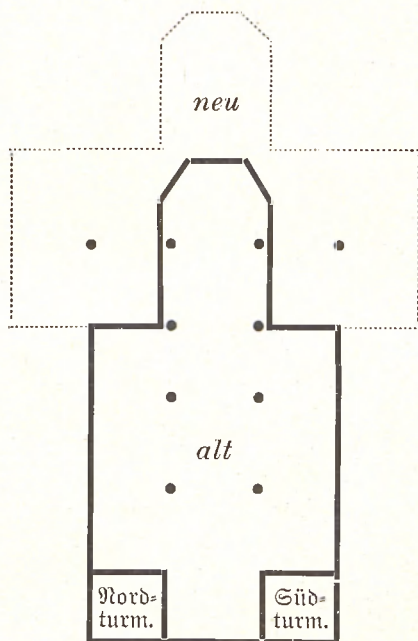
nebst zwei Seitenflügeln unter möglichster Berücksichtigung des früheren Baustils errichtet. Vier stattliche Säulen aus Granit vom Fichtelgebirge tragen die 10 neuen Kreuzgewölbe



Die neue katholische Pfarrkirche.

des Querschiffes. Um auch das Äußere der Kirche zu verschönern, kam der nördliche Turm zum Ausbau. Die aus

früheren Jahrhunderten stammenden baulichen Anhängsel — Sakristei, Vorhalle und Barbarakapelle — wurden entfernt. Unter der Barbarakapelle stieß man auf eine sich unter der Kirche noch einige Meter fortsetzende, leere Gruft. In der Kapelle selbst lag der älteste hier aufgefundenene Grabstein mit der Inschrift: „Im Jahre 1595, den 23. August starb die Jungfrau Barbara Bieraldis, Tochter des Bürgers und Rats Matthae Bieraldis“. Der Stein wurde, um ihn zu erhalten,



Grundriß der Pfarrkirche.

in die Nordwand der Kirche sichtbar eingemauert. Ein zweiter, neben diesem in die Mauer eingelassener Grabstein stammt aus einer späteren Zeit.

Die Kirche vermag in ihrer heutigen Größe 2000 Personen zu fassen. Für 1200 Gläubige sind Sitzplätze vorhanden.

Den Plan zum Erweiterungsbau entwarf der Regierungs- und Baurat Hasak in Berlin. Der Baumeister Pietsch übernahm die Ausführung des Baues. Er starb leider kurz vor Vollendung desselben. Die Kosten beliefen sich auf mehr als eine halbe Million Mark. Den

Kirchenvorstand bildeten zu jener Zeit: Dechant Czernohh, Bürgermeister Priemer, Geheimer Justizrat Elsner, Rentier Riedel, Beigeordneter Dr. Grötschel, Stadtrat Odersky, Stadtrat Hoffmann, Stadtverordnetenvorsteher Franz Engel und Buchhändler Max Engel.

Die Einweihung des Neubaus erfolgte im Juni 1911 durch den Fürsterzbischof von Olmütz, Franz Sales Bauer, der im Jahre 1906 anlässlich seines 25jährigen Bischofsjubiläums zum Ehrenbürger der Stadt Leobschütz ernannt worden war ¹⁾.

Der Kirchplatz.

Dieser diente bis 1785 als katholischer Friedhof. 1836 standen noch Reste der ehemaligen Umfassungsmauer. In genanntem Jahre wurden diese sowie einige kleine Häuschen, die im Osten und Süden den Kirchhof begrenzten, entfernt. Der Platz wurde geebnet, mit Kies beschüttet und mit einem Lattenzaun umgeben. Später wich die hölzerne Umwehrung einem Heckenzaune. 1861 wurde auch dieser entfernt, so daß nun das Gotteshaus vollständig frei liegt. Nach Beendigung des Erweiterungsbaues im Jahre 1907 wurde der Kirchplatz durch die Anlage von Rasenplätzen wesentlich verschönert. Die neu angelegte Vorfahrt wie die um die Kirche führenden Wege wurden mit Zementpflaster versehen.

An der Nordostecke der Kirche stand bis 1903 eine alte, ehrwürdige Linde, die sogenannte „Brautlinde“. An diese knüpfte sich folgende Sage: „Eine Jungfrau im Brautschmuck kam an der Seite ihres Bräutigams vom Traualtar. Noch ehe sie den Ausgang der Kirche erreichte, sank sie plötzlich tot in die Arme des Bräutigams. Die von tiefem Schmerz erfüllten Angehörigen pflanzten auf ihrem Grabe eine junge Linde, die mit der Zeit zu einem mächtigen Baume heranwuchs. An der Außenseite der im Jahre 1903 abgebrochenen Sakristei, in deren Nähe die Linde stand, befand sich ein kleines, in die Mauer eingelassenes Bild, das die Braut darstellte, die ein so tragisches Ende gefunden hatte.

Das Alter der Linde, deren hohler, morscher Stamm im Jahre 1895 mit Ziegeln ausgemauert wurde, um ihm dadurch

¹⁾ Dieselbe Ehrung war auch 1847 dem Bischof Freiherrn von Sommerau-Beckh zu seinem 50jährigen Priesterjubiläum zu Teil geworden.

eine Stütze zu bieten, schätzte Ökonomierat Stoll aus Proskau auf 400 bis 500 Jahre. Nicht selten fanden sich Fremde in Leobschütz ein, um diesen Riesenbaum in Augenschein zu nehmen. Leider mußte die Linde dem Erweiterungsbau zum Opfer fallen. Das Bildnis der Jungfrau ist ebenfalls verschwunden.



Ehemaliges Schulhaus,
erbaut 1558.

Brautlinde.

Pfarrkirche.

Innere Ausstattung der Kirche.

Der alte, in Barockstil gehaltene, aus dem Jahre 1691 stammende Hochaltar kam nach dem Erweiterungsbau nicht mehr zur Aufstellung. Er wurde von der Korpus-Christi-Kirche in Berlin erworben. Der vollständig aus Sandstein gearbeitete neue, gotische Altar stammt aus dem Steinmetzgeschäft Zeidler & Wimmel in Bunzlau. Die zarte Vergoldung führte der hiesige Maler Dziblek aus. Die Tabernakeltür besteht aus vergoldetem Kupfer und ist nach einem Modell des Bildhauers Miethke in Berlin hergestellt. Die hiesige Firma Rüger & Co. fertigte die Altarstufen aus rotem Terrazzo. Ebenfalls neu sind die beiden Altäre in den Nischen rechts und links vom Presbyterium, dem hl.

Josef und der hl. Barbara geweiht. Auch diese sind aus Sandstein errichtet. Die Stufen sind ebenfalls aus rotem Terrazzo. Die übrigen 5 Altäre — St. Johannes, St. Anna, St. Florian ¹⁾, dem Herzen Jesu und der schmerzhaften Mutter Gottes geweiht — sind nicht neu; sie waren erst in den letzten Jahrzehnten von Wohltätern gestiftet worden.

Ein besonderes Wertstück ist die

große Monstranz.

Sie ist aus Gold und Silber im Barockstil gearbeitet, 80 cm hoch und annähernd 5 kg schwer. Der Fuß und der mittlere Teil der Monstranz sind mit echten Perlen und zahlreichen Edelsteinen besetzt. Der in den breiten Rand des Fußes eingefügte Stein aus einem Siegelring trägt den Buchstaben S. Um die Kapsel stehen im Kreise 8 Medaillons, die unter anderem die Kreuzigung Jesu, die Auferstehung Jesu, St. Josef und St. Barbara darstellen. Im Jahre 1829 ließ man die Monstranz durch den hiesigen Kaufmann Wiener auf ihren Wert prüfen. Die Gold- und Silberteile schätzte er als Nichtfachmann auf 211 Tlr. 10 Sgr., die Steine auf 65 Tlr., die Perlen auf 15 Tlr. = 291 Tlr. 10 Sgr. Ganz anders fiel die Schätzung im Jahre 1900 durch den Goldschmied Schlossfaret in Breslau aus; er gab den Wert auf 10 000 M. an.

Um den Besitz der Monstranz entspann sich 1806 ein Rechtsstreit zwischen dem letzten Komtur von Gröbnitz und dem Magistrat, der damit endete, daß die Monstranz der Stadt zugesprochen wurde. Bei ihrer Übernahme mußte die unangenehme Wahrnehmung gemacht werden, daß sieben der wertvollsten Steine fehlten. Über ihren Verbleib ließ sich leider nichts mehr feststellen. Die fehlenden Steine wurden ersetzt; ob durch echte, ist bisher nicht untersucht worden.

Der Magistrat hielt die Monstranz im Rathause unter Verwahrung. Nur zur Fronleichnamsprozession wurde sie dem Stadtpfarrer übergeben, der sich protokollarisch zu verpflichten hatte, sie nach beendeter Feier unverfehrt zurückzubringen. Erst im Jahre 1847, nachdem man einige schadhafte Teile erneut hatte, übergab der Magistrat die Monstranz dem „Kirchenkollegium“. Sie wird seit jener Zeit in der Pfarrei unter sicherem Verschlusse aufbewahrt.

Die Monstranz dürfte annähernd 200 Jahre alt sein. Sie wurde von Benedikt und Eleonore Hoffmann, deren Namen ohne

¹⁾ Der Gelöbnistag — St. Florian — ist aller Wahrscheinlichkeit nach anlässlich des großen Feuers im Jahre 1603 eingeführt worden. Damals brannten von den 350 vorhandenen Häusern 309 nieder; vier Personen, darunter der Bürgermeister Pechatschky, fanden in den Flammen ihren Tod. Der Nachricht des berühmten Chronisten Hofmann, daß der Gelöbnistag schon 1225 gefeiert wurde, ist wohl kein Glaube zu schenken. Vollständig falsch ist die Annahme, er sei erst 1854, ebenfalls nach einem Brande, eingeführt worden. Noch heute leben hier alte Personen, die sich genau darauf erinnern, daß St. Florian schon in ihrer Jugendzeit vor 1854 als Gelöbnistag gefeiert wurde.

Jahreszahl am Fuße eingraviert sind, der Kirche geschenkt, wahrscheinlich im Jahre 1718, als die alte Monstranz gestohlen worden war. Der am Fuße der Monstranz eingesezte Stein mit dem Buchstaben S dürfte ebenfalls von Hoffmann herkommen.

Außer den aus Sandstein gefertigten 3 Altären sind als neue Ausstattungsstücke der Kirche zu nennen: der aus echter Bronze gefertigte Kronleuchter im Werte von 2000 M., die Kommunionbank, ein Geschenk der Frau Brauereibesitzer Franziska Beyer und die Kreuzwegstationen, die von Jul. Waldowski in Berlin nach dem Kreuzweg von Fußich in Prag gemalt und vom hiesigen Kunsttischler Ondrusch nach einem Entwurf des Architekten Friß, der in den letzten beiden Jahren den Kirchbau leitete, eingerahmt worden sind. Neu sind auch sämtliche Bänke und drei Beichtstühle, von hiesigen Tischlern gefertigt.

Besonders zu erwähnen ist die neue, von der Firma Rieger in Jägerndorf für 26 000 M. gebaute Orgel. Sie zählt 60 Stimmen und ist mit allen neueren Errungenschaften der Orgelbaukunst ausgestattet. Ihre mächtigen Akkorde durchbrausten zum erstenmal die weiten Hallen unseres neuen Gotteshauses am Osterfeste 1908.

Aus früherer Zeit stammen auch 2 Gedenktafeln an den beiden Chorpfeilern. Die eine erinnert an den Gründer des Hoffmannschen Waisenhauses, die andere, mit einem Wappen geziert, die bis 1881 im Mittelgange der Kirche lag, war der Grabstein eines Martin Kinner. Links vom Choraufgange ist ein aus dem 30jährigen Kriege stammendes Bild aufgehängt, das ein in Relief ausgeführtes Wappen mit Inschrift in kunstvoll geschnitztem Rahmen trägt. Ein schwedischer Offizier ließ dieses Bild zur Erinnerung an seine in Leobschütz im Jahre 1640 verstorbene Gattin in der Pfarrkirche anbringen. In dem Raume dem Choraufgange gegenüber befindet sich ein eigenartig geschmücktes, altes Bild der Mutter Gottes von Ezenstochau.

Die Spitzbogenfenster zeigen viel Abwechslung in dem steinernen Maßwerk. Bunte Scheiben mildern das in die Kirche dringende Tageslicht. Der Kronleuchter wie die zahlreichen Bronzekandelaber, für Gaslicht eingerichtet, spenden bei Abendandachten die nötige Helligkeit.

Das Pfarrhaus.

Das katholische Pfarrhaus liegt an der Stelle der alten Vogtei. 1563 erwarb die Stadt die Vogtei für 800 Gulden.

Zwei Jahre später kam die alte Burg zum Abbruch, und das Pfarrhaus wurde, allerdings nur in halber heutiger Länge und als ebenerdiges Gebäude, unter teilweiser Verwendung des alten Steinmaterials von der Stadt erbaut. Der Hausflur lag an der Südseite, wie beim Abschlagen des Putzes im Jahre 1910 deutlich zu erkennen war. 1821 wurde die südliche Hälfte des Hauses angebaut und ein Stockwerk aufgesetzt. Aus praktischen Gründen verlegte man den Hausflur an die Nordseite, da er sonst in die Mitte des Hauses zu liegen gekommen wäre. Eine gründliche Renovation erfuhr das Pfarrhaus 1910, kurz vor Einzug des heutigen Pfarrers. Der erneute Putz des Mauerwerks kann jedoch über die Mängel und Unzulänglichkeit der Innenräume nicht hinwegtäuschen. Ein Neubau wird zur dringenden Notwendigkeit werden.

Die evangelische Kirchengemeinde.

Entstehung.

Von 1523—1543 regierte im Herzogtum Jägerndorf-Leobschütz Markgraf Georg von Brandenburg (siehe Heft I, S. 31). Er war einer der ersten und eifrigsten Anhänger der Lehre Luthers, daher suchte er auch dem Protestantismus in seinem Herzogtum Eingang zu verschaffen. Dem Volke wurde der Übertritt durch Beibehaltung gewisser katholischer Bräuche (auch der Ohrenbeicht, siehe S. 119) zu erleichtern gesucht. Im Jahre 1542 bekannten sich sämtliche Einwohner von Leobschütz zur neuen Lehre. In der Pfarrkirche wurde bis zum Abzug der Schweden 1650, also 108 Jahre lang evangelischer Gottesdienst abgehalten. Als erster Pastor in Leobschütz wird Johann Steinbach, ein früherer Minorit aus Jägerndorf genannt.

Organisiert war damals die evangelische Kirche in unserm Herzogtume folgendermaßen: Der Markgraf Georg war oberster Herr (summus episcopus). Dem Superintendenten in Jägerndorf unterstanden die Senioren und Pfarrer. Alljährlich wurde eine Synode abgehalten. Die Prüfung der Prediger fand vor dem Konsistorium in Brieg statt. Die Anstellung der Geistlichen erfolgte durch den Herzog. Die von ihm gegebene Kirchenordnung regelte das kirchliche Leben. Differenzen wurden vor den herzoglichen Räten in Jägerndorf zum Austrag ge-

bracht. Waren sie verwickelter Art, so legte man sie dem Herzog von Brieg vor, der mit Gelehrten geistlichen und weltlichen Standes endgültige Entscheidung traf.

Markgraf Johann Georg (1606 bis 1622) suchte in unserem Herzogtum mit aller Macht die Lehre Kalvins einzuführen. In den Landgemeinden gelang ihm dies auch ohne Schwierigkeiten, jedoch in Leobschütz widersetzten sich Geistlichkeit und Laien. Im Jahre 1615 wurden aber auch diese gezwungen, sich zum Calvinismus zu bekennen und einen kalvinistischen Prediger aufzunehmen. In ihrer Gesinnung blieb jedoch die Bevölkerung gut lutherisch.

Zu jener Zeit bestand in Leobschütz eine Bibliothek. Wie sie vorher die Geistlichen verwalteten, so lag auch jetzt ihre Überwachung in den Händen des kalvinistischen Predigers. Die Bürger machten diesem darüber Vorwürfe, daß er die „Bibrarei“ geschlossen halte. Er tue es wohl, meinten sie, damit nicht die Bücher in ihre Hände kämen, in denen die „Kalvinisterei“ gemißbilligt werde. Noch ehe friedliche Zustände geschaffen wurden, fand die Herrschaft der Hohenzollern in unserem Herzogtume durch den Beginn des großen Religionskrieges ein jähes Ende (siehe Heft I, S. 35).

Mit dem Regierungsantritt der Liechtensteiner 1622 wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, um die Einwohner des Herzogtums wieder zum Katholizismus zurückzuführen. Bei dem wechselnden Kriegsglück während des 30jährigen Krieges und bei dem Widerstreben der Bevölkerung ging dies Werk langsam vor sich. Erst von 1650 ab, nachdem die Schweden unser Herzogtum endgültig verlassen hatten, konnte das Werk der Gegenreformation mit besserem Erfolg betrieben werden. 1674 gab es in der Stadt Leobschütz keinen Protestanten mehr.

Den nachhaltigsten Widerstand fanden die katholischen Missionäre auf der Herrschaft Gotschdorf, zu der damals auch Mocker gehörte. Ihr Besitzer war Freiherr von Skrbensky. Trotz aller Drangsale, die erst unter Kaiser Josef I. eine mildere Form annahmen, hat sich dort der Protestantismus erhalten. — In die Zeit der Gegenreformation fällt auch die Erbauung der Burgbergkirche bei Jägersdorf, 1679—1684.

Eine günstige Wendung zum Besten der Lehre Luthers trat erst mit der Eroberung Schlesiens durch Friedrich den Großen ein. Schon während der schlesischen Kriege

find mehrmals für die in Leobschütz befindlichen Soldaten evangelischen Glaubens im Rathaussaale Gottesdienst statt. Nachdem Leobschütz preussisch geworden war, wurden die wichtigsten Staats- und Zivilämter mit Protestanten besetzt. 1757 erscheint als erster Bekenner der lutherischen Lehre der Akziseeinnehmer Christian Pfose. 1769 gab es außer den Soldaten der hier verbliebenen 4. Kompanie der Dalwigischen Kürassiere und der staatlichen Beamten auch fünf evangelische Bürger — zusammen 103 Personen — für die der Gottesdienst durch auswärtige Pastoren im Rathaussaale nun regelmäßig stattfand.

Im Jahre 1787 kam es endlich in Leobschütz durch das verdienstvolle Bemühen des Grafen von Gehler auf Dirschel und Odersch zur Gründung einer selbständigen evangelischen Gemeinde, die als ersten Prediger den Pastor Wilhelm Nitschke aus Neumarkt erhielt.

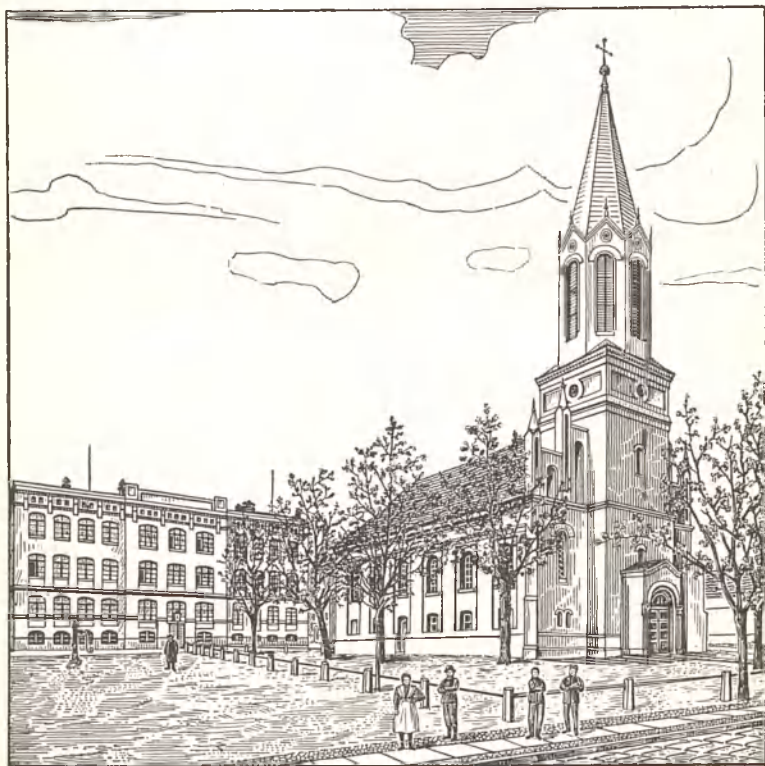
Die evangelische Kirche.

Nun mangelte es noch der jungen Gemeinde, der sich auch die Evangelischen in Neudorf, Wanowitz, Hohndorf, Kreuzendorf und Schmeisdorf anschlossen, an einem eigenen Gotteshause. Auch da zeigte sich der einflußreiche Graf Gehler in seiner Hilfsbereitschaft. Er erwirkte der evang. Gemeinde nicht nur die allerhöchste Genehmigung zum Bau einer Kirche, sondern verschaffte ihr auch ein zweimaliges Gnadengeschenk von je 2500 Thln. Der Landrat von Haugwitz zeigte sich ebenfalls als eifriger Förderer der Bauangelegenheit. Die Stadt schenkte den wüßtliegenden Platz gegenüber der katholischen Pfarrkirche, wo ehemals die Johanniterburg gelegen hatte, als Bauplatz. Außer den staatlichen Unterstützungen flossen die Mittel zu dem Bau reichlich von Protestanten wie von Katholiken. Auch der Fürst Alois Josef von Pichtenstein gewährte eine ansehnliche Spende. Im Jahre 1787 wurde der Grundstein zur Kirche gelegt und ihr Bau 1792 beendet. Die Weihe zur hl. Dreifaltigkeit vollzog der Oberkonsistorialrat Nerlich aus Neustadt O/S. Einen Turm erhielt die Kirche erst im Jahre 1863. Die Stadt lieferte unentgeltlich die Ziegel und das Holz.

Die Zahl der evangelischen Bürger in der Stadt und in den zur Kirchengemeinde gehörigen Ortschaften wuchs langsam aber stetig.

1892 wurde auch Wanowik zu einer selbständigen evangelischen Gemeinde erhoben. Pfarramtlich ist sie aber heute noch mit Leobschütz verbunden. Zur Kirchengemeinde Wanowik gehören auch die Protestanten in Rosen und Hennerwik.

In der Leobschützer Pfarrgemeinde wuchs die Zahl der Evangelischen beträchtlich. Im Jahre 1895 war sie schon auf



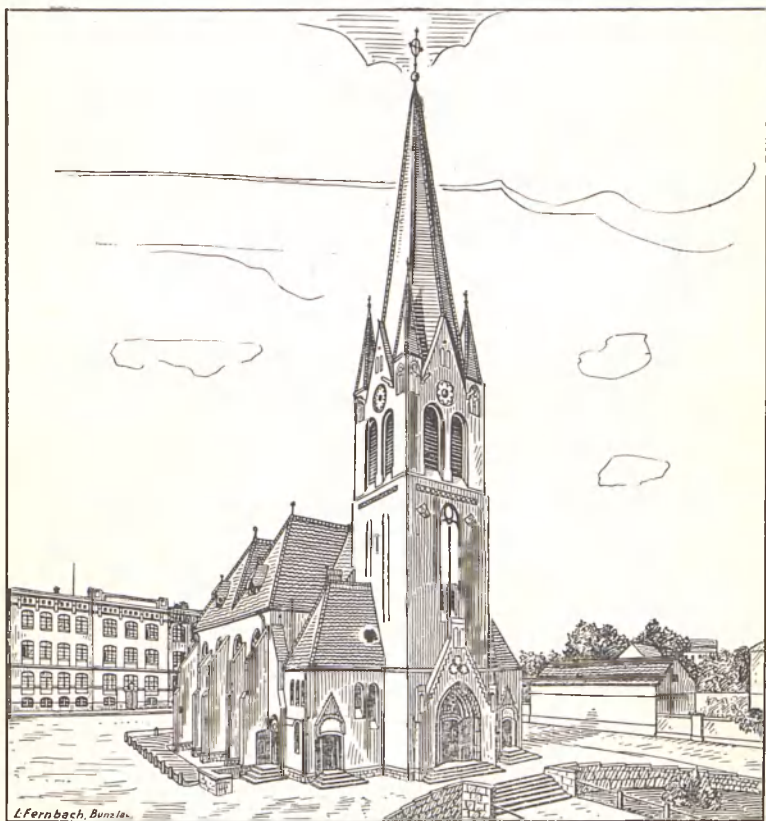
Neue katholische Volksschule.

Alte evangelische Kirche.

1600 gestiegen. Die alte Kirche erwies sich bei dieser Seelenzahl als zu klein, und es mußte ein Neubau oder Erweiterungsbau ins Auge gefaßt werden. Der Gemeindefkirchenrat entschied sich für einen Neubau, den der Seelsorger der Pfarrgemeinde, Superintendent Schulz-Evler, mit Eifer

ins Werk setzte, mit seltener Umsicht förderte und auch in kurzer Frist zur Vollendung führte.

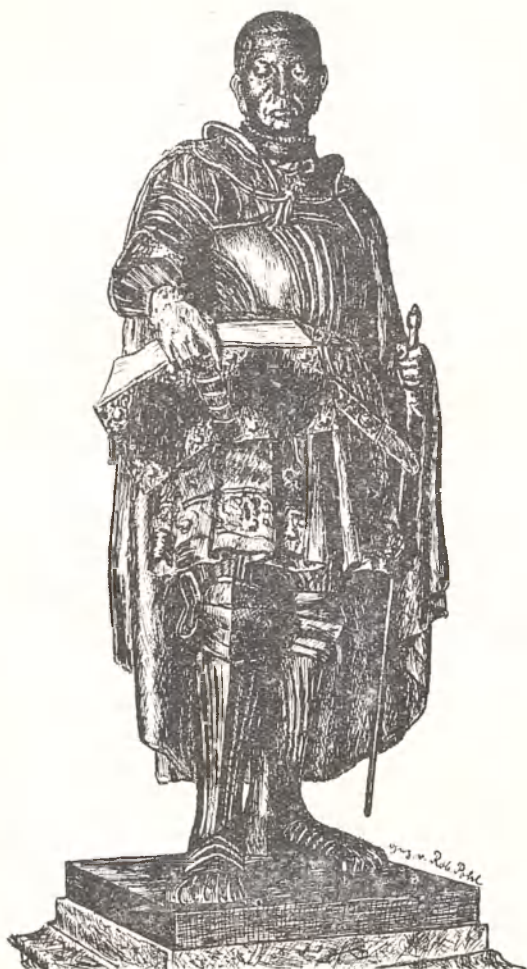
Die Abtragung der alten, aus gutem Material erbauten Kirche war ein schweres Stück Arbeit. Zur Niederlegung des Turmes erwirkte sich Baumeister Rädtsch ein Pionier-



Neue evangelische Kirche.

Rom mando aus Reize. Die Sprengung bot ein sehenswertes Schauspiel. Durch die ungemeine Kraft des Dynamits hob sich der Turm einige Zentimeter, um innerhalb weniger Sekunden in Schutt zusammenzusinken. Obwohl die Fenster der umliegenden Gebäude geöffnet waren, wurden teils vom

Druck der Luft, teils von Sprengstücken wohl an 100 Scheiben zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt.



Markgraf Georg von Brandenburg, 1523—1543.

(Standbild im Hauptportal der evang. Kirche.

Das Projekt zur neuen Kirche entwarf der Geheime Baurat Eckert in Berlin. Unter Leitung des Regierungsbaumeisters Scheppig führte der hiesige Baumeister Rädtsch

1899—1901 den Bau aus. Im Juni 1901 weihte der General-Superintendent D. Nehmiz das Gotteshaus als „Markgraf Georg Gedächtniskirche“. Der Feierlichkeit wohnten Erbprinz Bernhard von Sachsen-Meiningen mit seiner erlauchten Gemahlin Charlotte, Schwester unseres Kaisers Wilhelm II., bei. Die Baukosten beliefen sich auf 140 000 M. Die Stadt gewährte einen Zuschuß von 5000 M. und verzichtete auf die Baugebühr von 366 M. Zwecks Tilgung der noch vorhandenen Bauschulden zahlt die evangelische Gemeinde eine Kirchensteuer von 30%.

Die neue Kirche ist im altgotischen Stil erbaut (Übergang vom Rundbogen zum Spitzbogen). Der Turm, der wie die Kirche im Rohbau ausgeführt ist, endet in eine achtsseitige Pyramide. Seine Höhe beträgt annähernd 60 m.

Auf breiten Granitstufen steigt man von der Kreuzstraße aus zu einer Auffahrt empor und betritt durch eine weite Pforte das Hauptportal. Linker Hand fällt uns das eiserne Standbild des Markgrafen Georg ins Auge, gearbeitet vom Bildhauer Harro Magnussen nach der Hermenbüste des Markgrafen in der Siegesallee in Berlin aus der Gruppe Joachim II. Das Vorderfeld des Sockels trägt die Inschrift: „Markgraf Georg der Fromme, Oberschlesiens Reformator.“ Die beiden Seitenflächen füllen Kernsprüche des Markgrafen.

Durch das niedrig gehaltene Chorgewölbe betreten wir das Innere der Kirche. Um so höher erscheinen uns die von Rundpfeilern getragenen Gewölbe der drei Langschiffe. Buntfarbige Blattgewinde deutscher Laubbäume zieren die in grauem Putz gehaltenen Felder zwischen den Rippen. Die Brüstungen der dreiteiligen Chöre tragen sinnreiche Bibel sprüche. Die Apsis schließt mit einem breiten, hohen Fenster ab. Dieses zeigt in bunter Glasmalerei die Bildnisse der 4 Evangelisten mit ihren Symbolen, ferner Wort und Sakrament und die Himmelfahrt Christi. Ein größeres, wertvolles Gemälde „die Grablegung Jesu“ schmückt die linke Seitenwand der Apsis. Der Altar ist aus Marmor gefertigt. Die Mitte des Altarauffsatzes ziert das Bild unseres Heilandes, in Glasmosaik ausgeführt. Die beiden Seitenenden tragen siebenarmige Leuchter. Die Orgel ist von der Firma Rieger in Jägerndorf erbaut und zählt 21 klingende Stimmen. An den um die Gemeinde hochverdienten Grafen Wilhelm Geßler erinnert sein an einem vorderen Eckpfeiler angebrachtes Wappen. Die Gasfrone und die Kandelaber

an den Pfeilern und Chorbrüstungen sind aus Schmiedeeisen und dem einheitlichen Bau der Kirche angepaßt. Bei kalter Jahreszeit werden die Kirchenräume durch Gasheizung erwärmt.

Die Seelsorger.

Wie schon erwähnt, wirkte als erster Pastor nach der Wiederbegründung der evangelischen Gemeinde

Wilhelm Nitsche, 1787—1823. Ihm folgten:

Pastor Müller, 1823—1830,

Pastor Jakob, 1831—1836,

Pastor Neumann, 1836—1869 1),

Superintendent Brzngode, 1870—1881,

Superintendent Schulz-Evler, 1882—1911.

Das erste evangelische Pfarrhaus war das Hinterhaus des von der Lehrerin M. Gröger aufgeführten Neubaus, Kreuzstraße 16. Später erwarb die Gemeinde das Hausgrundstück Kreuzstraße 4, jetzt dem Kürschnermeister Reisch gehörig. 1886 kaufte die Gemeinde das heutige Pfarrhaus, Wallstraße 3, das seiner geeigneten Lage wegen wohl für immer Pfarrhaus bleiben dürfte.

Das evangelische Gemeindehaus neben dem Pfarrhause wurde 1907 erbaut. Es birgt in den unteren Räumen eine Kleinkinderschule und das Sitzungszimmer des Gemeindefkirchenrats, der zurzeit aus dem Superintendenten Schulz-Evler, Landrat Dr. Ihmer, Amtsgerichtssekretär Lindner²⁾, Steinmetzmeister Weicht, Kaufmann Ludwig, Kupferschmiedemeister Gahmeier und Bauerngutsbesitzer C. Beyer in Hohndorf besteht. Das obere Stodwerk enthält die Wohnung für die beiden hiesigen Diaconissinnen.

Das Gebäude Lindenstraße Nr. 5 erwarb die Verwaltung des Schmidtschen Waisenhausfonds im Jahre 1891 zwecks Gründung eines evangelischen Waisenhauses.

Der christliche Friedhof.

Die aus dem Heidentum stammende Sitte, die Toten auf Feldern und in Wäldern zu begraben, verbot Bretislaw, Herzog von Böhmen und Herr von Mähren im Jahre 1039 unter Androhung einer Strafe von 300 Denaren, die an die

1) Pastor Neumann wurde vom Olmüzer Fürsterzbischof von Sommerau-Beckh, der 1841 Leobschütz besuchte, in Audienz empfangen.

2) Schulz-Evler und Lindner schieden 1911 aus.

herzogliche Kammer zu zahlen seien, und Lieferung eines Ochsen für den Archidiacon. Er ordnete die gemeinsame Beisetzung der Leichen auf einem Friedhofe in der Nähe der Kirche an. Das Verbot mußte ein halbes Jahrhundert später von Bretislaw II. wiederholt werden.

Als Friedhof diente nun in der Regel der Kirchplatz. Mit Zunahme der Bevölkerung in den Städten erwiesen sich aber die Kirchplätze bald als zu klein, und so finden wir, daß schon im 16. Jahrhundert die meisten Städte ihren Friedhof außerhalb der Stadtmauer anlegten. In Leobischütz entstand der Friedhof am Annakirchhof ebenfalls im 16. Jahrhundert ¹⁾. Wie aus dem Bericht des Pastors Stegmann über die Schrecknisse einer Epidemie hervorgeht (siehe S. 119), fanden schon 1572 die meisten Beerdigungen auf diesem Friedhofe statt. Die vornehmen und wohlhabenden Bürger beerdigte man allerdings immer noch bei oder gar in der Pfarrkirche. Unter anderen wurde 1749 der verstorbene, 86jährige Pfarrer Bernard im Innern des Gotteshauses vor der Sakristeitür und der Bürgermeister Dr. med. Schibowsky 1755 vor dem Hochaltar beigesetzt. Auch die beiden Pfarrer Tenschert und Heinrich ruhen im Innern der Pfarrkirche. Im Jahre 1775 erschien eine Verordnung der Königl. Kriegs- und Domänenkammer, wonach die Beerdigung aller Verstorbenen ohne Unterschied des Standes und der Religion außerhalb der Stadt auf Plätzen, die nicht mit bewohnten Häusern umgeben seien, zu geschehen habe.

Die Beisetzung in Kirchen und Gräbern wurde 1785 streng verboten. Gegen diese Anordnung hatte der Stadtpfarrer Heinrich wiederholt verstoßen. In der Zeit 1785—1790 waren von ihm der Steuereinnehmer Ratidke, der Kaufmann Karl Hoffmann (Stifter des Hoffmannschen Waisenhauses), Regierungsrat von Kalbacher und Josefa Schreier im Innern der Kirche beigesetzt worden. Gegen den Pfarrer verfügte die Königl. Regierung eine Strafe von 10 Tln.; die Kosten der Untersuchung in der Höhe von 9 Tln. 12 Sgr. mußte der Pfarrer zu $\frac{2}{3}$ und der Magistrat, der gegen die Beisetzung keinen Einspruch erhoben hatte, zu $\frac{1}{3}$ tragen.

Mit Genehmigung der Kgl. Regierung fanden allerdings später noch Beisetzungen in den Gräbern des Heidenkirchhofs und des Annakirchhofs statt. Die Stifterin des Josefs-Hospitals,

¹⁾ In Jägerndorf 1544, in Neustadt 1563.

Elisabeth Schindler, geborene Lehr, und ihre Schwester Franziska Lehr erwirkten sich noch zu Lebzeiten (ums Jahr 1800) die Erlaubnis, daß ihre Leichen in der Gruft des Heidenkirchels beigesetzt werden durften (siehe Heidenkirchell). Auch in der Gruft des Annakirchels wurden später noch die Familie des Gutsbesizers Anton Forni aus Gläsen und der Stadtpfarrer Stanjek aus Leobschütz beigesetzt (siehe Annakirchell) ¹⁾.

Im Jahre 1810 wurde bekanntlich die hiesige Franziskaner-Niederlassung aufgehoben. Der in der Stadt verbliebene und 1812 verstorbene Ordensbruder Schreiber wurde trotz des bestehenden Verbots in der Klostergruft beigesetzt. Der Pfarrer Koske, ohne dessen Einvernehmen dies geschehen war, erstattete Anzeige an die Behörde, worauf die Kriegs- und Domänenkammer den Stadtphyssikus Dr. Frmmler veranlaßte, die Leiche „ohne Geräusch und Aufsehen“ aus der Gruft zu heben und auf dem Friedhofe begraben zu lassen. Unterdessen waren einige Wochen verstrichen und die Leiche bereits stark in Verwesung übergegangen. Auf den Vorschlag des Dr. Frmmler genehmigte schließlich die Behörde, daß in der Gruft ein Grab für den Verstorbenen hergerichtet und dieses nach der Beisetzung des Franziskanerbruders überwölbt werde. Der Bürgermeister Goldschmidt, der durch Mangel an Wachsamkeit den Vorfall verschuldet haben sollte, mußte die Kosten von 10 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. tragen.

Bis 1778 bestand in Leobschütz der sonderbare Brauch, die Verstorbenen im offenen Sarge zu Grabe zu tragen. Die Kriegs- und Domänenkammer verbot diese Unsitte und setzte für den Fall der Übertretung dieses Verbots 10 Thlr. Strafe fest. Nur Kinder unter zwei Jahren, die nicht an epidemischen Krankheiten verstorben waren, durften noch in der bisherigen Weise zum Friedhofe getragen werden.

Da auf dem Annakirchhofe bis zu Ende des 18. Jahrhunderts nur die Armen und weniger Bemittelten beerdigt wurden, so finden sich hier auch keine älteren Denkmäler. Als ältester Grabstein ist wohl die kleine Steintafel anzusehen, die an der westlichen Kirchhofmauer lehnt. Sie trägt die Inschrift: „Karoline Forni, geb. 27. 8. 1795, gest. 17. 9. 1795“. Anscheinend war dies ein Kind des Senators Anton Forni.

Vergrößert wurde der Annakirchhof in den Jahren 1800, 1831 und 1853. Einer nochmaligen Vergrößerung im Jahre 1872 versagte die Königl. Regierung die Genehmigung und veranlaßte die Stadt, einen neuen Friedhof auf

¹⁾ Anton Forni war auch Leobschützer Bürger. Er bekleidete hier in der Stadt die Ämter eines Senators und Waisentrats.

einem von menschlichen Wohnungen entfernt liegenden Platze zu schaffen. 1874 legte die Stadt den neuen Friedhof an der Glogauer Straße an. Frau Justiz-Kommissar Natalie Schlosser war die erste Person, die dort noch in demselben Jahre beerdigt wurde. Trotz seiner Größe von 3 ha 6 a erwies sich der neue Friedhof im Jahre 1898 auch schon wieder als zu klein. Die Stadt vergrößerte ihn nach Osten hin um annähernd 2 ha. Auch dieser Teil wird noch im Laufe des Jahres 1911 vollständig belegt werden, und die Beerdigung wird dann wieder auf Platz 1 beginnen.

Der Eingang zum Friedhofe führt durch ein in gotischem Stil erbautes Tor. Zu beiden Seiten desselben befinden sich Leichenhallen. Durch einen breiten Hauptgang und eine Anzahl Querwege ist der Platz in 18 gleichgroße Felder geteilt. Der Raum am Mittelgange, an den breiteren Querwegen und ringsum an der Umfassungsmauer ist für Sondergräber bestimmt. Seit 1902 ruht die Pflege des Friedhofes in der Hand eines Verwalters, der gärtnerisches Verständnis besitzt (R. Bartlewsky).

Das Hinaustragen der Leichen nach dem Friedhofe war von jeher eine Art Privileg einiger unserer Handwerkerinnungen. Um die Gefahr der Ansteckung für die Träger zu vermindern, schaffte die Stadt im Cholerajahre 1856 einen Leichenwagen an, für dessen Benutzung gewisse Gebühren zu entrichten waren. Einige Innungen folgten dem Beispiele der Stadt, und bald waren die Bäcker, Schuhmacher und Tischler ebenfalls im Besitz von Leichenwagen. Da diese besser ausgestattet waren, wurde der städtische Leichenwagen immer seltener begehrt, und schließlich kam er ganz außer Gebrauch. Ein Beerdigungsinstitut, wie es in vielen Städten besteht und als eine Wohlthat empfunden wird, hatte sich hierorts um das Jahr 1895 aufgetan. Es erwies sich jedoch bei der starken Konkurrenz der Innungen als nicht lebensfähig.

Eine Polizeiverordnung aus dem Jahre 1856 bestimmte, daß die Leichen von Hause aus nicht erst in die Kirche, sondern sogleich nach dem Friedhofe gebracht werden sollten. Dem widersetzte sich der Stadtpfarrer wie auch der überwiegende Teil der Bürgerschaft. Auf eine Eingabe hin entschied die Königl. Regierung, daß nur Personen, die an epidemischen Krankheiten verschieden seien, nicht mehr in die Kirche getragen werden sollten.

Der vom Jahre 1874 bis 1904 geführten Statistik über das Alter der auf unserem Friedhöfe Beerdigten ist folgendes zu entnehmen:

In den 30 Jahren verstarben 9350 Personen, davon 618 schon im ersten Lebensjahre. Die Sterblichkeit nahm ab bis zum Alter von 13 Jahren. In diesem Lebensalter gab es nur eine Leiche. Nun mehrten sich die Sterbefälle langsam aber stetig. Je höher die Altersstufe, desto größer der Prozentsatz der Sterblichkeit. Unter den Zweis- und siebenzigjährigen hielt der Tod die verhältnismäßig reichste Ernte. Es verstarben in diesem Alter 119 Personen. Immer kleiner wird nun die Zahl derjenigen, die schließlich ein Alter von 80 oder gar 90 Jahren erreichten. Zwei Bürger aus niederem Stande starben mit 97 Jahren.

Die Synagogengemeinde.

Selten finden wir in einer Stadt die Gotteshäuser der verschiedenen Bekenntnisse so nahe beieinanderliegen wie in Leobschütz. Sie mahnen gleichsam die Befenner der drei Konfessionen zu friedlichem Zusammenleben und Zusammenwirken. Die älteste der Religionsgemeinschaften und doch in Leobschütz die jüngste ist die mosaische.

Wohl durchzogen im 10. Jahrhundert schon jüdische Händler unsere Gegend, die den Warenaustausch zwischen den Donauländern und dem Zarenreiche vermittelten, aber auch Handel mit Sklaven trieben. Es konnte nicht ausbleiben, daß der mühsame und geschäftsfluge Jude auch bald zu Wohlstand gelangte und dann sein Geld gegen Zinsen auf Pfandobjekte jeglicher Art an Geldbedürftige auslieh. Zu letzteren zählte häufig der Adel und nicht selten auch der Fürst selbst.

Bei der Unsicherheit damaliger Geldgeschäfte war es auch nicht immer zu verurteilen, wenn der Zinsfuß hoch bemessen wurde. Theils aus Bosheit, theils aus Neid warf man dann den Juden unreelles Geschäftsgebahren und verschiedene andere schlimme Dinge vor. So sollten sie bald die Brunnen vergiftet, bald einen Ritualmord verübt haben.

Der Blutaberglaube, der Glaube an eine geheimnisvolle Kraft des Blutes als Heil- und Zaubermittel, ist ja fast bei allen Völkern nachweisbar. Und aus dem Blutaberglauben entspringt der Blutritus, d. i. die kultliche Verwendung des Blutes, besonders von Kindern und Jungfrauen in abergläubischem Sinne. Um den Haß gegen die Juden zu schüren, sagte man diesen nach, daß sie Christenblut zum Baden der Ostertuchen benötigen und daß sie sich, um vor Unglück und Krankheit geschützt zu sein, die Stirn mit Christenblut bestreichen. Diese wahnsinnigen Verleumdungen hatten den von den Hekern erwünschten Erfolg.

Durch Zwangsmittel erreichte man von den Juden auch die sonderbarsten Zugeständnisse. So bekannte ein gewisser Michael in Breslau, daß er auf dem Fischmarkt in Troppau ein Kind geraubt und dem daselbst wohnenden Juden Johann für 10 Gulden verkauft habe. Auch in Schweidnitz in der hohen Gasse habe er ein Kind gestohlen und für 12 Gulden dem Juden Aaron in Troppau verkauft. Er bekannte ferner, daß es bei den über 30 Jahre alten Juden — die Frauen ausgenommen — üblich sei, zu Ostern die Stirn mit Christenblut zu bestreichen. Doch wußte er nicht anzugeben, auf welche Art die Kinder getötet würden. Michael ließ sich taufen und wurde am 13. März 1505 enthaupet. (Biermann S. 448.)

Einsichtsvolle Fürsten erließen Verbote gegen die üble Nachrede der Juden. Und um allen Verdächtigungen vorzubeugen, gaben sie schließlich, wie dies auch von der geistlichen Obrigkeit geschah, manche wohlgemeinte Verordnung. So wurde den Juden unterlagt, christliche Diensthoten zu halten und christliche Ammen ins Haus zu nehmen. Es wurde ihnen streng verboten, öffentliche Ämter zu bekleiden, Fehler gestohlener Sachen zu sein und Wucherzinsen zu nehmen. Nach der Oppeln-Ratiborer Landesordnung vom Jahre 1561 durften sich die Untertanen ohne Erlaubnis ihres Gutsherrn von den Juden kein Geld leihen. Die Verehelichung zwischen Juden und Christen verbot man bei der strengen Strafe des Lebendigbegrabens. Ja, um eine strenge Scheidung zwischen Juden und Christen herbeizuführen, sollten die Juden in besonderen Gassen oder Stadtteilen wohnen. In Leobschütz zählte man nach einer in Braunau aufgefundenen Beschreibung unserer Stadt ¹⁾ sechs Judenhäuser. In Troppau, Jägerndorf und Hohenploh gab es besondere Judengassen, und in Olmütz gibt es heute noch einen Stadtteil, Judenviertel genannt.

Trotz alledem steigerten sich die Vorurteile gegen die Juden immer mehr, und der Glaube an die Ritualmorde schlug immer festere Wurzeln. Das Volk verlangte schließlich vom Landesfürsten die Ausweisung der Juden.

Nicht ohne weiteres zeigten sich die Fürsten zu solchen Maßnahmen bereit; die Juden waren ja gute Steuerzahler. Sie entrichteten außer der allgemeinen Steuer noch eine besondere Abgabe, den sogenannten Judenzins. Auch schätzte sie der Fürst als gewiegte Kaufleute, die zur Erhaltung

¹⁾ Das Schriftstück war dem hiesigen Stadtpfarrer zugegangen und befindet sich nun im städtischen Archiv.

und Hebung des Verkehrs und des Geschäftslebens nicht ohne weiteres zu entbehren waren. Als sich die Bürger schließlich erbieten, für den Judenzins aufzukommen, ordneten verschiedene der Fürsten ihre Ausweisung an. In Leobschütz erfolgte die Ausweisung unter Markgraf Georg dem Frommen im Jahre 1543. Der Erlass lautete:

„Von Gottes Gnaden, Wir George, Markgraf zu Brandenburg, zu Stettin, Pommern, der Kassuben und Wenden auch in Schlessien zu Jägerndorf usw. Herzog, Herr der Fürstentümer Oppeln, Ratibor, Burggraf zu Nürnberg und Fürst zu Rügen. Nachdem wir untertänig bittlich Anlangen (Anliegen) Unserer Untertanen und lieben getreuen Bürgermeister, Rat und Gemeine Leobschütz gnädiglich zugelassen und bewilligen, daß sie keinen Juden nimmermehr bei ihnen häuslich oder sonst einkommen lassen sollen und mögen, in Bedacht, daß sie den Zins, so davor uns die Juden gegeben, auf sich genommen, und denselben alle Jahre, weil kein Jude allda wohnet, Uns zu geben versprochen, wie sie denn auch solches zu tun schuldig sein sollen.“ (Die Fortsetzung betrifft die Genehmigung eines zweiten Jahrmarkts.) Zum Schluß heißt es: „Zu Urkund ist dieser mit Unserm anhängenden kleinern Insignel besiegelt und gegeben zu Oppeln am Sonntage nach Viti, nach Christi Unsers lieben Herrn und Seligmachers Geburt 1543.“

Die nähere Veranlassung zur Ausweisung der Juden aus Leobschütz war folgende: In einem Gesträuch bei Kripowitz (Kreisewitz) war ein Kind ermordet aufgefunden worden. Der leichtgläubigen Menge redete man vor, hier sei ein Ritualmord verübt worden. Das Kind sollte ein Kreisewitzer Hirt an Troppauer Juden verkauft haben. Nachdem diese es getötet, hätten sie es wieder zurück auf das Kreisewitzer Feld gebracht. Auch von Phantasten erzeugte Bilder, die diesen vermeintlichen Ritualmord darstellten, wurden unter dem Volke verbreitet, um den Haß gegen die Juden aufs äußerste zu steigern. Eines jener widerlichen Bilder ist bis heute erhalten geblieben und befindet sich im Altertums-museum zu Troppau, Saal I. Man erblickt auf dem Bilde sieben typische Judengestalten, die einen Tisch umstehen. Auf diesem liegt ein gefesselter Jude. Zwei der Männer halten es fest, zwei führen die Mordinstrumente, zwei fangen das Blut in tellerförmige Gefäße auf, und der siebente scheint ein Gebet zu verrichten. Neben den Personen stehen die Namen: Rachel, Isaak, Angel, Moyses, Samuel, Mars und Jakob. Auf der Rückseite dieses Bildes ist folgender Text zu lesen: „Anno 1520, den Donnerstag vor Jubilate ist dieses Christkind von dem Kripowitzer Hirten, Nikolaus Lukas, deren Troppauer und Leobschützer Juden für 20 XX ¹⁾ verkauft und in das Markelhaus Nr. 64 allhier auf der Judengasse, nachdem solches den Mund mit einer Kugel verstopfet in die Stadt gebracht, auf hier abgemachter Weise getötet, und das Blut in ein zimmernes Gefäß aufgefangen worden, worauf sie das Kind wieder auf die Kripowitzer Felder ins Gesträuch gelegt, dessent-

1) XX bedeutet wahrscheinlich Floren und Kreuzer.

wegen der Hirt und die Interessenten gerichtet und dormalen Juden von der Stadt Troppau auf ewig abgeschafft worden“ ¹⁾). Als damaliges Markelhaus wird jetzt das Haus Wallgasse Nr. 11 bezeichnet, Inhaber Max Jankowsky.

Die in Braunau aufgefundene Beschreibung der Stadt Leobschütz erzählt folgendes Märchen als Grund der Ausweisung:

Die Juden beabsichtigten, den Christen mit Milch von zauberischen Weibern zu vergeben. Es wurde ihnen aber Saumilch statt Milch von Zauberinnen verabreicht. Von dieser Milch starben nicht die Christen, sondern „S. V.“ (Salva venia) es verreckten sämtliche Schweine des Leobschützer Landes. „Daher die Juden so jung als alt, auf 64 damals gewesen, 1539 ²⁾ am Ostermontag ausgetrieben worden und zu ewigen Zeiten weder hier zu wohnen noch sonst hierher zu kommen. Die Stadt selbigen Jahres von Georg Markgraf zu Brandenburg als damaligen Landesfürsten privilegiert worden.“

Troppau hatten die Juden schon 1520 räumen müssen, Rosel, Oberglogau, Oppeln erst 1564 und Neustadt 1565. Über die Zeit ihrer Ausweisung aus Jägerndorf ist nirgends ein Anhalt zu finden, doch steht es zweifellos fest, daß sie auch aus Jägerndorf um jene Zeit verbannt worden sind.

Die Unduldsamkeit gegen die Juden breitete sich nach und nach über ganz Schlesiens aus. Fast sämtliche Fürsten gaben dem Drängen ihrer Untertanen nach und verordneten die Ausweisung der Juden aus ihrem Gebiet. Kaiser Ferdinand erließ auf Vorstellung der schlesischen Stände hin im Jahre 1558 die Verordnung der allgemeinen Ausweisung, aber erst unter Kaiser Rudolf II., im Jahre 1587 kam sie zur Durchführung unter Gewährung einer einjährigen Frist.

In Hohenplog erfreuten sich die Juden durch die Verordnung des Bischofs Wenzelaus vom Jahre 1415 ungehinderter Freiheit; der Hohenploger Bezirk war nämlich bischöflicher Besitz. Ottokar II. hatte dieses Gebiet seinerzeit dem Bischof Bruno geschenkt (siehe Heft I, S. 13). Durch Zuzug der anderwärts ausgewiesenen Juden vermehrte sich ihre Zahl außerordentlich. Die Juden genossen hier auch besondere Vergünstigungen. So bildeten sie nicht nur eine besondere politische Gemeinde, sondern sie hatten auch ihren eigenen Richter und ihre eigene Schule.

Auch in Zülz, das zum Herzogtum Oppeln gehörte, war den Juden der Aufenthalt gestattet, so daß sie hier bald einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung bildeten.

¹⁾ Diese Notiz entstammt meines Erachtens, wie die Schreibart verrät, einer viel späteren Zeit.

²⁾ Nicht 1539, sondern 1543 erfolgte die Ausweisung.

In Groß-Glogau und Sohrau O/S. erfolgte ebenfalls keine Ausweisung. 1797 war sogar in letztgenanntem Orte ein Jude Pächter des Stadtzolles. Noch 1824 zählte Sohrau 307 Juden, darunter auch Handwerker.

Wenn die Juden in diesen Orten weiter geduldet wurden, so lag dies wohl nur daran, daß die Bürgerschaft den Juden-zins für den Fürsten nicht aufbringen wollte oder ihn aufzubringen nicht imstande war.

Im 17. Jahrhundert brach sich eine bessere Erkenntnis Bahn, so daß die Verbannung der Juden aus den Städten eine mildere Form annahm. Gegen Zahlung eines gewissen Betrages erhielten sie vielerorts wieder die Erlaubnis, hausieren zu gehen und die Märkte zu besuchen. In den Städten, die ihnen diese Vergünstigung versagten — zu diesen gehörte auch Leobschütz — gestattete man ihnen wenigstens, auf der Durchreise die Rosse zu füttern und auch selbst eine Stärkung zu sich zu nehmen. Später duldete man ihren Aufenthalt in der Stadt bis acht Tage gegen Lösung eines „Nachtzettels“.

1713 wurde den Juden durch ein Kaiserliches Edikt die Möglichkeit geboten, sich durch die Zahlung eines „Toleranzgeldes“ gewisse Berechtigungen zu erkaufen.

Das Toleranzpatent der Kaiserin Maria Theresia vom Jahre 1752 gestattete wieder den Juden die Ansiedlung in österreichisch Schlesien. Daraufhin wanderten sogleich 119 jüdische Familien zu. Ein Edikt vom Jahre 1812 räumte endlich den Juden auch im preußischen Staate das Recht ein, sich wieder beliebig ihren Wohnsitz zu wählen. In den Judenstädten war nun eine starke Abwanderung wahrnehmbar. In Hohenploth wie in Zülz sank die Einwohnerzahl recht bedeutend. Hohenploth hatte 1836 immer noch gegen 600 jüdische Einwohner, 1911 kaum 50.

Die ersten jüdischen Einwanderer in Leobschütz waren die Gebrüder Abraham, Jakob und Jonas Bruck, ferner Aron Berliner und Samuel Boß. 1818 zählte Leobschütz schon 62, im Jahre 1830 94 Seelen mosaischen Glaubens, und 1850 betrug ihre Zahl 300.

Dem Beruf nach waren die jüdischen Zuzügler, wie aus den Akten zu ersehen ist, Schacherer, Handelsleute, Kaufleute, Schenker und Aрендatoren (Schanzpächter).

Man mag schon früher stillschweigend Juden in Leobschütz geduldet haben, denn 1812 verheiratete der Kaufmann

Moses Proskauer seine in Leobschütz geborene Tochter Rosel. Ein Kaufmann Friedländer war ebenfalls schon vordem in Leobschütz geboren und zwar im Jahre 1792.

Die Gesetze aus den Jahren 1847 und 1853 ordneten aufs neue die sozialen Verhältnisse der Juden und brachten für die Jahrhunderte lang Verfolgten die Erlösung von manchen Fesseln.

Die Synagoge.

Zu ihren religiösen Übungen versammelten sich die Juden nach ihrer Zuwanderung in einer Stube des Schuhmannschen Hauses an der Troppauer Straße Nr. 6. Später richteten sie sich ein größeres Zimmer im Hause des Tischlermeisters Mantke, Wassertorstraße 17, zur Abhaltung ihres Gottesdienstes ein. Erst im Jahre 1864 erbaute die jüdische Gemeinde ihre an der König-Ottokarstraße liegende Synagoge, die, in byzantinisch-maurischem Stil geschmackvoll ausgeführt, der Stadt zur Zierde gereicht.

Wie bei der gegenüberliegenden neuen Stadtschule liegen die Fundamente des Mittelbaues etwa 10 m tief im ehemaligen Wallgraben. Die nach jedem Verputz sich immer wieder zeigenden Risse in der Mitte der Süd- und Nordwand des Gebäudes beweisen, daß die Grundmauern zum Teil nicht auf gewachsenem Erdreich errichtet worden sind.

Das Innere der Synagoge.

Das Gotteshaus ist dreischiffig. In den beiden Seitenschiffen befinden sich die Frauenchöre; an der Westseite, über dem Eingange liegt das Sängerkhor. An der Ostseite, dem Sängerkhor gegenüber erblicken wir den erhöhten Vorbeterraum mit Kanzel und Vorbeterpult. Vier fünf-armige Kandelaber zieren die Brüstung dieses Raumes. Das Vorbeterpult vertritt die Stelle des ehemaligen Opferaltars. In der Apsis steht die Bundeslade mit den Gesetzesrollen. Letztere sind mit großer Sorgfalt ausgeführte, handschriftliche Aufzeichnungen der fünf Bücher Moses auf Pergamentpapier. Bei gottesdienstlichen Handlungen werden Abschnitte daraus vorgelesen. Die ehemalige Scheidung des Allerheiligsten vom Heiligen im Tempel zu Jerusalem markiert der Vorhang vor der Bundeslade. Das darüber angebrachte Zeichen, zwei ineinanderliegende Dreiecke, das

Schild Davids, hat eine nationale Bedeutung. Das Rundfenster in der Apsis trägt in buntem Glas die Inschrift: „Vom Aufgange der Sonne bis zu ihrem Unter-

— 1880 —



Das alte Schützenhaus.

Evang. Kirche.

Rath. Pfarrkirche.

Synagoge.

gange wird der Name des Ewigen gepriesen.“ Auf Gedenktafeln an der Südwand stehen in goldenen Lettern die Namen der Wohltäter der Gemeinde.

Kultusbeamter, hier Prediger genannt, ist gegenwärtig

Lehrer Spieldoch. Er erteilt den jüdischen Kindern — eine besondere jüdische Schule besteht hier nicht — den Religionsunterricht. Den Synagogenvorstand bilden zurzeit:

1910



Synagoge.

Rath, Pfarrkirche. Evang. Kirche. Neues Schulhaus.

Raufmann G. Sachs, Kaufmann H. Hiller und Fabrikbesitzer S. Kornblum.

In größeren israelitischen Gemeinden, wie in Ratibor, ist ein Rabbiner als Seelsorger angestellt. Breslau hat

einen Oberrabbiner. Eine Hierarchie im Sinne der christlichen Religionsgemeinschaften kennt man bei den Juden nicht. Die Kultussteuer beträgt gegenwärtig 65 % der Einkommensteuer.

Der jüdische Friedhof.

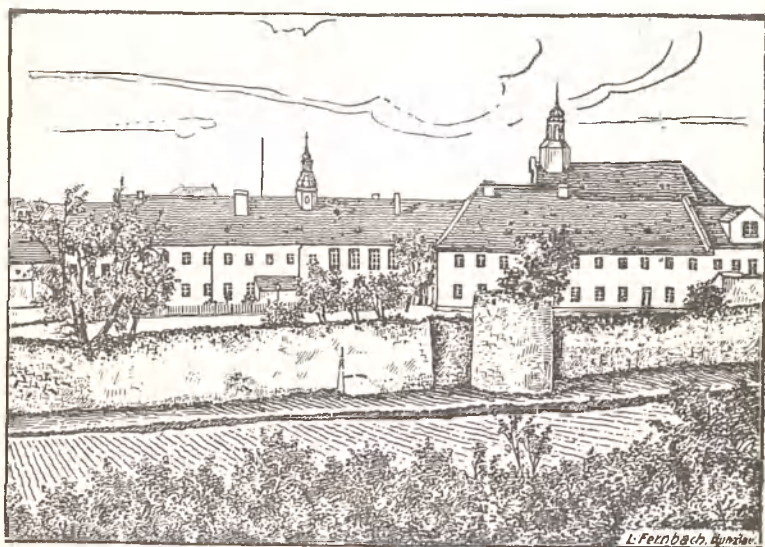
Bis zur Eroberung Schlesiens durch Friedrich den Großen fand die Beerdigung der in unserem Bezirk verstorbenen Juden in Hohenploh statt. Der jüdische Friedhof liegt dort an der Nordostseite der Stadt, am Abhange des Judenberges und ist wegen seiner alten Denksteine, die Jahreszahlen aus dem 16. Jahrhundert aufweisen, sehenswert. Bekanntlich wird jeder Jude in ein frisches, noch nicht gebrauchtes Grab gelegt. Daher fällt uns dort die Sparsamkeit in der Verwendung der Plätze auf. Fast durchweg sind die Erdriegel zwischen den Gräbern zu neuen Gräbern verwendet worden.

Nachdem Schlesien 1742 preußisch geworden war, jedoch Hohenploh österreichisch verblieb, mußten die Leichen der Juden aus den Kreisen Leobschütz und Kosel nach Zülz gebracht werden. Das war für entfernte Orte mehr als eine Tagereise. 1814 verbot eine allgemeine Verfügung den so weiten Transport der Leichen, und die israelitische Gemeinde in Leobschütz wurde veranlaßt, hier einen eigenen Begräbnisplatz anzulegen. Zu diesem Zwecke erwarben die Juden ein Grundstück im Nordwesten der Stadt, in der Nähe der Friedrich-Wilhelmstraße und legten hier ihren Friedhof an. 1868 mußte er erweitert werden. Zugleich wurde der Staketenzaun durch eine Mauer mit Eisenzaun ersetzt. Trotz seiner Vergrößerung erwies sich der Friedhof nach 2 Jahrzehnten schon wieder als zu klein. Nun erwarb die jüdische Gemeinde an der Nordseite des christlichen Friedhofs, an der Glogauer Straße einen Platz und legte dort 1892 einen neuen Friedhof an. Bei der immer geringer werdenden Anzahl der hiesigen Einwohner mosaischen Glaubens dürfte diese Begräbnisstätte wohl für das laufende Jahrhundert ausreichen.

Das ehemalige Franziskanerkloster.

Durch die Hussitenkämpfe (1428—1434) hatte der religiöse Sinn und das christliche Leben in den von den Hussiten heimgesuchten Gegenden, also auch in unserer Heimat sehr gelitten.

Geistliche und weltliche Obrigkeit eiferten miteinander, den Unglauben und die religiöse Gleichgültigkeit zu bekämpfen. Ein italienischer Mönch, namens Johannes Kapistranus, zog mit 30 seiner Brüder durch Mähren und Schlesien und predigte mit Eifer gegen die Gottlosigkeit und die Lehre des Huz. Kapistranus suchte den Herzog Johann III., den Frommen, 1446—1482, für die Gründung einer Franziskaner-Niederlassung in Leobschütz zu gewinnen; denn gerade in den Franziskanern erblickte Kapistranus eifrige Förderer



Das alte Gymnasium.

Franziskanerkirche.

Das alte Klostergebäude.

Im Vordergrunde der Tuchmacherparchen, der durch die alte Stadtmauer vom Klosterhofe getrennt wird. In den unteren Räumen des Klostergebäudes befindet sich die landwirtschaftliche Winterschule.

des frommen christlichen Lebens. Der tiefreligiöse Fürst fand sich hierzu bereit und erbaute 1448 unter Mithilfe der Bürger und der bemittelten Gutsherren seines Landes das Kloster am Gröbniger Tore. Hier befanden sich vordem eine Ölschlägerei, eine „Büttelen“, ein Pferdestall und mehrere kleine Häuschen. Diese erwarb der Fürst, ließ sie niederreißen und erbaute an dieser Stelle das Franziskanerkloster mit Kirche. Die ersten Brüder entstammten dem Kloster in Rosel, das bereits seit dem Jahre 1431 bestand.

Die Tätigkeit der Franziskaner verfehlte nicht ihren Zweck. Unter den Bürgern wie unter dem Landadel erwarben sie sich viele Freunde und Gönner, wodurch sich auch ihr Einfluß erhöhte und ihre Einkünfte mehrten. Die Leobschützer besuchten mit Vorliebe den Gottesdienst „der Barfüßler“ in der Klosterkirche und trugen ihre Opfergaben zu den Franziskanern. Kein Wunder, daß dies die Pfarrgeistlichkeit verdroß und daß sich mit der Zeit ein nicht gerade freundschaftliches Verhältnis zwischen ihr und den Ordensbrüdern herausbildete ¹⁾.

Mit der Einführung des Protestantismus in Stadt und Land Leobschütz unter Markgraf Georg (1523—1543) verloren die Franziskaner das Feld ihrer Tätigkeit. Im Jahre 1541, nachdem sämtliche Bewohner der Stadt zur neuen Lehre übergetreten waren, zwang man die Franziskaner, die Stadt zu verlassen. Die Klosterkirche und die Räume des Klosters dienten von nun an als Magazine ²⁾.

Erst nach Beendigung des 30jährigen Krieges, nachdem die Gegenreformation unter dem Liechtensteinschen Fürsten Karl Eusebius durchgeführt worden war, ließ dieser Fürst die verwahrlosten und zum Teil verfallenen Klöster Räume wieder herstellen und berief wieder Franziskaner nach Leobschütz, die auch nach mehr als hundertjähriger Abwesenheit im Jahre 1659 das alte Kloster wieder bezogen. Im Jahre 1728 bewohnten es 26 Mönche, darunter 10 Laienbrüder, die durch reichliche Almosen des „umwohnenden Adels“ ihr gutes Auskommen hatten.

Bis zur Zeit der Eroberung Schlesiens durch Friedrich II. besuchten die Söhne der bemittelten Bürger das Gymnasium in Troppau. Nachdem jedoch Schlesien zu Preußen gekommen und der Besuch von ausländischen Schulen gesetzlich verboten worden war, machte sich der Mangel einer höheren Schule in Leobschütz recht fühlbar. Auf ein Bittgesuch an den König erteilte dieser 1751 die Genehmigung zur Errichtung eines Gymnasiums in Leobschütz und zwar

¹⁾ Über die Benachteiligung der Pfarrgeistlichkeit durch die Mönche klagt schon Bischof Bruno von Olmütz im 13. Jahrhundert. Er sagt: Sie ziehen die Gläubigen an sich, die bei ihnen alle kirchlichen Handlungen vornehmen lassen. Die Mehrzahl der Geistlichen müsse betteln gehen usw.

²⁾ Daß in Leobschütz auch ein Bernhardinerkloster bestanden habe, dessen Guardian Bruder Dominik 1526 aus Weidenau gekommen sei, wie die Zeitschrift d. Ver. f. schles. Gesch. Band III, 1907 berichtet, ist wohl ein Irrtum.

verbunden mit dem Franziskanerkloster, das aus Sparsamkeitsrückichten aus der Reihe der Mönche die Lehrer stellen sollte. Die erforderlichen Räume schaffte man durch einen Anbau an den westlichen Flügel des Klosters (siehe Bild S. 187). Im Jahre 1752 erfolgte die Eröffnung der Anstalt mit 122 Schülern, die in 6 Abteilungen von 3 Franziskanermönchen unterrichtet wurden. Erst vom Jahre 1802 ab wurden auch weltliche Lehrer angestellt. Die Anstalt führte den Namen „Fürstliches Gymnasium in Leobschütz“.

Während des bayrischen Erbfolgekrieges 1778 dienten die Schulräume und auch die Klosterkirche als Vorratskammern für Getreide.

1810 erfolgte die Aufhebung der Orden und Klöster, wodurch die Franziskaner genötigt wurden, das Klostergebäude zu verlassen. 1832 ließ die Regierung die leerstehenden Räume zwecks Erweiterung des Gymnasiums in Klassenzimmer, zum Teil aber auch in Lehrerwohnungen umbauen.

1902 wurde das neuerrichtete Gymnasial-Gebäude am Westende der Ottokarstraße bezogen. Das alte Klostergebäude mit Kirche und Turnhalle erwarb die Stadt für den Preis von 34 000 M. Sie richtete einen Teil der Räume zu Wohnungen her. Einige Zimmer im Erdgeschoß wurden der 1907 gegründeten landwirtschaftlichen Winterschule zu Unterrichtszwecken eingeräumt. Die Kirche dient weiter zur Abhaltung des sonntäglichen Gymnasial-Gottesdienstes. Die Turnhalle, erst wenige Jahre vorher (1896) neu erbaut, übernahm ebenfalls die Stadt. Sie wird nun von den städtischen Schulen zu Turnzwecken benutzt.

Die Klosterkirche.

Die Klosterkirche wurde im Barockstil zugleich mit dem Franziskanerkloster 1448 erbaut. Pilaster mit mächtigen Kapitälern tragen das Tonnengewölbe. An das Musikchor anschließend, führen zu beiden Seiten des Schiffes Emporen (Galerien) hin.

Das Gotteshaus ist recht dürftig ausgestattet. Das Altarbild zeigt uns den hl. Meghdius, über den Namen Jesu predigend. Die auf dem Bilde dargestellten Scenen bilden eine Illustration zu den Worten: „In meinem Namen werden sie Teufel austreiben, Kranken werden sie die Hände

auflegen, und sie werden gesund werden.“ Die vier Statuen an den Seiten des Altars stellen zwei Bischöfe und die beiden Heiligen Rochus und Sebastian in Lebensgröße dar. In den Nischen unter den Emporen befinden sich 7 Nebenaltäre, die der hl. Familie, dem hl. Franziskus, dem hl. Antonius, der hl. Mutter Anna, dem hl. Josef, der hl. Hedwig und dem hl. Monsius geweiht sind. Der der Sakristei gegenüberliegende Raum ist als Leidenskapelle ausgestattet; Altarbild: die 14 Nothelfer.

Auf dem Schalldeckel der Kanzel finden wir eine figurliche Darstellung des guten Hirten. Die Kanzelbrüstung zieren Flachreliefs zu dem Gleichnisse vom Sämann. Kanzel und Altäre wurden 1866 mit einem Kostenaufwande von 1385 Tln. renoviert.

Die Bildnisse der hl. Katharina, der hl. Nothburga, des hl. Franz Xaverius und der Himmelfahrt Christi bilden den einzigen Wandschmuck der Kirche. Die Kreuzwegstationen der Klosterkirche wurden 1841 von einem Wohltäter gekauft und der Pfarrkirche geschenkt. Die Veranlassung zu ihrer Entfernung aus jener Kirche ist unbekannt. In der Sakristei hängen in wenig günstigem Lichte zwei große Gemälde. Sie stellen Mariä Verkündigung und Mariä Empfängnis dar. Ein drittes Bild zeigt uns den hl. Franziskus, wie er seinen Ordensgenossen die Ordensregeln gibt.

Im Mittelgange ist noch der Eingang zur Gruft erkenntlich. In ihr ruht unter anderen der Gründer des Klosters, der Herzog Johann der Fromme. Die Orgel wurde 1848 aus dem Provinzial-Schulfonds für 1112 Tln. angeschafft.

Das Äußere der Kirche unterzog man im Jahre 1906 einer gründlichen Reparatur. Das morsche Dach mußte vollständig erneut werden. Zu gleicher Zeit erhielt die Kirche wieder einen kleinen Turm; der alte Turm war vor Jahren wegen Baufälligkeit abgetragen worden. Hoffentlich erfährt auch das Innere des Gotteshauses bald eine gründliche Erneuerung.

Klöster, die im Mittelalter Besitzungen im Troppauer Lande aufzuweisen hatten.

Das Prämonstratenserkloster Gradisch bei Olmütz, 1150 gegründet, erwarb sich besondere Verdienste durch deutsche Kolonisation. 1288 schenkte Bennisch von Braniß dem Kloster die Kirche in Bennisch und ihre Einkünfte aus dem dortigen Bergbau auf Edelmetalle, Eisen, Kupfer und Mühlsteine. Im Troppauer Lande besaß das Kloster auch die Orte Oderisch, Boblowitz und Nassiedel.

Das Cisterzienserkloster Belehrad ¹⁾ liegt eine Stunde westlich von Gradiſch und iſt ebenfalls durch Deutſche gegründet worden. Zu ſeinen zahlreichen Gütern gehörten Hoſchüh, Zabrzež (Kr. Ratibor, jezt Oppau genannt), Bolatiž, Darkowiž, Klebſch, Dirſchlowiž und Turkau. 1250 beſtätigte Papſt Innocenz IV. die Beſitzungen und Freiheiten des Kloſters.

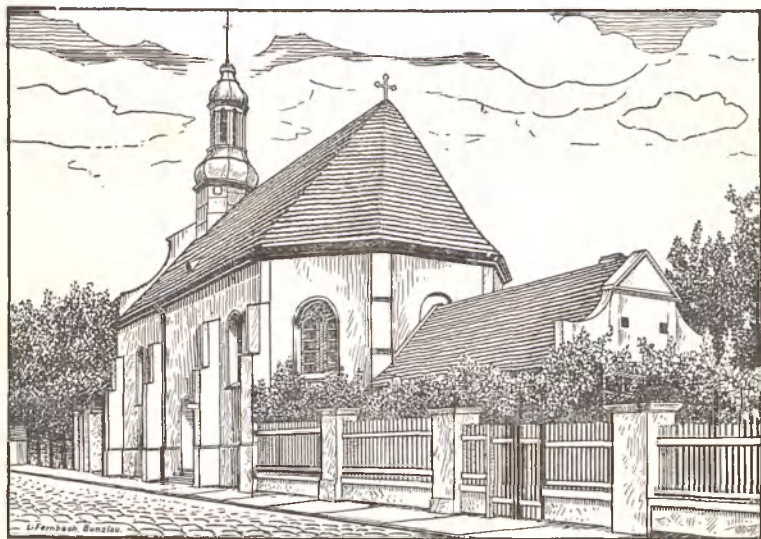
Das Kloſter Dbrowiž bei Brünn beſaß 1234 das Dorf Löwiž.

Das Kloſter Oslawan in Mähren, jezt Diözeſe Brünn, war ein Cisterzienser-Nonnenſtift.

Das Jungfrauenſtift in Ratibor, ein Dominikanerinnenkloſter, beſaß um das Jahr 1550 die Orte Bauerwiž, Zülkowiž, Eglau, Tſchirmkau, Zauchwiž, Bieſkau und Oſterwiž.

Das Klariffinenkloſter in Troppau wurde 1305–1307 erbaut. Dieſes beſuchte auch die Tochter des Leobſchüzer Bürgers Heinto, der dem Kloſter erhebliche Zuwendungen machte.

Das Annakirchel.



Annakirchel. (Dreifaltigkeitskirchel.)

Wenn wir die innere Stadt in nordweſtlicher Richtung verlaſſen, ſo führt uns der Weg am Annakirchel vorüber. Es iſt ein kleines, ſchmuckloſes, 1776 im Renaiſſanceſtil errichtetes Gotteshaus.

¹⁾ Belehrad, Gradiſch, Gradiſchin und Gradiſchein haben denſelben böhmischen Stamm Grad, der ſo viel wie eingekloſſener Platz bedeutet.

Schon im 16. Jahrhundert befand sich an dieser Stelle ein kleines, gemauertes Begräbniskirchlein. Im 30jährigen Kriege, und zwar im Jahre 1645, belagerten die Schweden das befestigte Leobschütz. Sie zerstörten das Kirchlein, stellten hinter dem Gemäuer eine Batterie zur Beschießung der Stadt auf und zwangen die Bewohner, die Tore zu öffnen. Eine an der Nordseite der Pfarrkirche eingemauerte Kanonenkugel erinnert an jene schwere Zeit. Den Ort, wo ehemals das Kirchlein stand, bedeckte ein volles Jahrhundert hindurch ein verraster Schutthaufen, aus dem einige Mauertrümmer hervorragten.

Die durch den 30jährigen Krieg aller Mittel beraubten Bürger waren außerstande, die Kosten zu einem Neubau aufzubringen. Da fanden sich endlich Wohltäter, allen voran der Fürst von Liechtenstein und die Freifrau von Saurma, geborene Hodiž (Rothwald) mit Spenden von je 400 Floren. Das nötige Bauholz und das Holz zum Brennen der Ziegel lieferte der Stadtforst unentgeltlich. 1776 wurde der Bau vollendet und das neue Gotteshaus der hl. Dreifaltigkeit geweiht. Annakirchlein wird es gewöhnlich genannt, weil in ihr besonders die hl. Mutter Anna verehrt wird. Bald fanden sich auch Stiftungen zu diesem Kirchlein. Stadtvogt Schmeer fundierte 1791 auf Seelenmessen für sich, seine Gattin und seine bereits verstorbene Tochter 1000 Floren; der Leinwebermeister Franz Straßburger stiftete 300 Floren, der Weltpriester Johann Leib 100 Thlr. usw.

Den Turm erhielt das Kirchlein erst 1859. Die Baukosten beliefen sich auf 284 Thlr. An der Nordseite liegt die Valentinkapelle, durch die ein zweiter Eingang in das Gotteshaus führt. Nach Osten hin, gleichsam als Verlängerung des Presbyteriums, schließen sich die Sakristei und die Glöcknerwohnung an. Die unter der Valentinkapelle befindliche Gruft birgt die Überreste einiger Mitglieder der einst hier hochangesehenen Familie Forni: Anton Forni, Senator und Waisenrat in Leobschütz und Gutsbesitzer von Gläsen, gest. 1836, dessen Ehegattin Franziska, Tochter des Kaufmanns Karl Hoffmann, der im Jahre 1793 in Leobschütz das erste Waisenhaus gründete, gest. 1832, deren Tochter Pauline, verheiratete Justizkommissarius von Kalbacher, gest. 1838 und die Mutter der Frau Forni, Rosina Hoffmann, gest. 1822. Auch der im Jahre 1856 verstorbene Stadtpfarrer Kanonikus Stanjek wurde hier beigesetzt.

Gedenktafeln für die in der Gruft Ruhenden sind am Eingange in die Kapelle und neben dem Valentinaltar angebracht.

Das lange Zeit hindurch vernachlässigte Innere des Kirchleins erfuhr im Laufe des vorletzten Jahrzehnts eine vollständige Erneuerung: den Hochaltar schaffte man 1892 neu an; die Malerei der Decke und Wände kam 1896 zur Ausführung; Valentinaltar, Kanzel, Orgel und Bänke wurden 1897 abgebrochen und neu errichtet; der Beichtstuhl und die Kommunionbank stammen aus den Jahren 1898 und 1899. 1895 versah man den in seinem oberen Teile erneuten Turm mit den heutigen Glocken.

Lokalisten.

Im Jahre 1798 tauchte der Gedanke auf, für das Dreifaltigkeitskirchlein einen besonderen Geistlichen anzustellen. Man hatte es längst als einen Übelstand empfunden, daß die immer zahlreicher werdenden Bewohner der Obervorstadt zur Nachtzeit bei plötzlichen Erkrankungen keinen geistlichen Zuspruch erlangen konnten, da die Tore der Stadt die Nacht über geschlossen waren. Die Stadtväter zeigten sich bereit, einen besonderen Priester an diesem Kirchlein anzustellen, fühlten sich jedoch weder verpflichtet noch in der Lage, für ihn auch die Existenzmittel zu schaffen. Da fanden sich hilfsbereite Seelen. Noch in demselben Jahre schenkte der Seifenfieder Leopold Wurst zur Gründung der Lokalistenstelle 3600 Floren mit der Bestimmung, daß der Lokalkaplan allwöchentlich 1—2 Messen für das Seelenheil des Stifters lese. Nachdem durch weitere Vermächtnisse die Stiftungsgelder auf 5320 Floren gestiegen waren, stellte die Stadt im Jahre 1800 als ersten Lokalisten den bis dahin an der Pfarrkirche tätigen Kooperator Franz Klinka an. Sein Einkommen betrug bei fünfprozentiger Verzinsung der Fundationsgelder 266 Floren (452 M.), wofür er eine ziemliche Anzahl Seelenmessen zu lesen und des Sonntags eine Frühmesse mit einer „kurzen Ermahnung“ zu halten hatte.

Der erste Lokalist beachtete die Bestimmungen bezüglich des sonntäglichen Gottesdienstes nicht, sondern hielt auch feierliche Hochämter. Die Pfarrgeistlichkeit führte darüber im Jahre 1806 Beschwerde, die bis an den Minister des Innern gelangte. Dieser entschied, daß feierlichen Gottesdienst nur der Stadtpfarrer abhalten dürfe. Der Lokalist habe

des Sonntags seine kirchlichen Funktionen so zeitig zu beginnen, daß sie vor 9 Uhr beendet seien. Montag, Donnerstag, Freitag und Sonnabend dürfe er für alte und gebrechliche Leute, die vor dem Obertore wohnen, eine Messe lesen ¹⁾. Feierlicher Gottesdienst wird seit jener Zeit in dem Anna-kirchlein, und zwar vom Stadtpfarrer jährlich nur dreimal abgehalten: am Dreifaltigkeitssonntage, an St. Anna und St. Valentin.

Die im Jahre 1804 erbaute Wohnung für den Lokalisten kostete 1245 Taler. 1811 waren aber die an dem Bau beteiligten Handwerker noch nicht bezahlt, weshalb diese über Bürgermeister und Magistrat beim Kriegs- und Steuerrate Klage führten. Durch die Kriegsunruhen hatte der Wohltätigkeitsinn, auf den man bei der Gründung der Lokalistenstelle gebaut hatte, ziemlich gelitten, und der Magistrat glaubte, jegliche Verpflichtung von sich weisen zu können, zumal ihm das Patronat über das Kirchlein durch den Komtur in Gröbnig entwunden worden war. Der Kriegs- und Steuerrat verpflichtete den Magistrat, die rückständigen Zahlungen an die Handwerker zu leisten. Im Jahre 1910 wurde das Innere des Wohnhauses teils umgebaut, teils gründlich renoviert.

Als die Kommende Gröbnig 1810 staatlicherseits eingezogen wurde, ging das Patronat auf den Magistrat in Leobschütz über. Wie bereits erwähnt, wirkte als erster Lokalist Franz Klink. Ihm folgte 1838 Ignaz Krömer und 1845 der Kooperator Heinrich Kirsch aus Bladen, der im Jahre 1850 das Amt eines Regionslehrers am hiesigen Königl. Gymnasium übernahm. Zu seiner Zeit (1845) drangen Diebe des Nachts in das Kirchlein, hoben den Tabernakel vom Altar, erbrachen diesen auf dem Friedhofe, streuten die Hostien umher und suchten mit dem goldenen Kelch das Weite. Dem Herrn „Pater Kirsch“, wie ihn die Leobschützer als ehrwürdigen Greis noch nannten, folgte 1850 Johann Bernard, ein Bruder des verstorbenen Stadtkämmerers Bernard. Nach seinem Tode 1871 wählte der Magistrat den Kooperator Adalbert Heisler für die dürftig dotierte Lokalie. Dieser wahrhaft fromme und anspruchslose Priester verstarb im Februar 1910 auf dem Wege vom Minoritenkloster in Jägerndorf nach dem Bahnhofe infolge eines Schlaganfalls. Sein Leichnam wurde nach Leobschütz gebracht und auf dem hiesigen Friedhofe beigesetzt.

¹⁾ Gegenwärtig celebriert der Stiftskaplan täglich.

Sein Nachfolger wurde der damalige Pfarr-Administrator Franz Wkmann, ein Neffe des ehemaligen Armeebischofs Wkmann. Er unterzog sich 1911 der Oberlehrerprüfung und wirkt nun zugleich als Oberlehrer an der hiesigen katholischen höheren Mädchenschule.

Das Heidenkirchel.

Das in unmittelbarer Nähe der Pfarrkirche liegende Heidenkirchel wurde im Jahre 1501 von den Johannitern, denen damals auch die Seelsorge in Leobschütz oblag, angeblich nach dem Vorbilde der Grabeskirche in Jerusalem erbaut und den Blutzeugen Fabian und Sebastian, der Jungfrau Ursula nebst ihren Leidensgefährtinnen und der thebaischen Legion gewidmet. (Siehe Bild S. 160.)

Während die Einwohnerschaft von Leobschütz lutherisch war, 1541—1650, blieb das Heidenkirchel geschlossen und verfiel teilweise. Nach der Gegenreformation mangelte es an den erforderlichen Mitteln, um es wieder für den gottesdienstlichen Gebrauch herzustellen. In der schon wiederholt erwähnten Stadtbeschreibung vom Jahre 1660 ist über das Heidenkirchel folgendes gesagt: „Wo die Kirche steht, ist an der Kirchhofstür ein klein Kirchel, so von undenklichen Jahren öde und wüst steht“. Es blieb auch verwahrlost bis zu Beginn des vorigen Jahrhunderts.

Die im Jahre 1809 verstorbene Stifterin des St. Josefs-Hospitals, verwitwete Frau Kammerrätin Elisabeth Schindler stattete das Kirchlein wieder aus und verpflichtete die Hospitaliten in einer von ihr selbst entworfenen Hausordnung (s. Magistrats-Akten) für ihre Wohltäterin gewisse Gebete zu verrichten und an allen Donnerstagen die Sommermonate hindurch einer von ihr fundierten hl. Messe im Heidenkirchel beizuwohnen.

Ein geographisches Werk aus dem Jahre 1783 von F. A. Zimmermann „Beiträge zur Beschreibung von Schlesien“ bringt über dieses Kirchlein folgende Notiz: „Eine kleine katholische Kirche wird Heidenkirchel genannt. Hierin ist eine Gruft, worin Menschenknochen von ungewöhnlicher Größe gefunden werden. Ich sah, sagt Zimmermann, das Oberteil eines Armes und eines Schulterblattes von einem Menschen, der wenigstens 7 Fuß (2,20 m) groß gewesen sein muß.“

Wie dieses Kirchlein zu dem Namen „Heidenkirchel“ kam, darüber sind die Meinungen verschieden. Der eine nimmt an, daß an dieser Stelle das erste hiesige Kirchlein zur Bekehrung der Heiden gestanden habe; der andere glaubt, der Name sei auf den Stifter oder einen Wohltäter des Kirchleins, namens Heide zurückzuführen. Da die Gruft des Kirchleins mit Totengebeinen angefüllt ist, ist anzunehmen, daß bei einem größeren Umbau oder bei einem Erweiterungsbau der Pfarrkirche zu Ende des 15. Jahrhunderts zahlreiche Gebeine Verstorbener gesammelt wurden, wobei man auch eine Anzahl Urnen aus heidnischer Zeit fand. Da mag man zu dem Glauben gekommen sein, daß auch die gesammelten Schädel und Gebeine heidnischer Zeit entstammen. Zur Unterbringung dieser menschlichen Überreste errichtete man eine geräumige Gruft und baute über diese ein Kirchlein, das der Volksmund in der Überzeugung, daß es Gebeine aus heidnischer Zeit berge, Heidenkirchel benannte. Minsberg gebraucht die Bezeichnung „Schädelkapelle“.

Der Innenraum des Heidenkirchels ist 9 m lang und 5 m breit. Die Pflasterung besteht aus Schieferplatten von unregelmäßiger Größe. Der einfache Altar wie auch die über diesem im achteckigen Chorschluß angebrachte figürliche Darstellung der Todesangst Christi sind in Barock ausgeführt und können auf Kunst keinen Anspruch erheben. In einer Wandnische rechts vom Altar steht eine den hl. Sebastian darstellende Figur. Ein Bild desselben Heiligen hängt über dem Eingange. Das Deckengewölbe besteht aus einer gotischen Kappe mit mächtigen Rippen. Durch zwei kleine Chorsenster wird der Innenraum erhellt. Die Marmortafeln in den Seitenwänden erinnern an die oben erwähnte Wohltäterin des Kirchleins Elisabeth Schindler und ihre unvermählt verstorbene Schwester Franziska Lehr. Sie ruhen beide im Innern des Kirchleins in hochgemauerten überwölbten Gräbern. Alten Bürgern unserer Stadt ist in Erinnerung, daß sich zu ihrer Jugendzeit an der Nordseite der Gruft ein kleines, schmales Fensterchen befand, durch das man in die Gruft blicken konnte. Es wurde um das Jahr 1830 vermauert.

Die letzte Renovation des Kirchleins ließ der Kirchenvorstand im Jahre 1908 ausführen. Auf meinen Antrag genehmigte der Kirchenvorstand, daß durch die Wölbung der Gruft — der Eingang war 1809 vermauert worden — eine Öffnung geschlagen wurde, um die Angaben Zimmermanns prüfen zu können. Ich stieg am 20. Oktober 1908 selbst durch die enge Öffnung in die Gruft hinab und fand Zimmermanns Angaben bestätigt. Der Raum hat die Länge und Breite des Kirchleins

selbst und ist etwa $2\frac{1}{2}$ m hoch. In den Seitenwänden sind noch die ehemaligen, jedoch jetzt vermauerten Luftschlitze erkennbar. In der Mitte erhebt sich das etwa $1\frac{1}{2}$ m breite und ebenso hohe, gemauerte Doppelgrab der Frau Schindler und ihrer Schwester. Rings um dieses ist die Gruft mit unzähligen Schädeln und Knochen gefüllt, die wohl einen Raum von 30 bis 40 cbm einnehmen dürften. Von übergroßen Schädeln und Knochen habe ich jedoch nichts gemerkt.

Auch das Doppelgrab wurde geöffnet. Die Gebeine der Frau Schindler lagen in einem vermoderten, braunen Kleide. Die Seide des Kopfkissens wie auch die Schuhe waren noch ziemlich gut erhalten, während von ihrer später verstorbenen Schwester außer den Gebeinen nichts mehr vorhanden war. Ich ließ auch die 13jährigen Schulknaben Kurt Chmielorz, Kurt Kremser, Karl Martens, Friedrich Haase und Josef Franke in die Gruft hinabsteigen. Sie werden noch in späteren Jahren die Richtigkeit vorstehender Angaben bezeugen können.

Nach beendigter Renovation wurde als Ersatz für den abgebrochenen Altar der ehemalige Muttergottesaltar der Pfarrkirche ins Heidentempel gebracht.

Die Marienstatue auf dem Ringe.

Die im Rokokostil errichtete Mariensäule auf dem Marktplatz ist eine Stiftung des ehemaligen hiesigen Rats Herrn Anton Hamm, der sie im Jahre 1738 von dem Bildhauer Anton Jork fertigen ließ.

Auf einem Untersatz von Sandstein erhebt sich aus weißem Marmor das Standbild Mariens. In ein faltiges Gewand gekleidet, den Blick gen Himmel gerichtet, schwebt Maria in den Wolken über der Erdkugel. Ein Fuß ruht in der Mondsichel, während der andere einer den Erdball umschlingenden Schlange den Kopf zertritt.

Der dreiseitige, pyramidenförmige Untersatz weist drei Abstufungen auf. An den vorspringenden Ecken des unteren Teiles stehen drei Heiligenfiguren als die vorzüglichsten Gebilde an der Statue: der hl. Sebastian, an einen Baumstamm gebunden und mit Pfeilen durchbohrt; der hl. Agidius in Mönchstracht, in einem Buche lesend und ein mit einem Pfeile durch den Hals geschossenes Reh lieblosend; als dritter der hl. Rochus mit Pilgerkragen und Stab; der eine Schenkel ist entblößt und mit Pestbeulen behaftet, zu seinen Füßen ruht der getreue Hund. In der Mitte der sich einbiegenden Seite der Pyramide stehen in gezielter Stellung mit pausbäckigen Gesichtern die Genien des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe.

An der Ecke der zweiten Abstufung erblicken wir drei Engelsgestalten, die Sinnbilder der Reinheit, Andacht und

Demut. Die drei Schilder an den drei Seiten zeigen in Relief den Sündenfall, die Ankündigung der Erlösung und den Besuch Mariens bei Elisabeth.

An dem oberen Teile der Pyramide sitzen drei Englein mit Sonne, Mond und Morgenstern.

Die Witwe des obengenannten Hamm stiftete 200 Floren zur Instandhaltung der Säule. Der Betrag wird vom Kirchenvorstande verwaltet. 1901 wurde die Statue einer umfassenden, längst notwendig gewordenen Instandsetzung unterzogen.

Die Ochsenkapelle.

Im Jahre 1750 lebte in der langen Gasse die Grundbesitzerwitwe Elisabeth Morawek, geborene Müller. Ihrem lungenkranken Sohne Franz gab sie das Versprechen, falls er noch einmal gesund würde, auf ihrem Grundstück zu Ehren der Mutter Gottes von Egenstochau eine Kapelle zu erbauen und in dieser Kapelle das Bildnis der „schwarzen Madonna“ aufzuhängen. Obwohl der Sohn der tödtlichen Krankheit erlag, hielt die Mutter doch das gegebene Versprechen und erbaute 1752 am nördlichen Ende der Langen Straße, in der Nähe des damaligen Ochsenstalles der hiesigen Fleischerinnung diese Kapelle ¹⁾. Im Volksmunde wurde sie von Anbeginn her Ochsenkapelle genannt, wie auch die in der Nähe des ehemaligen Ochsenstalles wohnenden Grundbesitzer Maß und Fuchs heute noch den Namen Ochsenmaß und Ochsenfuchs führen. Die früher dort befindliche Pumpe nannte man Ochsenpumpe. Alle anderen Erklärungen von der Entstehung der Bezeichnung Ochsenkapelle gehören in das Reich der Fabel.

Gegenwärtig ist der Landwirt Heinrich Burschke in der Langen Straße Besitzer der Kapelle. Er ließ im Jahre 1909 die alte Kapelle abbrechen und erbaute an ihrer Stelle eine neue. Das alte, aus dem Jahre 1750 stammende Muttergottesbild ist dem hiesigen Museum überwiesen worden.

An der Schwarzen Schanze, im Garten der Schefflerschen Brauerei befindet sich eine kleine, unscheinliche Kapelle, die um das Jahr 1840 von dem Welpriester Appelt in dem damals ihm gehörigen Garten zu Ehren der immerwährenden Hilfe Mariens erbaut wurde. Vater Appelt bekleidete um das Jahr 1845 das Amt eines Stadtrats.

¹⁾ Fleischerfelder siehe S. 143.

An der Jägerndorfer Straße, am Gartengrundstück des Stadtrats Heinrich Magen befindet sich die Ölb ergkapelle. Sie stand vor dem Ausbau der Jägerndorfer Straße an der gegenüberliegenden Straßenseite. Ihr Erbauer war der Ratsmann Hamm um das Jahr 1730, der auch die Mariensäule auf dem Ringe errichten ließ.

Die an der Badewitzer Straße befindliche Barbarakapelle stand früher an der Stelle des heutigen Regaschen Hauses und war zur Erinnerung an das seinerzeit dort gelegene Johanneshospital erbaut worden. Sie führte auch die Bezeichnung „Johanneskappele“. Gerbereibesitzer Franz Engel benötigte den alten Spitalplatz als Bauplatz, ließ die Kapelle abtragen, errichtete die an der Badewitzer Straße befindliche Kapelle und ließ sie, wohl nur aus historischer Unkenntnis, der hl. Barbara weihen.

Das St. Johanneshospital.

Entstehung.

Wenn auch die Tätigkeit der Johanniter in erster Linie in der Verteidigung des Christentums gegen die Ungläubigen bestand, so war ihre zweite, nicht minder wichtige Aufgabe, Kranke und Sieche zu pflegen. Wir finden daher überall, wo sich die Johanniter niederließen, auch die Entstehung von Hospitälern. Wohl immer fanden sich begüterte Wohltäter, die durch Zuwendung von Barmitteln, Grundbesitz oder Renten die Gründung solcher Anstalten förderten.

In Leobschütz gründete die Königin Kunigunde als Herrin des Troppauer Landes (1278—1285) das St. Johanneshospital, versah es mit hinreichenden Einkünften, wovon wir später hören werden, und übergab es den Johannitern der Kommende Gröbzig (siehe Heft I, S. 53). Die Einkünfte bezog der Komtur, der den Hospitaldienst — die Pflege der Kranken und Siechen — dienenden Brüdern übertrug.

Das Hospitalvermögen kommt in städtische Verwaltung.

Wahrscheinlich wurden die Einkünfte aus den Stiftungen von den Johannitern gar zu willkürlich und nicht im Sinne der Stifterin verwendet; denn 1445 bestimmte Herzog Wenzeslaus, der in Leobschütz residierte, daß alle Besitzungen und Einkünfte des Johanneshospitals der Stadt zufallen sollten, die ihrerseits die Verpflichtung zu übernehmen hatte, für den Unterhalt und die Pflege der Hospitaliten hinreichend Sorge zu tragen.

Die Stadt führte über die Verwendung der Gelder keine besondere Rechnung. Die Einnahmen flossen in den Stadtsäckel, aus dem man nach Bedürfnis die Ausgaben des Hospitals bestritt. Erst im Jahre 1827 richtete man eine von der Stadtkasse gesonderte Verwaltung der Stiftungsgelder ein.

Die Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten, die diese Regelung betrifft, lautet unter teilweiser Kürzung wie folgt:

„Leobschütz, den 19. April 1827. Wohlöbliche Stadtverordneten-Versammlung! Aus der abschriftlich beiliegenden Bestätigungsurkunde Herzogs Wenzeslaus von Troppau, gegeben am Sonntag der Mittfasten Vätare n. Chr., 1445, wovon wir das Original den Herren Stadtverordneten auf Verlangen zur Einsicht überreichen wollen, werden dieselben ersehen:

1. Daß die Königin Kunigunde von Böhmen das städtische Hospital zu St. Johann dem Evangelisten für Arme und Sieche gestiftet und hierzu folgende Grundstücke und Nukungen zur Unterhaltung dieses Spitals angewiesen hat:
 - a) Das Haus mit dem steinernen Gemache und Stöcke bei dem Karnar (Weinhaus) und Kirchhofe gelegen, worin sich die Kammerrätin Schindlersche Armenanstalt befindet.
 - b) Den Spital-Meierhof, vor dem Niedertor der Stadt gelegen, mit anderthalb Huben Erbes, Gärten und Wiesen ¹⁾.
 - c) Die Mühle unter Königsdorf, die sogenannte Spitalmühle oder steinerne Mühle, ebenso die Engelmühle oberhalb Königsdorf mit dem Burgberge und seinem Graben bis an der Bauer Erbe.
 - d) 9 schwere Bierdungen (= $\frac{1}{4}$ Mark = etwa 10 M. heutigen Geldes) Zinses von Königsdorf, 3 schwere Mark vom Vorwerkshofe mit seinem Erbe, genannt Niederhof in Neudorf, 4 schwere Mark von der fürstlichen Rente in Leobschütz.
 - e) Ferner eine Fleischbank, frei von allen Schossen (= Abgaben) und Diensten und zwar die vierte auf die rechte Hand, wenn man von dem Roßmarkt durch die Fleischbank geht.
 - f) Endlich alle Zinsen, die das Spital vormals gehabt auf Höfe, Gärten, Wiesen oder andere Güter um Leobschütz sowie 2 Ruten im Flächeninhalt (= etwa 25 qm) Holz aus dem Stadtwalde.
2. Werden die Herren Stadtverordneten aus dieser gedachten Urkunde ersehen, daß Herzog Wenzeslaus dieses Spital mit allen seinen Gütern, Zinsen und Herrschaften den Bürgern hiesiger Stadt unter den Be-

¹⁾ Das Gut Bratischau (Bratsch), das einstmals auch zum Hospitalbesitz gehörte und auch 1377 noch als Hospitalgut erwähnt wird (Biermann S. 174), war 1445 nicht mehr zu dem Stift gehörig, wie aus der Urkunde ersichtlich. Eine Abschrift befindet sich bei den Mag.-Akten, Johannessospital Vol. V.

dingungen abgetreten hat, daß der Kommendator des Johanniterordens mit Wissen des Rats zu Leobschütz zur Regierung des Spitals einen Probst, Priester oder Laienbruder des Ordens, vorzugsweise aber ein hiesiges Stadtkind anstelle,

daß ferner in dem gedachten Spital wenigsten 7 Siechenbetten oder Krankenbetten gehalten werden sollen, ohne die Bestimmung auf ein gewisses Geschlecht zu beschränken, daß jedoch, wenn der gedachte Orden die Verwaltung des Hospitals nicht behalten wollte, der Rat der Stadt das Recht haben solle, den Spitalmeister oder Verweser allein zu ernennen, beim Ableben desselben oder eines aufgenommenen Siechen deren Gerät, Güter und Habe dem Spital zufallen sollen.“

Weiter lautet das Schriftstück: „Aus dieser Darstellung ergibt sich nun klar:

- a) daß die Stiftung des städtischen Hospitals zu St. Johann nicht bloß für Arme, sondern auch für Sieche oder Kranke angeordnet, mithin nicht bloß ein Armen-, sondern auch ein Krankenhaus dadurch fundiert ist sowie
- b) daß die Einkünfte des Hospitalhofes und die Zinsen der Königsdorfer Spital- und Engelmühle ausschließlich für diese Stiftung angewiesen, und welche Einkünfte heute noch vorhanden sind. Ebenso bezieht das Hospital noch heute das aus dem städtischen Forste angewiesene Holz. (1875 von der Stadt abgelöst.)

Zu welcher Zeit jedoch die 3 schweren Mark vom Vorwerkshof Neudorf, die eine Fleischbank und die anderen Zinsen, welche das Spital vormals auf Höfe, Gärten, Wiesen und anderen Güter um Leobschütz zu fordern hatte, verloren gegangen, ist durchaus aus den Akten nicht zu ermitteln, und es läßt sich die Herstellung dieser Nutzungen nicht mehr durchsetzen, da teils keine Verpflichtung in den betreffenden Hypothekenbüchern eingetragen sein werde, die Fleischbankgerechtigkeiten aber hierorts ohne Entschädigung aufgehoben worden sind.

Der Magistrat hält sich verpflichtet, darauf zu bestehen, daß die zum städtischen Hospital gehörigen oben genannten Einkünfte durchaus in einer ganz abgesonderten Rechnung und nicht mehr cumulatim (= gemeinschaftlich) wie bisher mit den anderen Kammereieinnahmen geführt werden.

Die Einkünfte des Hospitalhof-Vorwerks betragen — nämlich 1827 — nach der neuen Pacht des p. Bobrich jährlich 900 Tlr. Hiervon werden verwendet:

- a. auf Unterhaltung des städtischen Hospitals jährlich 200 Tlr.,
- b. als Beitrag zur Armentasse 200 Tlr.,
- c. auf außerordentliche Beiträge zur Unterhaltung mittelloser Erkrankter, die Miete eines Gelasses zur Unterbringung derselben, Wartung etc. jährlich etwa 60 Tlr.,
- d. zur Unterhaltung des Hospital- und Hospitalvorwerksgebäudes jährlich ungefähr 200 Tlr.

Es bleiben mithin noch übrig 330 Tlr. Hiervon dürften zur Errichtung eines Krankenhauses jährlich 300 Tlr. zinsbar in Pfandbriefen

angelegt werden. Sobald die erforderliche Summe zu dem Bau einer zweckmäßigen Kranken- und Armenanstalt gesammelt ist, sollen diese beiden Anstalten in einem gemeinschaftlichen in sich selbst getrennten, zweckmäßigen Gebäude untergebracht, das jetzige ganz un Zweckmäßig und höchst feuerunsicher angelegte, städtische Hospitalgebäude meistbietend verkauft und die Kaufgelder zu dem neuen Gebäude verwendet werden.

Die Herren Stadtverordneten werden mit dem Magistrat überzeugt sein, daß die Erfüllung der Stiftung der Königin Kunigunde, die Gerechtigkeit für die geheiligten Ansprüche der Armen und Kranken und unser eigenes redliches Bewußtsein es erfordert, die Hospitalstiftung gewissenhaft nach dem Willen der Stifterin anzuordnen usw.“¹⁾

Der Magistrat:

Außt, Schmeer, Bernhard.

Die Stadtverordneten beschloßen unterm 6. Juni 1827, nachdem ihnen die Stiftungsurkunde — wohl nur in Abschrift, das Original befindet sich im Stadtarchiv zu Troppau — vorgelegen:

1. Es soll eine besondere Kuratel aus der Reihe der Magistrats- und der Stadtverordnetenmitglieder gewählt werden, welche die Verwaltung des Hospitals übernimmt, einen Etat aufstellt und diesen zur Genehmigung an den Magistrat einreicht.

2. Es sind Akten über die Wiederherstellung der ursprünglichen Verhältnisse der Fundation anzulegen.

3. Das Hospitalvorwerk soll durch das Fürstlich Liechtensteinische Fürstentumsgericht abgeschätzt werden.

4. Es soll ein zweckmäßiger Neubau des Armen- und Krankenhauses aufgeführt werden.

Damit erklärt sich der Magistrat einverstanden und es wird diesen Beschlüssen entsprechend gehandelt.

Zum Bau des neuen, heutigen Hospitals und Krankenhauses kam es in den Jahren 1833—36. Die beiden Anstalten sind zwar in ein und demselben Gebäude untergebracht, in der Verwaltung sind sie jedoch vollständig von einander getrennt.

Die heutige Verwaltung.

Die Aufsicht über das Johannahospital übte bis 1810 der Komtur der Kommende Gröbzig. Die Pflege der Hospitaliten lag den dienenden Brüdern ob. Mit der Aufhebung des Ordens (1810) ging das Aufsichtsrecht auf die Stadt über, die bereits seit 1445 die Hospitaleinkünfte bezog und die

¹⁾ König Friedrich Wilhelm III. hatte zu jener Zeit einen Beinbruch erlitten. Der Magistrat beabsichtigte, wie in demselben Schriftstück gesagt wird, „anlässlich der Genesung, nicht wie anderwärts geschieht, einen Festschmaus zu halten“, sondern der Krankenstiftung zur Ehrung

notwendigen Ausgaben für das Hospital bestritt. Die Pflege der Siechen und Kranken wurde nun Laien übertragen. Seit 1856 wirken jedoch graue Schwestern von der hl. Elisabeth an der Doppelanstalt und entfalten eine segensreiche Tätigkeit, zumal sie nicht nur im Spital selbst, sondern auch in den Bürgerhäusern Krankenpflege üben.

Nach der Reg.-Verf. vom 13. 2. 1860 und dem Ministerialerlaß vom 14. 8. 1860 steht der Aufnahme evangelischer verarmter Bürger und Bürgerinnen in das Johannahospital nichts entgegen, wenn auch die Anstalt einen katholischen Charakter trägt.

Wie bereits bemerkt, sind Hospital und Krankenhaus seit 1836 in ein und demselben Gebäude untergebracht, führen jedoch getrennte Verwaltungen. Das Hospital leitet unter Oberaufsicht der Stadt ein Vorstand, bestehend aus einem Stadtrat (zurzeit Städtältester Odersky) und zwei Stadtverordneten (J. Beyer und J. Mega). Eine graue Schwester überwacht den Haushalt und die Pflege der Stifflinge. Das Krankenhaus leitet ein Arzt (gegenwärtig der Geheime Sanitätsrat Dr. Kober). 9 Schwestern, die unter einer Oberin stehen, üben die Krankenpflege. Aufnahme können gegen 50 Kranke finden.

Während das Hospital über ein Vermögen von rund 150 000 M. verfügt, benötigt das Krankenhaus alljährlich einen städtischen Zuschuß von 10 bis 12 Tausend Mark. Gegen eine jährliche Einzahlung von 3 M. sichern sich die Bürger für den Fall der Erkrankung eines Diensthboten dessen unentgeltliche Aufnahme ins Krankenhaus.

Das Hospitalgebäude.

Ursprünglich lag das Hospitalgebäude, auch Siechhaus oder Pietanz genannt, vor dem Niedertore, außerhalb der befestigten Stadt, gegenüber der Burg und der Hofkirche. Durch die Hussiten, die in den Jahren 1428—1434 wiederholt raubend und sengend durch unsere Gegend zogen, wurde das Hospital niedergebrannt. Um es in Zukunft nicht wieder feindlichen Verwüstungen preiszugeben, wurde es ins Innere

des Königs den Namen „Friedrich-Wilhelmstiftung“ zu geben und erhoffte, dadurch ein Gnadengeschenk für die Anstalt zu erwirken. Die Stadtverordneten scheinen auf diesen Vorschlag nicht eingegangen zu sein, denn der Name „Johannahospital“ ist mit Recht beibehalten worden bis auf die heutige Zeit.

der Stadt und zwar in die alte Bogtei verlegt. An der Stelle des früheren Hospitals errichtete der Kaufmann Andreas Fuchs im Jahre 1534 eine Kapelle zu Ehren des hl. Johannes. Als der Gerbereibesitzer Franz Engel das heutige Regasche Haus erbaute, trug er die dort befindliche Kapelle ab und errichtete eine neue an der Badewitzer Straße (siehe S. 199).

Um das Jahr 1800 stand das Johannesspital am Obertore innerhalb der Stadt. (Siehe alten Stadtplan S. 74.) An dieser Stelle befindet sich heute das Wohnhaus des Maschinenfabrikanten Ronge. 1827 finden wir das Spital wieder außerhalb der Stadt und zwar vor dem Obertore an der Stadtmauer. In den Jahren 1833—1835 erbaute man endlich das heutige Spitalgebäude mit vollständig abgetrennten Räumen für Kranke. Das alte Spitalgebäude erstand der städtische Lehrer Meyer für 680 Thlr. Heute ist der Viktualienhändler Leo Neumann Besitzer dieses Hauses. 1876 mußte das neue Gebäude wegen Raum Mangels durch einen Anbau an der Südwestseite erweitert werden.

Die Hospitaliten.

Die Zahl der Stifftlinge betrug ursprünglich 7. Ihre Kleidung bestand in einem braunen Gewande. Die Brust zierte ein weißes Kreuz von der Form des Johanniterkreuzes. Im Jahre 1836 verkaufte die Stadt das Spitalvorwerk — die Grundstücke standen damals in niedrigem Werte — zu dem Preise von 37 000 Thrn. Von dieser Zeit ab konnten 12 Hospitaliten aufgenommen werden. Ein Teil der Zinsen wurde noch zurückgelegt, so daß das Kapital nach und nach zur heutigen Höhe von rund 150 000 M. anwuchs. Pflöge (sic) gegenwärtig im Spital 20—25 untergebracht. An W. außerhalb der Anstalt werden jährlich 7000—8000 Portionen Essen verabreicht.

Das Josefshospital.

(Elisabeth Schindlersches Armenhaus.)

Dieses Spital ist eine Stiftung der im Jahre 1809 in Leobschütz verstorbenen Frau Kammerrätin Elisabeth Schindler, geb. Lehr. Ihre Begräbnisstätte befindet sich in der Gruft des Heidenkirchels (siehe dort). In ihrem Testament bestimmte sie, daß in dem Spital sechs unverschuldet

verarmte Bürger dauernd Unterhalt und Pflege finden sollen. Frau Schindler erwarb einen Teil des alten, der Stadt gehörigen Marstalles (Hopfenstalles) und errichtete an dessen Stelle das Stiftsgebäude, das im Jahre 1816 mit 6 Fundatisten bezogen wurde.

Bei dem Gebäude befand sich kein Hofraum. Ja, es mangelte sogar an einem Plätzchen zur Aufstellung einer Bedürfnisanstalt. Da zu jener Zeit auch das Johannahospital neu erbaut werden sollte, beabsichtigte der Magistrat, die beiden Hospitäler zu vereinigen und einen dementsprechend größeren Neubau auszuführen. Hierzu erteilte jedoch die kgl. Regierung nicht ihre Genehmigung, weil bei der Verschiedenart der beiden Stiftungen eine Vereinigung auf Schwierigkeiten stoße. Der Vorstand des Johannahospitals mußte sich dazu verstehen, durch den Restankauf des Marstallgrundstücks einen Hofraum zu schaffen.

Bei dem Umbau des Hospitals im Jahre 1837 wurde eine freie Wohnung für den 2. Glöckner eingerichtet, bestehend in einem Zimmer nebst Kföven. Vordem wohnte dieser Glöckner in dem kleinen Häuschen an der Westseite des Heidenkirchels, das 1836 zum Abbruch kam.

Nach den Testamentsbestimmungen führt der Ortspfarrrer oder ein von ihm bestimmter Vertreter die Aufsicht über die Fundatisten. Eine auf Kündigung angestellte Wirtin sorgt für ihre Verpflegung. Die Verwaltung lag ursprünglich dem Diehtensteinischen Fürstentumsgericht ob, von 1827 an führte sie der Magistrat, und seit 1895 liegt sie in den Händen eines besonderen Kuratoriums, bestehend aus einem Stadtrat (zurzeit Beigeordneter Dr. Grötschel), einem Stadtverordneten (L. Kleiber) und dem Stadtpfarrer. — Das Stiftskapital betrug 26238 M., wovon ein Teil auf den Bau des Hospitals verwendet wurde. Durch weitere Zuwendungen und sparsame Verwaltung war das Vermögen des Schindlerschen Armenhauses 1890 auf 48000 und 1910 auf rund 60000 M. angewachsen.

Die Hospitaliten, die nach einer von der Stifterin selbst gegebenen Hausordnung zu leben haben, sind verpflichtet, für ihre Wohltäterin gewisse Gebete zu verrichten und an allen Donnerstagen die Sommermonate hindurch einer fundierten Messe im Heidenkirchel beizuwohnen.

Die Wohnung für den Stiftskaplan, den Vertreter des Pfarrers, befindet sich im 3. Geschöb des Gebäudes. Außer der freien Wohnung stehen ihm Bedienung, Frühstück, Vesper und eine gewisse Bareinnahme zu, wofür er die nächste Auf-

sicht über die Anstalt zu führen, für die Stifterin allwöchentlich eine hl. Messe und für die Familie der übrigen Wohltäter des Stifts (Göbel, Hanel, Weiß und Kausch) zusammen jährlich 6 Messen zu lesen hat.

Unter den vielen uns sonderbar erscheinenden Testamentsbestimmungen der Frau Elisabeth Schindler befindet sich folgende: „Dem hiesigen Stadtpfarrer Koske vermache ich die 6 Oberhemden meines verstorbenen Mannes nebst der gravierten vergoldeten Dose zum Andenken.“

Das Hoffmannsche Waisenhaus.

Der Kaufmann Johann Karl Hoffmann hinterließ bei seinem Tode 1788 der Stadt Leobschütz den Betrag von 12600 Tlr. zur Gründung eines Waisenhauses mit der Bestimmung, daß in diesem 8 katholische Knaben, deren Eltern bzw. Väter verstorben seien, vom 8. bis zum beendeten 14. Lebensjahre unentgeltliche Aufnahme finden sollten; falls sich das Vermögen erhöhte, sollten auch ebensoviele Mädchen in der Anstalt Unterkunft finden. Die Stadt verpflichtete sich, aus dem Stadtforst das erforderliche Heizmaterial zu liefern. Nachdem diese Stiftung 1789 die königliche Bestätigung gefunden, wurde das Anstaltsgebäude am Neumarkt erbaut, im Jahre 1793 eingeweiht und sogleich von 8 Waisenknaben bezogen. Ein Geistlicher — gegenwärtig Kaplan Brazidlo — führt die unmittelbare Aufsicht und leitet die Erziehung. Eine Wirtin, der eine Dienstmagd zu steht, sorgt für die Verpflegung der Zöglinge. Der Stifter traf auch Bestimmungen über die Speisung der Zöglinge. Jeder sollte erhalten: früh eine warme Suppe, zu Mittag eine Suppe und ein halbes Pfund Fleisch mit Gemüse und abends eine Suppe mit Butterbrot; des Sonntags sollte ein Braten mit Gemüse hergerichtet werden.

Bis 1830 führte die Fürstlich Liechtensteinsche Landesamtsregierung die Oberaufsicht. Seit jener Zeit liegt sie in den Händen des hiesigen Magistrats. Die Waisenhausvorsteher — seit 1864 sind deren drei — werden von den Stadtverordneten gewählt (zurzeit Geh. Sanitätsrat Dr. Kober, Buchhändler Max Engel und Uhrmacher Kaul). Die Vorsteher treffen die Auswahl unter den zur Aufnahme gemeldeten Waisen, überwachen den Haushalt und legen monatlich Rechnung über den Verbrauch der empfangenen Geld-

beträge. Die Kasse selbst wird seit 1864 von dem städtischen Rämmerer verwaltet. Durch sparsame Haushaltung und weitere Zuwendungen vermehrte sich das Stiftskapital, so daß schon im Jahre 1826 auch 8 Waisenmädchen Aufnahme finden konnten, die bis zum vollendeten 16. Jahre in der Anstalt verbleiben. Das Gebäude erwies sich jedoch für so viele Waisenkinder als zu klein, und die Zahl der Zöglinge mußte wieder beschränkt werden. Im Jahre 1863 kaufte der Magistrat zwei Nachbargrundstücke des Waisenhauses für 6000 M. an und erbaute im Jahre 1879 ein neues Waisenhaus. Von dem ursprünglichen Gebäude fand nur die Umfassungsmauer Verwendung.

Das Kapitalvermögen betrug 1870 rund 80 000 M.; gegenwärtig beläuft es sich auf 190 000 M.

Für die Anstalt setzten Legate aus:

Kaufmann Franz Stiebler, einer der beiden ersten Waisenhausvorsteher 1810 1000 Tlr. Von den Zinsen sollen Lehrmeister von Waisenhausknaben 26 Tlr. Lehrgeld und der Lehrling selbst jährlich Schuhe und Jacke erhalten.

Frau Oberamtmann Heyn 3000 Tlr. zwecks Aufnahme zweier Mädchen in die Anstalt (1826). Ein ehemaliges Waisenhausmädchen soll bei der Verheiratung 90 M. zur Ausstattung erhalten.

Bürgermeister a. D. Jos. Hende und Ehefrau 2000 Tlr. zur Aufnahme und Verpflegung von 2 Waisenkindern (1866).

Frau Stadtphysikus Josefine Mathes, geb. Hoffmann 4000 Tlr. zur Aufnahme von 2 Knaben und 2 Mädchen (1868).

Die alte Dame war eine besondere Tierfreundin. In ihrem Testament setzte sie 500 Tlr. aus, von deren Zinsen die bei ihrem Tode vorhandenen Hunde, Katzen und Vögel bis zum ihrem Ableben unterhalten werden sollten. Dem Pfleger stand der Zinsgenuß zu bis zum Tode des letzten dieser Tiere, dann fiel das Kapital bestimmungsgemäß an den Vincenzverein.

Frau Geheimrat Anna Köster, eine Tochter des ehemaligen Bürgermeisters Joh. Richter, 150 M. mit der Bestimmung, daß von den Zinsen dieses Geldes alljährlich am 25. März, dem Todestage ihres Mannes, die Zöglinge des Nachmittags mit Kaffee und Kuchen bewirtet werden (1875). 1000 M. überwies sie 1883 der Anstalt zur beliebigen Verwendung.

Riernerwitwe Josefa Uhl (1877) 4500 M. zur Aufnahme eines Waisenkindes.

Rentier Heinrich Richter in Dresden, ein Sohn des Bürgermeisters Joh. Richter, 3600 M. zur Aufnahme eines Waisenmädchens. Die uneheliche Geburt soll kein Hinderungsgrund sein (1879).

Obertribunalrat Otto Forni in Berlin — sein Vater Anton Forni war um das Jahr 1810 Senator in Leobschütz, Besitzer des Gutes

Gläsen und langjähriger Vorsteher des Hoffmannschen Waisenhauses — 600 M. zur Anschaffung von Kleidungsstücken für die in der Lehre stehenden Waisenhauszöglinge (1880).

Kanzleirat Alois Schmutter, früherer Waisenhausvorsteher, 4500 M. zur Aufnahme eines Waisenkinds (1882).

Fräulein Agnes Forni in Berlin 900 M. ohne besondere Bestimmung (1889).

Stadtältester Adolf Gißmann, Vorsteher des Waisenhauses, 2000 M. zur Unterstützung eines ehrbaren Handwerksmeisters, der Zögling der Anstalt gewesen sein muß (1888).

Sanitätsrat Dr. Gröttschel 5000 M. (1906). ¹⁾

Nachdem das Waisenhaus 26 Pfleglinge zählte, beschloß der Magistrat, 2 Schwestern des Ordens de notre Dame in die Anstalt aufzunehmen, von denen eine geprüfte Lehrerin sein müsse. Dieser Beschluß gelangte 1891 mit obrigkeitlicher Genehmigung zur Ausführung.

An den Stifter des Waisenhauses erinnert eine Gedenktafel in unserer Pfarrkirche am linken Chorpfeiler. Die Inschrift lautet: „Dem zärtlichen Gemahl, dem besten der Väter, dem Vater der Waisen, dem rechtschaffenen und tätigen Manne Johann Karl Hoffmann, geb. den 18. Februar 1747, gestorben den 3. September 1788, von seiner verwandten Familie errichtet. Sanft ruhe die Asche des Verklärten.“ — Eine Gedenktafel für seine Gemahlin befindet sich im Annakirchhof. Sie leistete zum Bau des Waisenhauses bedeutende Beiträge, beschenkte zu allen Festzeiten die Zöglinge und erwies sich stets als eine freundliche Mutter der Waisen.

Das Hampelsche Waisenhaus.

Der Bäckermeister Anton Hampel bestimmte 1864 testamentarisch von seinem Nachlaß 60 000 M. zur Gründung eines nach ihm zu benennenden Waisenhauses. Die von ihm hinterlassene Witwe Josefa Hampel, geb. Hoppe schenkte 1877 zur sofortigen Einrichtung der Anstalt ihr Haus und ihr Gartengrundstück und sprach den Wunsch aus, daß die erweiterte Stiftung die Bezeichnung „Anton und Josefa

¹⁾ Witwe Amalie Ruske vermachte 1881 dem Waisenhause testamentarisch 900 M. Dafür sollten die Anstaltszöglinge die Gräber ihrer beiden verstorbenen Gatten — des Rats Herrn Fuchs und des Rentmeisters Ruske — sowie ihr eigenes Grab in gutem Zustande erhalten. Der Nachlaß wurde durch einen mehrjährigen Prozeß zwischen den Fuchsen und Ruskeschen Erben vollständig aufgebraucht, so daß nicht nur dieses Legat ausfiel, sondern auch eine Anzahl Gläubiger unbefriedigt blieben.

"Hampelsches Waisenhaus" führe. Aufnahme sollten 6 eltern- oder vaterlose Knaben vom 6. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre finden. Falls der Fonds ausreiche oder das Stiftungsvermögen sich vermehre, sollten auch bis 6 Mädchen in der Anstalt untergebracht werden und daselbst bis zum vollendeten 17. Lebensjahre verbleiben.

Aus der Stiftungsurkunde sind noch folgende Bestimmungen zu erwähnen: Nach beendeter Schulpflicht haben die Knaben ein Handwerk zu lernen. Die Anstalt zahlt für jeden Pflegling 60 M. Lehrgeld, 15 M. Entschädigung für Betten und beim Freispruch 15 M. zur Anschaffung von Kleidern. Die Kleidergelder werden dem Pflegling bei mangelhafter Führung vorenthalten. An den Geburts- und Namenstagen der Hampelschen Eheleute sind die Stifftlinge am Nachmittage mit Kuchen und Kaffee zu bewirten. Die Bildnisse der Stifter, in Öl gemalt und mit Goldrahmen versehen, sind im Speisezimmer der Anstalt aufzuhängen. Der Leiter des Waisenhauses erhält freie Wohnung, bestehend in 2 Zimmern, ferner freie Beheizung und 300 M. in bar. 1878 wurde die Anstalt mit 6 Pfleglingen eröffnet.

Das ursprüngliche Stiftskapital vergrößerte sich durch einige Zuwendungen.

1867 überwies der Bäckermeister Franz Kosler dem Waisenhaus ein Legat von 3000 M. zur Aufnahme von 2 Zöglingen, so daß seit jener Zeit die Zahl der Pfleglinge 8 beträgt.

Der Stadtälteste Adolf Gishmann vermachte dem Waisenhaus im Jahre 1888 2000 M. Die Zinsen sollen einem ehrbaren, ehemaligen Waisennädchen nach der Verheiratung ausgezahlt werden.

Der langjährige Waisenhausvorsteher Emanuel Kreisel überwies der Anstalt die ihm 1896 zu seinem 50jährigen Bürgerjubiläum überreichten 600 M.

1890 betrug das Barvermögen 58 000 M., den Wert des Grundstückes schätzte man auf 42 000 M. Gegenwärtig beläuft sich das Kapital auf rund 70 000 M. und der Wert des Grundstückes wird mit 60 000 M. angenommen. Im Jahre 1905 vermehrte man die Anstaltsräume durch einen Anbau an der Nordseite der Hauses.

Die Oberaufsicht über das Waisenhaus steht der Staatsregierung und unter dieser dem Magistrat zu, der auch das Vermögen verwaltet. Die unmittelbare Aufsicht führt ein hierzu vom katholischen Stadtpfarrer bestimmter Kaplan (zurzeit Kaplan Martin), der mit zwei vom Magistrat zu ernennenden Mitgliedern (gegenwärtig Stadtältester Odersky und Stadtverordneter Dobroschke) den Vorstand bildet. Der Vorstand trifft die Auswahl der aufzunehmenden Zöglinge und leitet den wirtschaftlichen Betrieb.

Von dem zum ersten Waisenhausaufseher erwählten Kaplan Proske forderte die kgl. Regierung, daß er sich der Rektoratsprüfung unterziehe. Da er dies ablehnte, wurde die Aufsicht über die Pfléglinge dem Lehrer Klose übertragen. Seit 1887 führt wieder ein Kaplan die Aufsicht. Dieser mußte sich anfänglich einen Erlaubnischein von der kgl. Regierung erwirken. Seit 1902 wird auch hiervon abgesehen.

Das Rösler'sche Sankta-Maria-Armenhaus.

Die 1889 verstorbene Stifterin Anna Rösler war die kinderlose Witwe des Geheimen Justizrats Hermann Rösler, gest. 1860. Im Jahre 1886 übergab sie dem hiesigen Magistrat die Summe von 60 000 M. Nach ihrem Tode sollte dieses Kapital zur Errichtung eines Armenhauses dienen, dem sie testamentarisch ihr ansehnliches Vermögen zuwenden wollte. Bei ihrem Hinscheiden im Jahre 1889 war die für den Bau vorgesehene Summe auf 81 500 M. angewachsen. Die Hinterlassenschaft der Stifterin bestand in einem Barvermögen von mehr als 500 000 M. und dem an der Laubenstraße liegenden Wohnhause Nr. 6, das 1905 an die verwitwete Marie Snaga verkauft wurde. Das Stift sollte armen, alten Personen katholischen Glaubens Unterhalt und Pflege gewähren.

Nach dem noch zu Lebzeiten der Stifterin Allerhöchsten Orts bestätigten Statut wurde von ihr zur Verwaltung der Stiftungsgelder bestimmt: der Bürgermeister, der Stadtpfarrer und ein Bürger der Stadt Leobsküh, letzterer war zunächst Justizrat Kurek. Sollte der Bürgermeister nicht katholisch sein, so soll an dessen Stelle ein katholisches Mitglied der städtischen Körperschaften treten. Stiftsrendant wurde Rämmerer Bernard, nach dessen Tode Magistratssekretär Giller.

Bis zur Fertigstellung des Stiftsgebäudes an der Kunigundenstraße diente das vorhin erwähnte Wohnhaus der Frau Rösler als Armenhaus (1891—1904). Das von der Firma Hoffrichter in geschmackvollem Stil nach dem Entwurf des Regierungsbaumeisters Scheppig in den Jahren 1903 und 1904 erbaute, neue Gebäude wurde von 25 Stifflingen bezogen. Ihre Verpflegung besorgen, der Testamentsbestimmung entsprechend, zwei Schwestern vom Orden der hl. Elisabeth. Das Vermögen ist zurzeit, da ein Teil der Zinsen zurückgelegt werden konnte, auf 600 000 M. angewachsen.

Frau Rösler ruht mit ihrem Gemahl und ihren Schwiegereltern in einer Gruft auf dem alten Friedhofe.

Die Schmidtsche Waisenfistung.

Durch Fleiß und Tüchtigkeit hatte sich der 1886 verstorbene Mälzereibesitzer Wilhelm Schmidt aus kleinen Verhältnissen zu einem wohlhabenden Manne emporgearbeitet. Da seine Ehe kinderlos blieb, bestimmte er in seinem Testament 150 000 M. zur Gründung eines Stifles zur Erziehung und Unterhaltung armer Kinder evangelischer Konfession. Die von Wilhelm Schmidt hinterlassene Witwe Marie Schmidt, geb. Donau hinterlegt, den Bestimmungen des Testaments entsprechend, alljährlich 3000 M. zwecks Ansammlung eines Fonds zum Bau des Waisenhauses ¹⁾.

Die katholische Volksschule.

Früher als auf den Dörfern kam es in den Städten zur Gründung von Schulen, um die Jugend wenigstens in die Geheimnisse des Lesens und Schreibens einzuführen. Und gerade bezüglich der Schulbildung war der Gegensatz zwischen Dorf und Stadt in früherer Zeit recht bedeutend. „Der dumme Bauer“ war dem Städter ein Gegenstand unholder Scherze. Man sagte ihm nicht nur Dummheit, sondern auch Tölpelhaftigkeit nach. Dazu kam allerdings noch die besondere Tracht, die ihn auf den ersten Blick als Bauer erkennen ließ. Das ist in den letzten Jahrzehnten anders geworden. Durch den regen Verkehr der Landleute mit den Städtern sind die Gegensätze abgeschliffen, und ganz besonders durch die allgemeine bessere Schulbildung ist „der dumme Bauer“ so gut wie ausgestorben.

Die Schule in Leobschütz muß gleich nach der Gründung der Stadt ins Leben gerufen worden sein, denn in der Urkunde ²⁾ von 1270, in welcher König Ottokar II. der Stadt Leobschütz verschiedene Privilegien bestätigt, wird angeordnet, daß der Vogt stets mit Beirat der Bürger die Schulen zu besetzen habe. 1287 bestand für den Johanniterorden, der

¹⁾ Der hiesigen Vereinigung der Freimaurer überwies W. Schmidt testamentarisch 3000 M.

²⁾ Bis etwa zum Jahre 1330 waren die Urkunden in lateinischer, von 1330—1430 in deutscher, von 1430—1550 in böhmischer und nach 1550 wieder in deutscher Sprache ausgestellt.

die Seelsorge in Leobschütz ausübte und auch eine ansehnliche Dotation genoß, die Verpflichtung, die Schule der Stadt mit einem Kantor und zwei Untermeistern zu versehen.

Im Jahre 1342 wird als Leiter der Schule Rektor Johannes genannt, der zugleich Stadtschreiber war und eine Schenkungsurkunde des Bürgers Heinko als Zeuge unterschrieb. In einer Urkunde vom Jahre 1455 wird die Gemeinde Königsdorf zur Zahlung von 8 M. an die Leobschützer Schule verpflichtet. Davon soll der Schulmeister 6 M. erhalten; 2 M. sollen auf Speisung armer Schüler verwendet werden. Dieselbe Urkunde spricht auch über die Pflichten der Lehrer. Da heißt es: „Der Schulmeister soll mit seinen Untermeistern, zum wenigsten mit zweien, der Leute Kinder mit allem Fleiß lehren und mit aller Güte zu Rünsten (darunter meinte man Lesen, Schreiben und Rechnen) Zucht und Ehre und guten Sitten anhalten. Er soll mit all den Seinen in der Kirche andächtig und löblich singen etc.“

Aus der Zeit, als die Einwohner von Leobschütz evangelisch waren, (1542—1650) werden Antonius Pausius, Andreas Faber, Georg Reimann und Johann Runsche als hervorragende, gelehrte Magister und Prediger genannt. 1582 unterhielt der Rektor neben der deutschen Schule auch eine Lateinschule, an welcher neben den Lehrern auch der Pastor unterrichtete. Beide Schulen erfreuten sich eines besonderen Rufes, so daß auch Kinder wohlhabender Eltern von auswärts die Stadtschule besuchten. 1588 kam „der Religion wegen“ ein Schulhalter namens Cößmann Drindell aus Wien nach Leobschütz.

Während des 30jährigen Krieges war die Schule recht vernachlässigt worden. Erst 1690 organisierte man sie aufs neue und richtete sie vierklassig ein. Sie bereitete bis zur 3. Klasse eines Gymnasiums vor. Mit ihr zugleich wurde eine Rechenschule und eine „Mandlschuele“ eingerichtet.

1720 wird ein Magister Philosophiae als Rektor der Schule erwähnt, dem 3 Offizianten zur Seite standen. Eine zweite Mädchenklasse wurde 1826 errichtet. Jede Schulklasse, ob Knaben- oder Mädchenklasse, zählte 100 bis 150 Kinder.

Mit der allgemeinen Schulbildung war es bei uns noch zu Anfang, ja selbst noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts mangelhaft bestellt. Im Jahre 1799 kamen die katholischen Bürger von Leobschütz bei der kgl. Regierung um Regelung der Stolataxordnung ein. Von 304 Bürgern

unterzeichneten die Eingabe 106 mit 3 Kreuzchen. 1804 können von 8 zu einem Termin geladenen Bürgern der Stadt nur vier ihren Namen unterschreiben. Von den 13 Handlangern, die beim Bau des Pfarrhauses 1822 beschäftigt waren, vermochte keiner durch Namensunterschrift Quittung zu leisten. Bei der Rentenablösung im Jahre 1855 und 1856 sind in Sabshütz 19, im Taumliß 2 und in Blümsdorf alle 3 Grundbesitzer nicht imstande, ihren Namen zu schreiben (Mag.-Akt.). Sie unterzeichneten mit 3 Kreuzchen in Gegenwart eines schreibkundigen Zeugen.

Welchen Fortschritt die deutsche Schule in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen hat, zeigt die geringe Zahl der Analphabeten im Deutschen Reiche im Verhältnis zu anderen Ländern nach einer Zusammenstellung aus dem Jahre 1911:

Deutschland	0,05 Proz.	Niederlande	2,1 Proz.	Italien	31,0 Proz.
Schweden	0,1 =	Finnland	4,9 =	Bulgarien	53,0 =
Schweiz	0,1 =	Belgien	10,2 =	Serbien	62,0 =
Dänemark	0,2 =	Österreich	=	Rußland	62,0 =
Großbritannien	1,0 =	Ungarn	25,7 =	Portugal	70,0 =
Frankreich	2,0 =	Griechenland	30,0 =	Rumänien	75,0 =

1861 kam für die Knaben das Turnen und für die Mädchen der Handarbeitsunterricht zur Einführung. Im folgenden Jahre zählte die Schule 6 Knaben- und 6 Mädchenklassen; außerdem gab es eine Realklasse als gehobene Elementarklasse mit zwei Kursen. Leiter der Schule war bis 1869 Rektor Elpel. Ihm folgte Rektor Langer, 1869—1875.

1867 kamen an der Mädchenschule 3 Schulschwestern und 1870 nochmals 3 zur Anstellung. Die Stadtverordneten-Versammlung erhob dagegen Einspruch und erzielte, daß zufolge einer Verfügung des Ministers 3 der Schwestern durch Volksschullehrer ersetzt werden mußten (1872).

1873 schieden auch die anderen 3 Schulschwestern aus dem hiesigen Schuldienst. 1874 stellte die Stadt die ersten weltlichen Lehrerinnen an. Die Schule zählte damals 10 Knaben- und 9 Mädchenklassen.

Der letzte geistliche Ortsschulinspektor der Stadtschule war der Kanonikus Pfarrer Drehler. 1872 wurde er infolge des neuen Schulaufsichtsgesetzes seines Amtes enthoben und der Rechtsanwalt Hecke zu seinem Nachfolger ernannt. Nach Hecke übertrug die kgl. Regierung die Volksschulinspektion dem Oberlehrer Kleiber, 1874—1878.

Im Jahre 1878 wurde die dreiklassige evangelische Schule mit der katholischen zu einer Simultanschule unter Leitung

des Rektors C. Neugebauer vereinigt. Die Lokalschulinspektoren der beiden bis dahin konfessionellen Schulen, Oberlehrer Kleiber und Pastor Brzngode, legten auf Veranlassung der kgl. Regierung ihr Amt nieder.

Die Simultanschule oder paritätische Schule bestand in Leobschütz nur 6 Jahre. Sie wurde 1884 in eine 12klassige Knabenschule unter Leitung des Rektors Neugebauer (1875—1898), eine 12klassige Mädchenschule unter Hauptlehrer Heeger (1884—1895) und eine 4klassige evangelische Schule unter Hauptlehrer Manwald aufgelöst. Die evangelische Schule erhielt wieder den evangelischen Ortsgeistlichen als Ortsschulinspektor, während für die katholischen Schulen der Stadt Leobschütz das Institut der Lokalschulinspektion nicht mehr auflebte. Der Rektor mit erweiterten Amtsbefugnissen ist seit jener Zeit dem Kreis-
schulinspektor unmittelbar unterstellt.

Die Knabenschule erhielt 1885 und die Mädchenschule im Jahre 1900 eine 13. Klasse¹⁾.

Als 1895 Hauptlehrer Heeger in den Ruhestand trat, veranlaßte die königliche Regierung den Magistrat, an der Mädchenschule auch einen Rektor anzustellen und diese Schule von der Knabenschule zu trennen. Als erster Rektor wirkte an dieser Schule J. Leichter, 1895—1898. Nach der Pensionierung des Rektors Neugebauer 1898 übernahm Leichter das Rektorat der Knabenschule, und ihm folgte als Leiter der Mädchenschule R. Hofrichter.

Das Lehrerkollegium

1820.

Franz Weidlich (Chorrektor), Schmidt, John und der Mädchenlehrer Ant. Weidlich. Auf einen Lehrer kamen mehr als 150 Schüler.

1840.

Franz Weidlich (Chorrektor), John, Wolff, A. Weidlich, Bulla und Jedin.

1870.

Rektor Langer und die Lehrer Bulla, Jedin, Heeger, Rubich, Kariger (Chorrektor), Wiede, Karl und Franz Neugebauer, Krautwurst, Doiwa, Beck und Klose. Außerdem amtierten an der Schule 6 Schulschwester.

1890.

Rektor C. Neugebauer, Hauptlehrer Heeger und die Lehrer Fr. Neugebauer, Leichter, Klose, Brznmalla (Chorrektor), Ullmann, Oppik, Löhnert, Gentschel, Uzeschny, Hofrichter, Jos. Nizpon, Käßner, Hanslik, Klehr und Paul Nizpon, ferner die Lehrerinnen Winkler, Rieger, Franze, Fischer, Gröger, Kariger und Winter.

¹⁾ 1908 wurde die 13. Mädchenklasse infolge Errichtung einer Seminarschule wieder aufgelöst.

Die Lehrerkollegien 1910.

Knabenschule: Rektor Leichter, die Lehrer Böhnert (Chorrektor), Gentschel, Uzeschny, J. Nixpon, Kahner, Hanslik, Rothe, Krause, Lex, Heidrich, Grötschel und Thill. Im Jahre 1911 übernahm Lehrer Rothe das Chorrektorat.

Mädchenschule: Rektor Hofrichter, die Lehrer Oppitz, König, Stachr, Tschauder und Wanke, ferner die Lehrerinnen Kieger, Gröger, Kariger, G. Leichter, Nierle und Wolf. Die geprüfte technische Lehrerin D. Leichter erteilt Unterricht im Turnen und in Handarbeit. Die Handarbeitslehrerin A. Grötschel wird provisorisch beschäftigt.

Die Schulgebäude.

In früherer Zeit waren die Schulklassen in gemieteten Räumen untergebracht. 1558 erbaute die Stadt ein eigenes Schulhaus an der Nordseite der Pfarrkirche (Kirchplatz 5). Dieses ist seit 1889 Wohnhaus für Chorbeamte. (Siehe Abbildung Brautlinde, S. 164.) Im alten Rektorhause neben der Pfarrei befanden sich 1826 zwei Mädchenklassen und im Erdgeschoß zwei Lehrerwohnungen. 1857 kam es zur Erbauung des heutigen alten Schulhauses neben dem Rektorhause. 1869 wurde dieses Gebäude nach Norden hin verlängert und ihm ein drittes Geschoß aufgesetzt. Zum Bau des neuen Schulhauses an der König-Ottokarstraße schritt die Stadt im Jahre 1888. (Siehe Bild S. 185.) Die Ausführung des Baues durch den Baumeister Kaiser gestaltete sich ziemlich schwierig. Die Fundamente des westlichen Flügels und des Mittelbaues kamen in den ehemaligen Wallgraben, zum Teil in eine Tiefe von 15 m zu liegen. Das Schulhaus enthält 18 Lehrzimmer, 2 Säle, 2 Amtszimmer, ein Lehrerzimmer und mehrere kleine Zimmer zur Aufbewahrung von Lehrmitteln. Im Kellergeschoß befindet sich die Wohnung für den Schuldiener und die vom Vaterländischen Frauenverein eingerichtete Volksküche. Die Kellereien unter dem Mittelbau und dem östlichen Flügel hat der Weinkaufmann Adler für jährlich 300 M. gemietet.

Die Schulaufsicht.

Von altersher stand die Schule unter kirchlicher Aufsicht. Die Dekanten waren zugleich Schulrevisoren (Kreischulinspektoren), und die Pfarrer führten die Ortsaufsicht, sie waren die Lokalschulinspektoren. Der Geistliche war sozusagen der „geborene“ Schulinspektor, wie dies in evangelischen Gegenden zumeist noch jetzt der Fall ist.

Zufolge des Schulaufsichtsgesetzes vom Jahre 1872 wurde der katholischen Geistlichkeit die Kreis- wie auch die Lokalschulaufsicht entzogen. Unsere letzten geistlichen Kreisschulinspektoren im Kreise waren Dechant Rücker in Leisniz für das Dekanat Leobschütz und Kanonikus Ulrich in Ratscher für das Dekanat Ratscher. Die evangelischen Schulen standen unter der Aufsicht des Superintendenten und verblieben auch unter diesem.

Zu Kreisschulinspektoren berief man vom Jahre 1872 ab akademischgebildete Lehrer oder auch bewährte Volksschullehrer. Das Amt eines Lokal- oder Ortsschulinspektors wurde Amtsvorstehern, Gutsbesitzern, Gutsinspektoren usw. übertragen. Dechant Walter in Tropelowitz war der einzige Geistliche des Kreises, dem man die Lokalschulinspektion auch über die Zeit des sogenannten Kulturkampfes beließ. In der Wahl der weltlichen Ortsschulinspektoren war bei dem Mangel an geeigneten Personen dem Ansehen der Schule nicht gerade immer gedient. Es waren Fälle zu verzeichnen, in denen Leute zur Ortsschulaufsicht für befähigt erachtet wurden, die für den Lehrerberuf als ungeeignet befunden worden waren.

Hatten sich vorher schon einzelne Stimmen gegen das Institut der Lokalschulinspektion in Lehrerkreisen hören lassen, so vernahm man diese jetzt um so zahlreicher und lauter.

Recht oft hörte man die Äußerung: „Wenn durchaus die nicht fachliche Lokalschulinspektion bestehen bleiben soll, so ist der Geistliche für dieses Amt immerhin die geeignetste Person.“ Wo dieses Institut heute noch besteht, ist es mit der Zeit auch wieder den Ortsgeistlichen übertragen worden. Gegenwärtig bekleiden in unserem Kreise dieses Amt: Pfarrer Behr in Leisniz, Pfarrer Richtarsky in Löwitz, Konsistorialrat Scheithauer in Kreuzendorf, Pf. Jansch in Gläsen, Pf. Gush in Jakubowitz, Pf. Kolibabe in Hohndorf, Pf. Manderla in Dittmerau, Apothekenbesitzer Winter in Ratscher und Amtsvorsteher Dittel in Wanowitz.

Nach dem Inkrafttreten des neuen Schulaufsichtsgesetzes wurden die Schulen des Kreises wie vordem in 2 katholische und 1 evangelischen Schulinspektionsbezirk geteilt.

Der Kreisschulinspektionsbezirk I

erstreckt sich über den westlichen und nördlichen Teil des Kreises. Zu ihm gehören auch die katholischen Schulen der Stadt Leobschütz. Der Bezirk zählt gegenwärtig außer 2 Privatschulen 40 Volksschule, 106 Lehr-

personen (3 Direktoren, 90 Hauptlehrer und Lehrer, 12 wissenschaftliche und 1 technische Lehrerin), 6632 Kinder (6112 deutsche, 293 zweisprachige und 227 mährische, bzw. polnische). Dem Bekenntnisse nach sind 6584 katholisch, 43 evangelisch und 5 jüdisch. 5 Kleinkinderschulen mit 6 Klassen und ebensoviel Lehrerinnen werden von 261 Kindern besucht.

Schulinspektoren seit 1873:

- 1873 Dr. Vogt. Er übernahm noch in demselben Jahre die Kreis-
schulinspektion des Kreises Neustadt O/S.
1874 Rasmann, nachher Kreisschulinspektor im Kreise Neiße.
1875 Orbach, der nach kaum zweijähriger Tätigkeit verstarb.
1877—1904 Schulrat Elsner, vordem Kreisschulinspektor des Be-
zirks Leobschütz II.
1904—heute Schulrat Dr. Mikulla, ebenfalls vorher Kreisschul-
inspektor des Bezirks Leobschütz II.

Der Kreisschulinspektionsbezirk II

umfaßt den Osten und Süden des Kreises einschließlich der Städte
Bauerwitz und Ratsher. Er zählt jetzt 40 öffentliche Volksschulen, 115
Lehrpersonen (99 Hauptlehrer und Lehrer und 16 Lehrerinnen), 7261
Schulkinder (5102 deutsche, 733 zweisprachige und 1426 mährische, bzw.
polnische). Dem Bekenntnisse nach sind 7193 katholisch, 67 evangelisch
und 1 jüdisch. Dazu kommen die höhere Knabenschule in Ratsher
und 5 Kleinkinderschulen.

Schulinspektoren seit 1873:

- 1873 Battig, früher Seminarlehrer. Noch in demselben Jahre er-
folgte seine Versetzung als Kreisschulinspektor nach Ratibor.
1873—1874 Körnig, vorher Rektor in Breslau. Er kehrte wieder in
sein früheres Amt zurück. Battig und Körnig hatten ihren Wohn-
sitz in Ratsher, während ihre Nachfolger mit Genehmigung der
Kgl. Regierung in Leobschütz Wohnung nahmen.
1874—1876 Elsner, vordem Mittelschullehrer in Breslau.
1876—1886 Schwarzer, vordem technischer Lehrer am Gymnasium in
Ratibor.
1887—1893 Stordeur. Er wirkte vorher als Kreisschulinspektor in
Schildberg und wurde 1893 nach der Provinz Sachsen versetzt.
1893—1900 Heijig, vorher Kreisschulinspektor in Hultschin, gegen-
wärtig Seminardirektor in Danzig-Langfuhr.
1900—1904 Dr. Mikulla, vordem Kreisschulinspektor in Beuthen O/S.
1904—1907 Schulrat Streibel. Er verwaltete vorher den Inspektions-
bezirk Oberglogau.
1907—heute Stenzel. Vor seiner Berufung zum Kreisschulinspektor
wirkte er als Oberlehrer am Kgl. Gymnasium in Neiße.

Aus dem Volksschullehrerstande gingen hervor: Battig, Körnig,
Elsner, Schwarzer und Streibel.

Kreisschulinspektionsbezirk III siehe evangelische Schule.

Nach einer Statistik vom Jahre 1860 gab es im Kreise Leobschütz 80 Schulen: 71 katholische, 8 evangelische und 1 jüdische. 144 Lehrpersonen (99 Lehrer und 45 Adjunkten) unterrichteten 13 500 Schulkinder. Auf eine Lehrkraft kamen durchschnittlich 93 Kinder. Über die damaligen sprachlichen und konfessionellen Verhältnisse der Schulkinder konnte ich leider nichts in Erfahrung bringen.

Im Jahre 1911 zählte der Kreis 92 öffentliche Volksschulen: 80 katholische und 12 evangelische ¹⁾. An diesen unterrichteten 3 Direktoren, ²⁾ 210 Hauptlehrer und Lehrer, 29 wissenschaftliche und 1 technische Lehrerin, zusammen 243 Lehrpersonen ³⁾, 15 086 Kinder (12 131 deutsche, 1054 zweisprachige und 1901 mährische, bzw. polnische). Dem Bekenntnisse nach waren 13 778 Kinder katholisch, 1301 evangelisch und 7 jüdisch. Auf eine Lehrkraft kamen im Durchschnitt 63 Schüler. Die Zahl der Kleinkinderschulen betrug 13.

Wohlthäter der Schule.

Zur Unterstützung und Prämierung armer und fleißiger Schüler wurden Legate ausgesetzt: von Dr. Mathes 300 M., von Bürgermeister Heyde 1500 M., von Syndikus Bernard 300 M., von Benjamin Hollaender 600 M., von Klara Bernhardt 300 M.

Der im Jahre 1888 verstorbene Stadthalter Adolf Gitzmann bestimmte die Zinsen von 4500 M. zur Abhaltung von Schulpaziergängen. Buchdruckereibesitzer Wilhelm Witke stiftete im Jahre 1907 zu demselben Zwecke 4000 M.

Die evangelische Volksschule.

Vom Jahre 1542 bis 1650 war, dem Bekenntnis der Bürgerschaft entsprechend, auch die Schule evangelisch. In diese Zeit fällt die Erbauung des ersten städtischen Schulhauses an der Nordseite der Pfarrkirche (1558). Dieses Gebäude dient seit 1889 den an der Pfarrkirche angestellten Chorbeamten als Wohnung. In der Zeit der Gegenreformation wurde auch die Schule wieder katholisch.

Erst nach der Eroberung Schlesiens durch Friedrich d. Gr. kamen aufs neue evangelische Familien nach Leobschütz. Eine Anzahl der hier seit dem Hubertusburger Frieden garnisonierenden Dalwigischen Kürassiere war evangelisch und verheiratet. Für die Soldatenkinder wurde

¹⁾ Die evangelischen Schulen des III. Kreisinspektionsbezirks, die im Kreise Rosel liegen, sind hier ausgeschaltet.

²⁾ 2 in Leobschütz, 1 in Branitz.

³⁾ Die ersten weltlichen Lehrerinnen des Kreises wurden im Jahre 1874 in Leobschütz angestellt.

Schon im Jahre 1769 ein evangelischer Lehrer namens Liebig nach Leobschütz berufen. 1797 zählte die Schule außer den Soldatenkindern auch 14 schulpflichtige Kinder ortsansässiger evangelischer Bürger.

Ein eigenes Schulhaus erbaute die evangelische Gemeinde 1831 am heutigen Josefsplatz hinter dem damaligen evangelischen Pfarrhause, Kreuzstraße 4, das jetzt dem Kürschnermeister Reißch gehört. Die Schülerzahl betrug damals 80, darunter 20 jüdische Stadtkinder. In den nächsten Jahren stieg die Zahl auf 100 und schließlich auch darüber. Die Schule war einklassig bis 1852. Dem Schulhause setzte man, um ein zweites Lehrzimmer zu gewinnen, ein Geschoß auf. 1873 wurde die Schule dreiklassig. 1878 kam es in Leobschütz zur Errichtung einer Simultanschule, die jedoch im Jahre 1884 wieder in konfessionelle Schulen aufgelöst wurde. Seit jener Zeit ist die evangelische Schule vierklassig. Die Unterrichtsräume befinden sich seit 1884 im dritten Geschoß des alten Schulhauses an der Kreuzstraße.

Als erster Lehrer wirkte an der evangelischen Schule der bereits erwähnte Liebig, 1769—1771. Ihm folgten in der Schulleitung Bischof, 1771—1780, Schönwald, 1780—1782, Semprecht, 1782—1784, Göbel, 1784—1787, Richter, 1787—1796, Wiche, 1796—1802, Scheuermann, 1802—1811, Hoffmann, 1811—1822, Gleis, 1823—1867 (Gründer des M. G. B. „Viederfranz“), Hoheisel, 1867—1878 (Simultanschule, 1878—1884), Maywald, 1884—1911, seit 1911 Fuchs. Das Lehrerkollegium besteht zurzeit aus dem Hauptlehrer Fuchs und den Lehrern Richter und Riedel. Eine Lehrersiello ist gegenwärtig unbesezt. Die Schülerzahl beträgt 198.

Die evangelische Stadtschule ist dem

Kreis Schulinspektion III (Leobschütz-Rosel)

zugeteilt. Außer dieser Schule gehören zu genanntem Bezirk folgende evangelischen Schulorte: Alt Wiendorf, Branitz, Dirschel, Moder, Neudorf, Pommerswik, Roben, Steubendorf, Rösniß, Steuberwik und Wanowik. Die beiden evangelischen Schulen des Kreises Rosel: Kandrzin und Pawlowitz gehören ebenfalls zu diesem Bezirk, sodaß er im ganzen 15 Volksschulen mit 24 Lehrern und 1 Lehrerin umfaßt. Die Zahl der Kinder beträgt 1336 (1060 deutsche, 28 zweisprachige und 248 polnische, bzw. mährische). Dem Bekenntnisse nach sind 1334 evangelisch, 1 katholisch und 1 jüdisch. Außerdem gibt es in diesem Schulinspektionsbezirk eine Privatschule (Gnadenfeld) und 3 Kleinkinderschulen mit 3 Lehrerinnen und 116 Kindern.

Kreisschulinspektor für die evangelischen Schulen war bis zur Einrichtung der Simultanschule (1878) der jeweilige Superintendent. Nach der Auflösung der Simultanschule (1884) bis 1907 bekleidete dieses Amt Superintendent Schulz-Eoler in Leobschütz. Sein Nachfolger wurde Pastor Buschow in Kosel. Die Ortsschulinspektion ruht durchweg in den Händen der zuständigen Pastoren.

Die paritätische gehobene Mädchenschule.

Schon im Jahre 1836 unterhielt der städtische Lehrer Wolf eine Privatschule mit täglich 3 Stunden Unterricht, die von Knaben und Mädchen besserer Familien ohne Unterschied der Konfession besucht wurde. Von dieser Schule aus gingen die Knaben auf das Gymnasium und die Mädchen auf auswärtige höhere Mädchenschulen. 1839 genehmigte die kgl. Regierung den Weiterbestand dieser Schule unter der Bedingung, daß sie zweiklassig eingerichtet werde und jede Klasse täglich 4 Stunden Unterricht genieße. Lehrer Wolf erfüllte diese Bedingungen, und nun erteilte auch Lehrer Bulla Unterricht an dieser Schule. Mit dem Tode des Lehrers Wolf im Jahre 1854 ging diese Schule ein.

Eine höhere Privatmädchenschule gründete 1839 ein Fräulein Lange. Aus Mangel an Schülerinnen löste sich die Schule nach kurzem Bestande wieder auf.

Vom Jahre 1857 ab unterhielt Oberlehrer Dr. Fiedler eine höhere Mädchenschule für Töchter nachschulpflichtigen Alters. Diese übernahm 1861 Fräulein Heymann aus Breslau. Sonderbarerweise unterstand die evangelische Leiterin der Schule der Aufsicht des katholischen Stadtpfarrers Dreßler.

1872 übernahm diese Schule, die nun auch Kinder im schulpflichtigen Alter besuchten, Fräulein Keller, und von jetzt an führte Pastor Przygode die Ortsschulaufsicht. Für die städtische Subvention von 450 M. war die Vorsteherin gehalten, 4 katholische, 2 evangelische und 2 jüdische Mädchen unentgeltlich in ihre Schule aufzunehmen.

1875 ging die Anstalt an Fräulein Raake über. Die Zahl der Schülerinnen stieg auf 50, und der städtische Zuschuß wurde auf 600 M. erhöht.

1895 wurde Fräulein Stockmann Leiterin der Schule. Sie gab 1898 die gemieteten Räume an der Krummen Straße auf und übersiedelte in das eigens zu Schulzwecken von Kittel erbaute Haus an der Feldstraße.

Der Staat gewährte einen Zuschuß von 2900 M. und die Stadt einen solchen von 600 M. Seit 1907 ist Fräulein Doeper Vorsteherin. Die Anstalt ist jetzt zu einer fünfklassigen, zehnstufigen Schule erweitert worden. Der städtische Zuschuß wurde im Jahre 1909 auf 2000 M. erhöht. Zurzeit zählt die Schule 75 Schülerinnen.

Die katholische höhere Mädchenschule.

Mit Genehmigung der Kgl. Regierung eröffneten die Schulschwestern de notre Dame im Jahre 1868 eine höhere katholische Mädchenschule mit Pensionat. Diese Schule, gewöhnlich Klosterschule genannt, stand unter der Aufsicht des Stadtpfarrers Dreßler, der alljährlich Ende März eine Revision abhielt. Anfänglich war die Schule nur zweiklassig und zählte 41 Schülerinnen. 1870 erhielt sie die dritte und 1878 eine vierte Klasse.

Durch Verfügung der Kgl. Regierung vom 1. Oktober 1878 wurde die katholische Mädchenschule aufgelöst. Es sollte eine paritätische, städtische Mädchenschule mit einem staatlichen Zuschuß von 1450 M. errichtet werden. Diese trat jedoch nicht ins Leben. Eine erneute Verfügung der Kgl. Regierung vom Jahre 1879 gab den Schwestern auf, die Kloster Räume zu verlassen, die klösterliche Verbindung unter sich aufzulösen und sich entweder von hier zu entfernen oder getrennte Wohnungen zu beziehen. Diese Anordnung kam nicht mehr zur Durchführung, da noch in demselben Jahre der Kultusminister Falk sein Amt niederlegte und ihm der mildergesinnte Puttkamer folgte.

Durch Erlaß vom Jahre 1888 genehmigte der Minister den Schulschwestern die Wiedererrichtung der kath. höheren Mädchenschule. Die Stadt bewilligte 1891 einen jährlichen Zuschuß von 600 M. unter der Bedingung, daß 8 Freistellen gewährt wurden. Die Schule war sechsstufig. Wegen Raum mangels errichtete man 1897 auf einem vom Grafen Ballestrem erworbenen Grundstück, dem Klostergebäude gegenüber einen Neubau, in welchem jetzt die Lehrzimmer untergebracht sind.

Seit dem 1. April 1910 ist die Anstalt zu einer vollberechtigten, zehnklassigen, höheren Mädchenschule erweitert, verbunden mit Pensionat, Handarbeits- und Haushaltungsschule. Der Unterricht wird nach dem Unterrichtsplan der ministeriellen Reformbestimmung erteilt. Die Stadt ge-

währt einen Zuschuß von 5000 M. Vorsteherin der Schule ist seit 1892 Schwester Maria Kaveria; seit dem 1. April 1910 führt sie den Titel Direktorin. Die Schülerzahl beträgt gegenwärtig 160.

Die gewerbliche Fortbildungsschule.

Im Jahre 1861 bestanden im Kreise Leobschütz 23 Sonntagsschulen mit 800 Schülern, die von 30 Lehrern in den damaligen Volksschulfächern unterrichtet wurden. Die größte dieser Schulen befand sich in der Stadt Leobschütz. Sie zählte zwei Knaben- und eine Mädchenklasse. Der Unterricht wurde allsonntäglich von 1 bis 2 Uhr erteilt, dann geleiteten die Lehrer ihre Schüler und Schülerinnen in die Kirche zur Christenlehre. Für die Abhaltung der Sonntagsschule erhielten die Lehrer keine Entschädigung.

Ein Ministerialerlaß vom Jahre 1868 ordnete die Errichtung von Fortbildungs- und Wiederholungsschulen an. Nun entstand in Leobschütz eine städtische vierklassige Fortbildungsschule unter Leitung des Direktors Langer. Mit ihm unterrichteten an dieser Schule die Lehrer Bulla, Kariger und Wicke. An dem Unterricht, der alle Montage von 6 bis 8 Uhr stattfand, nahmen 221 Schüler teil. Für die Lehrlinge der Bauhandwerker gab es außer diesem Unterricht des Sonntags von 1 bis 3 Uhr in 2 Abteilungen je eine Stunde Zeichenunterricht. Im Jahre 1876 erteilte diesen Unterricht Baumeister Rott. Die Sonntagsschule blieb nebenher für Minderbefähigte sowie für Bäcker- und Fleischerlehrlinge, welche die Fortbildungsschule nicht besuchten, als Wiederholungsschule bestehen. Die Mädchenklasse wurde aufgelöst. Die Lehrer der beiden Schulen erhielten eine Entschädigung von 10 Sgr. für die Stunde. Die Gesamtkosten beliefen sich auf rund 500 M.

Mit der Zeit wurde eine Vermehrung der Klassen notwendig. 1886 kam es zur Anstellung eines zweiten Zeichenlehrers, und 1888, bzw. 1895 errichtete man neue Fortbildungsschulklassen. In dem Ortsstatut vom Jahre 1887 wird diese Schule zum erstenmal gewerbliche Fortbildungsschule genannt.

Wesentliche Fortschritte hat diese Schule seit dem Jahre 1897 zu verzeichnen, seitdem sie der Staat mit beträchtlichen Mitteln unterstützt und auf ihre einheitliche, zweckentsprechende Ausgestaltung hinwirkt. Die Zahl der Schulklassen ist in

Leobschütz seit 1897 von 5 auf 13 und die Zahl der Zeichenklassen von 2 auf 10 gestiegen. Von den zurzeit vorhandenen 475 Schülern nehmen 328 auch am Zeichenunterricht teil.

Der Schulunterricht findet Montag und Donnerstag abends von 6—8, bzw. 7—9 Uhr statt. Der Zeichenunterricht wird nur an Sonntagen von 11—1 Uhr, bzw. von 1—3 Uhr und in den Sommermonaten auch von 7—9 Uhr abgehalten.

In der früheren Zeit legte man bei diesen Schulen das Hauptgewicht auf die Wiederholung und Vertiefung dessen, was die jungen Leute in der Volksschule gelernt hatten, während heute der Unterricht dahin strebt, die angehenden Handwerker für ihr Fach vorzubereiten und ihnen nützliche Kenntnisse für ihr Berufsleben zu vermitteln. Man vereinigt ähnliche Berufe zu einer Klasse, um im Unterricht besonders das Lehren zu können, was für die verwandten Gewerbe von Wert ist. So gibt es hier seit 1906 Klassen für Bauhandwerker, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Stoffarbeiter, Fleischer, Bäcker, Konditoren und für gemischte Berufe. Dadurch gewinnt die Fortbildungsschule immer mehr den Charakter einer Berufsschule.

Ein Antrag des hiesigen katholischen Pfarramts im Jahre 1897 auf Einführung einer Religionsstunde wurde seitens des Regierungspräsidenten abgelehnt.

Die an die Lehrer gestellten erhöhten Anforderungen verlangen von diesen auch eine besondere fachliche Ausbildung. Eine solche genießen sie in den Fachkursen, die alljährlich in größeren Städten stattfinden und zu denen die an der Fortbildungsschule tätigen Lehrer abwechselnd einberufen werden.

Seit 1897 gewährt der Staat zu dieser Schule einen Zuschuß von der halben Höhe der Kosten. Dieser betrug in Leobschütz im Jahre 1900 1850 M., 1910 belief er sich schon auf 4600 M. Für jeden Schüler zahlt der Lehrherr an Schulgeld vierteljährlich 60 Pf. Das Unterrichtshonorar der Lehrer ist für die Jahresstunde in den ersten 5 Jahren auf 80, in den zweiten 5 Jahren auf 90 und in den späteren Jahren auf 100 M. bemessen.

Die Schulversäumnis, auf die durch das Statut vom Jahre 1870 ein Silbergroschen Strafe stand, wird jetzt mit 2 bis 20 M. bestraft. Auf grobe Vergehen der Schüler stehen Karzerstrafen bis zu 6 Stunden, die an Sonntagen nachmittags abgebüßt werden müssen.

Leiter der Schule war bis 1877 Rektor Langer, von 1877 bis 1897 Rektor Neugebauer, und seit 1897 ruht die Leitung in den Händen des Rektors Leichter. Zurzeit wirken nebenamtlich an der Schule die Lehrer Kaßner, Uzeschny, Gentschel, Krause, Fuchs, Staehr, König, Tschander, Richter, Heidrich, Thill und Wanke.

Das Kuratorium besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden, den Mitgliedern der Schuldeputation, den Vorsitzenden des Gewerbe- und Handwerkervereins, drei Handwerksmeistern und dem Leiter der Fortbildungsschule. Die drei Handwerksmeister werden von der Stadtverordneten-Versammlung auf die Dauer von 3 Jahren gewählt.

Die kaufmännische Fortbildungsschule.

Im Jahre 1862 gründete Rektor Elpel eine Privatschule für angehende Kaufleute, an der auch Kantor Fuchs unterrichtete. Im Klassenzimmer des Rektors fand der Unterricht Mittwoch nachmittags von 3 bis 5 Uhr statt. Mit Elpels Tode 1869 löste sich die Schule wieder auf.

Seit 1872 bestand in Leobschütz bereits ein Verein junger Kaufleute. Aus diesem ging der kaufmännische Verein hervor, der sich im Jahre 1882 unter Vorsitz des Bankvorstehers Michaelis zur Förderung gemeinsamer Interessen bildete. Die erste erfreuliche Tat des jungen Vereins war die Gründung der kaufmännischen Fortbildungsschule, die man als notwendige Ergänzung der praktischen Lehre erkannte und die noch in demselben Jahre, und zwar am 1. Oktober mit 20 Schülern eröffnet wurde. Franz Neugebauer übernahm die Leitung. Außer ihm unterrichtete an der zweiklassigen Schule Buchhalter Schabik. Der Unterricht fand nur im Winterhalbjahr Dienstag und Donnerstag abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Die Stadt stellte zwei Klassenzimmer der Volksschule mit Beleuchtung unentgeltlich zur Verfügung. Der Lehrplan schrieb vor: Geschäftsaufsätze, Schönschreiben, Lesen, Rechnen, Buchführung, Wechsellehre und kaufmännische Korrespondenz. Später trat Handelsgeographie und 1893 auch Stenographie hinzu.

Das Schulgeld betrug für jeden Schüler jährlich 12 M. An Unterrichtshonorar zahlte die Schule für jede Lehrstunde 1,50 M. Seitens der Lehrlinge scheint der Wert der Fortbildungsschule nicht hinreichend gewürdigt worden zu sein, denn die Zahl der Schüler sank schon im nächsten Jahre auf 10 herab.

Um einen regelmäßigen und allgemeinen Schulbesuch zu erzielen, wurde im Jahre 1894 durch Ortsstatut für alle Lehrlinge der Schulzwang eingeführt. Nun stieg die Zahl der Schüler derart, daß 1895 eine dritte Klasse errichtet werden mußte. Das Schulgeld erfuhr eine Erhöhung auf 15 M.

Von 1900 ab erhielten die Schüler der 3 Klassen insgesamt 9 Unterrichtsstunden in der Woche, und von da ab bis 1902 10 Stunden, von 1902 bis 1906 jede der 3 Klassen schon 4 Unterrichtsstunden, und seit 1906 sind für jede Klasse 6 Stunden angesetzt. Das Schulgeld ist auf 18 M. erhöht worden. Der städtische Zuschuß beträgt seit 1909 690 M.

Lehrer Neugebauer legte am 1. Oktober 1900 wegen eines Augenleidens die Leitung nieder; an seine Stelle trat Lehrer Hanslik.

Um das kaufmännische Unterrichtswesen einheitlich zu gestalten, setzte die Handelskammer zu Oppeln im Jahre 1906 den früheren Lehrer Jahn aus Berlin zum Direktor des kaufmännischen Schulwesens für den Regierungsbezirk Oppeln ein.

Das Jahr 1909 brachte einen neuen, vom Direktor Jahn verfaßten Lehrplan, wonach jetzt Korrespondenz, Handels- und Buchführung, Buchführung, kaufmännisches Rechnen und Wirtschaftsgeographie gelehrt wird. Außerdem genießen die Schüler wahlfreien Unterricht im Maschinenschreiben. Die Entschädigung für eine Lehrstunde beträgt seit 1909 80 bis 100 M. jährlich.

Unterricht erteilen zurzeit der Leiter der Schule, Lehrer Hanslik seit 1894, Rendant Schabik seit 1882, Lehrer Nikpon seit 1893, Lehrer Grötschel seit 1906.

Der Schulvorstand setzt sich nach dem Ortsstatut von 1906 aus dem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern des kaufmännischen Vereins, dem Bürgermeister, dem Kreisschulinspektor des Bezirks I und dem Leiter der kaufmännischen Schule zusammen.

Es sei noch bemerkt, daß die hiesige kaufmännische Schule zurzeit die einzige im Regierungsbezirk Oppeln ist, die ohne staatlichen Zuschuß allein von der Kaufmannschaft unterhalten wird ¹⁾. Es darf allerdings auch nicht ver-

¹⁾ Der Regierungsbezirk Oppeln zählt jetzt 45 kaufmännische Fortbildungsschulen, darunter 13 für weibliche Personen.

schwiegen werden, daß sich der kaufmännische Verein durch Erhebung eines ziemlich hohen Schulgeldes vor pekuniären Opfern zu schützen weiß.

Die landwirtschaftliche Winterschule.

Die älteste Form landwirtschaftlicher Schulen in Preußen und ganz Deutschland war die Ackerbauschule. Diese stellte sich die Aufgabe, in einem ein- bis zweijährigen theoretischen oder theoretisch-praktischen Lehrkursus solchen Schülern, die mit genügenden Volksschulkenntnissen ausgestattet waren, Gelegenheit zu geben, sich das Wissen zu erwerben, das zu einem verständnisvollen Betriebe der Landwirtschaft erforderlich ist. Unterrichtsgegenstände waren außer den Volksschulfächern die Naturwissenschaft und die Landwirtschaft.

Allmählich wurden die Ackerbauschulen bis auf wenige in landwirtschaftliche Winterschulen umgewandelt, weil das landwirtschaftliche Wanderlehrtum erfreulicherweise sich immer mehr und mehr entwickelte und die Landwirtschaftslehrer in Anspruch nahm. Auch waren die jungen Landwirte bei dem zunehmenden Arbeitermangel während der arbeitsreichen Sommermonate im elterlichen Wirtschaftsbetriebe nicht gut entbehrlich. Zweck und Ziel der hauptsächlich für die Söhne der mittleren und kleineren Landwirte bestimmten Winterschulen sind denen der Ackerbauschulen gleich, nur die praktischen landwirtschaftlichen Arbeiten kommen in Wegfall.

Gegenwärtig gibt es in Preußen noch 18 Ackerbauschulen — in Schlesien nur die zu Poppelau —, dagegen sind bisher etwa 200 Winterschulen ins Leben gerufen worden. Schlesien zählt ihrer 12: Schweidnitz¹⁾, Neiße, Oppeln, Görlitz, Trebnitz, Glatz, Sprottau, Tarnowitz, Leobschütz, Goldberg, Reichenbach und Strehlen. Die beiden ersten wurden schon im Jahre 1876 errichtet. Die schlesischen Winterschulen sind durchweg Institute der Landwirtschaftskammer und wurden bis heute von 11684 jungen Landwirten besucht.

Die landwirtschaftliche Winterschule in Leobschütz

wurde im Jahre 1907 und zwar in den Räumen des alten Franziskanerklosters (siehe Abbildung S. 187) errichtet. Die Anregung zu ihrer Gründung ging von dem Landrat unseres Kreises, Dr. Ihmer aus. Der feierlichen Eröffnung am 28. Oktober 1907 wohnten bei: Landrat Dr. Ihmer, Bürgermeister Priemer, der Vertreter der Landwirtschaftskammer, Landesältester Staroste Pniow und sonstige Freunde der Anstalt. Die Unterhaltungskosten werden gedeckt teils durch das Schulgeld, teils durch die Beiträge des Staates, der

¹⁾ Schweidnitz wird 1912 aufgehoben, da dort ein Seminar für Landwirte errichtet worden ist.

Provinz, der Kreise Leobschütz, Ratibor und Rosel, der Stadt Leobschütz und der Landwirtschaftskammer.

Das Schulgeld beträgt für jedes der beiden Wintersemester 50 M. Würdigen und bedürftigen Schülern können Stipendien oder auch Freischule gewährt werden. Der Besuch ist aufs wärmste zu empfehlen. Aufnahme finden unbescholtene Landwirte, die mindestens 16 Jahre alt sind und wenigstens eine mittelmäßige Volksschulbildung besitzen. Außer dem lehrplanmäßigen Unterricht erhalten die Schüler des Oberkurses theoretische und praktische Unterweisung im Feuerlöschwesen und in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen.

Die Anstalt verfügt über eine vorzügliche Lehrmittelsammlung und eine reichhaltige Bibliothek.

Das Kuratorium der Anstalt besteht gegenwärtig aus dem Agl. Landrat Dr. Ihmer, dem Bürgermeister Priemer, dem Gutsbesitzer Spiller in Leisniz, dem Guts- und Mühlenbesitzer Urbisch in Sandau, Hr. Ratibor und dem Anstaltsleiter Direktor Gottwald. Neben dem Direktor wirken an der Anstalt ein Landwirtschaftslehrer ¹⁾ und 8 Hilfslehrer. Der Schlußprüfung 1909 wohnte unter anderen der Regierungspräsident von Schwerin bei.

Das Königliche Lehrerseminar.

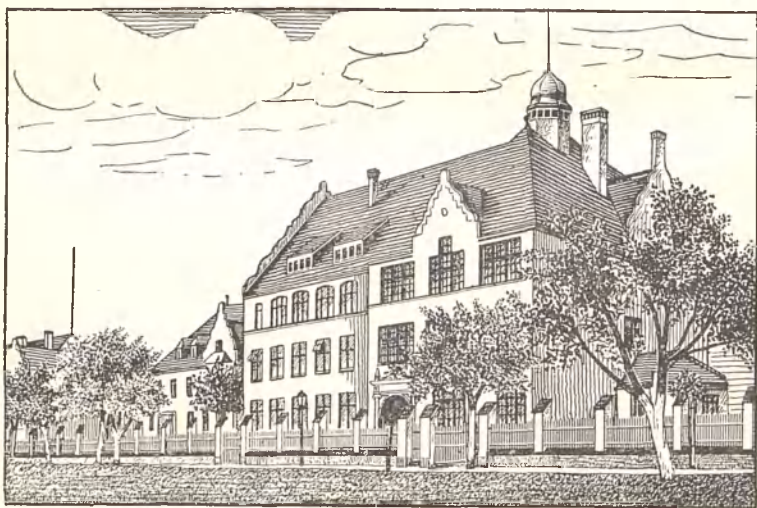
Daß die Staatsregierung gerade Leobschütz zur Gründung einer Lehrerbildungsanstalt auswählte, ist ein unleugbares Verdienst des früheren Bürgermeisters Löniger.

Im Oktober 1902 eröffnete die Anstalt der Agl. Seminardirektor Dr. Malende mit der dritten Seminarklasse, die 37 Schüler zählte. Bis zur Fertigstellung des neuen Seminargebäudes an der Ratiborer Straße war das Seminar in den Räumen des alten, leerstehenden Franziskanerklosters untergebracht. Die Einweihung des Seminargebäudes erfolgte am 20. November 1905. Dem feierlichen Akte wohnte der Direktor des Provinzial-Schulkollegiums Oberregierungsrat Schauenburg und der Agl. Provinzialschulrat Dr. Wende bei. Dem Seminardirektor Dr. Malende wurde bei dieser Feier der Titel Schulrat mit dem Range eines Rates IV. Klasse verliehen.

¹⁾ Der Landwirtschaftslehrer Gröbner, der seit Eröffnung der Anstalt hier tätig war, übernahm am 1. Juli 1911 die Leitung der Winterschule in Reichenbach.

Die Seminar-Präparandie

wurde schon ein Jahr vor Gründung des Seminars, im Oktober 1901 mit 45 Schülern als Kgl. Präparandie eröffnet. Ihr Dirigent war bis 1905 der Seminarlehrer Tschauder. Als Schulräume dienten anfänglich einige leerstehende Klassenzimmer im alten Schulhause an der Kreuzstraße. 1904 wurde die neuerbaute Präparandenanstalt an der Ratiborer Straße bezogen. Schon im nächsten Jahre erfolgte die Umwandlung der Königl. Präparandie in eine Seminar-Präparandie. Ihre Leitung ruht seit dieser Zeit in den Händen des Seminardirektors. Außer drei Präparandenlehrern sind die Lehrer des Seminars nebenamtlich an dieser Anstalt beschäftigt.



Präparandie.

Lehrerseminar.

An Seminar und Präparandie amtieren zurzeit: der Direktor Schulrat Dr. Malende, Oberlehrer Laugwitz, die Seminarlehrer Hein, Woitech, Schimke, Manderla und Winkler, Religionslehrer Weiser, Musiklehrer Bötkel und die Präparandenlehrer Rutschera, Dr. Ortmann und Mücke.

Die beiden Anstaltsgebäude, Seminar und Präparandie, wurden von der Stadt mit einem Kostenaufwande von 300 000 M. erbaut. Die Höhe der jährlichen Miete beträgt für die Präparandenanstalt 2000 M. und für das Seminar einschließlich Dienstwohnungen 6620 M.

Das Königliche Gymnasium.

Solange Schlessen zu Österreich gehörte, besuchten die Leobschützer Bürgerlöhne, falls sie eine höhere Schulbildung erstrebten, das Gymnasium in Troppau. Nach der Besitznahme Schlesiens durch Friedrich den Großen (1742) erließ der König ein Verbot, wonach unsere Jugend keine ausländischen Schulanstalten besuchen durfte. Leobschütz trachtete nun danach, die Gründung einer höheren Schule für den hiesigen Ort zu erwirken. Die königliche Genehmigung zur Errichtung eines Gymnasiums in Verbindung mit dem hiesigen Franziskanerkloster erhielt Leobschütz 1751. Im folgenden Jahre erbaute die Stadt das Schulgebäude als westliche Verlängerung des Franziskanerklosters, und noch in demselben Jahre trat die Anstalt unter der Bezeichnung „Fürstliches Gymnasium“ ins Leben. Die sechsstufige Anstalt wurde mit 122 Schülern in 3 Klassen eröffnet. Als Lehrer wirkten 3 Ordenspriester. Die von unserem Gymnasium abgehenden jungen Leute widmeten sich hauptsächlich dem geistlichen Stande. Für die Unterhaltung des Gymnasialgebäudes sowie für die Besoldung der Lehrer sorgte die Stadt.

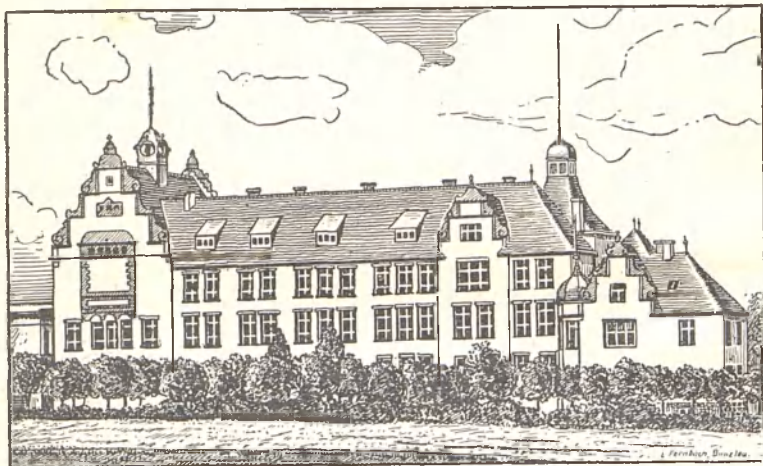
Auf Grund des Schulreglements vom Jahre 1801 erfolgte die Umwandlung des Franziskaner-Gymnasiums in eine Königliche Anstalt. Die Lehrer wie die Leiter der Schule, die von nun an weltliche Schulmänner waren, kamen vom Gymnasium aus Sagan. Nur zwei Franziskanerpriester wurden weiter als Lehrer an der Anstalt beibehalten.

Die seit Aufhebung der Klöster 1810 leerstehenden Räume des Franziskanerklosters ließ die Regierung 1832 in Klassenzimmer und Lehrerwohnungen umwandeln.

Im Jahre 1812 wurden für die beiden oberen Klassen je 2 Jahre Besuchszeit festgesetzt und angeordnet, daß die zur Universität abgehenden Schüler eine besondere Prüfung abzulegen haben.

Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts fand man die altherwürdigen Klosterräume für Schulzwecke nicht mehr geeignet. In den Jahren 1900 bis 1902 kam es zum Neubau des Gymnasiums. Es wurde im Westen der Stadt, am Ende der König-Ottokarstraße errichtet und am 4. Oktober 1902 seiner Bestimmung übergeben. An diesem Tage beging die Anstalt zugleich die Feier ihres 150jährigen Bestehens und die ihres 100jährigen Jubiläums als Staatsanstalt. Die Stadt hatte den Bauplatz in der Größe von 70 a geschenkt. Die

Pflicht der Unterhaltung des Gymnasial-Gebäudes löste sie durch eine einmalige Zahlung von 40 000 M. ab und erwarb auch das alte Klostergebäude für 34 000 M. Gegen Überlassung der Turnhalle beim alten Klostergebäude trug die Stadt die Baukosten der neuen Turnhalle in Höhe von 17500 M.



Das neue Kgl. Gymnasium.

Das neue Gymnasial-Gebäude, in deutscher Renaissance ausgeführt, ist ein Putzbau mit reicher Verzierung in rotem Sandstein, dessen Kosten sich auf 210 000 M. belaufen.

Leiter der Anstalt

waren seit Bestehen als Staatsanstalt:

1802 Rektor Strobel,	1839 Direktor Dr. Kruhl,
1805 Rektor Jelonck,	1870 = Dr. Waldener
1828 Direktor Schramm,	1874 = Rösner,
1830 = Aug. Wiffowa	1885 = Hansel,
seit 1896 Direktor Prof. Dr. Hollek.	

Dem Lehrerkollegium gehören gegenwärtig an: Direktor Prof. Dr. Hollek, Prof. Reisky, Prof. Drzazdzynski, Prof. Dr. Zdralek, Prof. Borzucki, Prof. Moch (kath. Religionslehrer), Prof. Brunzel, Prof. Schilling, die Oberlehrer Dr. Welter, Dr. Pautsch, Schneider, Dr. Bednara, Dr. Herrmann sowie die Lehrer a. Gymnasium Klehr und Junke.

Die Schülerzahl beträgt gegenwärtig 259.

Das Museum.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 28. September 1910 beschloß die Versammlung, der Anregung des Magistrats folgend, in Leobschütz ein Altertumsmuseum zu gründen. Sie wählte einen Ausschuß, der beauftragt wurde, die Gründung des Museums in die Wege zu leiten. Dem Ausschuß gehörten an: Bürgermeister Priemer, Stadtkämmerer Odersky, Bauerrat Killing, Stadtverordnetenvorsteher F. Engel, Kreisbaumeister Wrage, Justizrat Kammer, Professor Moch, Seminardirektor Schulrat Dr. Malende, Oberlehrer Dr. Pautsch und Rektor Hofrichter.

Am 1. Februar 1911 trat der Ausschuß zum erstenmal zusammen und beschloß, 1. die Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen, 500 M. in den Etat als laufenden Beitrag für das Museum einzustellen und 2. einen Museumsverein zu gründen. Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte den jährlichen Beitrag von 500 M., und am 4. März kam es auch zur Gründung des Museums-Vereins.

Der in den beiden hiesigen Zeitungen veröffentlichte und in Sonderabdrücken an die Bewohner der Stadt und des Kreises gesandte Aufruf zum Beitritt und zur Sammlung von Gegenständen lautete:

Unter dem Ehrenvorsitz des Königl. Landrats Herrn Dr. Ihmer und unter dem Vorsitz der städtischen Museums-Deputation der Stadt Leobschütz hat sich für den hiesigen Kreis ein Museums-Verein gebildet, welcher den Zweck hat, altertümliche Gegenstände, die die heutige Zeit nicht mehr herstellt, wie sie jedoch noch vielfach in Stadt und Kreis Leobschütz vorhanden sind, aufzubewahren und der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Eine solche Sammlung wird dazu beitragen, Sinn und Verständnis für die Entwicklung der Kultur, für ehemalige Sitten und Gebräuche in unserem Heimatkreise und die Liebe zu demselben zu stärken.

Schon ist mit einer kleinen Sammlung ein guter Anfang gemacht, allein noch viel wertvolles Material befindet sich im Privatbesitz, und dieses zu sammeln, ist die erste Aufgabe unseres Vereins und der Zweck dieses Aufrufs. Wir richten an alle Mitbürger unserer Stadt und an alle Bewohner unseres Kreises die dringende Bitte, dieses der Heimatkunde dienende und der Heimatliebe entsprungene Werk möglichst zu unterstützen, und zwar einerseits durch Beitritt zu unserem den ganzen Kreis umfassenden Verein und andererseits durch Zuweisung altertümlicher Gegenstände in das im Entstehen begriffene Museum.

Die Sammlung soll umfassen:

Alte Waffen und Uniformen, alte Schriftstücke, Haus- und Familienchroniken, alte Druckwerke, Karten und Pläne, alte Bücher, Bilder, Stiche

und Zeichnungen, Junftladen, Protokolle, Fahnen, Becher der ehemaligen Zünfte und heutigen Innungen, alte Siegel und Schmucksachen, alte Münzen und Medaillen, alte Uhren, Maße und Gewichte, alte Schlösser und Schlüssel, altertümliche Humpen, Gläser, Teller, Messer, Werkzeuge, veraltete Musikinstrumente, Spinnräder, Spillen mit Wirtel, Secheln, Glachsbrechen, altertümliche Möbel und Kleidungsstücke und dergleichen mehr.

Zahlreich finden sich noch solche Sachen in alten Bürger- und Bauernhäusern, ohne beachtet zu werden. So schlummert noch manches für uns Wertvolle auf verstaubtem Boden oder im dumpfen Keller als altes Gerümpel und geht schließlich ganz verloren. Das Museum wird alle diese Gegenstände sammeln und in den von der Stadt Leobschütz zur Verfügung gestellten Räumen — vorläufig in einem Zimmer des Rathauses — gegen Feuer und Diebstahl gesichert, unterbringen, um sie so den späteren Geschlechtern als ein treues Vermächtnis zu erhalten. Möge niemand glauben, daß etwa nur hervorragende Werke der Kunst oder des Handwerks der Erhaltung und der Sammlung würdig sind, nein, auch kleine, oft unscheinbare Gegenstände sind der Erhaltung und der Bewahrung vor dem sicheren Untergange im Privatbesitz ebenso dringend bedürftig, wie die Gegenstände, deren Bedeutung und Kunstwert jedem erkennbar sind und die ihren besten Schutz zur Erhaltung in ihrem eigenen Werte haben.

Der Vereinsbeitrag ist auf eine Mark festgesetzt. Höhere Beiträge werden natürlich gern angenommen.

Gegenstände, welche dem Museum überwiesen werden sollen, nimmt jedes Vorstandsmitglied und auch die städtische Polizeiwache in Leobschütz entgegen. Die Vereinsbeiträge bitten wir an den Kassenwart Herrn Professor Moeh in Leobschütz zu senden.

Die Überweisung von Sachen kann als Geschenk oder unter Wahrung des Eigentumsrechts geschehen. Auch sind wir gern bereit, soweit die verfügbaren Mittel es gestatten, Sachen anzukaufen. Die geschenkten oder leihweise überlassenen Gegenstände werden mit dem Namen der früheren Besitzer versehen.

Wir bitten schließlich, die Gegenstände zwar vom Staube, aber niemals von Rost, Grünspan oder angetrockneter Erde zu reinigen, da dadurch nicht selten interessante Merkmale verloren gehen oder verwischt werden.

Leobschütz, den 22. März 1911.

Der Vorstand des Museumsvereins für Kreis und Stadt Leobschütz:

Schmer, Königl. Landrat, Ehrenvorsitzender.

Priemer, Bürgermeister, Odersky, Stadtrat, Professor Moeh,
Vorsitzender. 2. Vorsitzender. Kassenwart.

Rektor Hofrichter, Schriftführer.

Dr. Pautsch, Oberlehrer. Wrage, Kreisbaumeister. Killing, Baurat.

Engel, Stadtverordneten-Vorsteher. Kammer, Justizrat.

Schulrat Dr. Malende, Seminardirektor.

Der Aufruf fand in der Bevölkerung freudigen Anklang. Zahlreich gingen die Mitglieder-Anmeldungen ein, und die vom Stadtältesten Odersky schon seit längerer Zeit betriebene Sammlung mannigfacher, altertümlicher Gegenstände nahm einen erfreulichen Fortgang. Das Zimmer im obersten Geschos des Rathhauses, in welchem einstweilen die gesammelten Gegenstände untergebracht sind, erweist sich schon als zu klein, und bald werden die in Aussicht genommenen Räume im alten Franziskanerkloster bezogen werden müssen.

Ein Verzeichnis der Gegenstände wird erst nach einem gewissen Abschluß und einer entsprechenden Ordnung der Sammlung dem Druck übergeben werden können.

Den Mitgliedern des Vereins soll die Besichtigung des Museums unentgeltlich und den Nichtmitgliedern gegen ein kleines Eintrittsgeld gestattet werden.

Leobschütz als Garnisonstadt.

Bis zur Zeit des 30jährigen Krieges lag die Verteidigung der mit Mauern und Wällen umgebenen Städte in den Händen der Bürger selbst. So war es auch in Leobschütz. Meldete der Türmer das Herannahen des Feindes, so schloß man die Tore, und die Bürger besetzten die Mauern zur Abwehr des Angriffs. War der Feind bis an die Mauer vorgeedrungen, so wurde er mit Steinen und Feuer, wohl auch mit siedendem Wasser oder mit Pech unsanft begrüßt. Die Angreifer gebrauchten Belagerungsmaschinen aller Art. Bei Verteidigungskriegen wurde die Bevölkerung von Stadt und Land aufgeboten. Da leisteten nicht nur Schwert, Pfeil und Wurfspeer, sondern auch Sense, Beil, Keule und Dreschflegel ihre Dienste.

An der Verteidigung der Stadt nahmen nicht selten auch die Frauen teil. So erwähnt Schickfus in seinem 4. Buche der Beschreibung Schlesiens, daß 1430 der Angriff der Hussiten auf unsere Stadtmauer in heißem Kampfe „mit Hülfe und Zutun der Weiber“ abgeschlagen wurde.

Im 30jährigen Kriege lagen je nach dem Wechsel des Kriegsglücks bald freundliche, bald feindliche Truppen in hiesigen Bürgerquartieren. Nach Beendigung des Krieges verblieb in Leobschütz eine schwedische Besatzung noch zwei volle Jahre, die von der Bürgerschaft unentgeltlich verpflegt werden mußte. Nach ihrem Abzuge blieb unsere Stadt von militärischer

Einquartierung frei bis zu Beginn der schlesischen Kriege. Wiederholt nahmen preußische Truppen hier Winterquartier; aber auch die Österreicher setzten sich öfters, besonders im siebenjährigen Kriege, in unsern Mauern fest.

Eine Rekrutierung im Jahre 1748.

Die Nachricht über die Rekrutierung junger Leute aus Gröbnig im Jahre 1748 ist so interessant und charakteristisch für jene Zeit, daß ich sie dem Leser nicht vorenthalten will:

Der Steuereinnnehmer Fromknecht in Leobschütz hatte aus Gröbnig 8 Rekruten bestellt. Weil diese nicht das erforderliche Maß hatten (5 Fuß 4 Zoll = 1,73 m), mußten 4 Gerichtsmänner vor ihm erscheinen. Fromknecht forderte von ihnen, große Leute zu bringen und versetzte dem Gerichtsmann Andreas Breittopf 20 Stockhiebe, „so daß er braun und blau wurde.“ Dann befahl er dem Stockmeister, die drei andern ebenfalls zu züchtigen. Die Gerichtsmänner flehten, man möge sie doch nicht dem Stockmeister übergeben, da sie ja keine Schuld träfe, wenn in Gröbnig keine so großen Leute vorhanden seien. Darauf versetzte Fromknecht dem alten Görlich 7, dem Klink 12 und dem Klink 4 Streiche und ließ sie ins Stockhaus sperren. Das Stockhaus war das heute dem Tischlermeister Salzmann gehörige Haus Wassertorstraße 10 ¹⁾. Nachdem mehrere in die Wälder geflohene, junge Burschen von Gröbnigern eingefangen und dem Fromknecht vorgeführt worden waren, von denen aber auch keiner das erforderliche Maß hatte, erfolgte die Freilassung der Gerichtsmänner. 4 Tage und 3 Nächte hatten sie im dunklen Arrest zugebracht, wofür noch die Gemeinde Gröbnig 4 Gulden Verpflegungsgelder zu entrichten hatte. Später entschuldigte sich der Steuereinnnehmer schriftlich bei den Gröbnigern, wahrscheinlich auf eine Beschwerde der Gemäßregelten hin, und bekannte, daß er übereilt gehandelt habe.

Das Militär bildete bis zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, so lange es aus Söldnern bestand, keinen angesehenen Stand. Soldatenweib und Soldatenkind waren Worte verächtlichen Klanges. Hier konnte erst ein gründlicher Wandel durch Preußens Wiedergeburt geschaffen werden. Es wurde mit dem Werbesystem gebrochen, das Heer fortan nur aus Landeskindern gebildet.

Dalwigsche Kürassiere.

Nach dem Friedensschluß zu Hubertusburg im Jahre 1763 erhielt Leobschütz als ständige Besatzung die 4. Kompagnie der Dalwigschen Kürassiere und blieb mit kurzer Unterbrechung

¹⁾ Salzmann kaufte das alte, nur aus rohen Bruchsteinen erbaute Haus im Jahre 1888 für 5700 M., brach größere Fenster durch das Gemäuer und versah dieses mit Mörtelputz.

Garnisonstadt bis 1806. Auch in Ratscher stand eine Kompagnie der erwähnten Kürassiere. Der Stab lag in Kalibor. Zu jener Zeit zählte eine Eskadron 150 Mann und bestand aus 2 Kompagnien zu je 75 Mann. Die Kavallerie kennt heute für ihre Truppenteile diese Bezeichnung nicht mehr; nur beim Garde du Corps ist die Einteilung in Kompagnien noch gebräuchlich.

In den Jahren von 1806 bis 08 nahmen verschiedene französische Abteilungen in Leobschütz Quartier. Die Bürger waren der schwersten Bedrückung und den ärgsten Erpressungen ausgesetzt. Für die feindlichen Kavallerietruppen mußte die Stadt einen besonderen Stall errichten, der jedoch nach den Befreiungskriegen, da Leobschütz keine Garnison erhalten sollte, wieder abgebrochen wurde. Von 1808 ab, nachdem die Franzosen unsere Gegend verlassen hatten, war Leobschütz eine Invaliden-Garnison.

Grüne Husaren.

Das 1808 vom Grafen Goetzen errichtete Grüne Husaren-Regiment bestand nur aus 4 Eskadrons. Diese bezogen als erste Garnisonorte Frankenstein, Striegau, Münsterberg und Nimptsch. 1819 wechselte das Regiment die Standorte. Grottkau erhielt die 1., Neustadt die 2., Oberglogau die 3. und Leobschütz die 4. Eskadron. Die 5. Eskadron wurde erst 1860 neu gebildet und kam nach Ziegenhals. Die 4. Eskadron verblieb bei uns bis 1857 und erhielt dann Neustadt als Standort; unserer Stadt wurde die 4. Eskadron des 2. Schles. Ulanen-Regiments zugewiesen, die jedoch zu Beginn des österr. Krieges Leobschütz für immer verließ. Nach dem Kriege rückten wieder Grüne Husaren bei uns ein, aber statt der 4. die 1. Eskadron.

1870 verließen sämtliche Eskadrons ihre Standquartiere am 27. Juli, um an dem Feldzuge gegen Frankreich teilzunehmen und kehrten, da sie der Okkupationsarmee zugeteilt waren, erst am 16. Juni 1871 in ihre alten Garnisonorte zurück. Den Tod fürs Vaterland starben damals von unserem Regiment 1 Offizier und 12 Mann. Verwundungen trugen 14 Mann davon. 1 Offizier und 27 Mann galten als vermißt ¹⁾.

¹⁾ Von Bürgerjöhnen nahmen am Feldzuge teil: 10 Offiziere, 4 freiwillige Jäger und 62 Mann. Von diesen blieben im Kampfe 2 Offiziere und 11 Mann. An freiwilligen Gaben wurden von der Bürgerschaft in Leobschütz 558 Taler und 4232 Scheffel Getreide abgeliefert.

Nach dem Kriege wurde Großfürst Alex Alexandrowitsch von Rußland Chef unseres Husaren-Regiments.

Die Zusammenlegung der 1., 2., 4. und 5. Eskadron in Leobschütz kam im Jahre 1889 zustande. Nur die 3. Eskadron — bis 1894 in Oberglogau — bezog Ratibor als Garnison und belegte die seinerzeit vom Herzog von Ratibor aus eigenen Mitteln für eine Ulanen-Eskadron erbaute Kaserne.

Kommandeure seit Zusammenlegung des Regiments: Frhr. von Saurma bis 1892, von Ziegler und Klipphausen, 1892—1895, von Bornstedt, 1895—1900, Liman, 1900—1906, von Sydow, 1906—1911, Frhr. von Lepel seit 1911.

Die alte Kaserne.

Anfänglich lag das Militär mit Pferdematerial in Bürgerquartieren. Als Montierungskammer dienten die Turmräume über dem Obertore. Beständig stand vor dem Aufgange ein Wachtposten, der während der Manöverzeit durch einen von der Stadt gestellten Zivilposten abgelöst wurde. Nach dem Abbruch des Obertores kam die Kammer in den Klostertorturm, bis auch dieser im Jahre 1854 abgetragen wurde. 1830 erbaute die Stadt im alten Schulhose dicht an der Stadtmauer einen Garnisonstall. Vordem lag hier der Wirtschaftshof des städtischen Gutes „Wagenstallerbe“. 1857 benötigte die Stadt diesen Platz zur Vergrößerung des Volksschulgebäudes. Der Stall wurde nun außerhalb der Mauer errichtet. Räume zur Unterbringung eines Teiles der Mannschaften legte die Stadt über dem Stalle an. Erst 1889 wurde durch einen Anbau an das Stallgebäude der erforderliche Raum zur Aufnahme sämtlicher Leute der Schwadron geschaffen, so daß die Unterbringung in Bürgerquartieren endlich aufhörte.

Die noch vorhandene Reitbahn an dieser Kaserne ist ein alter, fiskalischer Bau aus dem Jahre 1824 und noch heute in brauchbarem Zustande.

Das neue Kasernement.

Zur Unterbringung der 1889 nach Leobschütz verlegten 2., 4. und 5. Eskadron errichtete die Stadt an der Schmeisdorfer Straße ein besonderes Kasernement, bestehend aus 3 Mannschaftsgebäuden, 3 Stallgebäuden, 2 Reitbahnen, einem Kammergebäude, einem Wohnhause für Verheiratete des Unter-

offizierstandes, einem Wachtlokal und einem Offizierkafino. Die Baukosten betrugen 712 000 M. Der Militärökonomat zahlt eine jährliche Miete von rund 55 000 M. Nach Westen hin schließt sich an das neue Kasernement das Proviantamt und die Kommisbäckerei mit den dazu gehörigen Wohngebäuden an. Wesentliche Umänderungen und Erweiterungsbauten werden in den Jahren 1911—1913 ausgeführt werden. Die dadurch der Stadt entstehenden Kosten verzinst und amortisiert der Ökonomat in derselben Weise wie die ursprünglichen Baukosten.

Das Mietsverhältnis des Kasernements wurde im Jahre 1910 erneuert und für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 30. Juni 1942 festgelegt. Bürgermeister Priemer hat sich durch sein unablässiges Bemühen um das Zustandekommen eines 30jährigen Vertrages offenbare Verdienste erworben.

Der Exerzierplatz.

Bis 1862 diente unserer Eskadron als Reitplatz ein kleiner Plan westlich der Stadt, auf welchem 1863 das heutige Amtsgericht und das Gerichtsgefängnis erbaut wurden. Als Reitplatz wählte nun der Militärökonomat einen Platz zwischen der Beyerischen Brauerei und dem Grundstück des Baumeisters Rädtsch. Das Eskadronexerzieren fand bis 1880 auf einem Gelände am Kreisewitzer Wege hinter dem Eisenbahndamm statt. Von 1880 bis 1889 lag der Platz östlich der Sabschüler Chaussee; seit 1889 befindet er sich (Siehe Stadtförst S. 126) nördlich von Schlegenberg. Er hat eine fast quadratische Form von 1 km langen Seiten und wird vom Stadtförst, dem Königsdorfer Walde und der Schlegenberger Feldmark eingeschlossen. Der Militärökonomat zahlt an die Stadt eine jährliche Pacht von 5000 M. Die Schießstände liegen an der Südostseite des Stadtförstes, an der Neustädter Chaussee.

Hoher Besuch.

Friedrich der Große, der während der schlesischen Kriege wiederholt im Oppalande weilte und in den Nachbarstädten Jägerndorf und Troppau des öfteren Quartier nahm, besuchte Leobschütz im Jahre 1767 vom 19. zum 20. August auf einer Durchreise von Neustadt nach Ratibor. Der Wundergraf von Roßwald erfreute sich seines Besuches in den Jahren 1765 und 1770.

Friedrich Wilhelm III. nahm 1820 an dem Fürstentage in Troppau teil und reiste durch Leobschütz am 7. und 21. November. Von einem Aufenthalt in Leobschütz ist nichts bekannt, doch steht historisch fest, daß er auf seiner Rückreise bei der Münzerei anhielt.

Von fremdländischen Fürsten kam im Jahre 1805 Kaiser Alexander I. durch Leobschütz und wohnte beim hiesigen Garnisonchef Paczenzky im Dr. Irmlerschen Hause, das heute dem Kaufmann Proskauer gehört (Ring 14).

Anlässlich der Besichtigung des Regiments durch den Kommandierenden General des 6. Armeekorps, den Erbprinzen von Sachsen-Meiningen am 9. Juni 1896 beehrte auch Ihre Königliche Hoheit die Frau Erbprinzessin Charlotte, Schwester unseres Kaisers, Leobschütz mit ihrem Besuch. Die hohen Herrschaften nahmen im Deutschen Hause Wohnung. Leobschütz prangte im Festschmuck. Am Abend der Ankunft veranstalteten die hiesigen Vereine einen Fackelzug. Am nächsten Morgen bei der Rückkehr der Frau Erbprinzessin vom Exerzierplatz bildete die Schuljugend in den Straßen Spalier. In den folgenden Jahren wiederholte Ihre Königl. Hoheit den Besuch und fand beim Rgl. Landrat bzw. beim Kommandeur des Regiments gastliche Aufnahme. 1899 schenkte sie der Stadt ein mit ihrer Unterschrift versehenes Bild, das nun den Stadtverordneten-Sitzungssaal schmückt. Bei ihrer damaligen Anwesenheit in Leobschütz befand sich ihr Schwager, der Kronprinz von Griechenland, in ihrer Begleitung.

Zur Vermählungsfeier des Fürsten Radolin mit der Komtesse Johanna von Oppersdorf kam am 3. Juni 1892 Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. nach Oberglogau. In der Nacht zum 4. Juni wurde die hiesige Garnison alarmiert, da Seine Majestät das Regiment am nächsten Morgen feldmarschmäßig in Oberglogau zu sehen wünschte. Die Paradeaufstellung fand im äußeren Schloßhofe statt.

Graf Goezen.

Seit dem 27. Januar 1889 führt unser Regiment den Namen seines um das Vaterland hochverdienten Gründers „Graf Goezen“.

Friedrich Wilhelm Graf von Goezen war 1767 in Potsdam geboren. Mit 17 Jahren trat er in die Armee ein und wurde Flügeladjutant des Königs Friedrich Wilhelm III. Im Jahre 1806, nachdem Napoleon Preußen zum größten Teil unterjocht hatte, ernannte ihn der König zum Generalgouverneur von Schlesien. Seiner Standhaftigkeit war es zu danken, daß sich die Festung Olaz dem Feinde nicht ergab und daß Schlesien bei Preußen verblieb. Aus Überresten der vollständig vom Feinde zersprengten, schlesischen Kavallerie bildete Graf Goezen im Jahre 1808 unser heutiges 2. Schles. Husaren-Regiment, das nun seinen ruhmvollen Namen trägt. Graf Goezen errichtete auch

das Infanterie-Regiment Nr. 11, ein Schützen- und ein Grenadierbataillon. Unsere Stadt wurde 1808 eine Musterungsstätte zur Aushebung junger, dienstfähiger Leute.

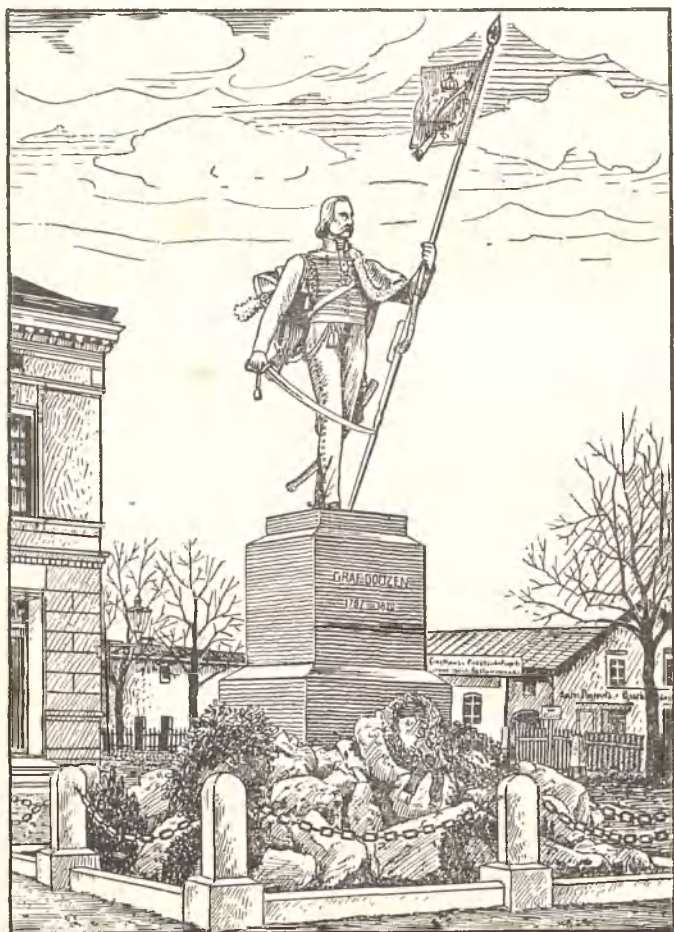
Bei seinem außerordentlichen Eifer für die heilige Sache war seine Gesundheit bald erschüttert. Schon im Jahre 1820 schied der große Held im Alter von 53 Jahren aus seinem tatenreichen Leben. In Rudowa steht am Kurplatz das altherwürdige Schloß des Grafen Goeken und hinter dem Gebäude auf der Höhe des Schloßberges bei dem kleinen, evangelischen Kirchlein zeigt uns ein schlichtes Grabmal seine Ruhestätte. Links von ihm ruht sein Vater, der Landschaftsdirektor Adolf Sigismund Graf von Goeken.



Grabdenkmal des Grafen Goeken
auf dem Schloßberg bei Rudowa.

Zur Jahrhundertfeier unseres Regiments errichtete die Bürgerschaft von Leobschütz dem Grafen Goeken auf einem freien Platze am Ende der Friedrich-Wilhelmstraße, unweit der neuen Kaserne ein ehernes Denkmal. Die überlebensgroße Bronzefigur, die der Bildhauer Professor Eug. Boermel in Berlin für den Preis von 22 000 M. fertigte, erhebt

sich auf einem hohen, vierkantigen Sockel aus schwedischem Granit, inmitten einer aus regellosen Bruchsteinen aufgebauten Pyramide. Die Zwischenräume sind mit Grün bepflanzt, und durch eine doppelte Umfriedung ist ein Raum um das Denkmal abgegrenzt. Der Enthüllung des Denkmals am 14. November 1908 wohnten im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers bei Ihre Königl. Hoheit die Erbprinzeßin Charlotte von Sachsen-Meiningen und Generalfeldmarschall Graf von Haeseler.



Denkmal des Grafen Goeken,

Die Gasanstalt.

Im Jahre 1850 brauchte man zur nächtlichen Beleuchtung der Straßen und Plätze unserer Stadt 25 Öllampen, die $15\frac{1}{2}$ Ztr. Rüböl für den Preis von 193 Tln. 20 Sgr. benötigten. Für jede Lampe rechnete man rund 1100 Brennstunden; das ergibt für die Nacht im Durchschnitt $3\frac{1}{2}$ Stunden. Wie dürftig diese Beleuchtung war, dessen erinnern sich unsere älteren Mitbürger nicht selten. Um ein helleres Licht zu erzeugen, kam 1854 Hydrocarburis (Steinkohlenteeröl) und später Photogen (ein Mineralöl) zur Verwendung.

Die Öllampen hingen an einer Kette über der Mitte der Straße. (Siehe Abbildung S. 84 und S. 100.) Durch Nachlassen der Kette, die über eine Rolle lief, kam die Lampe tief zu stehen, so daß man sie leicht putzen und anzünden konnte.

Im Jahre 1865 errichtete die Stadt auf dem Bauhofgrundstücke an der Jägerndorfer Straße die heutige Gasanstalt und nahm zur Bestreitung der Baukosten ein Darlehen von 55 000 Tln. auf. Die Schuldsomme wurde mit 4% verzinst und mit $1\frac{1}{2}\%$ amortisiert.

Der erste noch heute vorhandene Gasbehälter faßt 650 cbm Gas. 1889 wurde ein zweiter mit 1000 cbm und 1909 ein dritter mit 1500 cbm Inhalt gebaut.

1870 betrug die Gasproduktion 135 000, heute jedoch 810 000 cbm. Der jährliche Überschuß des Gaswerks beträgt rund 40 000 M. Seitens der Bürger wird 1 cbm Leucht-, Koch- und Heizgas mit 15 Pfg. und 1 cbm Motorengas mit 12 Pfg. bezahlt. Zur öffentlichen Beleuchtung dienten 1870 190 Gaslaternen, gegenwärtig zählen wir ihrer 317. Die Brennstunden betragen für die Abendlaternen durchschnittlich $3\frac{1}{2}$ Stunden, für Nachtlaternen annähernd 7 Stunden.

Der Gasinspektor und der Gasmeister haben ihre Dienstwohnungen in einem städtischen Gebäude in unmittelbarer Nähe der Gasanstalt, das auch die Diensträume für die Beamten enthält.

Der erste Gasinspektor war Anders. Er starb 1892. Ihm folgten Siegismund 1892—1898, Göbbels 1898, Tormin 1899, Lange 1900—1901, Bühring 1901 bis heute.

Die Wasserleitung.

Es dürfte nur wenigen bekannt sein, daß sich Leobschütz schon im 16. Jahrh. einer Wasserleitung erfreute. Auf dem Ringe, in der Nähe der heutigen Mariensäule befand sich ein Behälter, der durch Holzröhren mit Wasser gefüllt wurde. Das Leitungswasser war jedoch schlammig und diente nur zum Tränken des Viehes und zur Verwendung bei Feuersbrunst. Zum Kochen, Waschen und Trinken entnahm man das Wasser den auf Plätzen und in Straßen angelegten öffentlichen Brunnen¹⁾. Nachdem die ackerbautreibende Bevölkerung sich nach und nach in die Vorstädte zurückgezogen hatte, wurde die Viehtränke im Innern der Stadt überflüssig, und man ließ den Wasserbehälter auf dem Ringe sowie auch die mangelhafte Rohrleitung eingehen.

Im Jahre 1801 bestimmte Justizdirektor Bed, daß 300 Tlr. seines Nachlasses so lange zinsbar anzulegen seien, bis das Geld zur Errichtung eines großen Wasserbehälters auf dem Marktplatze hinreiche. Im Jahre 1900 war das Stiftskapital durch Zinseszinsen auf 8000 M. angewachsen. In genanntem Jahre kam es unter Bürgermeister Löninger zur Errichtung einer Wasserversorgungs-Zentrale. Die Kosten für die Vorarbeiten bestritt man aus dem Bed'schen Legat²⁾.

Es bestand ursprünglich die Absicht, das Wasser für die neue Leitung aus dem Krehlteichel zu entnehmen, das in einer Stunde gegen 25 cbm Wasser spendet. Da jedoch diese immerhin schon ansehnliche Wassermenge zur Versorgung der ganzen Stadt nicht für alle Zeiten ausreichen dürfte, wurden etwa 200 m westlich vom Krehlteichel 21 Bohrlöcher geschlagen, wovon besonders 3 einen Grundwasserträger von großer Mächtigkeit aufwiesen. Ingenieur Hempel in Berlin erhielt den Auftrag, einen Versuchsbrunnen zu errichten und Pumpversuche vorzunehmen.

Aus einem der angelegten Brunnen wurde Tag und Nacht 23 Tage lang ununterbrochen mittels Lokomobile und Zentrifuge gepumpt. Das Ergebnis war recht erfreulich. In einer Stunde wurden 30 bis 40 cbm Wasser gefördert, ohne daß man in dem Brunnen eine nennenswerte Abnahme des Wasserstandes wahrnahm. Die an das Kgl. Institut

¹⁾ 1890 zählte die Stadt 45 öffentliche und 200 Privat-Brunnen.

²⁾ Das war allerdings nicht im Sinne des Testators. Der von ihm gedachte Wasserbehälter auf dem Ringe sollte ein Zierstück der Stadt werden.

für Infektionskrankheiten in Berlin eingesandte Wasserprobe ergab, daß sich das Wasser nach seiner physischen und chemischen Beschaffenheit sowohl als Trinkwasser wie auch zu wirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken vorzüglich eigne. Auf Grund dieses Ergebnisses wurde dem Hempel die bauliche Ausführung des Wasserwerks für die Gesamtkosten von rund 250 000 M. übertragen. Die Übergabe an die Stadt erfolgte am 15. Oktober 1900. Dem Bürgermeister Löninger war es nicht leicht geworden, die Zustimmung der Majorität der Stadtverordneten für die ihn nun ehrende Schöpfung zu gewinnen. Alle die einstigen Gegner sind verstummt, und niemand wünscht sich trotz des Wasserzinses zurück in die früheren Verhältnisse. Die Gebühr für Entnahme des Wassers wurde auf 25 Pfg. für das cbm festgesetzt. Vom Jahre 1911 soll das Wasserwerk jährlich einen Überschuß von 2700 M. abwerfen, während es bislang eines Zuschusses von einigen Tausend Mark bedurfte. Daß die Brunnen selbst in sehr trockenen Jahren nicht versiegen, haben die regenarmen Jahre 1904 und 1911 erwiesen. Der Wasserstand war kaum merklich zurückgegangen.

Die Kanalisation.

Daß Wasserleitung und Kanalisation zwei zusammengehörige Dinge sind, dessen war sich die Bürgerschaft wohl schon bei Anlage der Wasserversorgungs-Zentrale im Jahre 1900 bewußt. Doch hielt man es für bedenklich, die in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich gewachsene Schuldenlast der Stadt durch eine weitere recht beträchtliche Anleihe noch zu erhöhen. Die Verhältnisse drängten jedoch und veranlaßten den Magistrat, dem Gedanken an eine Kanalisation näher zu treten. Das Stadtverordneten-Kollegium für diesen Gedanken zu gewinnen, war wiederum kein leichtes Stück Arbeit, und doch gelang dies dem unablässigen Bemühen unseres heutigen Bürgermeisters. Im Jahre 1909 gab nach langem Widerstreben die Stadtverordneten-Versammlung ihre Zustimmung zu diesem Projekt. Der Ingenieur Rosenquist in Beuthen OS. erhielt den Auftrag, einen Kanalisationsplan zu entwerfen und vorzulegen.

Die Arbeiten konnten schon im Frühjahr 1910 in Angriff genommen werden. Mit der Kanalisation legte man zugleich eine unterirdische Ableitung für Regenwässer an. Die Ausführung übertrug die Stadt der Firma E. Bernhard in Berlin für den Betrag von 255 600 M. Den Bau der

Kläranlage hinter Taumlig führte die Firma Liebold & Co. in Dresden für 180 000 M. aus. Die Zementröhren lieferte die Firma Rüger & Co. in Leobschütz, die Tonröhren die Firma Hoffmann & Co. in Bunzlau für 74 000 M. Die Gesamtkosten stellten sich jedoch infolge unvorhergesehener Hindernisse und Zwischenfälle auf rund 700 000 M.

Die Leitungsröhren für die Schmutz- und Regenwässer, die zusammen eine Länge von $36\frac{1}{3}$ km haben, liegen zumeist in einer Tiefe von 4—5 m. Unter der Chaussee durch Taumlig wurden sie, um ein gleichmäßiges Gefälle zu erzielen, in einer Tiefe von 7—8 m in Sand eingebettet. Das dort stark auftretende Grundwasser erschwerte erheblich die Arbeit in so beträchtlicher Tiefe. Die Taumliker Brunnen in den Gehöften an der Nordseite der Straße versiegten vollständig, wahrscheinlich für immer.

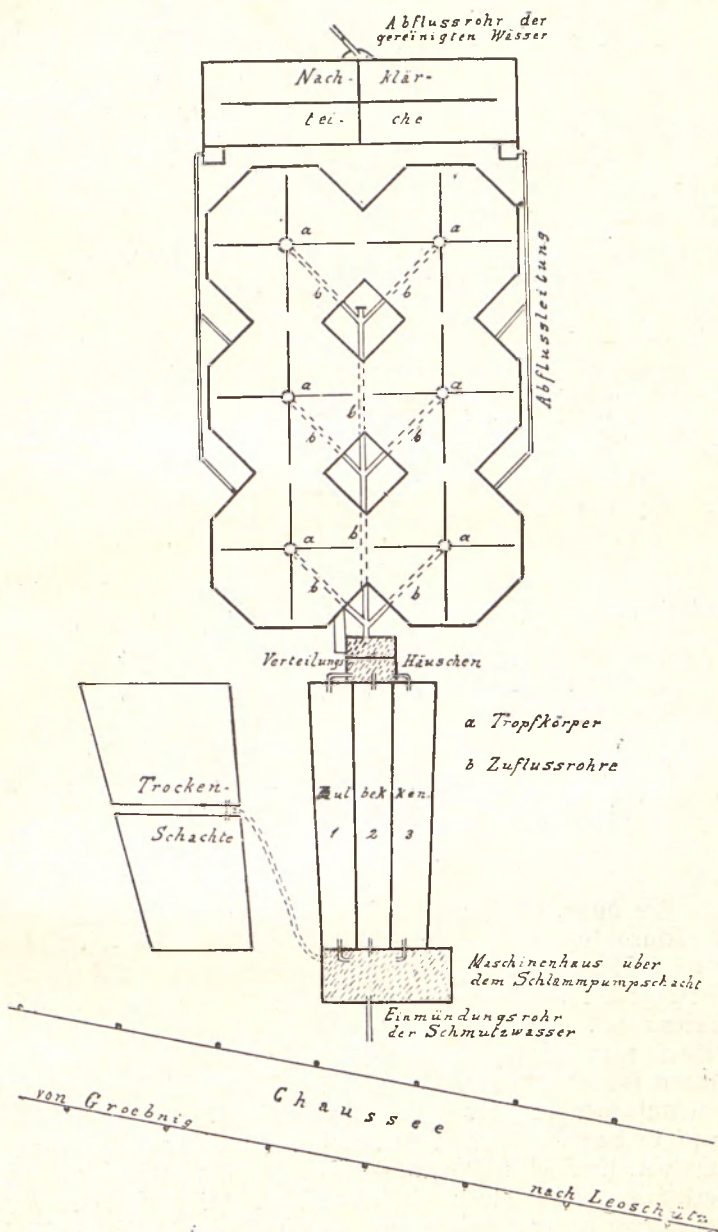
Die Fundamente für die Kläranlage mußten, wie nicht vorherzusehen war, auf grundloses Gelände unter stetem Kampf mit Grundwasser errichtet werden. Wohl an 1000 Stück 6 m lange Pfähle wurden zur Herstellung eines Pfahlrosts eingerammt, um den aus Beton gefertigten Fundamenten festen Halt zu geben. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten, die Anbringung von Sandfängen und die nachträglich gewünschte größere Anzahl von Hausanschlüssen führten die vorhin erwähnte Erhöhung der Bausumme herbei.

Die landespolizeiliche Abnahme der Kanalisation und Abwässerungsanlage fand am 19. Dezember 1910 durch zwei Regierungsvertreter aus Oppeln im Beisein des Magistrats und der Stadtverordneten statt. Die jährlichen Betriebskosten dürften sich auf rund 5000 M. belaufen.

Die Kläranlage.

Die durch ein weites Rohr unterirdisch aus der Stadt zur Kläranlage geleiteten Schmutzwässer treten durch das Einmündungsrohr in den Schlamm pumpschacht (Siehe Zeichnung S. 245). Der Schlamm setzt sich hier ab, während das trübe, noch ungereinigte Wasser in die Faulbecken tritt. Die im Wasser enthaltenen Unreinigkeiten schlagen sich auf dem nach dem Verteilungshäuschen hin leicht ansteigenden Boden der Faulbecken nieder und sinken zurück in den Pumpschacht. Der hier gesammelte Unrat wird nach gewissen Zeiten mittels Maschine nach den Trockenschächten gepumpt. Die durch Trocknen hart gewordene Masse wird an Landwirte als vorzügliches Düngemittel abgesetzt.

Kläranlage.



Das in den Faulbecken befindliche Wasser tritt bei einem gewissen Hochstande in das Verteilungshäuschen und läuft hier in einen Kasten, der sich selbsttätig alle 10 Minuten nach unten öffnet. Das Wasser fließt dann durch die Zuflußröhren b (siehe Zeichnung) in die Tropfkörper a. Letztere sind 2 in Kreuzform übereinanderliegende, an der einen Seite durchlöchernte Röhren, die sich, den Segnerschen Röhren gleich, um den Kreuzungspunkt in Bewegung setzen und das Wasser auf ein mächtiges Lager von Schlacke sprengen. Durch die Schlacke sickernd, verliert das Wasser die noch vorhandenen, letzten Schmutzteilchen und rieselt dann durch die an beiden Außenseiten der Anlage befindlichen Abflußleitungen in die Nachklärteiche. Aus diesen fließen die nun vollständig gereinigten Wässer durch ein etwa 1 1/2 m tief in der Erde liegendes Abflußrohr unter dem Wiesen- gelände hin bis hinter die Walkmühle und treten dort in die Zinna.

An Kanalsteuer ist zu entrichten
für Wohnräume: bei einer Miete bis 100 M. nichts
" " " von 101—200 M. 3%,
" " " " 201—400 " 4%,
" " " von über 400 " 5% des Miets-
für Räume zu gewerblichen Zwecken: [betrages,
bei einem Mietswerte bis zu 300 M. 1 1/2%,
" " " von 301—600 " 2%,
" " " " über 600 " 2 1/2%.

Das Schlachthaus.

In früherer Zeit schlachtete jeder Fleischer, wie dies zumeist noch heute auf dem Lande geschieht, in seiner eigenen Schlachtstätte. Wohl bestanden damals schon Bestimmungen und Vorschriften über Anlage und Einrichtung solcher Räume, es mangelte jedoch an hinreichender Beaufsichtigung und vor allem an einer tierärztlichen Untersuchung des Schlachtviehes. Wie oft mag damals das Fleisch kranker Tiere in den Kochtopf gekommen oder zu Wurst verarbeitet worden sein.

Da forderte endlich die Staatsbehörde für größere Gemeindewesen die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser und die Sperrung der Privatschlachtstätten.

In Leobschütz erbot sich der Grundbesitzer und Radierer Josef Hampel, ein öffentliches Schlachthaus auf seine Kosten gegen Erhebung einer Schlachtgebühr zu errichten. Nach vorhergegangener Vereinbarung schloß Hampel mit der Stadt

einen Vertrag, der auch vom Provinzialrat am 22. August 1880 genehmigt wurde. Am 16. Mai 1881 konnte das im Südosten der Stadt auf freiem Felde errichtete Schlachthaus schon eröffnet werden. Es enthält drei geräumige Schlachthallen für Rindvieh, Schweine und Kleinvieh, ein Geschäftszimmer für den Tierarzt, ein Schankzimmer und Wohnräume für den Tierarzt und den Schankpächter.

Mit dem Schlachten in den geheimnisvollen Privatschlächtereien war es nun für immer vorbei. Jedes Stück Schlachtvieh wird seit jener Zeit von einem für das Schlachthaus angestellten Tierarzt ¹⁾ vor und nach dem Schlachten untersucht. Das Fleisch kranker Tiere wird vernichtet oder als minderwertig auf der Freibank verkauft.

Am 1. April 1911 ging das Schlachthaus für den Preis von 65 000 M. in den Besitz der Stadt über. Diese wird nun, um den neueren Vorschriften zu entsprechen, verschiedene Abänderungen vornehmen. Insbesondere soll auf die Anlage eines Kühlhauses Bedacht genommen werden. Um mit der Zeit einen Neubau zu ermöglichen, hat die Stadt einen Fonds gegründet, dem alljährlich ein gewisser Betrag aus städtischen Mitteln zugeführt werden soll.

Geschlachtet wurden:	1884	1893	1900	1909
Rinder	1300	1200	1300	1270
Kälber	3000	2600	2000	2700
Schweine	2800	2700	5500	6700
Schafe	?	1400	?	500
Ziegen	?	90	?	170

Seit Bestehen des Schlachthauses bis zum heutigen Tage ist nur ein einziges mit Trichinen behaftetes Schwein geschlachtet worden.

Die Schlacht- und Untersuchungskosten betrugen vor 1911 für ein Rind 2,75 M., jetzt 4 M., für ein Schwein 1,80 M., jetzt 2,30 M., für ein Stück Kleinvieh 30 Pfg., jetzt 55 Pfg. Hierzu tritt noch eine Untersuchungsgebühr.

Schlusßwort.

Seiner ungünstigen Lage wegen entbehrt Leobschütz seit Jahrzehnten mehr als andere Städte des wirtschaftlichen Fortschritts. Die Nähe der österreichischen Landesgrenze hemmt nach Süden und Westen fast allen Verkehr. Dazu kommen verschiedene Maßnahmen des Staates, welche die Entwicklung der Stadt nachteilig beeinflussen. So wurden 1879 durch die

¹⁾ Von 1881 bis 1910 Lehnert, 1910 Streibel, seit 1911 Dhl.

Auflösung des Kreisgerichts und die Errichtung der Amtsgerichte Bauerwitz und Ratscher sowie durch die Abzweigung des Katasteramtsbezirks Ratscher die wohlhabenden Ortschaften des östlichen und südlichen Teiles des Kreises im Verkehr von Leobschütz abgelenkt. Die Eröffnung der Kleinbahnen Groß Peterwitz-Ratscher und Rosel-Bauerwitz-Troppau hat ebenfalls hemmend auf die Entwicklung der Stadt gewirkt. Endlich sind es die hohen Schutzzölle, die den früher lebhaften Verkehr mit der jenseitigen Grenzbevölkerung fast ganz unterdrückt haben.

Unsere städtische Verwaltung ist eifrig bemüht, einem Rückgang des wirtschaftlichen Lebens entgegenzuwirken. Keine Ausgabe wird gescheut, wenn es gilt, der Stadt Vorteile zu sichern. Denken wir nur an den Bau der Kaserne, der Präparandie und des Seminars. Es wird auch nichts unterlassen, um die Stadt vor dem Vorwurf der Rückständigkeit zu bewahren. Ich erwähne die schön gepflegte Promenade, den bequemen Verkehr nach und von unserem herrlichen Stadtwalde und ganz besonders die Anlage der Wasserleitung und der Kanalisation. Nicht leicht war es für die leitenden Persönlichkeiten, die letztgenannten, kostspieligen Projekte gegen die Meinung der von falscher Sparsamkeit befangenen Bürger durchzusetzen. Mancher Saulus ist nachträglich zu einem Paulus geworden, und niemand möchte heute die Unannehmlichkeiten missen, die Wasserleitung und Kanalisation uns bieten.

Wöge unsere teure Stadt Leobschütz trotz aller Hemmnisse doch weiter erblühen und sich entwickeln.

Nachtrag.

Zu Seite 14: Der Codex juris Lubshicensis, das Recht der Stadt Leobschütz von 1265—1400, war früher mit rotem Ledereinband versehen. Der schadhaft gewordene Überzug wurde um das Jahr 1840 durch einen braunen ersetzt. Der Inhalt ist teilweise in Tomascheks „Deutsches Recht in Österreich im 13. Jahrh.“ S. 75—80 abgedruckt.

Zu Seite 54: Professor Prasek (nicht Strasek) in Olmütz stand 1899 mit dem Magistrat von Leobschütz in Briefwechsel zwecks Erlangung von Beiträgen zu seinem Werke „Die Organisation der sächsischen Gerichtshöfe in Nordmähren und österreichisch Schlesien.“

Zu Seite 124: Brauereibesitzer Ed. Beyer hat sich anlässlich eines freudigen Familienereignisses erbboten, auf der Promenade einen Schmuckbrunnen errichten zu lassen. Die Kosten für die Zu- und Ableitung des Wassers übernimmt die Stadt.

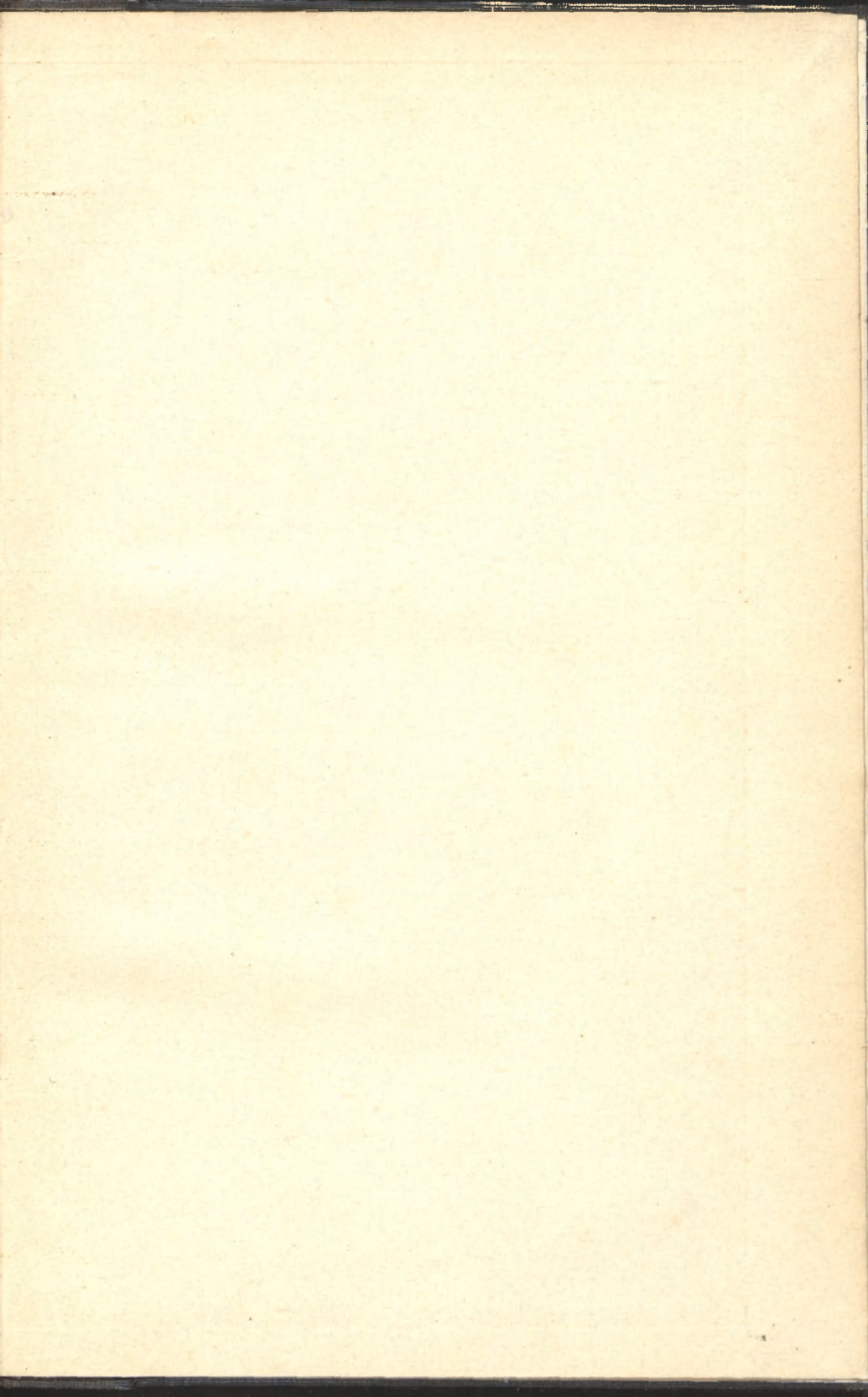


Robert Hofrichter,
Rektor.

1911.

Verlag M. Engel, Leobschütz.





Biblioteka Śląska w Katowicach
ID: 0030000565979



II 139344/1

SL

Biblioteka Śląska w Katowicach
ID: 0030001106258



II 139344/2/1

SL

Biblioteka Śląska w Katowicach
ID: 0030001106259



II 139344/2/2

SL